

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Eckard Michels
Die „Spanische Grippe“ 1918/19

Rainer Behring
Polen in den politischen Konzeptionen Willy Brandts 1939–1966

Gerhard Neumeier
„Rückkehrer“ in die DDR 1961 bis 1972

Othmar Plöckinger
Frühe biografische Texte zu Hitler

Veronika Heyde
Amerika und die Neuordnung Europas vor dem Marshallplan
(1940–1944)

Matthias Steinbach/Uwe Dathe
Clemens von Delbrück
Ein deutscher Tory zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik

**Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg**

Wiederholt sich die Geschichte?

Eckard Michels

- Die „Spanische Grippe“ 1918/19** 1 Aufsätze
Verlauf, Folgen und Deutungen in Deutschland im Kontext
des Ersten Weltkriegs

Wie dachte Brandt über Polen?

Rainer Behring

- Normalisierung auf Umwegen** 35
Polen in den politischen Konzeptionen Willy Brandts
1939–1966

Warum gingen sie zurück?

Gerhard Neumeier

- „Rückkehr“ in die DDR** 69
Das Beispiel des Bezirks Suhl 1961 bis 1972

Dichtung oder Wahrheit?

Othmar Plöckinger

- Frühe biografische Texte zu Hitler** 93
Zur Bewertung der autobiografischen Teile in „Mein Kampf“

Mehr als planerische Vorspiele?

Veronika Heyde

- Amerika und die Neuordnung Europas vor dem
Marshallplan (1940–1944)** 115

Was schlummert noch in alten DDR-Archiven?

Matthias Steinbach/Uwe Dathe

- Ein deutscher Tory zwischen Kaiserreich und
Weimarer Republik** 139 *Miszelle*
Der Nachlass Clemens von Delbrücks (1856–1921)

Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte und der
Oldenbourg Verlag veranstalten zum vierten Mal ein
anwendungsorientiertes Schreibseminar
(6.–10. September 2010)

147 *Notizen*

149 *Rezensionen
online*

155 *Abstracts*

159 *Autoren*

■ Zwischen 25 und 39 Millionen Opfer weltweit – kein Krieg, kein Genozid, sondern eine gewöhnliche Seuche: Die spanische Grippe traf 1918 auf eine Welt, die vom Ersten Weltkrieg zutiefst gezeichnet und erschöpft war. Aber war diese Pandemie tatsächlich eine Folge des Krieges? Und vor allem: Welchen Einfluss hatte sie auf den Ausgang dieses globalen Konflikts? Eckard Michels, ein in London lehrender Historiker, räumt mit vielen falschen Vorstellungen auf und präsentiert überraschende Antworten. ■

Eckard Michels

Die „Spanische Grippe“ 1918/19

Verlauf, Folgen und Deutungen in Deutschland im Kontext des Ersten Weltkriegs

Die Influenza (Grippe) ist eine akute Viruserkrankung, die sowohl im Tierreich wie auch bei Menschen vorkommt. Sie ist eine sehr ansteckende, aber in der Regel selten tödlich verlaufende Krankheit. Ihre Bekämpfung gestaltet sich schwierig, weil das Virus beständig mutiert. Die alljährlichen Grippewellen werden durch geringfügige Veränderungen des Virus verursacht, Antigen-Drift genannt. Dieser erfordert es, die Zusammensetzung der seit den 1940er Jahren entwickelten Grippe-Impfstoffe jährlich den aktuell zirkulierenden Varianten des Krankheitserregers anzupassen. Grundsätzliche Veränderungen des Krankheitserregers, als Antigen-Shift bezeichnet, erfolgen, wenn zwei Virenstämme, etwa ein humaner und ein Schweine- oder Vogelgrippenvirus sich in Tieren zu einem neuen Subtyp verbinden. Wenn Menschen und Tiere auf engstem Raum zusammenleben, etwa in Gebieten intensiver Geflügel- oder Schweinezucht, kann dieser auf den Menschen übergehen. Durch den Antigen-Shift umgeht das Virus die von Menschen durch frühere Grippewellen erworbene partielle Immunität¹. Ein Antigen-Shift kann eine Pandemie auslösen wie die „russische“ Grippe von 1889–1892, die „spanische“ von 1918/19, die „asiatische“ von 1957, die „Hong Kong“ Grippe von 1968 oder die seit Frühjahr 2009 grassierende Neue Influenza A/H1N1, auch „Schweinegrippe“ genannt. Von einer Influenzapandemie spricht man, wenn derselbe Erregerstamm mehrere Kontinente erfasst. Charakteristisch für eine Pandemie sind: die Infektion eines wesentlich höheren Prozentsatzes der Bevölkerung, ein schwererer Krankheitsverlauf und eine erheblich höhere Mortalität als bei „saisonalen“, durch einen bloßen Antigen-Drift ausgelösten Grippewellen. Doch

¹ Zur Influenza vgl. Robert Koch Institut (Hrsg.), Nationaler Pandemieplan. Teil III: Wissenschaftliche Zusammenhänge der Pandemieplanung in Deutschland, Berlin 2007, S. 13–27. – Dieser Aufsatz basiert auf meinem im Juni 2007 an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg gehaltenen Habilitationsvortrag. Ich danke Hans-Joachim Braun, Michael Epkenhans, Nikolaus Katzer, Klaus-Jürgen Müller, Jutta Nowosadtko und Bernd Wegner für die Fragen und Anregungen während des Kolloquiums, die z. T. Eingang in diese wesentlich erweiterte und aktualisierte Version gefunden haben.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Merkmale sind nicht zwingend notwendige Voraussetzungen, um eine Grippepelle als Pandemie zu definieren. Hiervon zeugt das Beispiel der im Juni 2009 von der World Health Organisation (WHO) der Vereinten Nationen als Pandemie qualifizierten „Schweinegrippe“. Sie ist die erste Influenzapandemie seit 1968.

Die tödlichste aller bekannten Influenzapandemien ist bislang die „spanische“ Grippe gewesen. Sie verbreitete sich zwischen Frühjahr 1918 und Anfang 1919 in drei Wellen über die Welt. Zudem stellt die spanische Grippe vermutlich *die* Seuche in der Geschichte dar, welche innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums tatsächlich alle Kontinente erfasste und in absoluten Zahlen mehr Opfer als alle anderen Epidemien forderte. Ging man in den zwanziger Jahren zunächst von weltweit etwa 22 Millionen Verstorbenen aus, so sind nach neueren Berechnungen zwischen 25 und 39 Millionen², nach einer anderen Schätzung auch bis zu 50 Millionen Menschen umgekommen, wobei selbst diese Zahl noch um bis zu 50 Prozent zu niedrig liegen könnte³. Die große Bandbreite bei den geschätzten Menschenverlusten resultiert vor allem aus fehlenden Gesundheitsstatistiken für weite Teile Asiens, Afrikas, aber auch das vom Bürgerkrieg zerrissene Russland. Die spanische Grippe stellte gleichwohl „the single worst demographic disaster of the 20th century“ dar⁴. Auch in Deutschland forderte sie mehr Opfer als alle anderen Epidemien der letzten eineinhalb Jahrhunderte.

Der tiefe demographische Einschnitt, den die spanische Grippe verursachte, kontrastiert auf den ersten Blick mit dem erstaunlichen Befund, dass diesem Ereignis relativ wenig Aufmerksamkeit zugekommen ist, und zwar sowohl in den damaligen wie auch in den nachfolgenden Gesellschaften. So schrieb die *New York Times* am 5. November 1918, nachdem bereits mehrere tausend Menschen in der Stadt an der Krankheit gestorben waren: „Perhaps the most notable peculiarity of the influenza epidemic is the fact that it has been attended by no traces of panic or even excitement.“⁵ Die Seuche ist zumindest in den Gesellschaften Nordamerikas und Europas nicht zum „Erinnerungsort“ geworden. Die Historiographie hat sich bis in die siebziger Jahre hinein nicht mit dieser Seuche beschäftigt. Allerdings ist dieses Ereignis auch nicht vergessen oder von der Historiographie vernachlässigt worden⁶. Vor allem im angelsächsischen Raum, insbesondere in und für

² Vgl. K. David Patterson/Gerald F. Pyle, *The Geography and Mortality of the 1918 Influenza Pandemic*, in: *Bulletin of the History of Medicine* 65 (1991), S. 4–21.

³ Vgl. Niall P.A.S. Johnson/Jürgen Müller, *Updating the Accounts. Global Mortality of the 1918–1920 “Spanish” Influenza Pandemic*, in: *Bulletin of the History of Medicine* 76 (2002), S. 105–115.

⁴ Howard Phillips/David Killingray, *Introduction*, in: Dies. (Hrsg.), *The Spanish Influenza Pandemic of 1918–1919. New Perspectives*, London 2003, S. 1–25, hier S. 2.

⁵ Zit. nach Alfred Crosby, *America’s Forgotten Pandemic. The Influenza of 1918*, Cambridge 1989, S. 314.

⁶ Vgl. Crosby, *Forgotten Pandemic*; Pete Davies, *Catching Cold. 1918’s Forgotten Tragedy and the Scientific Hunt for the Virus that Caused it*, London 1999; Manfred Vasold, *Die Grippe am Ende des Ersten Weltkrieges*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. 3. 2005, S. 8; Utz Thimm, *Die vergessene Seuche. Die „Spanische Grippe“ von 1918/19*, in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen* 92 (2007), S. 117–136.

die USA⁷, sind hierzu in den letzten vier Jahrzehnten zahlreiche (populär-)wissenschaftliche Publikationen erschienen⁸. Die spanische Grippe hat sogar Eingang in die Populärkultur gefunden, wie ein „Peanuts“-Cartoon des bereits im Jahre 2000 verstorbenen Charles M. Schulz bezeugt, der seinen Helden Charlie Brown in einer Episode über einen Schulaufsatz zu diesem Thema grübeln lässt. Unlängst sind auch erste kurze Gesamtdarstellungen zum Thema auf Deutsch veröffentlicht worden⁹.

Nicht zuletzt schürte die 1997 zuerst in Hong Kong aufgetretene und sich seit 2003 über weite Teile Asiens und Europas verbreitende Vogelgrippe, an der mehr als die Hälfte der bislang etwa 400 infizierten Menschen gestorben sind, weltweit Befürchtungen, dass eine neue Grippepandemie bevorstehe. Die Vogelgrippe bewirkte, dass seit der Jahrtausendwende die WHO wie auch die nationalen Regierungen Influenzapandemie-Pläne erstellt haben, um im Falle eines Seuchenzuges angemessen reagieren zu können. Die Ereignisse von 1918/19 wurden dabei gelegentlich als eine Art warnendes historisches Szenario herangezogen und haben das Interesse an den Ereignissen vor 90 Jahren weiter angefacht¹⁰. So warb der Fischer-Verlag im Jahre 2007 für das Taschenbuch der amerikanischen Wissenschaftsjournalistin Gina Kolata über die Suche von US-Forschern nach dem Influenzavirus von 1918 mit dem Aufkleber „Vogelgrippe: Das passiert, wenn wir nicht handeln“¹¹! Das bundeseigene Robert-Koch-Institut für Infektionskrankheiten in Berlin nahm in seinen Informationen über die Gefahren der Vogelgrippe als möglichen Auslöser einer Pandemie menschlicher Influenza ebenfalls Bezug auf die Ereignisse von 1918/19, wenn auch in abwiegelnder Form: Es sei wegen des Fortschritts in der Medizin heute mit weit weniger Opfern zu rechnen, im schlimmsten Fall mit etwa 100 000 Toten in der Bundesrepublik¹². Dank nunmehr vorhandener moderner Impfstoffe, aber auch dank Antibiotika, die es 1918 noch nicht gab, können große Teile der Bevölkerung immunisiert werden oder aber im Falle des Ausbruchs der Krankheiten vor bakteriellen Lungenentzündungen

⁷ Neben Crosby, *Forgotten Pandemic*, sind die wichtigsten Studien John M. Barry, *The Great Influenza. The Epic Story of the Deadliest Plague in History*, New York 2004, sowie Carol R. Byerly, *Fever of War. The Influenza Epidemic in the US Army during World War I*, New York 2005.

⁸ Einen Überblick über die Entwicklung der Historiographie zur spanischen Grippe bietet Howard Philipps, *The Reappearing Shadow of 1918. Trends in the Historiography of the 1918–1919 Influenza Pandemic*, in: *Canadian Bulletin of Medical History* 21 (2004), S. 121–134. Vgl. auch die von Jürgen Müller zusammengestellte internationale Bibliographie in: Philipps/Killingray (Hrsg.), *Spanish Influenza*, S. 301–351.

⁹ Vgl. Wilfried Witte, *Tollkirschen und Quarantäne. Die Geschichte der Spanischen Grippe*, Berlin 2008; Manfred Vasold, *Die Spanische Grippe. Die Seuche und der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2009.

¹⁰ Vgl. Guy Beiner, *Out in the Cold and Back. New Found Interest in the Great Flu*, in: *Cultural and Social History* 3 (2006), S. 496–505.

¹¹ Vgl. Gina Kolata, *Influenza. Die Jagd nach dem Virus*, Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt a. M. 2006.

¹² http://www.rki.de/cln_048/nn_200120/SharedDocs/FAQ/Influenzapandemie/FAQ20 (Zugriff 31. 5. 2007).

geschützt werden, welche die bei weitem häufigste tödliche Nebenkomplikation der Pandemie von 1918/19 darstellten. Sie forderten möglicherweise mehr Opfer als die Grippe selbst.

Voraussetzung für eine durch die Vogelgrippe ausgelöste Pandemie wäre allerdings eine bislang noch nicht vorhandene Übertragbarkeit von Mensch zu Mensch des Erregers H5N1. Diese genetische Veränderung hat hingegen das im April 2009 erstmals massenhaft in Mexiko diagnostizierte „Schweinegrippen-Virus“ erfolgreich vollzogen. Es weist zudem starke genetische Ähnlichkeiten mit dem Virenstamm von 1918 auf, was sich unter anderem in der identischen Bezeichnung als H1N1 niederschlägt. Diese resultiert daher, dass sich bei beiden Virenstämmen die Oberflächenstrukturen durch das Vorhandensein von jeweils nur einem Glykoprotein Hämagglutinin (daher H1) und einem Glykoprotein Neuraminidase (daher N1) ähneln. Das Vogelgrippevirus H5N1 tötet bis zu 80 Prozent aller Infizierten, aber es springt nur sehr schwer von Mensch zu Mensch über. Die Schweinegrippe hingegen tötete bislang (Stand Ende Oktober 2009)¹³ nur wenige Infizierte, verbreitet sich dafür aber rasanter unter den Menschen und befällt – was an die Ereignisse von 1918/19 erinnert – vor allem jüngere Menschen.

Trotz dieser aktuellen Entwicklungen fehlt die Pandemie von 1918/19 in den neueren Gesamtdarstellungen zur deutschen Geschichte oder zum Reich im Ersten Weltkrieg¹⁴. Hans-Ulrich Wehlers voluminöse „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ ist eine Ausnahme, denn er erwähnt die Seuche, die etwa 300 000 Opfer gefordert habe, immerhin kurz, datiert sie jedoch fälschlicherweise auf einen unbestimmten Zeitpunkt nach dem Ende des Krieges¹⁵. Die wenigen sich mit diesem Ereignis befassenden, seit Anfang der neunziger Jahre meist an entlegener Stelle erschienenen, in Teilen eher spekulativen Studien zur spanischen Grippe in Deutschland nähern sich entweder dem Ereignis auf relativ schmaler empirischer Basis unter einer lokalgeschichtlichen Perspektive¹⁶ oder sie stellen die damaligen

¹³ <http://www.rki.de>, Epidemiologischer Wochenbericht des Robert-Koch-Instituts zur Situation der Influenza A/H1N1 Woche 14.–20. 10. 2009 (Zugriff 27. 10. 2009).

¹⁴ Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bände, München 1990/92; Wolfgang J. Mommsen, *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914–1918*, Stuttgart 2002; Roger Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002; Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000.

¹⁵ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, S. 232.

¹⁶ Vgl. Stephen G. Fritz, Frankfurt, in: Fred R. van Hartesveldt (Hrsg.), *The 1918–19 Pandemic of Influenza. The Urban Impact in the Western World*, New York 1992, S. 13–32; Manfred Vasold, *Die Grippeepidemie in Nürnberg 1918 – eine Apokalypse*, in: 1999 (*Zeitschrift für die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*) 10 (1995), S. 12–37; Kristin Olm, *Die spanische Grippe in Sachsen in den Jahren 1918 und 1919*, Diss. med. Leipzig 2001; Manfred Vasold, *Die Grippe-Pandemie von 1918/19 in der Stadt München*, in: *Oberbayerisches Archiv* 127 (2003), S. 395–414; Matthias Kordes, *Die so genannte Spanische Grippe von 1918 und das Ende des Ersten Weltkrieges in Recklinghausen*, in: *Vestische Zeitschrift* 101 (2006/7), S. 119–146.

medizinischen Fachdebatten um den Charakter der Epidemie in den Vordergrund¹⁷. Der Verlauf der Seuche auf nationaler Ebene sowie mögliche regionale Unterschiede bleiben aufgrund des dominierenden lokalen Blickwinkels unberücksichtigt. Zudem fokussieren sich die Studien vornehmlich auf die zweite, wesentlich tödlichere Herbstwelle. Die demographischen Auswirkungen der Grippe werden nicht international verglichen, sodass die Frage ungeklärt bleibt, inwieweit sich die deutsche Situation von der anderer Nationen unterschied. Durch die Konzentration auf die Grippe als Phänomen der Heimatfront, nicht etwa auch von Heer und Marine, blieben bislang wichtige militärische Quellen zu Ausmaß und Verbreitungswegen der Grippe in Deutschland unberücksichtigt. Dabei liefert gerade das Militär Historikern wegen der im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wesentlich besseren gesundheitlichen Überwachung und Versorgung von Soldaten zuverlässigeres Material zu vielen medizinhistorischen und demographischen Fragestellungen als Quellen ziviler Provenienz¹⁸. Die bisherigen Studien zur spanischen Grippe in Deutschland fragen ferner nicht nach möglichen Wechselwirkungen zwischen der spezifischen Kriegssituation einerseits und der Deutung der Seuche durch Zivilgesellschaft wie Militär andererseits¹⁹.

Wie hat sich also die Kriegssituation auf Verbreitung, Ausmaß und Deutung der Grippe in Deutschland ausgewirkt? Hat die spanische Grippe 1918 möglicherweise die politische und militärische Desintegration des Kaiserreichs beschleunigt? Oder ist die Seuche eher durch das parallele Ende von Krieg und Kaiserreich marginalisiert worden? Können die damaligen Reaktionen auf die Seuche als ein Beispiel dienen, an dem sich der militärische wie politische Zusammenbruch des Kaiserreichs im Herbst 1918 wie in einer Art Brennglas gebündelt nachvollziehen lässt? Schließlich: Kann man überhaupt von einer einheitlichen Grippe-Erfahrung 1918 in Deutschland sprechen? Zu Beantwortung dieser Fragen werden erstmals Front wie Heimat, zivile wie militärische Quellen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

I. Die erste Welle: Ausbreitung, Wirkung und Deutung

Das Grippevirus H1N1, der zum Auslöser der Pandemie wurde, ist vermutlich im Januar oder Februar 1918 im Mittleren Westen der USA von Geflügel oder

¹⁷ Vgl. Wilfried Witte, Erklärungsnotstand. Die Grippe-Epidemie 1918–1920 in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung Badens, Herbolzheim 2006.

¹⁸ So etwa für Tropenkrankheiten basierend auf Quellen der britischen und französischen Kolonialarmeen; vgl. Philipp D. Curtain, *Death by Migration. Europe's Encounters with the Tropical World in the 19th Century*, Cambridge 1989. Für die statistische Erfassung der spanischen Grippe in den US-Streitkräften vgl. Byerly, *Fever*, S. 79 f.

¹⁹ Eine Ausnahme hinsichtlich der aufgezählten Desiderata bildet die ausgezeichnete Arbeit vom Marc Hieronimus, *Krankheit und Tod 1918. Zum Umgang mit der Spanischen Grippe in Frankreich, England und dem Deutschen Reich*, Berlin 2006. Sie ist zudem, basierend auf den Erfahrungen von Marseille, Manchester und Köln, die erste Studie überhaupt, welche aus lokalgeschichtlicher Perspektive mehrere Länder vergleicht. Allerdings ist der Referenzpunkt vornehmlich Frankreich. Die Ausführungen über den möglichen Einfluss der Grippe auf die Kriegführung 1918 bleiben kursorisch, militärische Quellen unberücksichtigt.

Schweinen auf den Menschen übergesprungen. Es fand vor allem in den überfüllten Ausbildungslagern des sich in Aufstellung befindlichen US-Expeditionskorps für Europa reichlich Gelegenheit zur Verbreitung. Die ersten Massenerkrankungen sind Anfang März 1918 im Camp Funston in Kansas verbürgt. Mitte April 1918 erreichte die Influenza mit den US-Truppentransporten dann Frankreich, wo man die ersten Fälle in Bordeaux registrierte²⁰. Die Frühjahrspandemie führte in allen betroffenen Ländern zwar zu vielen Erkrankungen, die aber zu meist harmlos verliefen. Allerdings kamen auch schon im Frühjahr gelegentlich äußerst heftige Grippefälle vor, die insbesondere bei Menschen im eigentlich widerstandsfähigsten Alter zu einem schnellen Tode führten. Bei den Obduktionen der Opfer fielen den Ärzten bereits jetzt vereinzelt die dann in der Herbstwelle oft anzutreffenden völlig zerstörten, mit Blut und Flüssigkeit durchtränkten Lungenflügel auf²¹.

Die Öffentlichkeit der sich im Krieg befindlichen europäischen Großmächte wurde auf die Seuche zunächst Ende Mai 1918 durch die Berichterstattung der damals nicht der Zensur unterliegenden spanischen Presse über die Epidemie in dem neutralen Land aufmerksam. Dies trug der Seuche den bis heute gebräuchlichen Namen „spanische Grippe“ bzw. damals auch „spanische Krankheit“ ein. Dabei schleppten vermutlich spanische Rückkehrer, die in der französischen Kriegsindustrie gearbeitet hatten, die Grippe auf der iberischen Halbinsel ein²². Die *Magdeburger Zeitung* titelte am 29. Mai „Der schwarze Tod in Spanien?“²³. Etwa ein Drittel der Bevölkerung inklusive des Königs und einiger Minister seien von einer rätselhaften Krankheit befallen. Das *Hamburger Fremdenblatt* beruhigte am selben Tag unter der Überschrift „Über die angeblich mysteriöse Krankheit in Spanien“, dass es sich bei der Seuche vermutlich um die Influenza handele, die Europa zuletzt im Jahre 1889 stark heimgesucht habe²³.

Die Frühjahrsepidemie kam vermutlich durch französische Kriegsgefangene, die an der Westfront gemacht worden waren, nach Deutschland²⁴. Die Grippe erfasste zunächst ab Anfang Mai das Feldheer im Westen, wo sie Ende Juni stark verbreitet war und in der ersten Juli-Dekade den Höchststand an Erkrankungen

²⁰ Vgl. Barry, *Influenza*, S. 91–99; Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 25.

²¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (künftig: BayHStA), Mkr 10058, Berichte der Militärärztlichen Akademie an das Kriegsministerium betr. Influenzaerkrankungen, 2. 7. und 9. 7. 1918.

²² Vgl. Beatriz Echeverri, *The Spanish Influenza Seen from Spain*, in: Phillips/Killingray (Hrsg.), *Spanish Influenza*, S. 173–190.

²³ Sammlungen zeitgenössischer deutscher Presseberichte über die spanische Grippe, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin (künftig: GStA PK), I. HA Rep. 76 VIII B (Preußisches Kultusministerium/Medizinalabteilung), Bd. 3835, sowie zur Grippe und anderen Gesundheitsfragen, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BAB), R8034II (Pressearchive des Reichslandbundes), Bde. 1788 u. 1789. Alle im Folgenden zitierten Zeitungsartikel stammen aus diesen Aktenbänden.

²⁴ Vgl. Carl Fahrig, *Grippe*, in: Ludwig Aschoff (Hrsg.), *Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg*, Bd. 8: Pathologische Anatomie, Leipzig 1921, S. 144–152, hier S. 144.

erreichte, also etwa drei Wochen später als bei den Entente-Truppen²⁵. Während der Krankenstand unter den deutschen Truppen an der Westfront im März, April und Mai jeweils um 300 000 Mann oszillierte, stieg er im Juni 1918 als Folge der Grippe auf 382 000 an, davon 139 000 Influenzafälle, im Juli auf 685 000, darunter 399 000 Influenza-Kranke²⁶. Bei der 4., 6. und 17. Armee des bayerischen Heeres waren in der ersten Julidekade bei einer Gesamtstärke von 1 103 653 Mann 114 214 Soldaten krank gemeldet, davon lagen 86 411 oder etwa 8 Prozent der Ist-Stärke mit Grippe danieder. In der letzten Julidekade waren in allen drei Armeen nicht einmal mehr 10 000 Soldaten wegen Grippe außer Gefecht gesetzt²⁷. Die Erkrankungen verliefen im Heer wie überall während der ersten Welle der Pandemie zumeist leicht und waren nach etwa vier bis sechs Tagen vorüber. Die weitaus meisten Fälle konnten in den frontnahen Krankenrevieren behandelt werden. Einweisungen wegen Komplikationen in die besser ausgestatteten rückwärtigen Lazarette waren selten nötig²⁸. Allerdings gab es im Westheer erhebliche Unterschiede in der Morbidität. Während in manchen Einheiten ein Großteil der Soldaten erkrankte, blieben andere fast völlig verschont²⁹.

Die Grippe traf das Westheer in der letzten Phase jener Offensiven, mit denen die 3. Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff seit März 1918 versuchte, eine Wende an der Westfront zu erzwingen, bevor die seit Anfang des Jahres zunehmend eintreffenden US-Truppen das Kräfteverhältnis auf diesem Kriegsschauplatz endgültig zu ungunsten der deutschen Truppen verändern würden³⁰. Die Epidemie war durchaus ein Faktor, den die OHL bei ihren Planungen berücksichtigen musste. So schrieb Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen in Bezug auf die Situation im Juni, als er einen letzten Angriff gegen die französischen Truppen anvisierte: „Unsere Armee hatte gelitten. Die Grippe griff überall um sich, ganz besonders schwer wurde die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht betroffen. Es war für mich eine ernste Beschäftigung, jeden Morgen von den Chefs die großen Zahlen von Grippeausfällen zu hören und ihre Klagen über die Schwäche der Truppen, falls der Engländer nun doch angriffe. Er war jedoch noch nicht soweit. Auch die Grippefälle vergingen. Sie lie-

²⁵ Niall Johnson, *Aspects of the Historical Geography of the 1918/19 Influenza Pandemic in Britain*, PhD Cambridge 2001, S. 111, gibt als Höhepunkt der Epidemie unter den Entente-truppen an der Westfront die dritte Juniwoche an.

²⁶ Bundesarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914–1918*, Bd. 14: *Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918*, Berlin 1956, S. 517.

²⁷ BayHStA, Mkr HG Rupprecht, Bd. 59, Auszug aus dem Sanitätsbericht des Armeearztes 4. Armee 1.4.–30.6.1918 (27.7.1918), sowie Bd. 58, *Truppenkrankenrapporte der 4., 6. und 17. Armee für Juli 1918*.

²⁸ Ebenda, Bd. 59, Auszug aus dem Sanitätsbericht des Armeearztes der 4. Armee vom 1. 4.–30.6.1918 (27.7.1918); für die US-Army vgl. Byerly, Fever, S. 72.

²⁹ Vgl. Walter Samuel, *Betrachtungen über die Grippeepidemie im Felde im Juni und Juli 1918*, *Diss. med.*, Berlin 1918, S. 7–9.

³⁰ Vgl. Dieter Storz, „Aber was hätte anders geschehen sollen?“ Die deutschen Offensiven an der Westfront 1918, in: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999, S. 51–95.

Ben oft eine größere Schwäche zurück, als ärztlicherseits angenommen wurde.“³¹ In einer im Dezember 1918 eingereichten Dissertation eines Oberarztes über die Erfahrungen mit der Grippe im Frühjahr bzw. Frühsommer an der Westfront hieß es: „durch die außerordentlich schnelle Ausbreitung war die Zahl der Erkrankten so erheblich angewachsen, dass des Öfteren die Gefechtsfähigkeit vieler Truppen in Frage gestellt war“³². „Nachdem wir eine Woche in vorderster Linie gelegen hatten, mussten wir nochmals die Hauptwiderstandslinie besetzen, da unser Ablösungsbataillon durch die spanische Grippe fast ausgelöscht war. Auch von unseren Leuten meldeten sich täglich mehrere krank. [...] Doch erfuhren wir, dass sich die Seuche auch auf der Gegenseite mehr und mehr ausbreitete; allerdings waren wir infolge der schlechten Verpflegung anfälliger. Gerade die jungen Leute starben über Nacht hinweg“, schrieb Ernst Jünger in den „Stahlgewittern“ zur Situation Anfang Juli. Auf der Gegenseite stellte man Vermutungen über den Zusammenhang von Grippeepidemie und deutscher Offensivkraft an. Ein britischer Sanitätsoffizier notierte am 7. Juli in seinem Tagebuch: „Wonderful weather continues and yet no renewal of the Boche offensive. Many theories – shortage of men? Internal trouble? An epidemic of 3-day fever?“³³

Die OHL befragte am 30. Juni die für die letzte Offensive vorgesehenen drei deutschen Armeen, ob sie es wegen der Grippeepidemie für notwendig hielten, die Operationen um einige Tage hinter den ursprünglich für den 10. Juli anberaumten Angriffstermin zu verschieben. Zwei der drei befragten Großverbände plädierten dafür, trotz Grippe möglichst früh anzutreten. Lediglich die 7. Armee bat zunächst um einen dreitägigen Aufschub wegen der unter ihren Soldaten grassierenden Seuche. Sie revidierte diese Ansicht jedoch zwei Tage später, verlangte aber nun eine Verschiebung wegen Transportproblemen, sodass die Offensive gegen die französischen Stellungen letztlich nicht am 10., sondern am 15. Juli losbrach³⁴. In der ersten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags nach der Sommerpause am 24. September 1918, in welcher Heerespitze und Regierung die Vertreter der Parteien über die politische und militärische Lage informierten und für eine Fortführung des Krieges plädierten, wurde die Epidemie dafür mitverantwortlich gemacht, dass die letzte deutsche Offensive an der Westfront vom 15.–17. Juli gegen die Franzosen scheiterte. Die Krankheit sei auch der Grund für die Verzögerung der Operation gewesen. Dadurch hätten die französischen Streitkräfte, die um den bevorstehenden Angriff wussten, genug Zeit gehabt, ihre ersten, exponierten Linien zu räumen und den deutschen Vorstoß in der zweiten Linie aufzufangen³⁵. Dieser Versuch, das Scheitern der letzten Westoffensive unter anderem der Grippe zuzuschreiben, zeugt von der verzweiferten Situation

³¹ Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919, S. 514.

³² Hans Lohse, *Klinische Erfahrungen über das Auftreten der Grippe des Jahres 1918 im Bereich einer Armee des westlichen Kriegsschauplatzes*, Diss. med., Kiel 1919, S. 7 f.

³³ Ernst Jünger, *In Stahlgewittern*, Stuttgart 452007, S. 296; Johnson, *Aspects*, S. 177.

³⁴ Vgl. Bundesarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg*, Bd. 14, S. 441.

³⁵ Vgl. *Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags 1915–1918*, eingeleitet von Reinhard Schiffers, bearb. von Reinhard Schiffers und Manfred Koch, Bd. 4: 191.–275. Sitzung 1918, Düsseldorf 1983, S. 2293 f.

der Heeresführung im Herbst 1918. Ihr war jede Ausrede recht, um sich der Verantwortung für die militärische Niederlage zu entziehen. Tatsächlich ließ sich die OHL in ihren Entscheidungen im Juni/Juli 1918 nicht durch die Grippe beirren.

Anders sah es für die betroffenen Mannschaften aus. Die Erkrankungen hinterließen eine anhaltende körperliche Schwäche nach dem eigentlichen Abklingen der Symptome³⁶, sodass die Einwirkung der Grippe auf die physische Konstitution und Moral der Soldaten und damit auf die Kampfkraft stärker war, als es sich an der reinen Zahl der Krankmeldungen ablesen lässt³⁷. Zudem kursierten viele Gerüchte und Vermutungen über Ursprung und Charakter der Krankheit nicht nur in den Schützengraben, sondern auch bei den zum Teil unerfahrenen jüngeren Truppenärzten. Auch das trug zur allgemeinen Verunsicherung bei. Sie äußerte sich beispielsweise darin, dass die Krankheit als „Sumpffieber“ oder „Noyon-Krankheit“ bezeichnet wurde. Die Soldaten machten unter anderem die schlechte Kost sowie sexuelle Abstinenz für die Krankheit verantwortlich³⁸. Diese psychologische Wirkung der Seuche betont ein vertrauliches Rundschreiben des Chefs des Heeressanitätswesens im Großen Hauptquartier. Generalarzt Otto von Schjerning ermahnte die nachgeordneten Sanitätsformationen, der Krankheit nicht, wie bisher geschehen, zu viel Bedeutung beizumessen. Es handele sich nach bisherigen Beobachtungen eher um eine harmlose Erkrankung, die ohne ernstliche Gesundheitsschädigungen schnell vorübergehe. Es bestehe kein Anlass zur Beunruhigung³⁹. Bereits im Vorfeld der Offensiven war von der militärischen Führung angeordnet worden, mit krankheitsbedingten Einweisungen von Soldaten in Lazarette äußerst restriktiv zu verfahren. Einerseits werde jeder Mann gebraucht, andererseits gebe es aber eine Tendenz in der Truppe, sich auf alle möglichen Arten dem Frontdienst zu entziehen und stattdessen einen Platz in einem der Lazarettzüge nach Deutschland zu ergattern⁴⁰. So schrieb der an der Westfront dienende Dominik Richter über die Grippe: „Immer mehr Soldaten erkrankten und schlurften halbtot herum [...]. Obwohl sie sich krank meldeten, kam kaum einer ins Lazarett, denn es hieß, es gebe keine Leichtkranken und Leichtverwundeten mehr, nur noch Schwerverwundete und Tote.“⁴¹

Die gemeldeten Grippefälle in den deutschen Armeen an der Westfront, die zudem auf einer sehr restriktiven Einweisungspolitik in die Krankenreviere basierten, spiegeln also lediglich die quantitative Wirkung der Seuche wider, sagen aber nichts über ihre psychologische Wirkung auf die Moral der Truppe aus. Und in letzterer liegt die Bedeutung der ersten Grippewelle auf die deutschen Trup-

³⁶ Vgl. Lohse, *Klinische Erfahrungen*, S. 10 u. S. 14; für die US-Army Byerly, *Fever*, S. 71 f.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 118–120.

³⁸ Vgl. Lohse, *Klinische Erfahrungen*, S. 7; Samuel, *Betrachtungen*, S. 25.

³⁹ BayHStA, HG Rupprecht, Bd. 58, Rundschreiben des Chefs des Heeressanitätswesens von Schjerning, 24. 6. 1918.

⁴⁰ Heeressanitätsinspektion des Reichskriegsministeriums (Bearb.), *Sanitätsbericht über das Deutsche Heer im Weltkrieg 1914–1918*, Bd. 2: *Der Sanitätsdienst im Gefechts- und Schlachtenverlauf im Weltkrieg 1914–1918*, Berlin 1938, S. 755–757.

⁴¹ Dominik Richter, *Beste Gelegenheit zum Sterben. Meine Erlebnisse im Kriege 1914–1918*, München 1989, S. 83.

pen an der Westfront im Frühsommer 1918: Die Frühjahrserkrankungen vereitelten nicht, wie von der militärischen Führung im Nachhinein behauptet, eine ansonsten womöglich erfolgreiche deutsche Offensive. Sie beschleunigten aber den ohnehin sich vollziehenden inneren Auflösungsprozess der deutschen Streitkräfte. Denn sie steigerten die allgemeine Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung unter den Soldaten. Die restriktive Handhabung der Krankmeldungen, die letztlich einer mangelnden Empathie für die Bedürfnisse der Soldaten gleichkam, konnte nur die Verbitterung der Mannschaften gegenüber ihren Vorgesetzten oder dem Militär als Gesamteinstitution verstärken. Damit erhöhte die Epidemie die Bereitschaft, sich an dem „verdeckten Militärstreik“ der letzten Kriegsmomente, wie es Wilhelm Deist genannt hat⁴², zu beteiligen.

Durch Fronturlauben, Verwundeten- und Kriegsgefangenen Transporte gelangte die Krankheit Anfang Mai ins Reich. Betroffen wurden zunächst die dortigen Garnisonen des Besatzungsheeres, deren Soldaten wiederum die Zivilbevölkerung infizierten. Unter dieser breitete sich die Krankheit seit Mitte Juni 1918 von Westen nach Osten aus⁴³. Seit den letzten Junitagen berichtete die deutsche Presse regelmäßig über den Fortgang der Grippeepidemie in Deutschland. So schrieb der *Berliner Lokalanzeiger* am 28. Juni, die „spanische Krankheit“, die eigentlich eine Influenza sei, habe Nürnberg erreicht. Am 3. Juli meldeten die *Vossische Zeitung* und die *Leipziger Volkszeitung* jeweils die Ankunft der Seuche in Berlin bzw. Leipzig. Vereinzelt berichtete die Presse über Arbeitseinschränkungen bei Post, Eisenbahn und öffentlichem Nahverkehr. Die Presse klammerte jeden Hinweis auf Erkrankungen im Feldheer aus, denn nichts sollte die Öffentlichkeit hinsichtlich des Fortgangs der Offensivoperationen an der Westfront beunruhigen. Der Grundtenor der Berichterstattung im Reich war beruhigend und abwiegelnd. Es wurde nach anfänglichem Rätseln über den Charakter der Krankheit in Spanien stets darauf hingewiesen, als die Epidemie erst einmal die Reichsgrenzen erreicht hatte, dass es sich bei ihr lediglich um Grippeerkrankungen handele, die fast immer einen gutartigen Verlauf nähmen. Von Todesopfern war nichts zu lesen⁴⁴. Der Heidelberger Mediävist Karl Hampe schrieb am 5. Juli in sein persönliches „Kriegstagebuch“: „Hier ist jetzt die ‚spanische Krankheit‘ ziemlich verbreitet. Die biedere alte Grippe ist durch Aufenthalt im Ausland wieder interessanter geworden. Von erheblicher Bedeutung ist die Seuche nicht.“⁴⁵

Die meisten Erkrankungen kamen in der Zivilbevölkerung und im Westheer in der ersten Julihälfte vor. Wie im Westheer unter den verschiedenen Verbänden gab es allerdings ein großes regionales Gefälle in der Zahl der Erkrankungen. Manche Orte Preußens wie Düsseldorf, Hildesheim und Danzig blieben fast gänz-

⁴² Wilhelm Deist, Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs. Zur Realität der „Dolchstoßlegende“, in: Ders. (Hrsg.), Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991, S. 211–233, hier S. 230.

⁴³ BayHStA, Mkr 13790, Bericht über die Grippeepidemie des Jahres 1918 im Bereich des bayerischen Besatzungsheeres, 4. 6. 1919.

⁴⁴ So etwa das „Berliner Tageblatt“ vom 30. 6. und 3. 7. 1918 und die „Berliner Morgenpost“ vom 2. 7. 1918. Vgl. zum Presseecho auch Kordes, Spanische Grippe, S. 132 f.

⁴⁵ Karl Hampe, Kriegstagebuch 1914–1919, München 2004, S. 708.

lich verschont, das Industrieviertel an der Ruhr hingegen wurde stark von der Seuche erfasst⁴⁶. Auffallend war bereits während der ersten Welle, dass vor allem die jüngeren, physisch eigentlich resistentesten Jahrgänge erkrankten und nicht unbedingt, wie bei normalen Grippewellen, ältere, geschwächte Menschen. Dieser Umstand wurde damals mit einer möglichen Immunität letzterer durch die drei Jahrzehnte zurückliegende Pandemie von 1889/90 erklärt⁴⁷.

Mögliche Zusammenhänge zwischen der Kriegssituation, insbesondere dem Mangel an Lebensmitteln, aber auch Medikamenten, Mitteln zur Körperpflege und Desinfektion, Kohlen zum Beheizen der Wohnungen oder geeigneter Kleidung bei gleichzeitig schwerer Arbeit in den Rüstungsindustrien und der daher stark geschwächten Widerstandskraft der Bevölkerung wurden in der Presse (wie auch in den Behörden) ebenso wenig diskutiert wie das Ausmaß der Grippewelle. Vielmehr mieden die Zeitungen alle Hinweise darauf, dass es einen Zusammenhang zwischen allgemeiner Versorgungssituation und Zustand der Volksgesundheit geben könnte. Als Erklärung für die rasche Ausbreitung der Grippe bot die Presse stattdessen das relativ kühle und regnerische Juniwetter an. Im letzten Juli-Drittel verschwand das Thema wieder aus den Schlagzeilen.

Der Reichsgesundheitsrat, ein Gremium von medizinischen Vertretern der Bundesstaaten zur Beratung der Reichsregierung, das im Jahre 1900 aufgrund des „Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten“ gegründet worden war, trat wegen der Epidemie am 10. Juli 1918 in Berlin zusammen, obwohl Influenza nicht in diesem Gesetz aufgeführt war. Verwirrung stiftete bei den Fachleuten der Umstand, dass man bei den Untersuchungen der Erkrankten keineswegs immer im Sputum den sogenannten „Pfeiffer-Bazillus“ feststellte. Richard Pfeiffer, ebenfalls Angehöriger des Reichsgesundheitsrats, Schüler von Robert Koch und in Breslau lehrender Bakteriologe, hatte diesen Bakterienstamm 1892 als vermeintlichen Auslöser der Grippe identifiziert. Dies war im Zuge einer durch die Entdeckungen Kochs regelrecht ausgelösten „Jagd“ nach Erregern von Infektionskrankheiten und in der Atmosphäre eines vorübergehenden allgemeinen medizinischen Fortschrittsoptimismus geschehen, diesen Geißeln der Menschheit mittels der Bakteriologie bald Herr werden zu können⁴⁸. Weder 1892 noch 1918 wusste man, dass Influenza nicht eine bakterielle, sondern eine Virusinfektion ist und damit die von Pfeiffer beschriebenen Bakterien nicht der Auslöser von Grippe sein konnten. Sie waren höchstens eine ihrer Begleiterscheinungen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfügte die Medizin noch nicht über Elektronenmikroskope, mit denen man im Vergleich zu Bakterien wesentlich kleinere Viren als Krankheitserreger hätte identifizieren können. Erst 1933 wurde schließlich der Influenzavirus entdeckt.

⁴⁶ Vgl. Otto Peiper, Die Grippeepidemie in Preußen im Jahre 1918/19, Berlin 1920, S. 3.

⁴⁷ Vgl. den Bericht der „Täglichen Rundschau“ vom 24. 7. 1918 über eine Diskussion zur Grippe auf einem „kriegsärztlichen Abend“ in Berlin.

⁴⁸ Vgl. Christoph Gradmann, Krankheit im Labor. Robert Koch und die medizinische Bakteriologie, Göttingen 2005, S. 14.

Trotz des nicht immer möglichen Nachweises des „Pfeiffer-Bazillus“ einigte sich der Reichsgesundheitsrat aufgrund der beobachteten Krankheitssymptome darauf, dass es sich bei der Epidemie definitiv um Influenza handele, die allerdings wesentlich harmloser sei als die letzte Epidemie von 1889/90. Es sei keinesfalls, wie im Mai von der Presse zunächst kolportiert, eine neuartige „spanische Krankheit“. Es gebe weder wirksame präventive Schutzmaßnahmen gegen die Ansteckungen, sodass seuchenpolizeiliche Maßnahmen sinnlos seien, noch Heilmittel gegen die Krankheit. Es sei den Erkrankten aber unbedingte Schonung anzuraten, damit sie schnell wieder genesen könnten. Die Zeitungen sollten über die Sitzung des Reichsgesundheitsrats berichten, um die beruhigende Botschaft, es handele sich bei der Seuche nur um Grippe, sozusagen mit amtlichem Siegel versehen einmal mehr verbreiten zu können⁴⁹. Entsprechende Meldungen tauchten einige Tage später in den Zeitungen auf.

Die Zeitungen hielten sich in der Berichterstattung über die Frühjahrsgrippe, sobald diese die Reichsgrenzen erreicht hatte, an den Komment, keine Meldungen zu bringen, welche die deutsche Öffentlichkeit im vierten Kriegsjahr irgendwie hätten beunruhigen oder welche zu Spekulationen über einen Zusammenhang zwischen dem Auftreten der Epidemie und der spezifischen Kriegssituation hätten Anlass geben können. Die uniforme Berichterstattung resultierte aus der Zensur der Presse durch die Militärbehörden, die auf jeden Fall den „Burgfrieden“ aufrechterhalten und die Öffentlichkeit in Sicherheit wiegen sollte⁵⁰. Sie war aber auch, wie die einen anderen Ton anschlagende Berichterstattung über die Herbstwelle zeigt, zu diesem Zeitpunkt noch Produkt einer Art Selbstzensur der Journalisten⁵¹ in der Phase der letzten Westoffensive und damit einer, allerdings rasch schwindenden, Hoffnung auf einen baldigen, für Deutschland günstig ausfallenden Frieden. Diese letzte Kriegsanstrengung und der dafür nötige Konsens an der Heimatfront sollte nicht durch eine kritische oder sensationsheischende Berichterstattung über die Grippe unterminiert werden.

Das Zusammentreffen dieser beiden fundamentalen Ereignisse: der Ausbruch der ersten weltweiten Grippeepidemie seit dreißig Jahren und ein Krieg in bisher ungekannten Ausmaßen brachte die Zeitgenossen dazu, einen kausalen Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen anzunehmen und Spekulationen über den Ursprung und das Ausmaß der Krankheit anzustellen. Das war nicht nur in Deutschland so. In den USA verdächtigte die Öffentlichkeit beispielsweise deutsche Spione, die Krankheit eingeschleppt zu haben. Ferner geriet das Bayer-Produkt Aspirin in den Ruf, von den Deutschen so manipuliert worden zu sein, dass es nun die Krankheit verursachte. In Westeuropa, aber auch in Südafrika gab es Vermutungen, dass der deutsche Giftgaseinsatz an der Westfront mit dem Auftre-

⁴⁹ BAB, R1501/11740, Protokoll der Besprechung des Reichsgesundheitsrats am 10.7.1918 vom 24.7.1918.

⁵⁰ Zur Pressezensur in Deutschland vgl. Martin Creutz, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkriegs. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankfurt a. M. 1996.

⁵¹ So auch Hieronimus, Krankheit, S.175, in Bezug auf die Presseberichterstattung über die Grippe in Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

ten der Krankheit in Verbindung stehe. In Frankreich spekulierte die Presse, dass die Infektion entweder von deutschen U-Booten angelandet oder von Kriegsgefangenen eingeschleppt worden sei⁵².

Solche Verschwörungstheorien über die Seuche als ein vom Feind bewusst verursachtes Unheil lassen sich für Deutschland nicht nachweisen. Für die deutsche Bevölkerung lag es hingegen nahe, die Gründe für das Auftreten der Grippeepidemie in der Versorgungssituation zu suchen. Der Gesundheitszustand der Deutschen hatte sich seit 1916 als Folge der britischen Seeblockade, des Fehlens von Arbeitskräften und Zugtieren durch die Einziehung zum Militär und der dadurch einhergehenden Minderung der Lebensmittelproduktion, durch die schlechte Ernte des Jahres 1916 und den harten Winter 1916/17 vor allem in den Städten rapide verschlechtert. Davon zeugte insbesondere die stark wachsende Zahl von Tuberkulose-Fällen. Selbst der Vormarsch harmloserer Hautkrankheiten wie der Bartflechte – die Barbieri hatten keinen Alkohol mehr zum Desinfizieren ihrer Rasierwerkzeuge – symbolisierten den allgemeinen Mangel und dessen gesundheitliche Folgen⁵³.

Zwar veröffentlichten die Behörden in den Kriegsjahren bewusst keine Informationen mehr über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, um diese nicht zu beunruhigen. Vielmehr frohlockte die Presse seit 1914, dass die klassischen Kriegsseuchen der Vergangenheit: also Cholera, Pocken, Fleckfieber, Typhus und Ruhr, in diesem Konflikt dank der modernen Medizin erstmals keine Gefahr mehr darstellten⁵⁴. Die Schönfärberei in der Presse, die auch den hygienisch-bakteriologischen Fortschrittsoptimismus der damaligen Mediziner widerspiegelte, die den Krieg gleichsam als großes Laboratorium betrachteten⁵⁵, verhinderte allerdings nicht, dass die Öffentlichkeit im vierten Kriegsjahr Spekulationen über den Zusammenhang von Versorgungssituation und nachlassender Volksgesundheit anstellte. Bei Hampe hieß es Anfang Juni 1918: „Man hört jetzt viel, dass die dauernde Unterernährung ungünstig auf die Fruchtbarkeit von Frauen und Mädchen wirkt. Die Gebärmutter schrumpft und die Periode hört auf.“⁵⁶ Im Monatsbericht für August über die Stimmung der Bevölkerung in Sachsen berichtete

⁵² Vgl. Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 217 (USA); Johnson, *Aspects*, S. 173 (Großbritannien und Südafrika); Hieronimus, *Krankheit*, S. 137 (Frankreich).

⁵³ Vgl. Franz Bumm (Hrsg.), *Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluss des Weltkrieges*, 2 Bände, Stuttgart 1928. Zur Bartflechte Roger Chickering, *The Great War and Urban Life in Germany*. Freiburg 1914–1918, Cambridge 2007, S. 348.

⁵⁴ So etwa zu Beginn des Krieges der Artikel des Mitarbeiters im Reichsgesundheitsamt Otto Lentz, *Die Bekämpfung der Infektionskrankheiten unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Kriege und die Mitwirkung der Krankenkassen*, in: *Ortskrankenkasse* (Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen) 1 (1914), S. 386–394, oder der bekannte Berliner Bakteriologe August von Wassermann in einem Artikel vom 5. 3. 1916 im „Berliner Tageblatt“ mit dem Titel „Der Weltkrieg als Erprober der modernen Medizin“.

⁵⁵ Vgl. Wolfgang Eckart, „Der größte Versuch, den die Einbildungskraft ersinnen kann“. Der Krieg als hygienisch-bakteriologisches Laboratorium und Erfahrungsfeld, in: Ders./Christoph Gradmann (Hrsg.), *Die Medizin und der Erste Weltkrieg*, Pfaffenweiler 1996, S. 299–319.

⁵⁶ Hampe, *Kriegstagebuch*, S. 699.

das XIX. Armeekorps: „Infolge ungenügender Ernährung hat die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung recht nachgelassen. Die Leute können oft kaum noch ihre Arbeit verrichten. Jede an sich harmlose Krankheit macht sie arbeitsunfähig. Die Zahl der Fälle, in denen die Ärzte als Grund körperlichen Unbehagens Unterernährung feststellen, mehren sich von Tag zu Tag. Dies muss naturgemäß die Unzufriedenheit noch steigern. Es erscheint deshalb erwägenswert, auf die Ärzte in geeigneter Form einzuwirken, dass sie mit solchen Äußerungen dem Kranken bzw. deren Umgebung gegenüber möglichst vorsichtig sind, weil dadurch die an sich schon vorhandene Erregung gesteigert wird.“⁵⁷ Am 17. Oktober 1918, auf dem Höhepunkt der zweiten Grippewelle, schrieb das Kriegsernährungsamt an das Kaiserliche Gesundheitsamt, es kursierten in der Bevölkerung geradezu phantastische Angaben über die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern als Folge der Ernährungssituation. Das Kriegsernährungsamt bat daher den Adressaten, auf die Bevölkerung durch gegenteilige öffentliche Stellungnahmen beruhigend einzuwirken⁵⁸.

Am 15. Juni war zudem eine weitere Kürzung der Brotrationen von den Behörden verkündet worden, die für weiteren Unmut sorgte. Die erste Grippewelle traf Deutschland ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Vorräte des Vorjahres auf dem Tiefpunkt angekommen waren, die neue Ernte hingegen noch nicht eingebracht war. Diese Periode war schon in den vorherigen Kriegsjahren stets stimmungsmäßig ein besonders kritischer Moment gewesen, in dem viele Gerüchte entstanden⁵⁹. So konnte die erste Welle der spanischen Grippe von der Öffentlichkeit in Deutschland als weiteres Indiz für die sich rapide verschlechternde Volksgesundheit als Folge des allgemeinen Mangels angesehen werden. Andernfalls war es für sie schwer zu erklären, dass eine bislang eher als harmlos eingeschätzte, seit Jahrzehnten nicht mehr epidemisch aufgetretene Krankheit ausgerechnet nach vier Kriegsjahren und sich immer mehr verschärfenden Lebensbedingungen solche Ausmaße annahm. In Frankfurt, wo statt durchschnittlich 2500 bis 3000 Kalorien pro Einwohner in der Vorkriegszeit mittlerweile nur noch 1500 zur Verfügung standen und ein durchschnittlicher Gewichtsverlust der Bevölkerung in vier Jahren von 23 Prozent zu verzeichnen gewesen war, kursierten entsprechende Gerüchte. Im Ruhrgebiet wurde die Epidemie schlichtweg als „Hungerkrankheit“ bezeichnet⁶⁰.

Gleichwohl ist in keinem der monatlichen Stimmungsberichte der stellvertretenden Generalkommandos zwischen Mai und Juli 1918 die erste Welle der spanischen Grippe explizit als Faktor aufgeführt, welcher die Stimmung in der Bevölkerung negativ beeinflusste oder sich als störendes Element für die wirtschaftliche Mobilisierung erwies. Das Gleiche gilt für die Lageeinschätzungen des Berliner

⁵⁷ BayHStA, Mkr 12852, Zusammenstellung der Monatsberichte der stellvertretenden Generalkommandos für den August 1918, 3. 9. 1918.

⁵⁸ BAB, R1501/109176.

⁵⁹ Vgl. Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkriegs, Berlin 1968, S. 182.

⁶⁰ Vgl. Fritz, Frankfurt, S. 16.

Polizeipräsidenten. Diese verzeichneten zwar ebenfalls für den Zeitraum zwischen Mai und Juli 1918 eine sich insgesamt verschlechternde Stimmung in der Bevölkerung durch die Lebensmittelknappheit, vor allem aber wegen des Ausbleibens sichtbarer Erfolge trotz der wiederholten Offensiven der deutschen Truppen an der Westfront⁶¹. Die Grippe war zu diesem Zeitpunkt lediglich ein, den Behörden allerdings nicht gesondert berichtenswertes Ereignis.

In Wirklichkeit aber gab es, ganz im Gegensatz zur Vermutung der damaligen Öffentlichkeit (und einiger späterer Historiker)⁶², keine direkte Verbindung zwischen Morbidität und Mortalität der Grippe einerseits und der allgemeinen Versorgungssituation in Deutschland andererseits. Bei der zweiten Grippe-Welle im Herbst wurden die ländlichen Gebiete des Reichs, in denen die Lebensmittelversorgung wesentlich besser war, ebenso stark von der Grippe heimgesucht wie die unter Hunger leidende Stadtbevölkerung⁶³. Der Pathologe Carl Fahrig schrieb nach dem Ersten Weltkrieg, basierend auf seinen Erfahrungen bei der bayerischen militärärztlichen Akademie: „Die Bösartigkeit der Seuche hängt anscheinend nicht mit dem schlechten Stand der Ernährung im abgesperrten Deutschland zusammen, da die Grippe in der viel besser versorgten Schweiz noch ungünstiger verlief als bei uns. Der Ernährungszustand der von mir seziierten Soldaten war durchschnittlich nicht schlecht, in einem Viertel der Fälle vorzüglich.“⁶⁴ Die Mediziner in Deutschland gingen davon aus, dass zwar die schlechte Ernährungssituation in Deutschland nicht das Ansteckungsrisiko und die Schwere der Erkrankung beeinflusst, die Rekonvaleszenz aber hinausgezögert habe⁶⁵. Schließlich belegt auch die Zahl der Grippe-Toten in der bestens ausgerüsteten und gepflegten US-Army, deren Rekruten einer rigorosen gesundheitlichen Überprüfung unterworfen worden waren⁶⁶, dass unzureichende Ernährung nicht einen schwereren Verlauf der Grippeepidemie nach sich zog. Von den vier Millionen 1918 mobilisierten US-Soldaten starben 43 000 an Grippe, also etwa 1 Prozent der Eingezogenen. Von den rund acht Millionen deutschen Soldaten des Jahres 1918, welche wesentlich schlechter versorgt waren als die Amerikaner und zudem bereits seit vier Jahren im Einsatz gestanden hatten, fielen dagegen 20 000 bis 25 000 der Seuche zum Opfer, also etwa 0,3 Prozent⁶⁷.

⁶¹ Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach, Weimar 1987.

⁶² Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 232, schreibt, die Grippe habe die durch den Krieg geschwächte Bevölkerung Europas überfallen und dort 30 Millionen Tote [sic] gefordert.

⁶³ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bd. 3836, Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den preußischen Minister des Innern, 7. 4. 1919.

⁶⁴ Fahrig, Grippe, in: Aschoff (Hrsg.), Handbuch der ärztlichen Erfahrungen, Bd. 8, S. 145.

⁶⁵ Vgl. Martin Hahn, Influenza, Genickstarre, Tetanus, Weil'sche Krankheit, in: Bumm (Hrsg.), Deutschlands Gesundheitsverhältnisse, Bd. 1, S. 329–351, hier S. 333.

⁶⁶ Vgl. Byerly, Fever, S. 31f.

⁶⁷ Für die US-Verluste vgl. Crosby, Forgotten Pandemic, S. 207; die deutschen Verluste nach H. Bogusat, Die Influenzaepidemie 1918/19 im Deutschen Reiche, in: Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt 53 (1923), S. 443–466.

II. Die zweite Welle: Ausbreitung, Wirkung und Deutung

Der Ausbruch der zweiten Welle wurde im letzten Augustdrittel 1918 im französischen Brest, in Freetown in Westafrika und Boston an der amerikanischen Ostküste gleichzeitig registriert⁶⁸. Das Virus, welches sich möglicherweise durch Verbindung mit einem saisonalen Subtyp nochmals genetisch verändert hatte, verursachte nun eine etwa fünfundzwanzig- bis dreißigfach höhere Mortalität als sie bei gewöhnlichen saisonalen Grippewellen auftritt⁶⁹. Die *Tägliche Rundschau* meldete am 26. September ein wieder häufigeres Auftreten der Grippe in Berlin mit ersten Todesopfern. Die Zahl der Erkrankungen erreichte im Reich ungefähr zwischen dem 10. Oktober und dem 15. November den Höchststand. Die zweite Welle forderte in Deutschland wie auch weltweit bei weitem am meisten Opfer. In Großbritannien, dessen Erfahrungen durchaus repräsentativ sind, kamen nach Berechnungen von Niall Johnson etwa 10 Prozent aller Grippeopfer von 1918/19 in der ersten, 64 Prozent in der zweiten und 26 Prozent in der dritten Welle um⁷⁰.

Die Herbstepidemie verschonte zumeist diejenigen, die sich bereits in der Frühjahrswelle infiziert hatten, oder führte bei ihnen zumindest zu einem milderen Krankheitsverlauf. Im Vergleich zum Juni und Juli erkrankten in Deutschland weniger Soldaten und Zivilisten, nicht zuletzt weil viele durch die erste Welle immunisiert worden waren⁷¹. Unter den etwa 300 000 Soldaten des bayrischen Besatzungsheers, d. h. den in Deutschland verbliebenen Truppen, waren im Juni durchschnittlich 32 Promille, im Juli 48 Promille, im Oktober 30 Promille und im November 13,6 Promille der Soldaten an Grippe erkrankt⁷². Dafür waren bei den Infizierten der Herbstwelle die Symptome wesentlich schwerer. Die Betroffenen litten unter hohem Fieber, rasenden Kopf- und Gliederschmerzen. Schwerkranke bluteten aus Nasen und Ohren oder spuckten Blut. Aus Sauerstoffmangel liefen sie im Gesicht blau an. Die Rekonvaleszenz zog sich teilweise über Wochen oder Monate hin, und die Mortalität war um ein Mehrfaches höher als im Juni/Juli. Der Tod stellte sich manchmal schon ein oder zwei Tage nach dem ersten Auftreten der Symptome ein. Das Besondere an dieser zweiten Welle war zudem im Vergleich zu allen anderen bekannten Influenzapandemien der Umstand, dass vor allem Menschen im an sich widerstandsfähigsten Alter zwischen 15 und 40 Jahren erkrankten und auch starben. Bei anderen Grippepandemien oder den all-

⁶⁸ Vgl. Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 37.

⁶⁹ Vgl. Jeffrey Taubenberger, *Genetic Characterisation of the 1918 „Spanish“ Influenza Virus*, in: Phillips/Killingray (Hrsg.), *Spanish Influenza*, S. 39–46.

⁷⁰ Vgl. Johnson, *Aspects*, S. 123.

⁷¹ Vgl. Friedrich Münter, *Influenza*, in: Ludolf von Krehl (Hrsg.), *Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkriege*, Bd. 3: *Innere Medizin*, Leipzig 1921, S. 322–324; Heeressanitätsinspektion des Reichskriegsministeriums (Bearb.), *Sanitätsbericht über das Deutsche Heer im Weltkriege 1914–1918*, Bd. 3: *Die Krankbewegungen bei dem deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914–1918*, Berlin 1934, S. 123. In den USA wurde das gleiche Phänomen beobachtet. Vgl. Barry, *Influenza*, S. 407f.

⁷² BayHStA, Mkr 13790, Bericht über die Grippeepidemie des Jahres 1918 im Bereich des bayrischen Besatzungsheeres, 4. 6. 1919.

jährlichen saisonalen Grippewellen sind vor allem Kinder und ältere Menschen gefährdet. Das ungewöhnliche Sterblichkeitsmuster der „spanischen“ Grippe rührte, wie man heute vermutet, von einer Überreaktion der Immunsysteme, die als „Zytokin-Sturm“ bezeichnet wird. Die leistungsfähigen Immunsysteme dieser relativ jungen und kräftigen Jahrgänge wenden sich bei dem Versuch, die eindringenden Viren zu neutralisieren, schließlich gegen alle betroffenen Körperzellen. Das dabei anfallende tote Zellenmaterial verstopft die Lungenarterien und führt zum Erstickungstod⁷³. Schon die damaligen Ärzte vermuteten als Ursache für dieses ungewöhnliche Sterblichkeitsmuster eine Überreaktion des Immunsystems, die zu einer Art inneren Vergiftung führe⁷⁴.

Die Herbstwelle schwächte die Offensivkraft der US-Verbände während der am 26. September angelaufenen und bis 11. November anhaltenden Argonne-Meuse-Offensive, der ersten eigenständigen Großoperation der Amerikaner an der Westfront mit insgesamt 1,2 Millionen Soldaten⁷⁵. Vor allem verlangsamte sich der Aufbau und die Verlegung des US-Expeditionskorps wegen der Ansteckungsgefahr in den überfüllten Ausbildungslagern und während der Atlantiküberfahrt in eng belegten Truppentransportern. Aufgrund der Epidemie wurden im Oktober in den USA keine neuen Rekruten mehr eingezogen und die Zahl der pro Truppentransporter zugelassenen Soldaten zunächst um 10, später um 30 Prozent gesenkt⁷⁶. Die zweite Grippewelle hätte damit potentiell im November/Dezember wegen der durch sie ins Stocken geratenen amerikanischen Mobilisierung den Druck von der deutschen Front nehmen und womöglich den militärischen Zusammenbruch verzögern können, wäre nicht der Krieg am 11. November zu Ende gegangen.

Während sich die Verbreitungswege der Frühjahrsepidemie relativ eindeutig für Zeitgenossen wie Historiker als eine sich langsam von der Westfront ins Reichsgebiet in östlicher Richtung vorrückende Seuche nachvollziehen ließen, schien die Herbstwelle unvermutet überall aufzutauchen⁷⁷. Unklar ist, ob dies eine Folge des Zusammenbruchs des Kaiserreichs und des damit einhergehenden Kontrollverlustes der Zivil- wie Militärbehörden war oder ob sich die zweite Welle tatsächlich weniger linear ausbreitete und womöglich mehrere Ausgangspunkte oder Einfallstore nach Deutschland besaß. Jedenfalls wurde auch die Sanitätsführung des Heeres im Herbst 1918 in den Strudel der inneren Auflösung gerissen und verlor damit den Überblick über den Gesundheitszustand der Truppe. Dies belegt der Umstand, dass für die Herbstwelle im Gegensatz zur Frühjahrsepidemie

⁷³ Vgl. Barry, *Influenza*, S. 248–250; Landis McKellar, *Pandemic Influenza. A Review*, in: *Population and Development Review* 33 (2007), S. 429–451, hier S. 434.

⁷⁴ So Münter, *Influenza*, in: von Krehl (Hrsg.), *Handbuch der ärztlichen Erfahrungen*, Bd. 3, S. 323.

⁷⁵ Vgl. Byerly, *Fever*, S. 108–120.

⁷⁶ Vgl. Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 123 ff.

⁷⁷ Diesen Unterschied in den Verbreitungswegen zwischen den beiden Wellen konstatierten z. B. die bayerischen Militärbehörden. BayHStA, Mkr 13790, Bericht über die Grippeepidemie des Jahres 1918 im Bereich des bayerischen Besatzungsheeres, 4. 6. 1919.

mie keine akkuraten Statistiken mehr über die Grippeerkrankungen im Feldheer erstellt werden konnten⁷⁸.

Wie schon bei der Frühjahrsepidemie gab es erhebliche regionale und trupenspezifische Unterschiede bei Zivilbevölkerung bzw. Militär hinsichtlich der Morbidität. So war im Oktober an der Westfront bei dem zur 6. bayerischen Armee gehörigen 55. Armeekorps der Gesundheitszustand wegen der Grippe „wenig günstig“, bei allen anderen Großverbänden der 6. Armee aber „gut“⁷⁹. Im bayerischen Besatzungsheer erkrankten im Herbst 6 Prozent der in Bamberg stationierten Soldaten, dagegen 33 Prozent des Personals der in München liegenden Einheiten und sogar 75 Prozent in der Unteroffiziersschule Fürstenfeldbruck⁸⁰.

Im Allgemeinen wurden in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern urbane Zentren entlang der Hauptverkehrsrouten eher von der Grippe erreicht und zeichneten sich durch eine höhere Morbidität aus als ländliche Gebiete. Besonders betroffen waren Orte, an denen eine große Zahl von Menschen dicht beisammen lebte oder arbeitete, also etwa Fabriken, Bergwerke, Kasernen und Kriegsgefangenenlager⁸¹. Wenn man allerdings die 1919 vom Reichsgesundheitsamt bei den Standes- und Einwohnermeldeämtern der deutschen Städte über 10 000 Einwohnern ermittelte Sterblichkeit für die Jahre 1914 bis 1918 als Indiz dafür nimmt, wie schwer eine Region in Deutschland von der spanischen Grippe betroffen wurde, so ergibt sich ein vollkommen willkürlich erscheinendes Bild. Aus den erhaltenen Meldungen von etwa 100 Kommunen an das Reichsgesundheitsamt⁸² für die seit den 1890er Jahren jährlich erstellte nationale Todesursachen-Statistik lässt sich aus dem Anteil an Sterbefällen durch Erkrankungen der Atmungsorgane weder deduzieren, dass etwa der Westen des Reiches mehr als der Osten, der Süden mehr als der Norden betroffen wurden oder umgekehrt. Königsberg wies mit 3,7 Promille eine relativ geringe Mortalität durch Erkrankungen der Atmungswege auf im Vergleich zu Essen (7,2 Promille), Breslau (7,1 Promille), jedoch eine wesentlich höhere als Karlsruhe (2,3 Promille). Kiel (5,9 Promille) war wesentlich stärker betroffen als Augsburg (0,8 Promille), Altona (2,8 Promille) hingegen litt weniger als Lörrach (7,2 Promille). Ebenso wenig kann man basierend auf diesen Zahlen behaupten, dass Großstädte stets einen höheren Prozentsatz der Bevölkerung durch die Seuche verloren als Kleinstädte in ländlichen Regionen. In Stuttgart starben 1918 4,8 Promille und in Leipzig 4,1 Promille der Bevölkerung durch Erkrankungen der Atmungswege, in Stargard in Pommern jedoch 9,4 Promille und Schleswig sogar 13 Promille. Industriemetropolen verloren anteilig nicht unbedingt mehr Einwohner durch die Grippe als

⁷⁸ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bd. 3834, Bericht der Sanitätsabteilung des Reichswehrministeriums über die Grippeepidemie im Heer 1918/19, 23. 4. 1920.

⁷⁹ BayHStA, HG Rupprecht, Bd. 58, Wochenmeldungen des Armeearztes der 6. Armee für den Monat Oktober.

⁸⁰ BayHStA, Mkr 13790, Bericht über die Grippeepidemie des Jahres 1918 im Bereich des bayerischen Besatzungsheeres, 4. 6. 1919.

⁸¹ Vgl. Peiper, Preußen, S. 3–6; Bogusat, Influenzaepidemie, S. 446; für Großbritannien Johnson, Aspects, S. 323–345.

⁸² BAB, R86/4486.

Universitätsstädte, wie ein Vergleich zwischen Dortmund (1 Promille) und Chemnitz (5,2 Promille) einerseits und Freiburg im Breisgau (7,9 Promille) und Marburg/Lahn (12 Promille) andererseits zeigt. In manchen Städten wie Freiburg im Breisgau, Hof (Bayern), Kattowitz (Oberschlesien), Marburg, Recklinghausen, Schleswig, Stralsund und Zwickau verdrei- oder vervierfachte sich 1918 die Sterblichkeit durch Erkrankungen der Atmungsorgane im Vergleich zum Vorjahr. In anderen wie Altona (heute Hamburg), Augsburg, Berlin-Neukölln, Berlin-Charlottenburg, Dortmund, Karlsruhe, Liegnitz (Schlesien) und Osnabrück gab es mit 1 bis 3 Promille im Vergleich zu 1917 fast keine Abweichung. Die Sterblichkeit durch Atemwegserkrankungen im Jahre 1918 variierte in den erhaltenen Unterlagen von in seltenen Fällen weniger als 1 Promille (Augsburg, Osnabrück) bis zu vereinzelt Spitzenwerten von 8,7 Promille (Allenstein in Ostpreußen), 9,6 Promille (Kattowitz und Mönchengladbach), 9,8 Promille (Zwickau), 12 Promille (Marburg) und schließlich 13 Promille (Schleswig). In den meisten Kommunen, für die Unterlagen erhalten sind, bewegte sich 1917 die Sterblichkeit durch Atemwegserkrankungen zwischen 1 und 3 Promille und im Pandemie-Jahr zwischen 4 und etwa 7,5 Promille.

Es lässt sich aus dem erhaltenen statistischen Material zur Mortalität in den deutschen Städten lediglich der Schluss ziehen, dass die Erfahrungen der einzelnen deutschen Kommunen mit der Pandemie im Jahre 1918 gänzlich unterschiedlich waren, ohne dass Indikatoren wie geographische Lage, Größe oder soziale Zusammensetzung der Bewohner eine Stadt mehr als eine andere zu einem bestimmten Gripeschicksal prädestiniert zu haben schienen. Eine ähnliche Willkürlichkeit im Verlauf der Grippe in einer Großstadt im Vergleich zu einer anderen konstatierte im Übrigen schon Crosby für die USA mit Verweis auf das unterschiedliche Schicksal vom schwer betroffenen Philadelphia einerseits und dem weniger erfassten New York andererseits, die beide für amerikanische Verhältnisse geographisch nicht sehr weit auseinander lagen⁸³.

Die Herbstwelle verursachte im Reich im Oktober und November erhebliche Störungen des öffentlichen Lebens, so bei Post, Fernmeldeämtern und im öffentlichen Nahverkehr. In den Bergwerken, Fabriken und in der Landwirtschaft kam es zu Produktionsausfällen. Zwischen Mitte Oktober und Mitte November waren „Grippeferien“ ein weit verbreitetes Phänomen in Deutschlands Schulen.

Die Reichs- bzw. Landesbehörden gaben keine verbindlichen Anweisungen, mit welchen Maßnahmen auf die Seuche zu reagieren sei, sondern überließen die Entscheidungen vollständig den Lokalverwaltungen. So verschickte das preussische Kultusministerium am 24. Oktober einen Runderlass, dass über grippebedingte Schulschließungen die Bezirksregierungen nach Anhörung des Kreisarztes entscheiden sollten⁸⁴. Selbst im zentralistischen Frankreich wurde die Verantwortung zur Bekämpfung der Grippe an die Lokalbehörden delegiert⁸⁵. In Breslau, das schwer von der Seuche betroffen war, richtete die Stadtverwaltung

⁸³ Vgl. Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 64.

⁸⁴ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bd. 3834.

⁸⁵ Vgl. Hieronimus, *Krankheit*, S. 41.

14 Grippe-Beratungsstellen ein. An Litfaßsäulen wurde über die Seuche aufgeklärt, und Polizisten verteilten zusätzlich Handzettel an die Haushalte. Allerdings kam die Seuche so schnell und heftig über die Stadt, dass alle Abwehrmaßnahmen der Behörden zu spät erfolgten⁸⁶. Während Dresden auf die zweite Welle sofort mit der Schließung von Schulen, Theatern, Kinos und dem Aussetzen von Gerichtsverhandlungen reagierte, erfolgten solche Maßnahmen in Leipzig erst nach massiver Kritik aus der Bevölkerung. Die Leipziger Messe fand trotzdem statt, und ein allgemeines Versammlungsverbot erließ keine der beiden Metropolen⁸⁷. Zu drastischen Maßnahmen, die praktisch zum Stillstand des öffentlichen Lebens geführt hätten inklusive einem generellen Verbot von Versammlungen, der Schließung von Gaststätten und dem Aussetzen von Gottesdiensten, wie sie etwa einige Kantone der Schweiz verordneten, konnte sich kein Bundesstaat und keine Kommune im Reich durchringen. Nicht zuletzt aus Rücksicht auf die ohnehin gespannte Stimmung in der Bevölkerung, die den Frieden herbeisehnte und sich zugleich durch das indirekte Eingeständnis der Niederlage durch das Waffenstillstandsangebot der Regierung vom 5. Oktober um die Anstrengungen der letzten Kriegsjahre betrogen fühlte, scheute man auf lokaler wie nationaler Ebene zu starke behördliche Interventionen⁸⁸. In einem Bericht von 1920 über die Pandemie in Preußen hieß es: „Die Influenzapandemie ist demnach bei uns ohne wesentliche Beeinflussung durch systematische Bekämpfungsmaßnahmen verlaufen; hieraus könnte den Behörden ein Vorwurf gemacht werden.“ Doch auch die Schweiz habe trotz ihrer wesentlich drastischeren seuchenpolizeilichen Maßnahmen der Grippe ohnmächtig gegenübergestanden⁸⁹. Allerdings war ein solches Zögern der Behörden auch in Frankreich anzutreffen. Auch dort hielt man den nachteiligen Effekt auf die Stimmung an der Heimatfront für größer denn eventuelle seuchenpolizeiliche Vorteile⁹⁰.

Der Reichsgesundheitsrat, der am 16. Oktober erneut wegen der Grippe zusammentrat, einigte sich einmal mehr darauf, dass es sich bei der Krankheit trotz des nicht immer nachweisbaren Pfeiffer-Bazillus um Grippe und nicht, wie oft behauptet, um Lungenpest handele. Aus Mangel an freien Betten sei oftmals eine Isolation der Infizierten in den Krankenhäusern nicht möglich. In vielen Städten wie etwa Berlin müssten die Kranken bereits von den Hospitälern wegen Überfüllung abgewiesen werden. Ein allgemeines Verbot von Versammlungen, Kulturveranstaltungen und Gottesdiensten, wie es in einigen Kantonen der Schweiz erfolgt sei, stehe in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Nachteilen einer solchen Maßnahme und würde unter den derzeitigen Verhältnissen nur noch die Beunruhigung der Bevölkerung steigern. Ebenso sprach sich der Reichsgesundheitsrat gegen Schulschließungen aus, weil die Schulen oft die einzigen Speisestätten

⁸⁶ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bd. 3836, Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den preußischen Minister des Innern, 7. 4. 1919.

⁸⁷ Vgl. Olm, Sachsen, S. 30 ff.

⁸⁸ So etwa Witte, Erklärungsnotstand, S. 161 ff., für Mannheim, wo die Kinos mit Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung nicht geschlossen wurden.

⁸⁹ Peiper, Preußen, S. 23.

⁹⁰ Vgl. Hieronimus, Krankheit, S. 41.

für die Kinder seien und die berufstätigen Frauen entlasteten. Man könne nur noch die Bevölkerung über die richtigen Verhaltensmaßregeln belehren: Es sei auf unbedingte Sauberkeit vor allem bei der Essenszubereitung zu achten. Man solle regelmäßig mit einer Salzlösung gurgeln, Menschenansammlungen meiden, bei den ersten Anzeichen einer Erkrankung alle Anstrengungen unterlassen und zum Arzt gehen. Allerdings informierte die Reichsregierung die Bundesstaaten erst zwei Wochen nach dem Treffen des Reichsgesundheitsrats über dessen Empfehlungen⁹¹. Dies war ein deutliches Indiz dafür, dass man in Berlin selbst auf dem Höhepunkt der Pandemie diese als nicht sonderlich dringliche Angelegenheit im Vergleich zu anderen Fragen ansah. Gleiches galt im Übrigen auch für Großbritannien und die USA. Auch hier beschäftigten sich die obersten Regierungsinstanzen im Herbst 1918 nicht mit der Pandemie⁹².

Anders als im Frühjahr berichteten jetzt die Zeitungen stärker über die von der Grippe verursachten Störungen, obwohl diese in Anbetracht der geringeren Morbidität im Vergleich zur ersten Welle vom Juni/Juli weniger verbreitet gewesen sein dürften. In der *Berliner Morgenpost* hieß es am 17. Oktober, bei der Berliner Straßenbahn fehlten wegen Krankheit 15 Prozent der Belegschaft, bei einigen Abteilungen der Kommunalverwaltung sogar 30 Prozent. Die Presse thematisierte nun die Ängste der Bevölkerung. Die *Vossische Zeitung* berichtete am 18. Oktober, dass sich in der Bevölkerung die Auffassung verbreite, es handle sich bei der Krankheit um die Lungenpest. Diese trete aber nur zusammen mit der Beulenpest auf, und ihr gehe stets ein Massensterben von Ratten voraus. Auch die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* trat am 21. Oktober den Gerüchten entgegen, die Lungenpest kursiere. Diese Gerüchte, so die Zeitung, beruhten auf der offensichtlich starken Beunruhigung der Bevölkerung. In der *Frankfurter Zeitung* hieß es am 19. Oktober, während man die Frühjahrschwelle viel zu leicht genommen habe, „beobachtet man jetzt eine geradezu nervöse Angst in allen Schichten der Bevölkerung“. Franz Bumm, der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts, schrieb am 18. Oktober an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, dass die Presse in beunruhigender Art und Weise über die Epidemie berichte. Die Bevölkerung gerate dadurch in eine noch schlechtere Gemütslage als sie ohnehin schon herrsche. Das Ministerium solle entsprechend auf die Presse einwirken, wofür Bumm dem Schreiben eine bewusst harmlos formulierte Pressemitteilung beilegte, die unter anderem darauf verwies, dass es sich um eine Grippeepidemie wie jene von 1889/90 handle und keinesfalls um Lungenpest⁹³. „Die städtische Bevölkerung steht gegenwärtig noch mehr unter dem Eindruck der bösartigen Grippe als unter dem der großen Niederlagen. Der Dienstboten- und Pfliegermangel, die Überfüllung der Kliniken erhöhen die Not. Frau Runke mit ihren drei Kindern ist ganz ohne Hilfe, sie selbst mit angehender Lungenentzündung, zwei Kinder an Grippe erkrankt. Dabei scheuen sich die meisten Menschen, in solche Grippe

⁹¹ BayHStA, Mkr 10058, Rundschreiben des Reichskanzlers vom 31. 10. 1918 auf Basis der Empfehlungen des Reichsgesundheitsrates auf der Sitzung vom 16. 10. 1918.

⁹² Vgl. Barry, *Influenza*, S. 302 (USA); Johnson, *Aspects*, S. 377f. (Großbritannien).

⁹³ BAB, R1501/11740.

wohnungen zu gehen, als seien es Pesthöhlen“, schrieb Hampe am 20. Oktober in sein „Kriegstagebuch“⁹⁴.

Die Pressestimmen nahmen im Oktober eine deutlich kritischere Haltung gegenüber den Behörden ein. Sie begannen nun über den Zusammenhang von Versorgungsmängeln und Umfang der Grippeepidemie zu spekulieren⁹⁵. Die *Vossische Zeitung* beklagte am 16. Oktober den Mangel an Pferdefuhrwerken und Autos für den Krankentransport, während zugleich weiterhin zahlreiche Droschken von Damen in prächtiger Aufmachung für Vergnügungstouren genutzt wurden. Sie appellierte an die Militärbehörden diese zu requirieren. Die *Tägliche Rundschau* forderte am 21. Oktober, dass in Berlin wie in andern Städten alle Schulen und Vergnügungsstätten geschlossen werden sollten. Die Bahn, Droschken und Automobile müssten ganz den Ärzten zur Verfügung stehen. „Es ist geradezu aufreizend, wenn man heute noch die Wagenreigen sieht, die gewissen Gasthöfen mit den eleganten ‚Damen‘ um die unvermeidliche 5-Uhr-Tee-Stunde zustreben, während Kranke vergeblich auf ihren Arzt hoffen. Das Selbe gilt von den Nachtfahrten gewisser Elemente. [...] Nochmals gesagt: Es ist Zeit, dass durchgegriffen wird. Und zwar erstens unverzüglich, zweitens für Groß-Berlin einheitlich.“

Die veränderte Berichterstattung der Presse über die zweite Welle der spanischen Grippe war nicht nur Folge einer höheren Zahl an Erkrankungen und Todesfällen. Sie zeigt auch, dass innerhalb von nur drei Monaten der stillschweigende Konsens, keine Nachrichten zu bringen, seitens der Presse aufgekündigt worden war, bzw. die Pressezensur nicht mehr wirksam aufrechterhalten werden konnte. Angesichts der allgemeinen Empörung über die Ende September abgegebene militärische Bankrotterklärung der kaiserlichen Regierung und der OHL wagte nun die Presse, die Behörden zu kritisieren und die zweite Welle der Grippe als deutliches Zeichen dafür zu werten, dass der Krieg mit all seinen Folgeerscheinungen nun endlich liquidiert werden müsse.

Die Behörden des untergehenden Kaiserreichs befanden sich angesichts der zweiten Grippewelle in einer praktisch unlösbaren Situation: Auf der einen Seite wollten sie der Bevölkerung im Herbst 1918 nicht weitere Entbehrungen wie die generelle Schließung von Vergnügungsstätten und ein Versammlungsverbot zumuten, ganz abgesehen davon, dass diese Maßnahmen kaum zur Eindämmung der Grippe beigetragen hätten. Auf der anderen Seite beschleunigte gerade ihre Inaktivität angesichts dieser neuen Herausforderung den ohnehin durch die Politik der zurückliegenden Jahre, etwa in der Frage ausreichender und gerechter Lebensmittelversorgung⁹⁶, zu verzeichnenden rapiden Legitimitätsverlust des Kaiserreichs.

Allerdings war selbst auf dem Höhepunkt der zweiten Grippewelle im Oktober/November 1918 die Pandemie nicht das dominierende Thema in Deutschland. Sie nahm keinen prominenten Platz in den Spalten der Tageszeitungen ein.

⁹⁴ Hampe, Kriegstagebuch, S. 761.

⁹⁵ So etwa die „Berliner Morgenpost“ vom 13.10.1918 und die „Tägliche Rundschau“ vom 21.10.1918.

⁹⁶ Vgl. hierzu Belinda J. Davies, *Home Fires Burning. Food, Politics and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill 2000.

Die Artikel beschränkten sich auf kurze Meldungen und Kommentare. Zudem verschwand das Thema schon Ende Oktober wieder aus der Presse, also längst vor dem Abklingen der Epidemie. Was blieb, waren Werbeanzeigen für alle Arten von vermeintlichen Heilmitteln gegen die Grippe sowie die vielen Todesanzeigen, oft mit dem stereotypen Hinweis, die betroffene Person sei nach kurzer schwerer Krankheit gestorben⁹⁷. Hinsichtlich gesundheitlicher Gefahren dominierten ab November in der Presse Artikel über das Einschleppen ansteckender Krankheiten durch die zurückkehrenden Truppen. Die Gefahr der Ausbreitung vor allem von Geschlechtskrankheiten und Fleckfieber im Reichsgebiet im Zuge der Demobilisation beschäftigte im Herbst 1918 die obersten zivilen wie militärischen Behörden viel mehr als die Grippe⁹⁸. Die Pandemie wurde offenbar als ein ohnehin nicht zu beherrschendes Naturereignis angesehen.

Die zitierten Beispiele über die Ängste der Bevölkerung vor der Epidemie dürften vor allem ein Phänomen der besonders betroffenen Städte gewesen sein und damals nur kurz andere Themen überschattet haben. Die Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung der drei stellvertretenden bayerischen Generalkommandos im Herbst 1918 jedenfalls erwähnen nur einmal die Grippe: „Der Abfall Bulgariens, der Zerfall der Donaumonarchie, der Rücktritt Ludendorffs, die Preisgabe der nordfranzösischen Städte an der flandrischen Küste, die Bargeldknappheit und die Ernährungsschwierigkeiten, sowie die Furcht vor einer feindlichen Invasion haben bei der Bevölkerung großen Schrecken und große Sorge ausgelöst; das Auftreten der spanischen Grippe mit zahlreichen Todesfällen mehrt die Ängstigung.“⁹⁹ Andere zeitgenössische Kommentatoren zeigten sich geradezu erstaunt, wie wenig Aufsehen die Seuche erregte. „Es ist seltsam, wie gelassen die Welt die furchtbare Influenza-Epidemie, die sie während der letzten Monate heimgesucht, hingenommen hat, und wie wenig Aufsehen auch die schlimmsten Sensationsblätter von ihr gemacht haben“, kommentierten die *Münchener Neuesten Nachrichten* am 3. Januar 1919. Und in der *Neuen Zürcher Zeitung* hieß es am 2. März 1919: „Und wenn wir heute über etwas erstaunt sind, so sind wir es über die beispiellose Gleichmütigkeit, mit der die Menschheit diese Seuche hingenommen hat. Aber eben: die Welt ist an den Massentod gewöhnt. In einer Zeit, da im rasenden Triebwerk furchtbarer Kriegsmaschinen täglich tausend Menschen zermalmt wurden, verlor der natürliche Tod an Sensation.“

Selbst das amtliche deutsche Schriftgut beschäftigte sich mit diesem Ereignis eher spärlich. Das gilt für die Reichsinstitutionen, also das Kaiserliche Gesundheitsamt (bzw. ab November 1918 Reichsgesundheitsamt), die Landesbehörden, wie es das von Wilfried Witte untersuchte Beispiel Badens verdeutlicht¹⁰⁰, und selbst die kommunale Ebene, wie etwa eine Lokalstudie zu Recklinghau-

⁹⁷ Vgl. Fritz, Frankfurt, S. 27 f.; Kordes, Spanische Grippe, S. 140.

⁹⁸ Akten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes (R 86) und des Reichsamtes des Innern (R 1501), in: BAB.

⁹⁹ BayHStA, Mkr 12850, Bericht für den Monat Oktober des II. bayerischen Armeekorps.

¹⁰⁰ Vgl. Witte, Erklärungsnotstand, S. 9 u. S. 135.

sen zeigt¹⁰¹. Diese Marginalisierung der Pandemie durch die Behörden war in Deutschland, wo das Kriegsende auch noch einen politischen Systemwechsel, bürgerkriegsartige Zustände und anhaltende wirtschaftliche Not brachte, noch stärker als in den Siegerstaaten. Während Großbritannien, Neuseeland und Südafrika unmittelbar nach der Seuche umfangreiche amtliche Berichte verfassten oder Parlamentskommissionen einsetzten¹⁰², erschien das quasi amtliche Resümee zur Pandemie in Deutschland, ein dreiundzwanzigseitiger Artikel, erst fünf Jahre nach dem Ende des Krieges an eher entlegener Stelle, in der Zeitschrift „Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt“¹⁰³.

Das Weltkriegsende mit seinen politischen und sozialen Folgen lieferte vor allem für die unterlegenen Mittelmächte eine Erklärung dafür, dass die Seuche marginalisiert wurde. Hinzu kam, dass sich die Pandemie zu einem Zeitpunkt ereignete, als selbst in Europa und Nordamerika Infektionskrankheiten wie die Tuberkulose noch einen erheblichen Teil der jährlichen Sterblichkeit verursachten. Zwar war die Sterblichkeit infolge von Infektionskrankheiten vor allem wegen sanitärer Maßnahmen in den Städten wie einer modernen Trinkwasserver- und Abfallentsorgung schon seit einigen Jahrzehnten im Rückgang begriffen. Auch hatte Bakteriologie das Wissen um die Ursachen von Infektionskrankheiten vermehrt, aber bis 1918 weder gegen Tuberkulose, Diphtherie, Cholera oder Grippe Medikamente entwickeln können¹⁰⁴. Seuchen wie die Cholera-Epidemie in Hamburg 1892 lagen erst eine Generation zurück. Die Existenz dieser Gefahren einerseits und das Fehlen eines starken Interventions- und Fürsorgestaates auf dem Gebiet des Gesundheitswesens andererseits bildeten um 1918 noch einen Teil des gesellschaftlichen Erfahrungshorizonts. Beides verhinderte in Deutschland wie in anderen Ländern ein starke öffentliche Erregung über die Grippepandemie¹⁰⁵. Zudem war die Influenza, anders als beispielsweise die Cholera im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts oder die Tuberkulose um die Jahrhundertwende, traditionell keine „skandalisierte“ Krankheit, welche die Öffentlichkeit unabhängig von ihrem tatsächlichen Einfluss auf Morbidität und Mortalität über mehrere Jahrzehnte in den Bann schlug und gleichsam als Signum einer Epoche angesehen wurde¹⁰⁶.

¹⁰¹ Vgl. Kordes, Spanische Grippe, S. 142.

¹⁰² Vgl. Great Britain Ministry of Health (Hrsg.), Report on the Pandemic Influenza 1918/19, London 1920; New Zealand (Hrsg.), Report of the Influenza Epidemic Commission, Wellington 1919; Union of South Africa (Hrsg.), Report of the Influenza Epidemic Commission, Pretoria 1919.

¹⁰³ Vgl. Bogusat, Influenzaepidemie.

¹⁰⁴ Vgl. Reinhard Spree, Der Rückzug des Todes. Der epidemiologische Übergang in Deutschland während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Historical Social Research 23 (1998), S. 4–43, sowie ders., Health and Social Class in Imperial Germany. A Social History of Mortality, Morbidity and Inequality, Oxford 1988.

¹⁰⁵ So Hieronimus, Krankheit, S. 86–89, in Bezug auf Frankreich.

¹⁰⁶ Vgl. Alfons Labisch, „Skandalisierte Krankheiten“ und „echte Killer“. Zur Wahrnehmung von Krankheiten in Presse und Öffentlichkeit, in: Michal Anděl u. a. (Hrsg.), Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871, Essen 2005, S. 33–50.

III. Das Grippejahrfünft

Die dritte Welle der spanischen Grippe setzte weltweit zur Jahreswende 1918/19 ein und zog sich bis ins Frühjahr 1919 hin. Allerdings hatte sich der Virus inzwischen abgeschwächt, bzw. diejenigen Menschen, welche die ersten beiden Wellen überlebt hatten, wiesen nun eine Immunität auf. Signifikant wurde die dritte Welle vor allem in Australien, das sich durch rigorose Quarantänemaßnahmen vor den ersten beiden hatte schützen können und nun zwar verzögert, aber dennoch hart betroffen wurde¹⁰⁷. Die dritte Welle erreichte Deutschland in der zweiten Januarhälfte 1919 und hielt sich bis März. Dabei dürfte die Mortalität höher als in der ersten Welle gewesen sein. Sie ist allerdings für das Reich noch schlechter dokumentiert als die beiden vorangegangenen Seuchenzüge. Sie hat in der zeitgenössischen deutschen medizinischen Fachpublizistik, in der Presse, aber auch in den amtlichen Dokumenten keine gesonderte Aufmerksamkeit mehr erhalten. Fast scheint es so, als wollte man die Grippe als Bestandteil eines Dramas ansehen, das zum Weltkrieg und zum untergegangenen Kaiserreich gehörte, aber nicht mehr zur „neuen“ Zeit. Die dritte Welle bildete jedoch Teil eines Grippejahrfünfts, das, wenn auch in abgeschwächter Form hinsichtlich Morbidität und Mortalität, bis Mitte der zwanziger Jahre andauerte. Diese Trailerwellen eines sich erst langsam abschwächenden Virus bewirkten, dass die Influenza Deutschland noch über mehrere Jahre stärker heimsuchte als vor 1918. Dies zeigen etwa die Krankenzahlen der Reichsmarine. In den Friedensjahren 1907–1912 wurden dort durchschnittlich etwa 7 Promille der Iststärke wegen Grippe behandelt, im Pandemiejahr jedoch 92. Im Jahre 1920 erkrankten immer noch 56 Promille, 1921 35 Promille und 1922 erneut 65 Promille. Erst ab 1923 ist ein signifikanter Rückgang der Grippe-Erkrankungen in der Marine zu verzeichnen¹⁰⁸. Diese gestiegene Zahl der registrierten Grippe-Erkrankungen und Todesfälle seit 1918 erklärt sich allerdings zum Teil durch die erhöhte statistische Aufmerksamkeit, welche nun einer vorher als weitgehend harmlos eingeschätzten Krankheit zukam, während bis 1918 ein Teil der grippebedingten Sterbefälle unter anderen Ursachen subsumiert worden war. Seit Ende 1918 und bis Mitte der zwanziger Jahre forderte beispielsweise die preußische Medizinalverwaltung in Berlin regelmäßige Berichte von den Regierungspräsidenten über den Stand der Grippeerkrankungen an¹⁰⁹. Die Influenza schien für die Zeitgenossen in den frühen zwanziger Jahren eine ständige Begleiterscheinung gewesen zu sein, gleichsam ein Erbe des Krieges, ebenso wie etwa die bis 1923 aufgrund der Inflation anhaltend schlechte Lebensmittelversorgung in den Städten¹¹⁰. So schrieb der Regierungspräsident in Münster 1922 nach Berlin, es sei schwer, eine genaue Grippestatistik zu führen. Seit

¹⁰⁷ Vgl. Patterson/Pyle, *Geography and Mortality*, S. 15.

¹⁰⁸ Dr. Fikentscher, *Die Gesundheitsverhältnisse bei der Marine*, in: Bumm (Hrsg.), *Deutschlands Gesundheitsverhältnisse*, Bd. 1, S. 217–233, hier S. 226.

¹⁰⁹ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bde. 3836, 3837 u. 3840.

¹¹⁰ Für München vgl. Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924*, Göttingen 1998.

1918 würde die Bevölkerung dazu tendieren, jede gesundheitliche Unpässlichkeit der Influenza zuzuschreiben¹¹¹.

IV. Morbidität und Mortalität in Deutschland im internationalen Vergleich

Einigkeit herrscht in der historischen Epidemiologie darüber, dass weit mehr als die Hälfte der Opfer der Pandemie in Asien umgekommen ist. Am zweit-schwersten war Afrika betroffen. Neben einer auf diesen beiden Kontinenten wesentlich schlechteren Gesundheitsversorgung und erschwerten Aufklärungsmöglichkeiten über die Ansteckungswege der Grippe war für das Massensterben dort auch die mangelnde Immunität der oft in abgeschiedenen ländlichen Gebieten lebenden Bevölkerungsgruppen verantwortlich. Diese waren als sogenannte „virgin soil populations“ zuvor kaum mit Grippeviren in Kontakt gekommen. Dieser Umstand führte auch zu einer besonders hohen Sterblichkeit auf einigen weitgehend isolierten Inseln in den Ozeanen. So schätzt man, dass im Kongo, auf den Fidschi-Inseln und in Indien etwa 4 bis 6 Prozent der Bevölkerung an der spanischen Grippe starben, auf West-Samoa sogar 22 Prozent! Selbst wenn nicht die Grippe selbst tötete, so bewirkte doch die hohe Zahl der Erkrankungen in diesen Ländern, dass es nicht mehr genügend Gesunde gab, um die Infizierten zu pflegen oder die Ernte einzubringen¹¹². Gerade für Asien und Afrika ist allerdings aufgrund fehlender staatlicher Strukturen und eines Mangels an schriftlichen Quellen eine auch nur annähernd akkurate Schätzung der tatsächlichen Zahl der Opfer nicht möglich¹¹³.

Es ergeben sich jedoch auch für Europa und Nordamerika erhebliche Schwierigkeiten, die Zahl der Opfer genauer zu beziffern. In allen Ländern war 1918/19 die Grippe (im Gegensatz zu heute) keine meldepflichtige ansteckende Krankheit. In der Mehrzahl der Fälle starben die Menschen zudem nicht direkt an der Grippe, sondern an Sekundärinfektionen, vor allem bakteriellen Lungenentzündungen, denen das durch die Grippe geschwächte Immunsystem nichts mehr entgegensetzen konnte, oder an anderen Begleiterscheinungen wie Herzmuskel- (Myokarditiden) oder Gehirnentzündungen (Enzephalitiden) sowie Erkrankungen der Leber (Reye-Syndrom). Diese Nebenkomplikationen führten teilweise erst Jahre später zum Tode. So wird „Encephalitis lethargica“, eine in den zwanziger Jahren plötzlich weltweit hunderttausendfach in Erscheinung tretende, am Ende des Jahrzehnts aber wieder verschwindende Nervenkrankheit, mit einer sehr hohen Mortalität zu den Langzeitfolgen der Grippe-Erkrankungen von 1918/19 gerechnet¹¹⁴.

¹¹¹ GStA PK, I. HA Rep. 76 VIII B, Bd. 3840, Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an das Ministerium für Volkswohlfahrt, 7. 7. 1922.

¹¹² Vgl. James G. Ellison, „A Fierce Hunger“. Tracing Impacts of the 1918/19 Influenza Epidemic in South-West Tanzania, in: Philipps/Killingray (Hrsg.), Spanish Influenza, S. 221–229.

¹¹³ Vgl. Johnson/Müller, Updating the Accounts, S. 115.

¹¹⁴ Zur Encephalitis lethargica vgl. Witte, Erklärungsnotstand, S. 223–244.

Die ungefähre Zahl der Opfer kann man jedoch für Deutschland ermitteln, wenn man die Grippetoten und die an Lungenentzündung Verstorbenen als der bei weitem häufigsten und gefährlichsten Nebenkomplikation der Influenza adiiert. Allerdings gibt es in jedem Land, ohne dass es von einer Pandemie erfasst wird, eine gewisse, vor allem in den Wintermonaten zu verzeichnende, ebenfalls nicht genau zu bestimmende Zahl alljährlicher Todesfälle durch Influenza oder Lungenentzündungen. Diese hängt von der Aggressivität des jeweiligen saisonalen Grippevirus ab. In der Bundesrepublik fordern saisonale Grippewellen gegenwärtig in jedem Winter etwa 10 000 Tote, in Jahren mit einem gefährlicheren Virus wie 1995/96 steigt die Zahl aber auf 30 000 bis 40 000 Opfer. Diese „saisonalen“, also alljährlich ohnehin zu erwartenden Opfer von Grippe und Lungenentzündungen muss man von der Gesamtzahl an Toten abziehen, um die durch die Pandemie hervorgerufene „Exzessmortalität“ zu ermitteln. Für 1918/19 ist es allerdings schwierig, einen statistischen Mittelwert für die Zahl der Todesopfer eines vorangegangenen „Normaljahres“ zu ermitteln, denn bis 1918 schenkte man weltweit der Grippe und ihren tödlichen Begleiterscheinungen im Vergleich zu anderen Infektionskrankheiten relativ wenig Aufmerksamkeit. Dieses statistische Verfahren wandte dennoch das Reichsgesundheitsamt in seinem Abschlussbericht über die Grippepandemie in Deutschland an, ebenso der offizielle Abschlussbericht des neugeschaffenen britischen Gesundheitsministeriums von 1920¹¹⁵. Demgemäß starben in Deutschland 1918 (allerdings ohne die beiden mecklenburgischen Staaten, die sich nicht an der reichsweiten Todesursachenstatistik beteiligten) etwa 340 000 Menschen an Grippe und Lungenentzündungen, darunter rund 24 000 Soldaten. 1917 hingegen waren laut Reichsgesundheitsamt 6 800 Personen an Grippe und 95 000 an Lungenentzündungen gestorben, darunter 4 000 Soldaten. Die Exzessmortalität durch die Pandemie von 1918 im Vergleich zum Vorjahr betrug gemäß dieser Aufstellung also in Deutschland (ohne Mecklenburg) etwa 220 000 Zivilisten und 20 000 Soldaten¹¹⁶. Zählt man die Toten der dritten Welle von Anfang 1919 dazu, die basierend auf dem Rechenmodell für Großbritannien ungefähr ein Viertel der Gesamtzahl der Opfer ausgemacht haben dürften, sowie die an Spätfolgen wie der Encephalitis lethargica im Verlaufe der zwanziger Jahre Gestorbenen, so kommt man für Deutschland auf eine durch die spanische Grippe verursachte Exzessmortalität von etwa 320 000 bis 350 000 Personen. Langfristige, allerdings nicht akkurat zu beziffernde Folgen für die weitere demographische Entwicklung in Deutschland wie anderswo hatte die Grippe dadurch, dass gerade die Jahrgänge im reproduktionsfähigsten Alter zwischen 20 und 40 1918/19 überproportional betroffen waren.

1918 kamen durch die Pandemie in absoluten Zahlen mehr Frauen (etwa 130 000) als Männer (etwa 110 000) in Deutschland um. Eine höhere Mortalität

¹¹⁵ Vgl. Bogusat, Influenzaepidemie; Ministry of Health (Hrsg.), Report.

¹¹⁶ Vgl. Bogusat, Influenzaepidemie, S. 450 f. Ähnliche Zahlen (221 000 zusätzliche Tote im Vergleich zu 1917 bei den Zivilisten, 24 000 bei den Soldaten) liefert Dr. Roesle, Die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse, in: Bumm (Hrsg.), Deutschlands Gesundheitsverhältnisse, Bd. 1, S. 5–61, hier S. 25.

unter Frauen ist auch für Großbritannien belegt¹¹⁷. Diese Diskrepanz zwischen den Geschlechtern erklärt sich zum einen dadurch, dass es vor allem in den von der spanischen Grippe besonders gefährdeten Altersgruppen zwischen 20 und 40 wegen der bereits erlittenen männlichen Kriegsverluste einen erheblichen Frauenüberhang gab. Schließlich waren auch die meisten Männer dieser Altersgruppe zum Militär eingezogen, das seinen Angehörigen eine bessere medizinische Versorgung gewährte, als dies bei der Zivilbevölkerung üblich war. In relativen Zahlen jedoch, wie das statistische Material in den Unterlagen des Reichsgesundheitsamts zu acht deutschen Kleinstaaten (Oldenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolfstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuss ä. L. und Schaumburg-Lippe) zeigt, starben sogar 1918 prozentual an der Heimatfront mehr Männer (3845=0,58 Promille) als Frauen 1918 (4837=0,48 Promille) an Grippe und Lungenentzündungen¹¹⁸.

Grippe-Erkrankungen und ihre tödlichen Begleiterscheinungen waren 1918 für etwa 25 Prozent der Todesfälle unter den insgesamt etwa 1,2 Millionen in jenem Jahr gestorbenen Zivilisten verantwortlich. Etwa 18 Prozent der Todesopfer sind nach dem Modell der Exzessmortalität den beiden Seuchenzügen der spanischen Grippe zuzurechnen. Grippe und Lungenentzündungen stellten zusammengenommen 1918 die bei weitem häufigste Todesursache dar, gefolgt von der Tuberkulose, die in den vorangegangenen Jahren jeweils am meisten Opfer gefordert hatte¹¹⁹. Von den etwa 57 Millionen Zivilisten in Deutschland kamen also ungefähr 5 Promille durch die spanische Grippe und durch diese ausgelöste Lungenentzündungen um. Rechnet man die Opfer der saisonalen Influenzaerkrankungen und ihrer Nebenwirkungen hinzu, so starben etwa 7 Promille der Zivilbevölkerung im Jahr 1918 an der Grippe. Die Pandemie bewirkte, dass die ohnehin seit 1916 stark ansteigende Sterblichkeit 1918 unter der Zivilbevölkerung einen Höchststand erreichte, obwohl sich im Vergleich zum Katastrophenjahr 1917, das mit dem berüchtigten „Steckrübenwinter“ begann, die Lebensmittelversorgung im letzten Kriegsjahr wegen der besseren Ernten von 1917 und 1918 im Vergleich zu 1916 wieder etwas verbessert hatte. Unter den etwa acht Millionen 1918 mobilisierten Soldaten starben hingegen weniger als 3 Promille an Influenza und Lungenentzündungen, was von der deutlich besseren gesundheitlichen Versorgung des Militärs im Vergleich zur Zivilbevölkerung zeugt, obwohl gerade in Heer und Marine sich die kräftigsten Jahrgänge und damit die potentiellen Opfer des „Zytokin-Sturms“ befanden.

Wie sah es außerhalb Deutschlands aus? In Nordamerika und Europa starben zwischen 3 und 10 Promille der jeweiligen Einwohner im Jahre 1918/19 an der spanischen Grippe. Dabei entschied, wie die Sterblichkeit in Deutschland zeigt, über das Verhältnis der Todesopfer zur Gesamtzahl der Bevölkerung offensichtlich nicht die Tatsache, ob und in welchem Ausmaß ein Land am Ersten Weltkrieg

¹¹⁷ Vgl. Johnson, *Aspects*, S. 262–264.

¹¹⁸ BAB, R86/916.

¹¹⁹ Vgl. Roesle, *Die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse*, in: Bumm (Hrsg.), *Deutschlands Gesundheitsverhältnisse*, Bd. 1, S. 58.

teilnahm und damit möglicherweise seine Bevölkerung schlechter versorgen konnte und folglich anfälliger für die Grippe machte. So starben auch im neutralen Dänemark 3,7 Promille (etwa 11 000 Menschen), in Schweden 5,1 Promille (30 000 Tote), in der Schweiz 5,9 Promille (23 000 Tote) und in Spanien sogar 7,1 Promille (150 000 Tote) der Bevölkerung. Unter den Krieg führenden europäischen Staaten waren Portugal (59 000 Tote) und Italien (325 000 bis 350 000 Tote) mit jeweils etwa 9 bis 10 Promille am härtesten betroffen. Frankreich verlor 240 000 Menschen (7,2 Promille), Großbritannien 230 000 (6 Promille) und die USA 6750 000 Einwohner (6,5 Promille)¹²⁰. Entscheidend für das Ausmaß der spanischen Grippe war also nicht, ob sich ein Land im Kriegszustand befand, sondern wie leistungsfähig sein Gesundheitssystem war, sein Grad an Informationsdichte und Informationsmöglichkeiten durch Zeitungen und Lesekenntnisse, schließlich auch sein Grad an Urbanisierung. Es fällt auf, dass gerade die damals weniger entwickelten europäischen Länder Spanien, Portugal und Italien besonders unter der Grippe litten. Große Ballungszentren mit einem hohen Grad an sozialer Mobilität, wie sie in Hafenstädten oder Industriezentren zu finden sind, entwickeln historisch gesehen eher eine gewisse Immunität gegen häufig auftretende Ansteckungskrankheiten als ländlich geprägte, weniger im Austausch mit anderen Menschen (und damit Krankheitserregern) stehende Gesellschaften¹²¹. So hieß es beispielsweise über Preußen, dass dort, wo die Grippe bis in die ländlichen Gegenden vorgedrungen sei, sie trotz der dort besseren Lebensmittelversorgung keineswegs harmloser, sondern eher noch stärker gewütet habe. In den Industrierevieren des Regierungsbezirkes Arnswald seien zwar mehr Menschen an der Grippe erkrankt, in seinen landwirtschaftlich geprägten Kreisen jedoch im Verhältnis mehr Personen an der Grippe gestorben¹²². Sowohl die US-Army als auch das bayerische Heer registrierten, dass vor allem neu einberufene Rekruten aus ländlichen Gebieten, die nicht eine gewisse Immunität durch in urbanen Zentren endemisch kursierende Infektionskrankheiten erworben hatten, schwer erkrankten und starben¹²³. Auch die bereits genannten deutschen Spitzenwerte der Mortalität durch Atemwegserkrankungen kamen nicht in Großstädten vor, sondern in kleineren Orten bis 50 000 Einwohner abseits der Hauptverkehrsachsen, wie die Beispiele Allenstein, Kattowitz, Marburg und Schleswig zeigen.

Zwei weitere Aspekte trugen im Falle Deutschlands dazu bei, dass die Sterblichkeit im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien und den USA relativ niedrig blieb. Die insgesamt schlechte Versorgungslage im letzten Kriegsjahr hatte die Immunsysteme vieler Menschen auch der physisch stärksten Jahrgänge möglicherweise so geschwächt, dass diese nicht mehr zu der Überreaktion des

¹²⁰ Vgl. Zahlen nach Patterson/Pyle, *Geography and Mortality*, S. 14f.; Johnson/Müller, *Updating the Accounts*, S. 113–115.

¹²¹ Vgl. William McNeill, *Plagues and Peoples*, New York 31998, S. 77, S. 86 u. S. 130.

¹²² Vgl. Peiper, *Preußen*, S. 6, S. 8 u. S. 38.

¹²³ Byerly, *Fever*, S. 55 u. S. 165; Crosby, *Forgotten Pandemic*, S. 154f.; BHStA, Mkr 13790, Bericht über die Grippeepidemie des Jahres 1918 im Bereich des bayerischen Besatzungsheeres, 4.6.1919.

„Zytokin-Sturms“ in der Lage waren¹²⁴. Im Abschlussbereich des Reichsgesundheitsministeriums hieß es beispielsweise, dass in ländlichen Gebieten oft gerade die besonders kräftigen Personen schwer erkrankten, die abgemagerten Zeitgenossen hingegen nur leicht¹²⁵. Außerdem, und dies war wohl entscheidender, erreichten die aus dem Westen kommenden Influenzawellen Deutschland wegen seiner Abschottung durch die Seeblockade und die Fronten jeweils um einige Wochen verzögert, verglichen mit Westeuropa und Nordamerika. Das Virus mutierte konstant und schwächte sich im Verlaufe seiner Ausbreitung vom ursprünglichen Infektionsherd beständig ab, sodass die Überlebenschancen derjenigen, die von ihm relativ spät erfasst wurden, wesentlich größer waren als jene, die sich an dem neuen Virus früh infiziert hatten. Dies ist ein Phänomen, das bereits bei der relativ gut dokumentierten Verbreitung der Seuche bei den in großen Massslagern untergebrachten US-Truppen zu beobachten war. Es erklärt auch das Gefälle in der Morbidität und Mortalität zwischen den relativ früh betroffenen Städten der Ostküste und den später erfassten Orten der Westküste: Je früher die Seuche ein Militärcamp oder eine Stadt in den USA erreichte, desto schlimmer wütete sie dort¹²⁶. Dieses Gefälle in Zahl und Schwere der Ansteckungen in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, an dem der Grippevirus 1918 einen bestimmten Teil der Bevölkerung erfasste, lässt sich auch für Deutschland mittels des von den Militärbehörden gesammelten statistischen Materials nachweisen. Die erste Grippewelle vom Frühjahr/Frühsummer 1918, die in den Sanitätsberichten gut dokumentiert ist, kam über die Westfront nach Deutschland. Sie erfasste also zuerst die in Frankreich stehenden Truppen und breitete sich innerhalb weniger Wochen von dort gen Osten aus. Gleichwohl litten die auf russischem Gebiet stehenden und damit um einige Wochen später dem Virus ausgesetzten Truppen wesentlich weniger als die an der Westfront operierenden Einheiten. Erkrankten auf dem Höhepunkt der ersten Welle an der Westfront im Juni 1918 35 Promille der deutschen Truppen an Grippe und 104 im Juli, so waren es nur 5,3 bzw. 36,9 der an der Ostfront eingesetzten Soldaten. In den neun Monaten vor dem Ausbruch der spanischen Grippe hatte es hingegen mit durchschnittlich 3,8 bzw. 2,9 Promille kaum einen Unterschied bei den Influenzaerkrankungen zwischen West- und Osttheer gegeben¹²⁷.

Schwieriger noch als eine ungefähre Schätzung der Zahl der Todesopfer, welche die Pandemie in Deutschland forderte, ist die Zahl der damals im Reich (wie in anderen Ländern) Erkrankten zu ermitteln¹²⁸. Nur eine Minderheit der Bevölkerung war über die Krankenkassen versichert und meldete sich während der Grippeepidemie tatsächlich krank oder ging zum Arzt. Die Ärzteschaft, ohnehin durch die Einziehung zum Militärdienst seit 1914 stark ausgedünnt, zeigte sich angesichts der Epidemie überfordert, auch nur annähernd konkrete Angaben zu machen,

¹²⁴ So auch Hieronimus, Krankheit, S. 24.

¹²⁵ Vgl. Bogusat, Influenzaepidemie, S. 454.

¹²⁶ Vgl. Barry, Influenza, S. 371 f.

¹²⁷ Vgl. Heeressanitätsinspektion (Bearb.), Sanitätsbericht, Bd. 3, S. 122.

¹²⁸ Vgl. für Großbritannien Johnson, Aspects, S. 168.

sodass die statistischen Grundlagen für die Wirkung der Grippe auf die Zivilbevölkerung wesentlich ungenauer sind als für das Militär¹²⁹. Entsprechend vage waren auch die Meldungen der Einzelstaaten an das Reichsgesundheitsamt über die Grippe-Erkrankungen, die 1919/20 in Berlin eingingen und im Abschlussbericht des Reichsgesundheitsamtes von 1923 genannt wurden: „Insgesamt erkrankten von der Bevölkerung Sachsens 30–32%, in Württemberg 30–70%, in Mecklenburg-Schwerin 4–80%, in Sachsen-Gotha 75–80%, in Sachsen-Altenburg 30%, in Braunschweig 17–30%, in Oldenburg 40–75%, in Anhalt (Dessau) 50–75%, in Mecklenburg-Strelitz mindestens 15% und in Waldeck 50%.“¹³⁰ Diese große Diskrepanz spiegelt zum einen schlicht den fehlenden Überblick der Behörden über das tatsächliche Ausmaß der Epidemie, zum anderen aber die erheblichen lokalen Unterschiede hinsichtlich des Wütens der Seuche wider. Ein Bericht, basierend auf den Statistiken für die preußischen Regierungsbezirke Arnberg und Magdeburg, ging davon aus, dass vermutlich 20–30 Prozent der Bevölkerung im Verlaufe des Jahres 1918 erkrankt seien. Ärzte wie Laien hätten aber während der Epidemie dazu tendiert, 60–70 Prozent der Bevölkerung als betroffen einzuschätzen¹³¹. Dass im Verlaufe des Jahres 1918 etwa 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung im Reich erkrankten, ist wohl eine realistische Schätzung, wenn man die wesentlich besser dokumentierte Morbidität in den US-Streitkräften betrachtet. Von insgesamt vier Millionen Mann mussten sich etwa 25 Prozent während der ersten oder zweiten Welle einer Behandlung wegen Grippe unterziehen¹³².

V. Ergebnisse

Die spanische Grippe ist in Deutschland mehr noch als in anderen Ländern vom Ende des Ersten Weltkriegs und dessen Folgen überschattet worden, und zwar sowohl in der zeitgenössischen Wahrnehmung wie auch in der späteren Erinnerung. 1957, während der nächsten Influenzapandemie, die Deutschland (im Gegensatz zur Hong Kong Grippe von 1968) ebenfalls heimsuchte, gab es beispielsweise in den westdeutschen Zeitungen nur vereinzelte, ganz kurze Hinweise auf die Ereignisse vor vier Jahrzehnten. In der US-Berichterstattung von 1957 und 1968 hingegen bildete die spanische Grippe einen ständigen, warnenden Referenzpunkt¹³³.

Der mangelnde Wille der deutschen Behörden, energische Maßnahmen zu ergreifen, der Zusammenbruch der militärischen wie politischen Führung wie auch das Fehlen von Ressourcen zur Bekämpfung der Grippe wie Notlazarette, Ambulanzwagen, das obligatorische Tragen von Atemschutzmasken oder das Rekrutie-

¹²⁹ Vgl. Hahn, *Influenza*, in: Bumm (Hrsg.), *Deutschlands Gesundheitsverhältnisse*, Bd. 1, S. 329f.; Peiper, *Preußen*, S. 4.

¹³⁰ Bogusat, *Influenzaepidemie*, S. 449.

¹³¹ Vgl. Peiper, *Preußen*, S. 10.

¹³² Vgl. Byerly, *Fever*, S. 6 u. S. 112f.

¹³³ Vgl. Debra E. Blakely, *Mass Mediated Disease. A Case Study Analysis of Three Flu Pandemics and Public Health Policy*, Lanham 2006, S. 154. Für die westdeutsche Zeitungsberichterstattung über die Pandemien von 1957 und 1968 vgl. *Pressedokumentation des Deutschen Bundestages Berlin 540–4* (Krankheiten, Seuchen), Bd. 2 u. Bd. 6.

ren von zusätzlichem (weiblichen) Pflegepersonal, verhinderten, dass die Grippe in Deutschland einen sichtbaren Platz im öffentlichen Bewusstsein einnahm oder auch nur angemessen für die Nachwelt dokumentiert wurde. Zudem stellte die Pandemie für die deutsche Öffentlichkeit, anders als beispielsweise für die US-Zivilbevölkerung, lediglich einen Mosaikstein des Leidens im Weltkrieg dar, der unter anderem seit 1916 im Reich eine rapide Verschlechterung der Volksgesundheit bewirkt hatte. Das Auftauchen der Grippe im letzten Kriegshalbjahr deuteten die Zeitgenossen als nur eines, aber vielleicht das deutlichste von vielen Anzeichen des allgemeinen gesundheitlichen Verfalls.

Soldaten wie Zivilisten stellten schon bei der ersten Welle, die Presse schließlich auch bei der zweiten Welle einen auf den ersten Blick naheliegenden kausalen Nexus zwischen Kriegs- bzw. Versorgungssituation und Auftreten und Ausmaß der Grippe her. Die spanische Grippe verstärkte also die allgemeine Kriegsmüdigkeit in Heer und Heimat und förderte die Friedenssehnsucht. Das Ausmaß der Herbstwelle überraschte und überforderte nicht nur die deutschen Behörden. Gleichwohl wurde die Pandemie weder in Berlin, noch in Paris, London oder Washington als das dringendste Problem angesehen. In allen Ländern delegierte man die Verantwortlichkeit an die Lokalbehörden. In Deutschland jedoch traf die zweite Welle im Oktober 1918 ein durch das indirekte Eingeständnis der militärischen Niederlage bereits ohnehin ins Wanken geratenes politisches System. Die Überforderung der Behörden in dieser Situation mit der Grippe schien für die Öffentlichkeit nur ein weiteres Beispiel für das Versagen der bisherigen Führung zu sein, sei es auf nationaler oder lokaler Ebene, sei es in militärischer, politischer, wirtschaftlicher oder eben medizinischer Hinsicht. Die Seuche mag daher den Legitimationsverlust des alten Systems noch etwas beschleunigt haben. Allerdings zeichnet sich in den Quellen der Anteil der Pandemie am politisch-militärischen Zusammenbruch Deutschlands nicht als eigenständiger Faktor ab. Die Herbstwelle verdeutlicht hingegen den inneren Auflösungsprozess des Heeres, der auch die Sanitätsführung ergriff. Anders als für die erste Welle konnte das Militär nun keine verlässlichen Krankenstatistiken mehr vorlegen. Die unterschiedliche Pressereaktion auf die zweite im Vergleich zur ersten Grippewelle wiederum dokumentiert den Verfall des journalistischen Durchhaltekonsenses im Verlauf des zweiten Halbjahres 1918.

Es gab jedoch im Gegensatz zu den Vermutungen der breiteren Öffentlichkeit keine Korrelation zwischen den erschwerten Lebensbedingungen in Deutschland im vierten Kriegsjahr einerseits und der durch die Grippe im Reich hervorgerufenen Morbidität und Mortalität andererseits. Im Gegenteil, die spezifische Situation, in der sich Deutschland 1918 befand, bewirkte trotz der etwa 320 000 bis 350 000 Toten als Folge der drei Seuchenzüge 1918/19 vermutlich sogar eine geringere Mortalität als in anderen Krieg führenden Ländern mit vergleichbarem gesellschaftlichen und medizinischen Entwicklungsstand. Die Westfront als Sperrriegel und die Seeblockade setzten Deutschland um ca. drei bis vier Wochen verzögert vor allem der zweiten, tödlichen Welle aus. Das Land sah sich also im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien und den USA mit einer bereits weniger aggressiven Version des Virus konfrontiert.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man kann weder bei der Frühjahrs- noch bei der Herbstwelle für Front oder Heimat von einer einheitlichen deutschen Grippe-Erfahrung sprechen. Dazu waren die Morbidität und Mortalität zwischen den einzelnen Truppenteilen und Fronten sowie zwischen den einzelnen deutschen Städten zu unterschiedlich. Warum manche Einheiten oder Regionen offensichtlich kaum von der Seuche heimgesucht worden sind, andere dagegen schwer, lässt sich nicht erklären. Dass etwa 20 bis 25 Prozent aller Deutschen im Verlaufe des Jahres 1918 an der spanischen Grippe erkrankten und 5 Promille der Zivilisten sowie 3 Promille der Soldaten ihr erlagen, stellt lediglich einen nationalen Durchschnittswert dar, der ein erhebliches regionales wie militärinternes Gefälle verdeckt.

In der Grippe-Historiographie wird meist behauptet, dass die Virulenz des Grippeerregers H1N1 von 1918 nicht auf den Weltkrieg zurückzuführen, seine weltweite Verbreitung aber durch das enge Zusammenleben der Soldaten in Ausbildungslagern und Schützengräben sowie die Truppenverschiebungen begünstigt worden sei¹³⁴. Dies ist jedoch eine Sichtweise, die sich auf die Mobilisierung der US-Truppen 1918 und ihren Transport über den Atlantik fokussiert. Das Beispiel des relativ milderen Verlaufs der Pandemie in Deutschland zeigt vielmehr, dass der Krieg mit seinen Fronten und der teilweisen Unterbrechung des weltweiten Seeverkehrs einer raschen Verbreitung des Virus in manchen Teilen der Welt entgegengewirkt hat. Zudem unterschlägt diese Interpretation den bereits 1914 erreichten Umfang weltweiter Waren- und Migrationsströme, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder erreicht wurde. Ob wirklich in diesem Falle der Krieg „der Vater aller Dinge“ war und stärker zur Verbreitung des Grippevirus beitrug, als die bereits vor 1914 hochgradig vernetzte Weltwirtschaft es ansonsten getan hätte, ist daher fraglich.

¹³⁴ Vgl. Jürgen Müller, Die spanische Influenza 1918/19. Einflüsse des Ersten Weltkriegs auf Ausbreitung, Krankheitsverlauf und Perzeption einer Pandemie, in: Eckart/Gradmann (Hrsg.), *Medizin*, S. 321–342.

Willy Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Ghetto ist in die Geschichte eingegangen. Aber hat der deutsche Bundeskanzler sich wirklich für Polen interessiert? Wie intensiv und seit wann? Der Kölner Historiker Rainer Behring stellt diese Fragen und kommt zu einem irritierenden Befund: Brandts Blick nach Osten ging über Polen hinweg und richtete sich vor allem auf die Sowjetunion, die in seinen Augen lange keine Bedrohung für die Freiheit Polens darstellte. Das änderte sich erst 1947/48, als der Sozialdemokrat mit linkssozialistisch-revolutionärer Vergangenheit alle Illusionen über Moskau verlor. Polen gewann in Brandts Vorstellungswelt nun langsam eigenes Gewicht, auch wenn keine Rede davon sein kann, daß von solchen Einsichten ein gerader Weg zur Aussöhnung und zum Warschauer Vertrag von 1970 führte.

Rainer Behring

Normalisierung auf Umwegen

Polen in den politischen Konzeptionen Willy Brandts 1939–1966

Die kollektive Erinnerung in Deutschland und der Welt verbindet die Begriffe Willy Brandt und Polen nahezu reflexartig mit dem Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970. Das Foto des knienden Bundeskanzlers vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos ist „zur politischen Ikone geworden“¹. Brandts Geste „verdichtete den moralischen Aspekt der Aussöhnung mit dem Osten; das Bild ging um die Welt und gehört seitdem zur Ikonographie der Bundesrepublik: Ein deutscher Bundeskanzler bat um Vergebung für die Verbrechen seines Volkes; der Kniefall war das spektakuläre Symbol der neuen Ostpolitik“². So oder ähnlich lautet der Konsens in jüngeren Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik. Dabei bleibt durchaus unklar, wem Brandts Geste galt. Er selbst äußerte sich dazu stets denkbar vage³. Tatsächlich ist es fraglich, ob der Bundeskanzler überhaupt auf Polen und das deutsch-polnische Verhältnis abzielte oder ob es Brandt nicht vielmehr dem Ort des Geschehens entsprechend um ein Sühnzeichen angesichts der Ermordung der europäischen Juden, um eine Ehrung des europäischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Herrschaft oder um ein globales Gedenken der Opfer der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik ging. Der kommunistischen Regierung Polens war die Geste Brandts vor dem

¹ Zuletzt zusammenfassend Christoph Schneider, Der Kniefall von Warschau. Spontane Geste – bewußte Inszenierung?, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 410–417, mit weiteren Literaturhinweisen, Zitat S. 410.

² Edgar Wolfrum, Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 297; vgl. auch Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 544.

³ Vgl. Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 214 f.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ghetto-Mahnmal jedenfalls denkbar unangenehm, und der polnischen Bevölkerung wurden die Bilder des Kniefalls lange vorenthalten⁴.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, daß die Frage nach der Rolle Polens in Willy Brandts politischen Konzeptionen *vor* den Verhandlungen des Jahres 1970 und *jenseits* des Warschauer Vertrages bislang nicht gestellt worden ist; sie wurde jedenfalls nie systematisch untersucht. Der Themenkomplex Brandt, Polen und Aussöhnungspolitik wirkt im kollektiven Gedächtnis gleichsam als ein erratic Block, der keinerlei Veränderungen in der Zeitachse unterworfen war und der im Grunde überhaupt nur für das Jahr 1970 als Objekt öffentlichen Interesses und zeitgeschichtlicher Erforschung aufscheint und Bedeutung erlangt hat⁵. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, den Stellenwert Polens und seine Rolle in den politischen Überlegungen Willy Brandts von den späten dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts unter dem analytisch leitenden Gesichtspunkt zu beleuchten, inwiefern Brandt über die Jahrzehnte hinweg einen geraden Weg verfolgte, der konsequent zu deutsch-polnischer Aussöhnung und „Neuer Ostpolitik“ führte.

Fragestellung und Forschungsstand

Am 1. Dezember 1966 wurde Willy Brandt, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Bundesminister des Auswärtigen in der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ernannt, die sich im Bundestag auf eine Große Koalition von CDU/CSU und SPD stützte⁶. Eine Woche später empfing Brandt den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn, George McGhee, zu einem Gespräch über die außenpolitischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland⁷. „Zur Frage der Beziehungen mit

⁴ Vgl. Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher, Denkmalsturz? Brandts Kniefall, München 2005, S. 58–61.

⁵ Einen kritischen Reflex auf Brandts Verhalten gegenüber der polnischen antikommunistischen Opposition in den 1980er Jahren warf immerhin bereits Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 448.

⁶ Zur Geschichte der Großen Koalition von 1966 bis 1969 und der Regierung Kiesinger/Brandt sowie insbesondere zu ihrer Außenpolitik siehe Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 241–416, bes. S. 301–352; Reinhard Schmoedel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, bes. S. 129–230; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004, bes. S. 90–129 u. S. 380–428; sowie Willy Brandt, Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, Berliner Ausgabe, Bd. 6, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, Einleitung, S. 15–39. Hinweise auf weitere Spezialliteratur bietet der Forschungsbericht von Oliver Bange, Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 713–736, hier S. 720–726.

⁷ Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 8. 12. 1966, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966. Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1966 (künftig: AAPD 1966 II), bearb. von Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1997, Dok. Nr. 390, S. 1596–1604, die folgenden Zitate S. 1598f.

den osteuropäischen Ländern“ führte Brandt aus, die bestehenden Kontakte sollten ausgebaut werden. In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, deren außenpolitischen Teil Kiesinger in diesen Tagen in enger Anlehnung an die Vorstellungen der SPD-Führung formulierte⁸, „werde auch angedeutet werden, daß man zu einer Normalisierung im Sinne diplomatischer Beziehungen mit einigen osteuropäischen Ländern bereit sei, doch werde man keine Namen nennen. [...] Was Polen angehe, so werde man den Begriff ‚Oder-Neiße-Linie‘ nicht benutzen, sondern von der Rolle sprechen, die Polen in Europa spiele. Gleichzeitig werde man Verständnis zum Ausdruck bringen für die Empfindungen der Polen und für ihren Wunsch nach Sicherheit für ihre Grenzen.“ Man werde ferner „anduten, daß man deutscherseits im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag bereit wäre, über Lösungen zu sprechen, die sicher nicht für alle einfach zu akzeptieren wären“. Es sei nicht beabsichtigt, der polnischen Regierung gegenüber etwas Nettes zu sagen. Stattdessen seien diese Äußerungen „für die polnische Bevölkerung und für die Freunde Deutschlands im Ausland bestimmt, damit sie die Deutschen nicht für unbeweglich hielten. Das Wort ‚Opfer‘ solle nicht genannt werden, vielmehr wolle man von ‚Rücksichtnahme‘ auf die gegenseitigen vitalen Interessen sprechen, wobei deutscherseits an die Wiedervereinigung gedacht sei.“

Diese knappen Bemerkungen zur künftigen Polenpolitik werden ergänzt durch einige einschlägige Hinweise in den Erläuterungen eines Acht-Punkte-Programms der Sozialdemokratie zu den Aufgaben einer neuen Bundesregierung, die im Zuge der sich anbahnenden Koalitionsverhandlungen am 12. November 1966 veröffentlicht wurden⁹. Darin hieß es allgemein zur Außenpolitik, die Bundesregierung müsse „darauf hinwirken, den Frieden durch innereuropäische Normalisierung und Aussöhnung sicherer zu machen, um in diesem Rahmen die Spaltung Deutschlands zu überwinden“. Insbesondere müsse sie „aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung mit ihnen eintreten“. Daher werde die künftige Bundesregierung „volle diplomatische Beziehungen mit allen Staaten Osteuropas“ erstreben, „die dafür keine unannehmbaren Bedingungen stellen“. Im Rahmen einer solchen Normalisierungspolitik müsse man „eine Initiative zur Weiterentwicklung internationaler Rüstungsbegrenzung und -kontrolle und zum Austausch von rechtlich bindenden Gewaltverzichtserklärungen ergreifen“ und sich bemühen, „den Handelsaustausch mit den osteuropäischen Staaten zu erweitern und im Rahmen der

⁸ Vgl. dazu Willy Brandt, Die Übernahme des Auswärtigen Amtes. Ansprache nach Übergabe des Amtes durch Minister G. Schröder am 6. Dezember 1966, in: Ders., Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt, Berlin 1968, S. 9–11. Endgültiger Text: Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem 5. Deutschen Bundestag, 13. Dezember 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe/Bd. 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967. Erster Halbband (1. 12. 1966–31. 5. 1967), bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1984, S. 56–61.

⁹ Aus der Erläuterung des Acht-Punkte-Programms der SPD: Aufgaben einer neuen Bundesregierung, 12. November 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12: 1. Januar bis 30. November 1966, Zweiter Halbband (1. 6.–30. 11. 1966), bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1981, S. 1674–1677. Daraus die folgenden Zitate.

EWG Einfuhren aus Osteuropa zu erleichtern“. Schließlich müsse die Bundesregierung „Grundzüge einer friedensvertraglichen Regelung vorbereiten“, sie mit ihren Verbündeten besprechen und sie dann „in Übereinstimmung mit diesen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern erörtern, um eine Lösung der deutschen Frage vorzubereiten“.

Bereits als Regierender Bürgermeister von Berlin hatte Brandt „wiederholt eine Aktivierung der deutschen Ostpolitik gefordert“, wie das *Hamburger Abendblatt* Anfang September 1966 anlässlich eines Interviews mit dem SPD-Vorsitzenden konstatierte¹⁰. Brandt lobte die einschlägigen Bemühungen der Bundesregierung unter Ludwig Erhard¹¹ ausdrücklich, „zumal sie wesentlich auch auf Anregungen der SPD“ zurückgingen. Doch deutete er die Bereitschaft an, weiter zu gehen: „Ich bin für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wo das ohne unzumutbare Forderungen der betreffenden Staaten möglich ist.“¹² Wer dafür und „für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit auch für bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten“ eintrete, der müsse allerdings „den Versuch machen, von der tatsächlichen Lage auszugehen und widerstreitende Rechtsauffassungen auszuklammern“. Der Frage nach einer Lösung für das Problem der Oder-Neiße-Linie wich Brandt aus, indem er die Aufnahme von Verhandlungen mit Polen vorerst für aussichtslos erklärte: „Die polnische Regierung hat ihre Feindseligkeit gegenüber der Bundesrepublik so übersteigert, daß ich hier bis auf weiteres keine Möglichkeit sehe, zu normalen Beziehungen zu gelangen.“ Trotzdem „sollten wir klarmachen, daß uns daran gelegen ist, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Polen zu verstärken und damit den Weg für eine Normalisierung vorzubereiten“. Zumindest indirekt hatte Brandt dabei auch die Deutsche Demokratische Republik im Sinn: In jedem Fall würde „ein positiveres Verhältnis zu osteuropäischen Staaten“ nach menschlichem Ermessen auch die Entwicklung „in der Zone“ – so Brandt noch 1966 – „eher günstig als ungünstig beeinflussen“.

Aus solchen verstreuten Bemerkungen im Herbst 1966 wird man kaum die Konzeption einer spezifischen Polenpolitik herausarbeiten können. Ohnehin waren die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen kaum aus dem internationalen Kontext zu isolieren, die Zusammenhänge waren zu komplex. Alles hing mit allem zusammen¹³: Jegliche Initiative der Bundesregierung zu einer aktiveren

¹⁰ Interview des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für das *Hamburger Abendblatt* am 3. 9. 1966, in: Ebenda, S. 1283–1285. Daraus die folgenden Zitate.

¹¹ Siehe dazu ausführlich Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 83–99 u. S. 187–202.

¹² Brandt wies im Sinne der „Geburtsfehlertheorie“ darauf hin, daß dies in keinem Widerspruch zur „Hallstein-Doktrin“ zu stehen brauche: „Hier handelt es sich doch um Staaten, die schon, seitdem das, was sich DDR nennt, besteht, diplomatische Beziehungen zu Ost-Berlin unterhalten und nach Lage der Dinge nichts anderes tun konnten.“ Interview Brandts mit dem „Hamburger Abendblatt“, 3. 9. 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 1284.

¹³ Vgl. zum internationalen Kontext der bundesdeutschen Ostpolitik in den 60er und 70er Jahren Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 323–339; Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jä-

Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Ostblocks konnte nur in engster Abstimmung mit den westlichen Verbündeten und der Vormacht Vereinigte Staaten von Amerika erfolgen – die seit den frühen 1960er Jahren der Sache eher fördernd als hemmend gegenüberstanden und den neuen Außenminister der Bundesrepublik in seinen Bestrebungen ausdrücklich ermutigten¹⁴. Eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern jenseits des „Eisernen Vorhangs“ betraf außerdem die Belange der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Und ohne Berücksichtigung der Interessen der Sowjetregierung oder gar gegen sie war ein Ausgleich mit Polen oder anderen Staaten Ostmitteleuropas ohnehin nicht möglich, schon gar nicht eine entscheidende Veränderung des Status quo hinsichtlich der gesamteuropäischen Sicherheit oder der deutschen Frage. Selbst die Regierung der DDR konnte bei einem Versuch, engere Beziehungen zu Polen herzustellen, kaum außer acht gelassen werden. Einer Annäherung an Polen sollte gleichwohl, so auch die Position Brandts und der SPD, weder die Politik der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR geopfert werden, noch die Weigerung der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen rechtsverbindlich anzuerkennen. Insgesamt hatten sich also allenfalls die Verhandlungsgegenstände, um die auf dem Weg zu einer Normalisierung des bundesdeutsch-polnischen Verhältnisses gerungen werden mußte, beim Amtsantritt der Regierung Kiesinger/Brandt bereits deutlich abgezeichnet: Es handelte sich um die Formulierung einer Gewaltverzichtserklärung, um das Problem der Oder-Neiße-Grenze und um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Als Außenminister und später als Bundeskanzler agierte Willy Brandt auf der festen Grundlage des westlichen Bündnisses. „Es gibt keine Sicherheit für Europa ohne die USA“¹⁵, hatte die SPD-Führung im November 1966 lapidar festgestellt; Brandt selbst bekräftigte gegenüber dem US-Botschafter „die Gefühle der Freundschaft, die auch bisher das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gekennzeichnet hätten“¹⁶. Mit dieser Bestätigung der Westbindung, die für die SPD seit 1960 außer Frage stand, korrespondierte in Brandts Denken ein – wenn auch stets gesprächsbereiter – Antikommunismus, der sich in seinen Bemerkungen zu Polen in einer deutlichen Differenzierung zwischen dem kommunistischen Regime und der Bevölkerung artikuliert.

Westbindung und Antikommunismus hatten jedoch nicht immer die Grundlage von Brandts außenpolitischen Konzeptionen gebildet. In den Jahren 1944/45,

ger/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 163–282, hier S. 163–179; Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., Paderborn u. a. 1995, Kap. 6 u. 7, S. 175–221; Helga Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart/München 2001, Kap. V, S. 173–218; Bange, Ostpolitik, passim.

¹⁴ Vgl. dazu nur die einschlägigen Bemerkungen des US-Botschafters McGhee zu Brandt am 8. 12. 1966, in: AAPD 1966 II, Dok. Nr. 390, S. 1600f.

¹⁵ Aus der Erläuterung des Acht-Punkte-Programms der SPD, 12. 11. 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 1674.

¹⁶ Brandt im Gespräch mit McGhee, 8. 12. 1966, in: AAPD 1966 II, Dok. Nr. 390, S. 1596.

gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, bestimmten andere Determinanten das Denken des gerade zur Sozialdemokratie zurückkehrenden langjährigen revolutionären Linkssozialisten im skandinavischen Exil. Kennzeichnend für Brandts politische Überlegungen und Einstellungen sowie für seine Sozialisation von den dreißiger bis zu den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts war weniger „die bewundernswerte Kontinuität Brandtschen Denkens“, die Helga Grebing postuliert¹⁷, sondern eine von tiefen Brüchen und taktischen Wendungen, auch von grundsätzlichem Umdenken in wichtigen die Außenpolitik berührenden Themenkomplexen geprägte Entwicklung, wie sie für nicht wenige erfolgreiche Politiker unter demokratischen Verhältnissen charakteristisch sein dürfte.

Gewiß ist es möglich, die Bedeutung von Brandts Denken in der Exilzeit für sein späteres politisches Wirken unterschiedlich zu beurteilen. Doch erscheint es fragwürdig, seine dezidiert unkritische und wohlwollende Einschätzung der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik, die bis 1947/48 anhielt und die seine Wahrnehmung Polens ebensolange trübte, mit Einhart Lorenz als „naiv“ abzutun¹⁸: Tatsächlich ergab sie sich aus einem konsequenten Festhalten an dem Weltbild, das der Funktionär der linksrevolutionären, im Grunde weithin unorthodox kommunistischen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) sich seit den frühen dreißiger Jahren geschaffen hatte und das er erst im Laufe der vierziger Jahre in einem langwierigen Prozeß überwinden oder sublimieren sollte. Ebenso wenig überzeugt das Bemühen von Hans-Peter Schwarz, die „linkssozialistische Prägung“ des jungen Brandt als „die naturgemäß verworrenen frühen Jahre“ eines „noch unfertigen, ins Exil gezwungenen jungen Mannes“ für irrelevant zu erklären¹⁹. Vielmehr gilt es, genau zu analysieren, inwiefern die in der Exilzeit entwickelten Konzeptionen, Überzeugungen und Ressentiments Brandts Denken und Handeln auf seinem weiteren politischen Weg beeinflussten, wo radikales Umdenken zu erkennen ist und wo Relikte linkssozialistischer Sozialisation auch nach Jahrzehnten wieder zutage traten²⁰.

¹⁷ Grebing in einem Vortrag am 16. 10. 2000 im Kaminsaal des Bremer Rathauses anlässlich der Vorstellung von Bd. 2 der „Berliner Ausgabe“ von Brandts Reden und Schriften, zit. nach Heiner Lindner, Willy Brandt: „Berliner Ausgabe“. Der erste Exilband wurde in Bremen vorgestellt, in: Neuer Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung e.V. Nr. 16 (Dezember 2000), S. 9–11, hier S. 10.

¹⁸ Willy Brandt, Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, Berliner Ausgabe, Bd. 2, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, Einleitung, S. 33; Willy Brandt, Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearb. von Einhart Lorenz (Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 1), Bonn 2007, Einleitung, S. 29.

¹⁹ Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 674.

²⁰ Eine kritische Untersuchung von Brandts Einstellung gegenüber den USA würde exemplarisch reiches Material für eine alles andere als geradlinige Entwicklung bieten, die seit den späten siebziger Jahren in wesentlichen Aspekten auf die „linkssozialistische Prägung“ zurückwies. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963, Wiesbaden 2001, S. 19, weist darauf hin, daß Brandts „grundsätzliche Überzeugungen, Ideen und Perzeptionen in der Exilzeit [...] langfristig wirkten“.

Der vorliegende Beitrag wird Kontinuitäten wie Wandlungen in Brandts Einschätzung Polens und des deutsch-polnischen Verhältnisses im europäischen Zusammenhang bis 1966 behandeln und versuchen, sie ansatzweise in den Kontext sozialdemokratischer und deutscher Außenpolitik und des internationalen Hintergrundes einzuordnen. Dabei kann es sich allerdings angesichts eines praktisch nicht existenten Forschungsstandes zum Thema „Brandt und Polen“ zumindest für den hier behandelten Zeitraum nur um die vorläufigen Ergebnisse einer ersten Annäherung handeln²¹. Die geringe Aufmerksamkeit der Forschung korrespondiert mit der Tatsache, daß ein spezifisches Interesse Willy Brandts an Polen oder an den Geschicken der polnischen Bevölkerung bis in die sechziger Jahre hinein nicht zu beobachten ist²². Brandts Überlegungen zu Polen waren – und das entsprach nach dem Urteil des deutschen Polenspezialisten Dieter Bingen der Haltung nahezu des gesamten politischen Establishments der Bundesrepublik²³ – durchgehend eher funktionaler Art und ergaben sich aus seinen Vorstellungen von der Rolle der Sowjetunion in der internationalen Politik, aus seiner Beschäftigung mit der deutschen Frage, zunehmend dann aus allgemeinen Erwägungen über die Rolle, die die kleineren ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten des Ost-

²¹ Nützlich sind die Arbeiten von Ludwig Elsing, Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S.55–65, und ders., Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag, Diss. phil. Bonn 1981. Als in keiner Weise hilfreich erweist sich der Katalog Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beiheft mit einem Vorwort von Holger Börner, Bonn 2000. Auch die „Berliner Ausgabe“ liefert zumindest für Brandts Berliner Jahre wenig einschlägiges Material, allein schon deshalb, weil die Bearbeiter der beiden chronologisch relevanten Bände aufgrund jeweils anderer inhaltlicher Schwerpunktsetzungen ihr Augenmerk nicht auf außenpolitische Aspekte richten konnten: Willy Brandt, Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, Berliner Ausgabe, Bd. 3, bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004; ders., Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, Berliner Ausgabe, Bd. 4, bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, vgl. in beiden Bänden das Sachregister s. v. „Polen“ und „Oder-Neiße-Grenze“. Die „Berliner Ausgabe“ bietet für eine Analyse von Brandts Vorstellungen von Deutschlands Außenpolitik und seiner Perzeption der internationalen Beziehungen im Zeitraum bis 1966 insgesamt eine denkbar dürftige Grundlage. Selbst ein oberflächlicher Blick in die „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ ist weitaus hilfreicher. Ein Zusatzband „Außen- und Deutschlandpolitik bis 1966“ stellt angesichts von Brandts Format und Bedeutung als Außenpolitiker bereits in seiner Berliner Zeit ein Desiderat dar.

²² Die verschiedenen Erinnerungsschriften Brandts vermitteln ebenso wie die bisher gründlichste und umfangreichste Biographie von Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2002, jedenfalls nicht den Eindruck, Brandt habe sich vor Ende der sechziger Jahre in irgendeiner Weise intensiv mit Polen befaßt. Auch von Kontakten Brandts zu polnischen Exilpolitikern im Zeitraum von 1948 bis 1966 ist nichts bekannt.

²³ Vgl. Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, passim; explizit ebenda, S. 16: „Über die einzelnen Epochen bundesdeutscher Beziehungen zu Polen hinweg war Ostpolitik eine abgeleitete Funktion der Deutschlandpolitik und der Westpolitik nachgeordnet“ – Bingen spricht von der „instrumentale[n] Funktion“ der Polenpolitik –, und S. 312: „Eine über 40 Jahre währende Kontinuität kann zudem die Unterordnung der Beziehungen zu Polen unter das Verhältnis zur Sowjetunion für sich in Anspruch nehmen.“

blocks in diesen Problemzusammenhängen spielen konnten, und schließlich aus Brandts Vorstellungen von den Aufgaben, die die Bundesrepublik im Rahmen der von den Westmächten und primär von den USA vorangetriebenen Entspannungspolitik gegenüber dem Sowjetimperium übernehmen könnte.

Zwischen Verteidigung und Kritik: Brandt und die Sowjetunion bis 1941

Schon für die Exilzeit sind Brandts Vorstellungen von Polen nur auf Umwegen zu ermitteln, denn bis 1947/48 stand die UdSSR im Zentrum seiner außenpolitischen Konzeptionen. Der SAP-Funktionär hatte während der dreißiger Jahre ein Weltbild verinnerlicht, in dem die Sowjetunion als *der* Staat galt, in dem das Proletariat zur Macht gelangt sei, der „ein höheres gesellschaftliches Prinzip“ verkörpere, wie es Jacob Walcher ausdrückte, politischer Führer der SAP und Freund und Mentor Brandts in den ersten Jahren seines Exils. Demgegenüber galten die Staats- und Gesellschaftsordnungen der übrigen Mächte als kapitalistisch, imperialistisch, faschistisch; sie waren zu bekämpfen, die UdSSR war zu verteidigen. Die Außenpolitik der Sowjetunion verdiene die volle Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Sie sei prinzipiell auf Frieden bedacht, weil die UdSSR als proletarischer Staat keine imperialistischen Interessen verfolge und sich auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft konzentriere²⁴. Die Vorbildfunktion der Oktoberrevolution und der daraus erwachsenen sozioökonomischen Umgestaltungen stand für Brandt und andere revolutionäre Linksozialisten außer Zweifel, sie wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Wenn man etwas zu kritisieren hatte, dann richtete sich die Kritik auf die Folgen einer „Entartung“ der Sowjetherrschaft, auf ein Abweichen von sozialistischen Tugenden, das primär von Stalin und seinem bürokratischen Apparat zu verantworten sei²⁵.

Zwischen 1939 und 1947/48 unterlag Brandts Einschätzung der sowjetischen Politik einem Wandel, der mit einem dreifachen Kurswechsel insbesondere in seinem Urteil über die Außenpolitik der Sowjetunion und ihre Rolle im Rahmen der internationalen Beziehungen verbunden war. 1939/40 äußerte Brandt drastische und öffentliche Kritik an der gewaltsamen Aggressions- und Annexionspolitik der Sowjetführung und an ihrer faktischen Unterstützung der deutschen Kriegspolitik, er sah in der Sowjetmacht keinen bevorzugten Partner mehr für die europäische Arbeiterbewegung und wollte sie von der Neugestaltung Europas nach dem Kriege nach Möglichkeit ausgeschlossen wissen. Diese Kritik war aller-

²⁴ Rainer Behring, *Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945*, Düsseldorf 1999, S. 127f.; vgl. ebenda, S. 55f., S. 82–87 u. S. 208–215.

²⁵ Vgl. ebenda und Merseburger, Willy Brandt, S. 96, S. 105–108 u. S. 124f., sowie für Geschichte und politisches Denken der SAP insgesamt die Arbeiten von Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, ND Hannover 1983, und Jörg Bremer, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945*, Frankfurt a. M./New York 1978. Zum Begriff der „Entartung“ in diesem Zusammenhang vgl. die Reflexionen von Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, S. 279–286.

dings durchaus vereinbar mit Brandts Überzeugung von der ökonomischen und sozialen Überlegenheit des Sowjetsystems, dem in der Rivalität mit der kapitalistisch organisierten Welt die Zukunft gehöre.

Seit 1941/42 stand Brandts Darstellung der Sowjetunion dann wieder stärker im Zeichen seiner linkssozialistischen Prägung. Sie war frei von jeglicher Kritik und trug unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Roten Armee bis 1944/45 zunehmend beschönigende Züge. Brandt war gewiß kein Stalinist, und seine Überlegungen zur verfassungs- und innenpolitischen Gestaltung eines sozialistischen Deutschlands nach Hitler näherten sich gerade in diesem Zeitraum weitgehend demokratisch-parlamentarischen Vorstellungen an, doch die Sowjetmacht mutierte in Brandts Äußerungen nun zur unverzichtbaren und vertrauenswürdigen Mitgestalterin der europäischen Geschichte nach der Niederlage des Deutschen Reiches, deren Ziel im friedlichen Wiederaufbau in Kooperation mit den Westmächten und den betroffenen Bevölkerungen bestand. Brandt maß der Sowjetpolitik in dieser Phase keinerlei aggressive Absichten bei. Erst 1946 übte er intern wieder Kritik am Verhalten der Sowjetmacht insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, und Ende 1947, vor allem aber seit Februar 1948 positionierte sich Brandt endgültig als entschiedener Gegner der sowjetischen Politik, die er jetzt als gleichermaßen innen- wie außenpolitisch gewaltsam charakterisierte und verurteilte. Bei dieser Phaseneinteilung gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß Willy Brandt mitunter ein Mann „des Sowohl-als-auch und der langsamen Übergänge“ sowie „von einander überlappenden Vorstellungen“ war. Die Entwicklung seiner politischen Positionen von 1939 bis 1948 verlief mithin weder widerspruchsfrei, noch ist sie in jeder Hinsicht mit der wünschenswerten Präzision aus den verfügbaren Quellen zu erschließen²⁶.

Das Verhalten der Sowjetführung in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs stellte das in der SAP herrschende idealisierte Bild der UdSSR radikal in Frage. Brandt war bereits gegen Ende der dreißiger Jahre zunehmend auf Distanz zu Stalins Methoden und seiner Politik gegangen. Das sowjetische Verhalten im Spanischen Bürgerkrieg hatte ihn befremdet, er verurteilte die willkürlichen Verhaftungen und Massenerschießungen in der Sowjetunion, die Formen kommunistischer Propaganda und die Säuberungen unter den kommunistischen Parteien im Rahmen der Dritten Internationale²⁷. Doch erst der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, die darauf aufbauende partielle Zusammenarbeit der nationalsozialistischen und der bolschewistischen Diktatur und der sowjetische Angriff auf Finnland Ende November 1939 führten bei Brandt wie bei vielen anderen Freunden der Sowjetunion erstmals zu einem grundsätzlichen

²⁶ Zitate in: Merseburger, Willy Brandt, S. 198. Für eine differenzierte Darstellung der Entwicklung von Brandts politischem Denken während des Krieges vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 568–593.

²⁷ So etwa in der Broschüre Spaltung oder Sammlung. Die Komintern und die Kommunistischen Parteien, Mitte Juni 1939, Auszüge in: Willy Brandt, Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, Berliner Ausgabe, Bd. 1, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, Dok. Nr. 58, S. 400–422, hier S. 408–413 u. S. 416–420.

Überdenken vertrauter Positionen²⁸. Indem die Sowjetregierung „ein Bündnis mit dem nazistischen Deutschland“ geschlossen habe, habe sie „einen tiefen Graben zwischen sich und der europäischen Arbeiterbewegung aufgerissen“; die Sowjetunion habe sich „deshalb selbst als ein Teil der internationalen sozialistischen Bewegung und als ein Teil der Kampffront für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen ausgeschaltet“²⁹.

Direkte Auswirkungen zeitigte die „nur auf die eigenen Interessen orientiert[e]“ neue „Linie der russischen Außenpolitik“ zunächst für Polen: Hatte Brandt in den ersten Tagen des deutsch-polnischen Krieges noch auf die „Möglichkeit eines weiteren polnischen Widerstandes“ gehofft³⁰, so sah er diesen Widerstand „zum Zusammenbrechen verurteilt“, nachdem die Sowjetregierung am 16. September 1939 der Roten Armee den Befehl zur Besetzung Ostpolens gegeben hatte und der Einmarsch sowjetischer Truppen am darauffolgenden Tag erfolgt war. Ergebnis des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 28. September sei schließlich nicht bloß „eine weitgehende wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit“ der beiden Mächte, sondern ebenso „Polens Teilung“ gewesen³¹. Brandt verurteilte nicht nur die sowjetische Unterstützung für Deutschlands Krieg gegen Polen: Die Sowjetführung „beteiligte sich selbst an diesem Überfall und begann danach, andere Staaten anzugreifen. Die baltischen Staaten wurden dem russischen Kommando als Vasallenstaaten untergeordnet. Finnland wurde überfallen.“ Zugleich, so Brandt im Frühjahr 1940, nehme „die Allianz zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus immer festere Formen“ an. Kurzum, die Sowjetunion habe „alles, was mit der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden war, über Bord geworfen“³².

²⁸ Vgl. dazu Einhart Lorenz, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940, Kiel 1989, S. 234f.; zur Einordnung in den Kontext sozialdemokratischen und sozialistischen Denkens Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 219–227.

²⁹ Willy Brandt, Die Außenpolitik der Sowjetunion 1917–1939, Oktober 1939, Auszüge in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 429–433, hier S. 431.

³⁰ Willy Brandt, Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben. Notizen zu einem Vortrag, 9. September 1939, in: Ebenda, Dok. Nr. 60, S. 425–429, Zitate S. 426f.

³¹ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ebenda, Dok. Nr. 61, Zitate S. 429.

³² Willy Brandt, Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, April 1940, Auszüge in: Ebenda, Dok. Nr. 65, S. 468–495, hier S. 471. Noch deutlicher im Wortlaut und schärfer in den Formulierungen: Auslandsvertretung der SAP, Unsere Stellung zum jetzigen Krieg. Aufzeichnung vom Dezember 1939, bes. S. 2–5, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (künftig IfZ-Archiv), ED 200 (Sammlung Werner Röder). Vgl. dazu auch Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 225f. mit Anm. 23. Anders als dort und ursprünglich von Röder vermutet, dürfte das Dokument nicht in London, sondern in Oslo unter Federführung Brandts entstanden sein, unter Berücksichtigung „verschiedener Änderungsvorschläge von Freunden im Norden“ (Vorwort, S. 1). Es handelt sich um die „mehreseitige Diskussionsgrundlage der SAP“, die Einhart Lorenz in: Brandt, Hitler ist nicht Deutschland, S. 534, Anm. 21 zu Dok. Nr. 62, für „nicht auffindbar“ bzw. in Brandt, Zwei Vaterländer, S. 351, Anm. 7 zu Dok. Nr. 4, für „nicht in den uns bekannten Archiven erhalten“ erklärt. Brandt verwendete die darin niedergelegten Gedanken in diesen Wochen und Monaten mehrfach bis in den Wortlaut hinein, blieb jedoch in seinen Publikationen weniger scharf bei einigen wichtigen Formulierungen. Organisationsgeschichtlich ist von Belang – vorausgesetzt, die

Ogleich sich Brandt mit der sowjetischen Besatzungs- und Annexionspolitik im östlichen Teil des polnischen Staates der Zwischenkriegszeit – übrigens war er kein Freund der politischen und gesellschaftlichen Zustände in diesem Staat, der für ihn zu jenen „halb- und ganz-faschistischen Regimen der Vorkriegszeit“³³ gehörte, die es in einer sozialistischen Revolution zu überwinden galt – in den Jahren 1939 bis 1941 nicht näher befaßt zu haben scheint, genügte ihm der außenpolitische Kurswechsel Moskaus, um zu dem Urteil zu kommen, die Sowjetunion habe nunmehr „jede Chance verspielt, einen positiven Einfluß ausüben zu können, wenn es um die Aufgabe geht, nach dem Grauen und Schrecken des Krieges ein neues Europa zu gestalten“. Die sozialistische Arbeiterbewegung müsse fortan unabhängig nicht nur von den kapitalistisch-imperialistischen Westmächten, sondern auch von der Sowjetmacht „eine sozialistische und demokratische Neuordnung“ in Europa vorbereiten³⁴. Am deutlichsten distanzierte sich Brandt von den Zielen und Praktiken der sowjetischen Außenpolitik, wie sie sich zwischen 1939 und 1941 in Ostmitteleuropa manifestiert hatten, in einem Privatbrief vom Ende des Jahres 1941, als er versicherte, er könne es trotz seiner „Bewunderung für die mutige Kriegführung der Russen [...] nicht für eine wünschenswerte Perspektive halten, daß sich die bolschewistische Herrschaft auf ganz Ost- und Mitteleuropa einschließlich Deutschlands ausdehnt“³⁵.

Verharmlosung im Zeichen der Verständigung: Brandt und die Sowjetunion im Krieg

Doch genau diese Perspektive, die das Denken weiter Kreise des sozialdemokratischen deutschen Exils bestimmte³⁶ und die nicht zuletzt die künftigen Geschehnisse Polens betraf, blendete Brandt in den Folgejahren konsequent wieder aus. Offenkundig hatte die Sowjetunion ihre faszinierende Wirkung und ihre Anziehungskraft auf ihn und andere Linksozialisten noch längst nicht verloren, blieb die kritische Haltung weder von Dauer³⁷ noch war sie wirklich konsistent. Trotz der „Entartung“, der die Sowjetunion unter der Herrschaft der Stalinisten anheimgefallen sei, habe „sich die sozialistische Arbeiterbewegung mit der russischen Arbeiter- und Bauernerhebung und dem trotz aller Probleme imponierenden Aufbau der neuen Gesellschaft solidarisch gefühlt und wird dies auch in Zukunft tun“,

Zuordnung der Autorenschaft ist zutreffend –, daß sich die SAP-Ortsgruppe Oslo im Dezember 1939 tatsächlich als „Auslandsvertretung der S.A.P.“ verstand. Vgl. dazu Brandt, Hitler ist nicht Deutschland, Einleitung, S. 65 f.

³³ So noch im Rückblick Willy Brandt, Der Zweite Weltkrieg. Ein kurzer Überblick, Stockholm 1945, S. 59. Vgl. auch ders., Links und frei, S. 276.

³⁴ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 433.

³⁵ Brandt an Arne Ording, 27. 12. 1941, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 2, S. 64–72, hier S. 69 f.

³⁶ Vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 327–340.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 238–242, zum Zusammenhang und zu einer ganz ähnlichen Entwicklung bei Richard Löwenthal von der linksozialistischen Gruppierung Neu Beginnen.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 1/2010

Jahrgang 58 (2010), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

versicherte Brandt schon im Oktober 1939³⁸. Bald darauf pries der SAP-Funktionär „die Übernahme der Produktionsmittel durch den Staat, die Umwälzungen in der Landwirtschaft und die Politik der Wirtschaftsplanung“ als „Ereignisse und Leistungen mit welthistorischem Maßstab“. In Rußland habe man gezeigt, „daß es ohne Kapitalisten funktionierte“; der neue Staat sei „der erste große Beweis für die Überlegenheit der Planwirtschaft“³⁹. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn im September 1939 hatte sich Brandt auf die Suche nach „möglichen mildernden Umständen“ für den Kurs- und Frontwechsel der Sowjetunion begeben, der in der „deutsch-russischen Zusammenarbeit“ nach dem zweiseitigen Nichtangriffsvertrag zum Ausdruck kam⁴⁰.

Angesichts des erfolgreichen militärischen Überlebenskampfes in dem Krieg, der der Sowjetunion am 22. Juni 1941 aufgezwungen worden war, kam Brandt von seinen in der ersten Phase des europäischen Krieges gewonnenen Einsichten wieder ab. Im Oktober 1942 blickte er in einem Schreiben an Jacob Walcher bereits mit einigem Abstand auf seine kritische Einschätzung der sowjetischen Politik in den Jahren 1939/40 zurück: „Natürlich [!] hat sich herausgestellt, daß manche Urteile über die Sowjetunion, die im Anschluß an den [Hitler-Stalin-]Pakt und den Konflikt [!] mit Finnland gefällt wurden, einer ernsten Überprüfung nicht standhalten.“⁴¹ Bald schon rückte, so etwa in den berühmten, maßgeblich von Brandt formulierten „Friedenszielen der demokratischen Sozialisten“ des Stockholmer internationalen Arbeitskreises vom Frühjahr 1943, die „Verständigung mit der Sowjetunion“ als zentrales Ziel der internationalen Politik in den Mittelpunkt von Brandts außenpolitischen Überlegungen. Durch „den heldenhaften Kampf der Roten Armee und des russischen Volkes gegen die nazistische Überfallsmacht“ hatte sich das Sowjetregime gewissermaßen rehabilitiert, von „Entartung“ oder Kritik an ihm war keine Rede mehr. Nun konnte man erneut „den großartigen Aufbau, der seit der russischen Revolution stattgefunden hat“, bewundern: „Die demokratischen Sozialisten sind gewillt, der Sowjetunion volle Unterstützung auf allen Gebieten zuteil werden zu lassen, die für das Werk des sozialen Neuaufbaues und für die Erreichung der in der demokratischen Verfassung von 1936 niedergelegten Ziele von Bedeutung sein können“⁴² – einer Verfassung der perpetuierten Diktatur des Proletariats unter der alternativlosen Führung der

³⁸ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 432.

³⁹ Willy Brandt, Unsere Stellung zu Rußland. Zeitschriftenartikel, Januar/Februar 1940, in: Ebenda, Dok. Nr. 64, S. 459–467, hier S. 463.

⁴⁰ Brandt, Die gegenwärtige Lage, in: Ebenda, Dok. Nr. 60, S. 427.

⁴¹ Brandt an Jacob und Hertha Walcher, 10.10.1942, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 4, S. 82–88, hier S. 83. – Im Dezember 1939 war intern noch vom „Vernichtungskrieg gegen Fin[n]land“ die Rede gewesen: Auslandsvertretung der SAP, Unsere Stellung zum jetzigen Krieg, S. 3, in: IFZ-Archiv, ED 200.

⁴² Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 5, S. 88–104, Zitate S. 96f. Vgl. dazu Klaus Misgeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Bonn/Bad Godesberg 1976, bes. S. 62–110, sowie Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 583–586.

Bolschewistischen Partei übrigens, die mit Demokratie im westlichen Verständnis nicht das geringste gemein hatte und die Brandt Anfang 1940 selbst noch als „die Karikatur der Demokratie“ geißelt hatte⁴³: Dieses Detail ist bezeichnend für den seit 1942 vollzogenen Kurswechsel Brandts vom zeitweiligen Gegner zum Verteidiger des Sowjetregimes in revolutionär-linksozialistischer Tradition.

In Brandts Schriften bis 1945 häuften sich fortan die Lobpreisungen einer Sowjetunion, die „ihre Lebenskraft eindeutig unter Beweis gestellt“ habe, und zwar „auf eine Art, die allgemeine Bewunderung hervorgerufen und ihre internationalen Positionen nicht unwesentlich gestärkt“ habe. „Die Sowjetunion ist nicht mehr von Mißtrauen umgeben“ – sie sei gar „durch warme Sympathie umgeben“ –, „man stellt hoffnungsvolle Erwartungen an sie“, so Brandt im Oktober 1945 in seiner Darstellung des Zweiten Weltkriegs. „Die anderen Völker sind weitgehend bereit, von den Erfahrungen des russischen Planaufbaues zu lernen.“ Im übrigen habe „ohne Zweifel“ auch die Sowjetunion den Wunsch, „ihren Wiederaufbau und Weiterausbau im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit durchzuführen“⁴⁴. Brandts Wohlwollen reichte noch weiter: „Als Sozialisten haben wir ein besonderes Interesse daran, mit der Sowjetunion in engen, freundschaftlichen Beziehungen zu stehen.“ Solche Beziehungen seien „eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die Stabilisierung des Friedens in Europa“⁴⁵.

Der Wandel des einstigen SAP-Funktionärs „zurück zu einem Anhänger der Sowjetunion war komplett vollzogen“, urteilt der Brandt-Spezialist Wolfgang Schmidt⁴⁶. Das gilt zumindest für die Einschätzung der Funktion der UdSSR im Staatensystem. Dabei ging Brandt seit 1943 in allen Überlegungen zur internationalen Politik davon aus, daß es nach dem Sieg über das Deutsche Reich nicht „zum Bruch zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Mächten“ kommen werde. Vielmehr werde „die Zusammenarbeit zwischen den Hauptpartnern unter den Vereinten Nationen den Krieg überdauern und trotz aller Schwierigkeiten“ – Brandt sprach von Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen – „die Basis bilden [...] für die Regelung der internationalen Nachkriegsverhältnisse“⁴⁷. Zu diesem Szenario entwickelte Brandt keine Alternative. Noch im Frühjahr 1946

⁴³ Brandt, Unsere Stellung zu Rußland, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 64, S. 465.

⁴⁴ Brandt, Der Zweite Weltkrieg, S. 58. Auf die „warme Sympathie“ in der Manuskriptfassung verweist Schmidt, Kalter Krieg, S. 40, Anm. 102.

⁴⁵ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Stockholm 1944, S. 38. Urheber dieser Schrift war ein „Kreis früherer Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) in Schweden“ (ebenda, Vorwort, Juli 1944, S. 4). Federführend war Willy Brandt, als beteiligt gelten Ernst Behm, August und Irmgard Enderle sowie Stefan Szende. Vgl. dazu Brandt, Zwei Vaterländer, S. 356 f., Anm. 1 zu Dok. Nr. 8.

⁴⁶ Schmidt, Kalter Krieg, S. 40. Schmidt spricht sogar von einer „Form der Anbiederung“ (ebenda, S. 41).

⁴⁷ Willy Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung nach dem Kriege. Vortrag am 9. 2. 1945, S. 6 ff., in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv II 145, jetzt Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), RY 20, Bd. 89, Bl. 89–113, hier Bl. 94 u. Bl. 95 f.

wollte er nicht an einen Bruch zwischen den Hauptsiegermächten glauben, weil keine der Parteien an einem neuen Krieg interessiert sei und weil ein solcher Bruch nicht im deutschen Interesse liege⁴⁸.

Konsequenzen für Polen

Was folgt daraus für Brandts Vorstellungen von Polen? In einer außenpolitischen Konzeption, die in der sowjetischen Politik keinerlei expansive oder aggressive Tendenzen auszumachen vermochte, die vielmehr eine Sowjetunion der friedlichen und gedeihlichen Kooperation postulierte, konnte von einer Bedrohung der polnischen Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Gefolge der Besetzung des Landes durch die Rote Armee keine Rede sein. Äußerstenfalls erwog Brandt im März 1944 die Möglichkeit, daß in Polen „eine Regierung unter mehr oder weniger starkem Einfluß der Sowjetunion errichtet wird“⁴⁹. Charakteristisch für Brandts Positionen sind fortan durchweg beschönigende Formulierungen wie die, „die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Länder“ würden „zumindst in Fragen der Außenpolitik stark auf die Sowjetunion angewiesen sein“⁵⁰. Im Februar 1945, als die Gefahr einer gewaltsamen Umgestaltung der von der Roten Armee besetzten Gebiete Ostmitteleuropas nach dem Muster der bolschewistischen Herrschaft sowie die erneute Bedrohung von Polens Freiheit und Selbstbestimmung nach der Überwindung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nicht nur von kritischen Beobachtern in britischen und amerikanischen Regierungskreisen, sondern auch im sozialdemokratischen deutschen Exil längst mit Sorge diskutiert wurden⁵¹, meinte Brandt, „die Erfahrungen auf dem Balkan, in Finnland und Polen“ deuteten „nicht darauf hin, daß man von russischer Seite schematische und brutale Eingriffe in die Gestaltung des sozialen Lebens dieser Länder beabsichtigt“. Die Sowjetunion erstrebe vor allem Frieden und Sicherheit für ihren Wiederaufbau, sie wolle „sich auf die Regierungen in ihrem Interessenbereich verlassen können, in dem Sinne, daß sie nicht auf Eingliederung in potentiell gegnerische Konstellationen visieren“⁵². Noch im Herbst

⁴⁸ Vgl. Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 342f. Zu Brandts Nachkriegsvorstellungen als Norweger im schwedischen Exil im größeren Zusammenhang insgesamt Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 568–593.

⁴⁹ Willy Brandt, Efter segern. Diskussionen om krigs- och fredsmålen, Stockholm 1944 [Vorwort März 1944]. Unveröffentlichte dt. Übers., in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AdsD), Willy-Brandt-Archiv (WBA) A 3, 33, S. 75.

⁵⁰ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 37.

⁵¹ Vgl. etwa Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, München 8/1987, S. 270–275; Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985, S. 32–49 u. S. 61–71; Klaus Schwabe, Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte, 2., durchgesehene Aufl., Paderborn u. a. 2007, S. 142f. u. S. 146f.; Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 327–336.

⁵² Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 9f., in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 97f. Wenn Brandt konstatierte: „Deutsche Antinazisten und Demokraten haben keine Ursache, angesichts des starken Einflusses, den die Sowjetunion auf die Gestaltung der deut-

1945 kommentierte Brandt, „in Osteuropa vollzieht sich der Neuaufbau in stärkerer Anlehnung an die in der Sowjetunion geschaffenen gesellschaftlichen Formen“. Wesentlich seien dort vor allem die Überwindung der Vorkriegsregime und „die Einleitung eines Demokratisierungs-Prozesses, dessen Schwerpunkt auf sozialem Gebiete liegt“. Kurzum: „In Polen hat man mit der Durchführung großer Reformen begonnen.“⁵³

Willy Brandt übernahm damit Mitte der vierziger Jahre die Sprachregelungen sowjetischer Propaganda, während er, fasziniert von der Vision eines Wiederaufbaus im Zeichen von Planwirtschaft und Sozialismus, nach Freiheit und Rechtsstaatlichkeit oder nach dem Begriffsinhalt von „Demokratisierung“ gar nicht fragte. Doch Brandts implizite Verharmlosung des Sowjetregimes und dessen nur wenige Jahre zuvor noch als „Entartung“ kritisiertem terroristischer Innen- und aggressiver Außenpolitik reichte noch weiter, gerade was – nunmehr im Rückblick – das Schicksal Polens im Zweiten Weltkrieg anbelangte. Von Terror oder Bolschewisierung in den 1939/40 annektierten östlichen Teilen Polens war in Brandts Schriften nichts zu lesen: Polen war sozusagen ausschließlich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen, während die Sowjetregierung gleichzeitig weitsichtige strategische Sicherungsmaßnahmen gegen die drohende deutsche Gefahr ins Werk gesetzt hatte⁵⁴. Selbst Katyn wurde in Brandts gesamten während des Krieges und danach entstandenen Publikationen nicht erwähnt⁵⁵;

schen Verhältnisse haben wird, von Panikgefühlen befallen zu werden“, dann wird man im Analogieschluß vermuten dürfen, daß er die Situation polnischer Widerstandskämpfer und Demokraten unter sowjetischer Herrschaft in ähnlicher Weise beurteilte.

⁵³ Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 59. Die hier und in Anm. 52 nachgewiesenen Sätze wurden in den 1966 und 1971 veröffentlichten Auszügen aus Brandts Exilschriften unterdrückt. Sie waren dem SPD-Vorsitzenden, Regierenden Bürgermeister von Berlin und Regierungspolitiker des NATO-Staates Bundesrepublik Deutschland denkbar peinlich; vgl. Willy Brandt, *Draußen. Schriften während der Emigration*, hrsg. von Günter Struve, München 1966, S. 48–50; ders., *Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik*, Hamburg 1971, S. 31–37. Instrukтив sind auch die von Brandt selbst zu einem ungewissen Zeitpunkt vorgenommenen Streichungen und Änderungen für eine überarbeitete Fassung von „Der Zweite Weltkrieg“, in: AdSD, WBA A 3, 17A Nr. 34. Zu einer Neuveröffentlichung kam es allerdings nicht. Bedenklicher ist es, daß solche Passagen und ähnliche Dokumente auch in Brandt, *Zwei Vaterländer*, ausgelassen wurden, was den Gebrauchswert dieser Edition für wissenschaftliche Zwecke mindert. Vgl. dazu die Rezension von Rainer Behring, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 1123 f.

⁵⁴ So die durchgehende Interpretation in Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 10 f., S. 12–14 u. S. 26. Ende Dezember 1939 war dagegen bei Brandt intern die Rede gewesen von „Eroberungsdrang [...] als Ausdruck einer neuen großrussischen Ideologie“ und von dem damit verbundenen „Gedanke[n], die Welt auf *diese* Weise zu bolschewisieren“: Auslandsvertretung der SAP, *Unsere Stellung zum jetzigen Krieg*, S. 5, in: IfZ-Archiv, ED 200.

⁵⁵ Es ist unwahrscheinlich, daß Brandt mit dem Problemkomplex Katyn nicht in Berührung kam: Immerhin hatte er in Schweden im Frühjahr 1943 mehrfach Kontakt mit zwei Vertretern der Polnischen Sozialistischen Partei, mit dem Anwalt Maurycy Karniol, der „auch auf behutsame Weise als Gesandter seiner Exilregierung tätig“ wurde und zugleich Nachrichten von der polnischen Untergrundbewegung übermittelte (Brandt, *Links und frei*, S. 340 u. S. 351), und mit Jan Kwapinsky, der gar als Handelsminister der polnischen Exilregierung fungierte und bei seinem Vortrag vor dem Arbeitskreis internationaler Sozialisten in Stock-

in seiner im Herbst 1945 erstellten kleinen Monographie über den Zweiten Weltkrieg lenkte er sogar gezielt davon ab⁵⁶. Erst in seinen Erinnerungen bemerkte der Staatsmann im Ruhestand, Stalin habe das polnische Offizierskorps vernichten lassen. Dort hieß es auch, die Rote Armee sei „1944 an der Weichsel stehen geblieben“ und habe „zugesehen [...], wie Warschau verblutete“⁵⁷. In Brandts Version von 1945 hieß es lakonisch, mit „London“, das heißt mit der von Brandt wenig geschätzten Exilregierung, zusammenarbeitende polnische Gruppen seien im Sommer 1944 zum Aufstand gegen die deutschen Besatzungstruppen geschritten. „Dieser Aufstand war jedoch mit den Operationen der Roten Armee nicht koordiniert und wurde nach wochenlangen erbitterten Kämpfen blutig niedergeschlagen.“⁵⁸

Ein Beispiel noch mag demonstrieren, wie Brandt Mitte der vierziger Jahre in seinen Publikationen jegliche Kritik an der Sowjetunion vermied und gleichzeitig implizit Gefahren, die sich für Länder wie Polen aus der Besetzung durch die Rote Armee ergaben, in Abrede stellte. In seiner Schrift „Efter segern“ beschäftigte sich Brandt im Frühjahr 1944 mit der Geschichte des Staatsterrors:

„Der Terror ist in Deutschland weit entwickelt worden, aber er ist nicht nur dort zu Hause. Mittelalterliche Mißhandlungen kamen bei Mussolini und Franco, in Jugoslawien, Rumänien und Griechenland vor. Arthur Koestler schreibt [...], daß sich die französischen Konzentrationslager für antifaschistische Flüchtlinge, die im Herbst 1939 eingerichtet wurden, in vieler Weise mit den deutschen Vorbildern messen lassen. Den Engländern und Franzosen blieben Anklagen wegen der Übergriffe in den Kolonien nicht erspart. Die Amerikaner haben Negerpogrome. Judenverfolgungen der blutigsten Art kamen in mehreren Ländern vor. In Deutschland ist man am weitesten gegangen.“⁵⁹

Damit endet das Zitat. Staatsterror in der Sowjetunion gab es in Brandts Darstellung nicht, keine Lager, keine Massenerschießungen, keine Deportationen. Er verschwieg sie und „nahm [...] es mit der Wahrheit nicht mehr so genau“, um

holm Anfang Mai 1943 – just als die Auseinandersetzung um Katyn in der internationalen Publizistik und Diplomatie hohe Wellen schlug – aus seinen Ansichten zum Kommunismus und zur Sowjetunion kein Geheimnis machte; vgl. Misgeld, „Internationale Gruppe“, S. 84f. Es wird Brandt also nicht verborgen geblieben sein, daß weite Kreise der polnischen Politik und Öffentlichkeit mit seinem Bild der sowjetischen Politik, wie er es 1942/43 bis 1946 öffentlich vertrat, nicht einverstanden sein konnten. Zu Brandts Kontakten mit den beiden polnischen Sozialisten und seinen Kenntnissen von der Situation in Polen vgl. Willy Brandt und Polen, Doppelseiten 5 u. 6.

⁵⁶ Vgl. Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 42. Hier nennt Brandt Konflikte um „die ehemaligen polnischen Ostprovinzen“ und unterschiedliche Auffassungen über die anzustrebende Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa als Gründe für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung im April 1943. Der Verfasser dankt Jürgen Zarusky für seinen freundlichen Hinweis auf diese Stelle.

⁵⁷ Brandt, *Erinnerungen*, S. 212 u. S. 144.

⁵⁸ Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 42.

⁵⁹ Brandt, *Efter segern*, dt. Übers., zit. nach den Auszügen in: Ders., *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 7, S. 115–153, hier S. 128.

noch einmal Wolfgang Schmidt zu zitieren⁶⁰. Dieser Brandt der Jahre 1944/45 ist in seiner Darstellung der Sowjetunion weitaus näher bei der alten SAP als bei der Sozialdemokratie zu verorten. Folgerichtig hatte die polnische Nation in Brandts Augen von der sowjetischen Besatzungsmacht nichts zu befürchten. Eine weiter reichende Interpretation ergibt sich daraus geradezu zwingend: Brandt hatte an Polen und seiner Bevölkerung kein genuines Interesse. Blickte Brandt nach Osten, dann stand stets die Sowjetunion im Zentrum seines Denkens; eine Sowjetunion wohlgermt, deren auswärtige Politik und deren Herrschaftsstreben er von 1941/42 bis 1947/48, und zwar wesentlich aufgrund der fortwährenden Wirkung seiner weltanschaulichen Prägung, kontinuierlich falsch einschätzte.

Brandts Kurswechsel in der Beurteilung der Sowjetpolitik

Tatsächlich ist Brandts langwierige Mutation vom revolutionären Linksozialisten zum Sozialdemokraten erst 1948 ganz zum Abschluß gelangt: Erst jetzt zog er auch mit Blick auf die sowjetische Außenpolitik eindeutige Konsequenzen. Bereits im Laufe des Jahres 1946 hatte Brandt konstatiert, daß die SED in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wenig mit den Vorstellungen gemein hatte, die er selbst von der von ihm stets befürworteten sozialistischen Einheitspartei hegte⁶¹. Während desselben Jahres betonte er mehrmals die Unabhängigkeit der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung von der „Eigen- und Rückentwicklung im ‚Überbau‘“ der Sowjetunion, deren Methoden er jetzt, wenn auch nur im vertraulichen Briefwechsel, in Anknüpfung an sein 1939/40 formuliertes Urteil erneut dezidiert zu kritisieren begann⁶². Gleichzeitig pries er jedoch weiterhin „die strukturell fortschrittlichen Veränderungen in der Ostzone“ als vorbildlich⁶³ – dasselbe würde er zweifellos für die entsprechenden ökonomischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, die „großen Reformen“ in Polen postuliert haben –, und er distanzierte sich von jeder „Feindschaft gegenüber der

⁶⁰ Schmidt, *Kalter Krieg*, S. 40.

⁶¹ Vgl. dazu insbesondere Brandts Ausarbeitung: Die Krise der deutschen Arbeiterbewegung, März 1946, in: Brandt, *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 18, S. 265–295. Noch in: *Verbrecher und andere Deutsche*, S. 259f. u. S. 275–286, dessen Vorwort ebenfalls vom März 1946 stammt, hatte er die Entwicklung hin zur bevorstehenden Vereinigung von KPD und SPD zur SED in einem weitaus milderem Licht dargestellt.

⁶² Brandt an Walcher, 10. 6. 1946, in: Brandt, *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 22, S. 307–314, Zitat S. 310. Vgl. auch Brandt an Walcher, 30. 4. 1946, in: Ebenda, Dok. Nr. 20, S. 300–304, hier S. 302f.

⁶³ Ebenda, S. 301. Weitere Belege in Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*, passim. Vgl. die Rezension zur Neuausgabe dieser Schrift von Rainer Behring, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), S. 281–283, hier S. 282. Noch 1946 vermied Brandt peinlichst jegliche öffentliche Kritik an der politischen Substanz sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland wie in Ostmitteleuropa und an Vergangenheit und Gegenwart sowjetischer Politik überhaupt, und er übersah oder ignorierte die diktatorische Gewalt und die skrupellosen Methoden, die die sowjetische Besatzungsmacht im Verein mit den deutschen Kommunisten bei der Durchsetzung der sozialen und ökonomischen Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone offenkundig anwandte.

Sowjetunion“ und von „primitive[m] Antibolschewismus“⁶⁴. Noch Mitte 1947 warnte Brandt vor „antirussische[r] Propaganda“ sowie vor einer Herabsetzung der „positive[n] Arbeit, die auch in der Ostzone geschieht“⁶⁵. Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht hielt er weiterhin für die unabdingbare Grundlage jeder dauerhaften Neuordnung in Deutschland und Europa.

Im Laufe des Jahres 1947 allerdings gewann Brandt als Presseattaché an der Norwegischen Militärmission in Berlin allmählich aus eigener Anschauung einen Eindruck von dem, was er Ende des Jahres als „bolschewistische[s] Machtstreben“ charakterisieren sollte – bezeichnenderweise in einem Schreiben an Kurt Schumacher und nicht ohne auf die „großkapitalistische Reaktion“ als ebenbürtiges Feindbild hinzuweisen⁶⁶. Der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei im Februar 1948 schließlich führte zu einer erneuten grundsätzlichen und nun nachhaltigen Revision von Brandts Einschätzung der Sowjetpolitik, der internationalen Lage insgesamt und damit auch der Situation in Polen. Die Ereignisse in Prag gaben, so Peter Merseburger, den Ausschlag für Brandts Kursänderung „vom Anhänger einer antifaschistischen Allianz mit den Kommunisten zum sogenannten Kalten Krieger hin“⁶⁷. Fortan sprach Brandt von einer aggressiven und potentiell expansiven kommunistischen Bedrohung für Freiheit und Unabhängigkeit der nichtkommunistischen Welt, der man standhaft entgegenzutreten müsse⁶⁸; die Situation verlange „eine politische Entscheidung für oder wider den Totalitarismus“⁶⁹ – solche Einsichten hatten übrigens im Exil bereits die von Brandt verachteten Weimarer Sozialdemokraten wie Rudolf Hilferding, Curt Geyer oder Friedrich Stampfer formuliert⁷⁰. Gleichzeitig begann Brandt auch, sich als Vordenker der Westorientierung und -integration in der SPD zu profilieren, die er bislang stets abgelehnt hatte⁷¹. Bei der Interpretation seines Kurswechsels ist insgesamt zu be-

⁶⁴ Brandt an Walcher, 10.6.1946, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 22, S. 311.

⁶⁵ Brandt, Vertraulicher Bericht des Presseattachés an der Norwegischen Militärmission in Berlin für den Pressedienst des Norwegischen Außenministeriums, in: Ebenda, Dok. Nr. 28, S. 326–331, Zitat S. 331.

⁶⁶ Brandt an Schumacher, 23.12.1947, in: Brandt, Auf dem Weg nach vorn, Dok. Nr. 2, S. 82–90, hier S. 86.

⁶⁷ Merseburger, Willy Brandt, S. 281–283, Zitat S. 282. Mit anderem Tenor Brandt, Berlin bleibt frei, Einleitung, S. 21 f.

⁶⁸ Willy Brandt, Die Lehren von Prag. Referat, gehalten am 12.3.1948 in Berlin, in: AdSD, WBA A 3, 41, hier zit. nach den Auszügen in: Brandt, Berlin bleibt frei, Dok. Nr. 2, S. 104–114, Zitat S. 111.

⁶⁹ Willy Brandt, Die weltpolitische Lage und die Aufgaben der SPD. Referat auf der Konferenz der Kreis- und Abteilungsfunktionäre am 14.1.1949 in Berlin, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 42–51, Zitat S. 46, und ebenda, S. 44: „Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein.“

⁷⁰ Vgl. dazu Rainer Behring, Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 135–160.

⁷¹ Brandt sprach nun von „Berlins Option für ‚den Westen‘“: Berlin und das internationale Geschehen. Manuskript o. D. (handschriftliche Notiz „Sept. ? 48“), in: AdSD, WBA A 3, 42, Bl. 119–122, hier Bl. 122. Vgl. auch Willy Brandt, London–Warschau–Moskau, in: Das sozialistische Jahrhundert 2 (1948), H. 19, S. 295 f. Noch 1946 hatte er beteuert, die von ihm erstrebte

rücksichtigen, daß der Remigrant aus dem skandinavischen Exil in Berlin eine neue politische Heimat suchte und nun eine Karriere in der Partei Kurt Schumachers und Ernst Reuters anvisierte. Die Berlin-Blockade 1948/49 sowie später die Berlin-Krise von 1958 bis 1961 bestärkten ihn in dieser nachhaltigen Umorientierung.

Brandt verschwieg seinen mit einiger Verspätung vollendeten Sinneswandel nicht. Es handele sich „bei der Entwicklung der Sowjetunion um einen komplizierten, widerspruchsvollen geschichtlichen Prozeß“, und es sei „keine Schande, die in der gegenwärtigen Phase zum Durchbruch gekommenen Tendenzen nicht früh und klar genug erkannt zu haben“, resümierte er zu Beginn des Jahres 1949⁷². Die Prager Ereignisse hätten „eine wichtige Diskussion im Lager der internationalen sozialistischen Bewegung zum Abschluß gebracht“, so Brandt in seiner ersten grundsätzlichen Stellungnahme nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei am 12. März 1948 vor Berliner SPD-Funktionären. Die Neubewertung betraf nicht zuletzt die Entwicklung in Ostmitteleuropa, wobei in Brandts Worten nach wie vor ein Rest von Respekt für die unter sowjetischer Herrschaft eingeleiteten Maßnahmen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich und von deren Rechtfertigung zu spüren war:

„Die Beurteilung der Verhältnisse in Ländern wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurde bisher dadurch erschwert, daß man feststellen konnte, hier handele es sich doch um Länder ohne echte demokratische Tradition, und in der Tat, dort war der Feudalismus nicht überwunden. In der Zwischenkriegszeit regierten dort korrupte Monarchien, faschistische Räuberbanden und Oberstencliquen. Es ist klar, daß es in diesen Ländern einer grundlegenden sozialen Umformung bedurfte. Und ebenso klar ist, daß solche Umformungen [...] kaum ohne harte Maßnahmen [!] durchgeführt werden können. Es ist weiter klar, daß unter solchen Verhältnissen die alte Reaktion versucht, sich demokratisch zu tarnen, während es ihr in erster Linie um die großen Güter und um die Wiedererlangung sozialer Vorrechte geht.

Manche Sozialisten [und wieder meinte Brandt sich selbst] haben sich nun, ausgehend von einer solchen Einschätzung des revolutionären Prozesses[,] eines eindeutigen Urteils über die Ausschreitungen gegen die Oppositionsparteien im Osten Europas enthalten. Und dennoch mußte ihnen die Entwicklung immer klarer machen, daß es sich nicht oder jedenfalls nicht mehr um die Behauptung der Rechte des Volkes gegen eine widerspenstige Minderheit handelte, sondern

„vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht“ sei „unvereinbar mit einer einseitigen ‚Westorientierung‘“ der deutschen Politik. Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 343.

⁷² Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 43. Ganz ähnlich hatte Brandt bereits 1939/40 seine damalige vorübergehende Neubewertung der sowjetischen Politik kommentiert: „Die Arbeiterbewegung braucht nicht die Haltung zu bedauern, die sie früher zur Entwicklung in Rußland eingenommen hat. Ihre Haltung muß von einem historischen Standpunkt aus gesehen werden.“ Brandt, Unsere Stellung zu Rußland, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 64, S. 463.

um die Behauptung und Festigung des totalen Machtanspruchs der kommunistischen Partei.⁷³

Polen jedenfalls mutierte jetzt in Brandts Überlegungen zum Prototyp einer Volkdemokratie, die „gleichbedeutend mit Diktatur des Proletariats“ sei, „die ja in der Praxis die Diktatur einer polizeilich-bürokratischen Schicht über das Proletariat und die übrige Bevölkerung darstellt“. Bolesław Bierut sei als kommunistischer Parteichef Polens der typische Exponent jener nach langjährigem Moskauer Aufenthalt zurückgesandten Führerschicht, „für die die Festlegung ihrer Anhänger auf den ‚Marxismus-Leninismus‘ gleichbedeutend ist mit bedingungsloser Unterwerfung unter die Parolen und Aufträge des Kreml“⁷⁴. Fortan pflegte Brandt deutlich zwischen dem kommunistischen Regime und der polnischen Bevölkerung zu unterscheiden⁷⁵.

Das Problem der deutsch-polnischen Grenze

Kaum als eigenständiges Objekt seines politischen Denkens und Handelns also, aber vermittelt und funktional spielte Polen in Brandts Konzeptionen als Berliner und Bundespolitiker in den folgenden Jahren eine Rolle. Den wichtigsten direkten Bezugspunkt zu Polen bildete in seinen Überlegungen das Problem der deutschen Ost- bzw. der polnischen Westgrenze, das den politischen Flüchtling schon im schwedischen Exil beschäftigt hatte⁷⁶. Brandt hatte damals grundsätzlich die Beibehaltung der Reichsgrenzen vom Ende des Jahres 1937 befürwortet, jedoch früh einen Sinn für die Realität und eine erstaunliche und zukunftsweisende Flexibilität in der Argumentation bewiesen. Deutschland werde kaum „ohne territoriale Einbußen aus dem Krieg herauskommen“, hatte er zu Beginn des Jahres 1945 längst erkannt⁷⁷. Ostpreußen hielt Brandt für verloren, zumal ihm entsprechende Forderungen der polnischen Exilregierung und vergleichbare Moskauer Überlegungen ebenso vertraut waren wie weitergehende Pläne zur Übertragung von „Gebiete[n] mit neun Millionen ganz überwiegend deutschen Einwohnern“ an den künftigen polnischen Staat⁷⁸. Er präsentierte Überlegungen zu einer neuen geschlossenen Grenzlinie östlich der Oder, verbunden mit „einem großzügigen Bevölkerungsaustausch“, konnte sich aber offensichtlich auch mit emp-

⁷³ Brandt, Die Lehren von Prag, in: AdsD, WBA A 3, 41, Bl. 37f. Vgl. ders., Die weltpolitische Lage, in: Brandt, Der Wille zum Frieden, S. 44.

⁷⁴ Willy Brandt, Volkdemokratie – mal so, mal so, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 12. I. 1949, in: AdsD, WBA A 3, 44, Bl. 19f.

⁷⁵ Vgl. etwa Brandts Rede auf dem SPD-Parteitag 1948, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Hamburg 1948, S. 58f., hier S. 59.

⁷⁶ Vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 580f.; Brandt, Zwei Vaterländer, Einleitung, S. 34f.

⁷⁷ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 15, in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 104.

⁷⁸ Ebenda, S. 16, in: Ebenda, Bl. 105; Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 21f. Vgl. für den Kenntnisstand in Stockholm 1943 Misgeld, „Internationale Gruppe“, S. 67 u. S. 97, Anm. 23f.

findlicheren Gebietseinbußen frühzeitig abfinden; sie würden Deutschlands Existenz nicht in Frage stellen. Schon 1944 wandte sich Brandt „gegen die Auffassung jener, die meinen, Deutschland könne nach einer ungünstigen Grenzregulierung im Osten nicht mehr existieren“. Solche Behauptungen seien nicht stichhaltig und könnten leicht zu einer abenteuerlichen Politik führen. „Wir müssen in einer ganzen Reihe von Fällen damit rechnen, daß der neuen deutschen Regierung nichts anderes übrig bleibt, als sich wohl oder übel mit unangenehmen Tatsachen abzufinden.“ Das bedeute nicht, „daß die neue Regierung offenbar unbillige und unsinnige Forderungen ohne Protest hinzunehmen hat und sie politisch und moralisch sanktionieren soll“⁷⁹. Gebietsabtretungen könnten nicht den Beifall deutscher Demokraten finden. Doch „wenn sie nicht den Sinn für geschichtliche und politische Realitäten verloren haben“, dann wüßten sie, „daß es heilige, für alle Ewigkeit unveränderliche Grenzen weder für Deutschland noch für andere Länder gibt oder gegeben hat und daß nicht ungünstige und – wenn man will – ungerechte Lösungen bei Detailfragen den einzigen Maßstab bilden können bei der endgültigen Beurteilung der neuen Ordnung, die sich aus diesem Krieg ergibt“⁸⁰. Etwas territoriale Verluste müsse man im Innern, im sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereich zu verarbeiten und ins Positive zu wenden suchen⁸¹.

Hier zeigte sich bereits Mitte der vierziger Jahre der Vernunftpolitiker Brandt, der schon 1942 die Einsicht formuliert hatte, die seinen weiteren politischen Weg und insbesondere seine spätere Ostpolitik stets begleiten sollte: Man müsse „mit den tatsächlich vorhandenen Realitäten rechnen, um von ihnen ausgehend Politik zu machen“⁸². Allerdings führte von solchen Gedanken kein direkter Weg zum Warschauer Vertrag von 1970. Bereits die im Sommer 1945 zutage tretenden Entwicklungen östlich von Oder und Neiße und deren faktische Sanktionierung auf der Potsdamer Konferenz kommentierte Brandt mit Entsetzen und Verbitterung. Was nun „in Bezug auf die Grenzziehung im Osten festgelegt wurde“, gehe „weit über das Maß des Vernünftigen hinaus“. Noch erschreckender als die „gebietliche Zerstümmelung“ sei „die grausame Art, auf die zehn bis zwölf Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei und Ungarn nach dem Westen getrieben“ würden. Was sich in den betroffenen Gebieten abspiele, „kann nur mit dem verglichen werden, was vielen anderen Millionen durch das nazistische Schreckensregime angetan wurde“. Im September 1945

⁷⁹ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 22f. Gewiß sei man in Bezug auf Polen „fest davon überzeugt, daß die Zukunft des Landes nur durch enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einerseits und mit einem demokratischen Deutschland andererseits und nicht durch vermeintliche strategische Grenzen gesichert werden“ könne. Vor allem aber glaube man „nicht, die Stabilität des neuen Polen würde dadurch gewinnen, daß man sieben Millionen Angehörige der ukrainischen und weißrussischen Minderheiten im Vorkriegspolen gegen ein Gebiet austauscht, das bisher von ca. neun Millionen Deutschen bewohnt war“.

⁸⁰ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 15f., in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 103f.

⁸¹ Ebenda, S. 18, in: Ebenda, Bl. 106; vgl. auch Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 345. Brandt verwies in diesem Zusammenhang auf das Vorbild der Dänen nach dem verlorenen Krieg von 1864 gegen Preußen und Österreich.

⁸² Zit. nach Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 576 mit Anm. 49 u. S. 581.

verlieh Brandt der Hoffnung Ausdruck, „daß es auf der Friedenskonferenz doch noch möglich sein wird, eine Modifizierung der durch die gebietliche Neuregelung und die Zwangsaussiedlung geschaffenen Verhältnisse zu erreichen“⁸³. Doch ein halbes Jahr später zeigte er sich weniger optimistisch. Brandt sprach nun von einer „planmäßige[n] Polonisierung“ der Gebiete „östlich der Oder-Neiße-Linie“, durch die „neue Tatsachen‘ dauerhafteren Charakters“ geschaffen würden. Bei der Unterstellung dieser Gebiete unter polnische Verwaltung handle es sich nicht um ein Provisorium, denn die Aussiedelung der deutschen Bevölkerung sei sinnlos, „wenn es sich nur um eine vorübergehende Lösung handelte“⁸⁴.

Auch wenn Brandt frühzeitig die Dauerhaftigkeit der mit der Oder-Neiße-Linie verbundenen Resultate des Zweiten Weltkriegs voraussah, bestimmte diese Einsicht dennoch nicht sein Reden und Handeln. Er vertrat vielmehr bis 1966 und auch danach noch als Bundesminister des Auswärtigen stets den Konsens der Bundesrepublik über den rechtlichen Fortbestand der Grenzen von 1937 bis zum Abschluß einer einvernehmlichen friedensvertraglichen Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung⁸⁵. Gelegentliche tastende Abweichungen von diesem Konsens, der im übrigen jede Gewaltanwendung kategorisch ausschloß, das Völkerrecht und ein „Recht auf Heimat“ jedoch für sich in Anspruch nahm⁸⁶, faßte Brandt noch Mitte der sechziger Jahre in vage und vieldeutige Wendungen wie die, eine „wahre Friedensgrenze“ zwischen Deutschland und Polen möge „Opfer kosten“, sie müsse von der Zustimmung beider Völker getragen werden, und wer auf wahre Aussöhnung und Freundschaft bedacht sei, der könne „nicht mehr versprechen, als er auch halten kann“⁸⁷.

Im Zweifel zog sich Brandt stets auf die Rechtspositionen zurück, so auch in seiner Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 9. Juni 1963 in Köln, deren Manuskript einschließlich der darin enthaltenen Änderungen und Streichungen ein aufschlußreiches Beispiel für sein Lavieren und seine mühsame Suche nach Formulierungen in der Frage der Oder-Neiße-Linie liefert. Den eindeutigen Hinweis auf die Grenzen von 1937 hatte Brandt wieder gestrichen. Er versicherte aber, deutsche Ostpolitik dürfe „nie hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht werden“, und wies darauf hin, „daß der Kampf um nationale Einheit und Unabhängigkeit lange dauern“ könne. Zugleich erklärte er „in voller Offenheit“, daß durch die anhaltende Proklamation des „Rechts auf Heimat“ Schlesien und

⁸³ W[illy]. B[randt]., Nach Potsdam, in: Sozialistische Tribüne 8–9 (September 1945), S. 2 f.

⁸⁴ Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 331 u. S. 169.

⁸⁵ Vgl. zum folgenden Merseburger, Willy Brandt, S. 465–467; Schmidt, Kalter Krieg, S. 199f.; Brandt, Berlin bleibt frei, Einleitung, S. 43 f.; zum Verhältnis von rechtlichem Dogma und politischer Wirklichkeit in der bundesdeutschen Polenpolitik insgesamt resümierend Bingen, Polenpolitik, S. 316–319.

⁸⁶ Willy Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, in: Außenpolitik 8 (1957), S. 357–366, hier S. 363.

⁸⁷ Willy Brandt, Koexistenz – Zwang zum Wagnis, Stuttgart 1963, S. 112. Vgl. auch Aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, auf dem Parteitag der SPD in Dortmund: Die Lage der Nation, 1. Juni 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 807–816, hier S. 811 f.

Pommern „uns“ nicht nähergekommen seien. Gleichwohl dürfe „die Teilung unseres Vaterlandes [...] uns nicht ruhenlassen“⁸⁸. Vor der auch und gerade für die SPD wichtigen Wählergruppe der Vertriebenen beschwor Brandt eben doch die Grenzen von 1937 herauf. Markige Worte wie „Verzicht ist Verrat“ in dem Grußtelegramm der Parteiführung zu ebendiesem Schlesiertreffen, unterzeichnet von Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Willy Brandt⁸⁹, zeugen ebenso davon wie der SPD-Parteitag 1964 in Karlsruhe, der vor einem überdimensionalen Wandbehang mit den Umrissen der Reichsgrenzen von 1937 und der Aufschrift „Erbe und Auftrag“ tagte⁹⁰.

Von Eindeutigkeit im Sinne einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze war Brandt damals jedenfalls weit entfernt⁹¹. Allerdings war ihm auch der Gedanke, dieses Problem als Verhandlungsmasse für den Fall einer späteren Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR bewußt offenzulassen, nicht fremd. Mitunter ging er gedanklich sogar weiter: Noch im Juni 1965 erklärte Brandt im Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, er gebe „die Hoffnung nicht auf, daß sich in Bezug auf die Grenzziehung Modifikationen erzielen ließen“⁹². Insgesamt bestätigt Brandts Verhalten in dieser Frage die Einschätzung seines Biographen Peter Merseburger, Brandt habe „Taktik und Strategie stets sich ändernden Umständen anzupassen“ gewußt, er sei ein Mann gewesen, „der sich ungern Optionen verbaut und sie deshalb möglichst lange offenhält“⁹³ – Eigenschaften zweifellos, die für einen erfolgreichen Machtpolitiker unentbehrlich sind, die aber zur Vorsicht mahnen gegenüber Interpretationen, die allzuviel Kontinuität und Stringenz in die Konstruktion einer Konzeption hineindeuten, die von den vierziger Jahren bruchlos in die Ostpolitik der frühen siebziger Jahre eingemündet sei.

Auf den Druck, der nicht nur von Moskau und Warschau, sondern zunehmend auch von westalliierten Seite im Hinblick auf die Anerkennung der polnischen Westgrenze ausgeübt wurde, reagierte Brandt ausweichend und wiederum mit rechtlichen Argumenten: Es sei unsinnig, wenn ausgerechnet die Verfechter der

⁸⁸ Brandt, Schlesier-Treffen 9.6.1963, Vortragsmanuskript, in: AdsD, WBA A 3, 157.

⁸⁹ Zit. nach Festakt 50 Jahre Bund der Vertriebenen am 22. Oktober 2007 im Kronprinzenpalais Berlin. Rede der Präsidentin Erika Steinbach MdB, in: Bund der Vertriebenen, Pressemitteilung vom 22.10.2007. Vgl. Brandt, Erinnerungen, S.216f. Diese Sentenz wird bis heute gerne in rechtsgerichteten Internetseiten zitiert.

⁹⁰ Siehe die Fotografie in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Protokoll der Verhandlungen, Hannover/Bonn 1965, S. 12, sowie Brandts Kommentar in seiner Rede, in: Ebenda, S.910; ferner Merseburger, Willy Brandt, S.465.

⁹¹ Vgl. zu Brandts Lavieren in dieser Angelegenheit gegenüber den Vertriebenenverbänden die ausführliche und kritische Darstellung von Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004, S.244–250.

⁹² Vermerk des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, über ein Gespräch mit dem französischen Präsidenten, de Gaulle, 2.6.1965, in: Brandt, Berlin bleibt frei, Dok. Nr. 102, S.480–486, hier S.484.

⁹³ Merseburger, Willy Brandt, S.153.

Zwei-Staaten-Theorie von der Bundesrepublik die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verlangten. Das würde doch bedeuten, Bonn solle die Grenze zwischen zwei anderen Staaten anerkennen, etwa die zwischen Norwegen und Schweden. Eine Grenzdiskussion habe überhaupt nur dann einen Sinn, „wenn man entweder von der Grundlage eines rechtmäßig fortbestehenden ganzen Deutschland ausgeht oder jedenfalls bereit ist, die Grenzfragen im Zusammenhang mit einer Friedensregelung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit zu erörtern“⁹⁴. Im übrigen war Brandt durchaus bewußt, daß die Grenzziehung nach der Westverschiebung ihres Territoriums auch für die Polen selbst – und nicht nur für ihre kommunistischen Herrscher – ein gewichtiges Problem darstellte. Mitunter sprach er sogar davon, Polen habe „nicht nur eine russische Ostgrenze“, sondern auch „eine ‚russische‘ Westgrenze“, nicht zuletzt weil die Sowjetmacht in der DDR durch eine massive Truppenpräsenz wichtige strategische Interessen wahrte. „Das ist für Polen wie für Deutschland eine schlechte Sache.“⁹⁵ Bereits im März 1944 hatte Brandt vorhergesehen, daß die Westgrenze Polens künftig „ebenso sehr vom deutsch-russischen wie vom deutsch-polnischen Verhältnis bestimmt“ werden würde⁹⁶. Die angestrebte friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze konnte schon deshalb nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis Moskaus gefunden werden.

Polens Rolle in Europa

Wie im gesamten sozialdemokratischen und sozialistischen Exil spielte auch in Willy Brandts Überlegungen zur internationalen Politik die Idee der europäischen Einigung, ja einer europäischen Föderation eine wichtige Rolle. Der junge Brandt dachte vor allem an eine Reihe von Teilföderationen als Bausteine auf dem Weg zur gesamteuropäischen Einheit⁹⁷. Schon 1940 erwog er eine mitteleuropäische Föderation aus – damals im linkssozialistischen Exil selbstverständlich – Großdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und möglicherweise weiteren ostmitteleuropäischen Staaten. Dabei zeigte er sich wenig besorgt über die aus einer solchen Konstruktion notwendig resultierende Gefahr einer deutschen Vorherrschaft in diesem Staatenverbund. Stattdessen sprach er von „gemeinsamen Wirtschaftsinteressen“: „Deutschland findet im Osten und Südosten Absatzmöglichkeiten für einen großen Teil seiner Industrieprodukte und kann umgekehrt den Überschuß der Agrarproduktion im Osten abnehmen.“ Für den Linkssozialisten

⁹⁴ Brandt, Koexistenz, S. 111 f.

⁹⁵ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 363.

⁹⁶ Brandt, Efter segern, in: AdsD, WBA A 3, 33, S. 75.

⁹⁷ Zur spezifisch linkssozialistischen Variante der Europavorstellungen im deutschen Exil vgl. am Beispiel der Gruppe Neu Beginnen Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 443–465; zu Brandt ebenda, S. 574 f.; zur Einordnung in ein Spektrum von zeitgenössischen Europa-modellen Rainer Behring, Zwischen Sozialismus und Demokratie. Europakonzeptionen des sozialdemokratischen Exils im Schatten transnationaler Parteienkonflikte, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 229–249, hier S. 240–245.

Brandt war es damals selbstverständlich, daß eine solche Föderation samt Wirtschaftsunion und Planwirtschaft aus einer sozialistischen Revolution hervorgehen würde, und damit würden sich alle Probleme zwischenstaatlicher Politik ohnehin minimieren, auch die leidigen Fragen nach Grenzen und nationalen Minderheiten. Polen sollte sich in diesen Überlegungen Brandts aus dem Frühjahr 1940 allerdings „um das eigentliche polnische Gebiet sammeln“, das heißt auf ein Kleinpolen beschränken, das im Osten um die von der Sowjetunion annektierten Territorien verkleinert sein würde, ohne im Westen einen Ausgleich zu Lasten Großdeutschlands zu erhalten⁹⁸.

Solche linkssozialistischen und in der Tendenz imperialistischen Phantasien, die sich in die Tradition deutsch-russischer Kondominien über ein machtloses Polen einordnen lassen, traten später allmählich in den Hintergrund. Immerhin belegen sie ein weiteres Mal das ursprünglich recht geringe Interesse Brandts an den Geschicken Polens. Das Ziel einer europäischen Föderation verfolgte er weiter, auch wenn es in seinen außenpolitischen Konzeptionen gegen Ende des Krieges von Überlegungen zu einem weltweiten Sicherheitssystem überlagert wurde. Und aus den regionalen Teillösungen auf dem Weg zur europäischen Einigung wurde die absehbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Italien. Dabei hielt Brandt es auch 1944 weiterhin für „in wirtschaftlicher Beziehung“ entscheidend, „ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen“. Das werde allerdings von der Haltung der Sowjetunion abhängen. Hier zeigte sich selbst Brandt jedoch nicht wirklich optimistisch, wenngleich er sich bemühte, darzulegen, „daß eine im Sinne der Arbeiterbewegung und der radikalen Demokratie betriebene Föderalisierung Europas keine gegen die Sowjetunion gerichtete Spitze erhält“⁹⁹. Wesentlich in Brandts Europakonzept war, daß er am Ziel eines nunmehr demokratisch geläuterten Sozialismus festhielt. 1944 wählte er „die überwiegende Tendenz einer radikaldemokratischen Entwicklung mit mehr oder weniger sozialistischen Tendenzen“ am Werke, durch die „erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zur europäischen Föderation geschaffen werden“ als im Vorkriegseuropa¹⁰⁰. Und noch 1949 stellte Brandt klar, die Vereinigten Staaten von Europa würden von sozialistischem Gedankengut erfüllt sein, oder sie würden nicht sein¹⁰¹. Damit formulierte er einen andauernden Vorbehalt auch des reifen Politikers der Westbindung gegen die Realität der europäischen Einigung: Tatsächlich lag Brandts genuine Europakonzeption in linkssozialistischer Tradition stets näher bei der Vorstellung eines eigenständigen, planwirtschaftlich-sozialistisch

⁹⁸ Brandt, Kriegsziele, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 65, hier S. 474–480, Zitat S. 477, sowie die teilweise komplementären Auszüge in: Klaus Voigt (Hrsg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945, Frankfurt a. M. 1988, Dok. Nr. 5, S. 56–70, Zitate S. 60.

⁹⁹ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 35–38, Zitate S. 37 f.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 37.

¹⁰¹ Vgl. Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstands in Berlin, Brandt, auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. 5. 1949, in: Brandt, Auf dem Weg nach vorn, Dok. Nr. 5, S. 99–130, hier S. 127.

organisierten Europas der „dritten Kraft“ in Äquidistanz zu den kapitalistischen USA wie zur diktatorischen UdSSR als bei einem transatlantisch orientierten und integrierten Europa liberalkapitalistischer Prägung.

Im Zusammenhang mit Polen ist Brandts nie fehlende Versicherung von Bedeutung, Europa umfasse über den Eisernen Vorhang hinweg auch den Ostteil des Kontinents. Derzeit könne sich, räumte er zu Beginn des Jahres 1949 ein, „eine politische Zusammenfassung auf der Basis der Menschenrechte [...] nur auf die Länder erstrecken, die außerhalb des sowjetischen Machtbereichs liegen. Europa-Politik muß dennoch eine Politik für *ganz* Europa bedeuten.“ Wenn die Europabewegung nicht auf Abwege geraten solle, dann dürfe sie „nicht von Feindschaft gegen Rußland oder die slawischen Völker erfüllt sein“. Sie werde sich allerdings „gegen die expansive, ausbeuterische und kulturzerstörende Politik durchsetzen müssen, die seit Jahren von den Sowjets betrieben wird. Eine zeitweilige und erzwungene Beschränkung der Zusammenarbeit auf die westlichen und mittleren Teile des Kontinents darf kein Abschreiben der osteuropäischen Völker bedeuten.“¹⁰² Bereits im September 1948 hatte Brandt auf dem SPD-Parteitag davor gewarnt, den Eisernen Vorhang einfach als eine Tatsache hinzunehmen: „In den Völkern des europäischen Ostens und Südostens“ sei „der Wille zur europäischen Zusammenarbeit da“; wichtig sei insbesondere die wirtschaftliche Kooperation. Bei allen gegenwärtigen Schwierigkeiten müsse man sich „immer den Blick freihalten für das Übermorgen“ und sich „nicht durch irgendwelche Haß- und Rachegefühle von der klaren politischen Erkenntnis abbringen lassen. Wir müssen uns vom Haß und von Rachestimmungen nicht nur selbst freihalten, sondern sie in unserem Volk bekämpfen, ganz gleich, gegen welches Volk sie gerichtet sind, gerade auch, wenn es sich um die russischen oder andere slawische Völker handelt.“¹⁰³

Es besteht kein Zweifel, daß es Brandt ernst war mit seinen Wünschen und Angeboten zu Freundschaft, Verständigung und Aussöhnung – als Verständigungspolitiker richtete er solche Appelle allerdings ebenso an die anderen ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches –, die er während des gesamten Untersuchungszeitraums unablässig in Richtung Polen aussprach. Das fing an mit der allgemein-unverbindlichen Versicherung vom Februar 1945, man müsse „eintreten für enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit England, mit den Vereinigten Staaten, mit den Nachbarländern, vor allem Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei“¹⁰⁴, steigerte sich zu dem Bekenntnis, das Verhältnis zu Polen spiele „eine besondere Rolle“¹⁰⁵, und gipfelte 1963 in der Andeutung, die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland könne auf längere Sicht als Vorbild für die künftige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen dienen¹⁰⁶.

¹⁰² Brandt, Sozialdemokratie und Europabewegung. Manuskript o. D. (handschriftliche Notiz „Anfang 49“), in: AdsD, WBA A 3, 44.

¹⁰³ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages 1948, S. 58 f.

¹⁰⁴ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 24, in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 112.

¹⁰⁵ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 363.

¹⁰⁶ Vgl. Brandt, Koexistenz, S. 109.

Doch die Wirklichkeit dieser Beziehungen sah vorerst anders aus, und schöne Worte bedeuteten nicht notwendig politisches Handeln: Realistisch erschien zunächst ohnehin lediglich „eine gewisse Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu Polen“¹⁰⁷.

Krise im Ostblock?

Ansätze zu einer Polenpolitik im Zuge der Entstalinisierung

Brandt hielt die Teilung Europas für gänzlich unnormale. Europa sei „durch den Ost-West-Konflikt gespalten. Es muß durch die Europäer wieder zusammengefügt werden. Den Beginn können nur die freien Völker im europäischen Westen machen. Sie können sich auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Methoden dem Ziel nähern.“¹⁰⁸ Polen gehörte für Brandt nicht zuletzt aus historischen und kulturellen Gründen ohne Zweifel zu diesem Europa. Doch welche konkreten politischen Schritte erwogte, befürwortete oder forderte er in seiner Berliner Zeit, um den östlichen Nachbarn wieder näher an den Westen des Kontinents heranrücken zu lassen? Wie sollte Polen wieder zu einem Bestandteil Mitteleuropas werden, nachdem auch Brandt es seit Ende der vierziger Jahre in einer bemerkenswerten semantischen Verschiebung konsequent in Osteuropa verortete? Gab es Ansätze einer spezifisch Brandtschen Polenpolitik?

Nach Brandts außenpolitischer Wende von 1948 spielte Polen in seinen Überlegungen zur internationalen Lage so gut wie keine Rolle. Nachdem Ende 1948 „auch die einstmalige starke Sozialistische Partei Polens von der legalen Oberfläche“ verschwunden und ihren Führern nur noch die „Wahl zwischen dem physischen und moralischen Selbstmord“ verblieben sei, habe man „erfahren müssen, daß die Kommunisten keine Bundesgenossen sind, sondern Exploiteure von Scheinbündnissen zum Zwecke einer brutalen Parteiherrschaft“. Der Antikommunist Brandt sprach nun von den „paranoiden Lügen des Kommunismus unserer Tage“¹⁰⁹. Er betrachtete die Volksrepublik Polen im wesentlichen als ein bloßes Anhängsel Moskaus. 1958 bezeichnete Brandt diese Phase im Rückblick als eine Zeit, in der es „in der europäischen Politik keinen eigenen Faktor Polen mehr“ gegeben habe. Das deutsch-polnische Verhältnis sei allenfalls „eine Frage zwischen Deutschland und Rußland“ gewesen, und bis 1956 sei nicht Warschau, sondern Moskau der Adressat jeder möglichen deutschen oder europäischen Polenpolitik gewesen¹¹⁰.

Dessen ungeachtet ist es bemerkenswert, daß Brandt auch in der Zeit des Spätstalinismus, die in Polen durch die Herrschaft Bieruts verkörpert wurde, stets von der Wandlungsfähigkeit der kommunistischen Regime überzeugt blieb. Bereits

¹⁰⁷ Ebenda, S. 110.

¹⁰⁸ Brandt, Wie weit reicht Europa? Manuskript o. D. ([Ende?] 1951), in: AdsD, WBA A 3, 62, Bl. 116–120, Zitat Bl. 119f.

¹⁰⁹ Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 44.

¹¹⁰ Willy Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik. Vortrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft e. V. Berlin, 17. 1. 1958, o. O., o. J. [1958], S. 10, in: AdsD, WBA A3, 84.

im Januar 1949, in einer Phase also, in der Brandt ein relatives Höchstmaß an antikommunistischer und antitotalitärer Gesinnung an den Tag legte, verwies er auf „Keime einer Überwindung des sowjetischen Totalitarismus aus den gesellschaftlichen und geistigen Kräften seines Raums heraus“ und meinte „mit einiger Sicherheit“ sagen zu können, „daß die sowjetische Herrschaftsform weder in ihrer Ausdehnung noch in ihrer inneren Struktur auf die Dauer zu halten ist“¹¹¹. In dieser Erwartung sah er sich im Herbst 1956 bestärkt: Polen geriet nun erstmals als Objekt eigenständigen und spezifischen Interesses in Brandts politisches Blickfeld. Der Aufstand in Ungarn, mehr noch aber die im selben Jahr nach dem Tod Bieruts und der beginnenden Entstalinisierung entstandenen Unruhen unter Arbeitern und Studenten in Polen sowie die daraus resultierenden Reformen veranlaßten Brandt zu Überlegungen hinsichtlich einer Aktivierung der Politik des Westens gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas. Selbst der Wiedereinsetzung Gomulka wußte er einiges abzugewinnen: Dieser habe „sicherlich nicht aufgehört, Kommunist zu sein. Aber er ist ein mutiger Mann mit wachem Sinn für die Interessen seines Volkes. Seine Politik kann geeignet sein, die Zusammenarbeit der europäischen Völker zu fördern.“ Die Entwicklung in Polen und in anderen kommunistisch regierten Staaten „widerlege das starre Denken, das bisher nicht nur im Kreml[,] sondern auch im Westen vorherrschend war. Das Schwergewicht der Geschichte und die Kraft der Ideen setzen sich gegenüber den bloßen Ideologen durch“, notierte Brandt in der Hochphase der Entwicklungen in Polen und Ungarn Mitte Oktober 1956¹¹².

Noch Anfang 1958, lange nach der blutigen Niederschlagung der ungarischen Erhebung und nachdem auch in Polen die Unruhen nicht ohne Todesopfer vorübergegangen waren, zeigte sich Brandt geradezu euphorisiert von dem, „was sich in Polen und Ungarn von seiten der jungen Menschen, der Studenten und Arbeiter abgespielt hat“. Er währte in „den Herzen des besten Teils der jungen Generation“ ein Streben „nach ein bißchen mehr Unabhängigkeit [...], ein bißchen mehr Wahrhaftigkeit und auch ein bißchen mehr Schönheit im Leben“¹¹³. Brandt bezeichnete „die Wandlungen, die in unterschiedlichen Erscheinungsformen in den sogenannten Satellitenstaaten und auch in der Sowjetunion selbst sichtbar oder doch spürbar geworden sind“, als eine „Krise im Ostblock“: „Wir haben den Aufbruch des Nationalbewußtseins und des Strebens zur Unabhängigkeit in den durch die Sowjetunion beherrschten Ländern erlebt, vor allem in Polen und Ungarn.“ Der beste Teil der akademischen Jugend und der jungen Generation überhaupt habe „den Willen zur Freiheit auch unter den Bedingungen eines totalitären Regimes bolschewistischer Prägung aus sich selbst heraus neu entwickelt“. Dabei seien „bemerkenswerte Zeugnisse eines freiheitlich-sozialistischen Strebens zutage getreten“¹¹⁴. Einmal mehr gab Brandt zu erkennen, daß die revolutionär-

¹¹¹ Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 43f.

¹¹² Brandt, Entwurf ohne Titel. Manuskript mit handschriftlichem Datum „15.10.56“, in: AdsD, WBA A 3, 78, Bl. 127.

¹¹³ Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik, S. 12, in: AdsD, WBA A3, 84.

¹¹⁴ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 360.

linkssozialistische Begeisterungsfähigkeit des einstigen SAP-Aktivisten noch immer nachwirkte.

Brandt zog aus dieser Interpretation der Ereignisse der Jahre 1956/57 einige Schlußfolgerungen, die nicht zuletzt „für die Wiedervereinigungspolitik“ wichtig seien; der funktionale Aspekt jeglicher Polenpolitik trat auch jetzt wieder zutage: „Eine Politik, die sich an den Interessen des ganzen Deutschland orientiert“, müsse „sich heute in besonderem Maße mit den Ostfragen auseinandersetzen“. Die bundesdeutsche Ostpolitik habe nicht mehr nur mit der Sowjetunion zu rechnen, sie habe „heute im besonderen Maße die differenzierte Entwicklung in Ost- und Südosteuropa zu berücksichtigen“. Es gehe darum, „im Einvernehmen mit den westeuropäischen Staaten und Amerika neue Wege zu suchen und zusätzliche Möglichkeiten zu erschließen“. Für „eine selbstbewußte demokratische Politik“ des „Lagers der Freiheit“ ergäben sich „große Chancen“, „falls unsere östlichen Nachbarvölker ein größeres Maß von Selbständigkeit erlangen“¹¹⁵. Die bundesdeutsche Außenpolitik habe seit 1949 auf einem Bein gestanden. Nun gehe es darum, „nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, die man uns mit Recht ankleiden würde, sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen“¹¹⁶.

Überlegungen zur Transformierung der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa

Wie sollte eine solche Ostpolitik, sollten ihre Wege und Methoden aussehen? Durch Ausbau der bereits bestehenden Handelsverbindungen sowie die Schaffung und Intensivierung von weiteren wirtschaftlichen, technologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakten und Verflechtungen könnten, so Brandts Kalkül, die Beziehungen zu den „osteuropäischen“ Ländern einer Normalisierung nähergebracht und könnte zugleich eine Transformation der kommunistisch beherrschten Gesellschaften und schließlich auf lange Sicht der Herrschaftssysteme eingeleitet werden¹¹⁷. Zugrunde lagen solchen Erwartungen eine Konvergenztheorie, derzufolge die moderne Industriegesellschaft, „ob demokratisch oder nicht“, „keine totale Unterdrückung“ vertrage¹¹⁸, und die Vorstellung eines sich auflöckernden und national diversifizierenden, nicht mehr monolithischen Ostblocks. Im Rahmen dieser Überlegungen, die seine ostpolitischen Bemühungen bis zur Übernahme des Außenministeriums dominierten, visierte Brandt ungeachtet aller bilateralen, insbesondere aus der jüngsten Geschichte resultierenden Schwierigkeiten auch „eine gewisse Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu Polen“

¹¹⁵ Ebenda, S. 360–364.

¹¹⁶ Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik, S. 13, in: AdsD, WBA A3, 84.

¹¹⁷ Vgl. zu Brandts Transformationskonzept gegenüber den Ländern Ostmitteleuropas Schmidt, Kalter Krieg, S. 194–199; ders., Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 51 (2003), S. 521–563, bes. S. 552–557; Merseburger, Willy Brandt, S. 440 f.

¹¹⁸ Brandt, Koexistenz, S. 26.

an; in diesem Zusammenhang sprach er 1962/63 von Aussöhnung und Friedensgrenze sowie von der Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen¹¹⁹.

Willy Brandt war mit seinen tastenden Annäherungen an ein Konzept der Transformation der Ostblockstaaten seit 1956/57 seiner Zeit ein Stück weit voraus. Als er diese Gedanken voll entwickelt hatte, in den Jahren nach dem Mauerbau – von Belang sind hier vor allem seine Harvard-Vorlesungen über Koexistenz aus dem Herbst 1962, die im darauffolgenden Jahr in erweiterter Form als Buch erschienen, und eine zunächst unveröffentlichte Aufzeichnung für den US-amerikanischen Außenminister Dean Rusk vom August 1964 „Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern“¹²⁰ – und parallel zu seinen deutschlandpolitischen Bemühungen um eine „Politik der kleinen Schritte“ und einen „Wandel durch Annäherung“, befand er sich allerdings bereits im Einklang mit einer Vielzahl ähnlicher politischer Ansätze, die von der Administration des US-Präsidenten John F. Kennedy, von den Regierungen verschiedener westeuropäischer Staaten und nach ersten Erörterungen in der späten Adenauerzeit seit 1963 auch verstärkt von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung unter Ludwig Erhard und Gerhard Schröder verfolgt wurden und die nun rasch in die Einrichtung bundesdeutscher Handelsmissionen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien einmündeten¹²¹.

So wirkten Brandts resümierende Darlegungen aus dem Jahr 1964 nicht mehr wirklich originell. Die „osteuropäischen kommunistischen Staaten“ seien keine bloßen Satelliten der Sowjetunion mehr. „In den Völkern zwischen Deutschland und Rußland“ sei „ein gesamteuropäisches Bewußtsein lebendig geblieben oder wieder erwacht“. Die Fragen „der Kommunikation mit osteuropäischen Staaten und Völkern, der praktischen Kooperation und des zweckmäßigen politischen Verhaltens“ hätten begonnen, „eine größere Rolle zu spielen“¹²². Die politische Strategie des Westens bedürfe „einer permanenten Initiative und Offensive auf möglichst vielen Schauplätzen des internationalen Geschehens“¹²³, um „die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben“, ihren „Handlungsspielraum“ zu erweitern und ihre „Eigenständigkeit“ zu fördern. Auf diese Weise könnten „Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden“¹²⁴. Brandt sprach erneut von Maßnahmen im wirtschaftlichen und kul-

¹¹⁹ Ebenda, S. 109–111.

¹²⁰ Ebenda, bes. S. 35–38 und S. 82–84; Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 115–124.

¹²¹ Dazu knapp mit weiteren Hinweisen Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 173–175; Hanrieder, Deutschland, S. 182f.; Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999, S. 43f. Zur parallelen Konzeption einer „Öffnung zum Osten“ bei Schröder vgl. ausführlich Franz Eibl, Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966, München 2001, S. 257–264.

¹²² Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 115.

¹²³ Brandt, Koexistenz, S. 37f.

¹²⁴ Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 116f. Subversive Einwirkungen von außen zur Stärkung der politischen Opposition im Ostblock verwarf Brandt allerdings ausdrücklich als untaugliches Mittel; ders., Koexistenz,

turellen Bereich, von gemeinsamen technischen Großprojekten etwa im Energie- und Verkehrssektor, von Vereinbarungen über wissenschaftliche Zusammenarbeit und Jugendaustausch, überhaupt von „möglichst viel Kulturaustausch in beiden Richtungen“ und erweiterten Möglichkeiten zu Begegnungen der Menschen von dieser- und jenseits des Eisernen Vorhangs. Einzelvorschläge zu erarbeiten sei allerdings die Aufgabe von Experten: Wirklich ins Detail ging Brandt nicht. Bei all dem dürfe man selbstbewußt von der Überlegenheit und der Anziehungskraft der freiheitlichen Ordnung überzeugt sein. Insgesamt könne ein an diesen Überlegungen orientiertes Vorgehen, das eine weitgehende Koordination der Bemühungen der westeuropäischen Staaten voraussetze, geeignet sein, „den Strukturwandel in einem wichtigen Feld der Weltpolitik positiv zu beeinflussen und die Wiederherstellung Europas auf längere Sicht zu fördern“¹²⁵. Bei der deutschen Frage verband sich das mit dem Grundgedanken, daß die Wiedervereinigung nicht mehr die Voraussetzung für eine internationale Entspannung bilde, sondern daß Schritte auf dem Weg zu einer Entspannung im Ost-West-Konflikt eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten erleichtern würden.

All dies blieb relativ vage. Brandt nannte keine Zeithorizonte und setzte seine Gedanken nicht in operative Politik um, was allerdings auch nicht die Aufgabe des Berliner Regierenden Bürgermeisters war. Problematischer erscheint es, daß Brandt von Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre dazu tendierte, die Eigenständigkeit der Regime in Ostmitteleuropa ebenso wie die Reichweite und die Auswirkungen gewisser Liberalisierungserscheinungen dort zu überschätzen. Brandts Überlegungen implizierten diese Überschätzung gleichsam sachlogisch. Dabei war es ihm durchaus bewußt, daß auch das Polen Gomulkas „kaum eine andere Wahl hat, als die sowjetische Außenpolitik zu unterstützen“, selbst wenn es „eigenwillige Wege“ gehe und „mit seiner unorthodoxen Innenpolitik, auch in der Landwirtschaft, Erfolge erzielt, die es nach dem Lehrbuch der Sowjettheorie eigentlich gar nicht haben dürfte“¹²⁶. Auch entschiedene Störmanöver des Ulbricht-Regimes, das seine besondere Zuverlässigkeit im Verhältnis zur Sowjetunion nachzuweisen bestrebt sei und engere Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas zu unterbinden trachten würde, sah Brandt voraus¹²⁷. Schließlich beklagte er sich mehrfach über „die überkritische Betrachtung Deutschlands“ in Warschau und die „negativ überdimensionierte Berichterstattung“ in den polnischen Medien¹²⁸; er diagnostizierte so-

S. 37. Zur langfristigen Wirksamkeit des von Brandt vertretenen Konzepts umfassender Kommunikation im Umgang mit den Staaten Ostmitteleuropas und der Sowjetunion siehe Gottfried Niedhart, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 233–266, bes. S. 255–261.

¹²⁵ Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., *Der Wille zum Frieden*, S. 116–124, Zitate S. 120 u. S. 124.

¹²⁶ Brandt, Koexistenz, S. 19 u. S. 25.

¹²⁷ Vgl. Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., *Der Wille zum Frieden*, S. 121.

¹²⁸ Brandt, Koexistenz, S. 109.

gar eine ausgesprochene Feindseligkeit der polnischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik, die es vorerst unmöglich erscheinen lasse, zu normalen bilateralen Beziehungen zu gelangen. Brandt neigte also grundsätzlich zu Optimismus, hegte jedoch keine Illusionen über die Schwierigkeit jeglicher Verhandlungen mit Polen, als er zum Bundesminister des Auswärtigen berufen wurde.

Ausblick: Brandt und der Warschauer Vertrag im historischen Kontext

Das Konzept – wenn man es überhaupt so bezeichnen kann – einer allmählichen Auflockerung des Sowjetblocks mit der Perspektive einer langfristigen Transformation und Überwindung des kommunistischen Totalitarismus durch eine Politik der kommunikativen Annäherung an die sowjetischen Satellitenstaaten ohne den Umweg über Moskau scheiterte, als es 1966/67 – in Kontinuität zu entsprechenden Bemühungen von Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder, die zuletzt in der sogenannten Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 Ausdruck gefunden hatten¹²⁹ – Teil der Regierungspolitik des Außenministers Brandt wurde. Die überhastete Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien führte nur zu einer Verhärtung insbesondere der Positionen Moskaus und Ost-Berlins, zu „Eisernem Dreieck“ und „Ulbricht-Doktrin“, mithin zu einer Blockade weiterer Bemühungen um Kontaktaufnahme und Normalisierung im Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Staaten. Das konnte für Brandt nicht ganz unerwartet kommen. Immerhin hatte er sich 1966 bereits vor seinem Eintritt in die Bundesregierung mehrfach mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, getroffen, um das Terrain für den direkten Dialog mit der Führungsmacht des Ostblocks zu erkunden¹³⁰: Der weitere Weg, so lautete die Konsequenz des Ostpolitikers Brandt, konnte nur über Moskau führen. Für die Polen und auch für Polens kommunistische Regierung mußte dies als Umweg erscheinen, was zu ihrem besonderen Leidwesen nicht zuletzt darin seinen Ausdruck fand, daß die Inhalte des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 bis in den Wortlaut bereits in den seit 1969 geführten deutsch-sowjetischen Verhandlungen und im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 festgelegt worden waren.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen¹³¹ führte schließlich zu einer Anerkennung der Unverletzlichkeit ihrer jeweiligen Grenzen unter ausdrücklicher Erwähnung der Oder-Neiße-Grenze, zu einer Gewaltverzichtserklärung und in der Folge zur Aufnahme diplomatischer und weiterer Beziehungen. Dabei blieben die Rechtsvorbehalte der Bundesrepublik bezüglich einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung voll gewahrt. Brandts Verdienste um die Inaugurierung und Gestaltung dieser Politik sind unbestritten, wengleich die eigentliche Ausarbeitung und Umsetzung der operativen Politik insbesondere gegenüber der Sowjetunion seit 1968/69, nach

¹²⁹ Vgl. dazu ausführlich Eibl, Politik der Bewegung, S. 423–432.

¹³⁰ Vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 191 f.

¹³¹ Abgedruckt unter anderem bei Bingen, Polenpolitik, S. 335 f.

einer weiteren Verzögerung aller ostpolitischen Versuche der Großen Koalition durch die Nachwirkungen der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, Brandts engstem Mitarbeiter und Vertrauten Egon Bahr vorbehalten blieb. Brandt bahnte der Normalisierungs- und Verständigungspolitik gegenüber Polen den Weg, er gab ihr Gesicht und Stimme, und aufgrund seiner Vergangenheit als ausgewiesener Gegner des Nationalsozialismus verlieh er ihr eine Glaubwürdigkeit, die auch in Polen beeindruckte. Darüber hinaus erleichterte ihm seine aus der Exilzeit bewahrte Überzeugung, man müsse und könne auch mit der Sowjetregierung und mit Kommunisten sprechen, verhandeln und zu tragfähigen Resultaten gelangen, die Offensive in der Ostpolitik.

Selbstverständlich agierte Brandt aber nicht in einem Vakuum. Seine über Jahre gereiften, nicht in ein eigentliches Handlungskonzept, sondern eher in ein Set von politischen Einsichten und Zielen einmündenden Überlegungen zur Entkrampfung, Normalisierung und Aussöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis im Rahmen eines umfassenden deutschland- und ostpolitischen Neuansatzes fügten sich in den sechziger Jahren in ein für entsprechende Initiativen zunehmend günstiges Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland ein, das den SPD-Vorsitzenden trug und in seinen Auffassungen bestärkte. Nicht nur weite Teile seiner eigenen Partei, unter ihnen prominente Sozialdemokraten wie Carlo Schmid und Fritz Erler, Herbert Wehner und Helmut Schmidt, dachten seit längerem in ähnlichen Bahnen¹³². Das Spektrum derer, die eine neue Politik gegenüber Polen einschließlich einer vorläufigen Respektierung der Oder-Neiße-Grenze teils befürworteten, teils propagierten, teils hinzunehmen bereit waren, umfaßte von einflußreichen Journalisten und Professoren über Teile der Kirchen und Gewerkschaften sowie einige Vordenker der Freien Demokraten auch wichtige Persönlichkeiten in der CDU, in der man bis hin zu Adenauer schon in den fünfziger Jahren hinter vorgehaltener Hand eine Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete für illusorisch gehalten und mehrfach Initiativen zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit ostmitteleuropäischen Ländern erwogen hatte¹³³. Das Verhalten der CDU/CSU-Opposition, in der es nicht wenige vernünft-

¹³² Vgl. Elsing, Polenpolitik der SPD, in: Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung, S. 57 f.; ders., Sozialdemokratie und Polen, S. 310–322 u. S. 374 f.; Dieter Groh/Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 284–286.

¹³³ Die einschlägige Literatur ist bei weitem zu umfangreich, um hier nachgewiesen zu werden. Vgl. als ersten Überblick die Darstellung des als journalistischer Meinungsführer selbst beteiligten Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3., überarbeitete und erweiterte Neuauflage, München 1995, S. 118–138. Weitere einschlägige Hinweise bei Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 88–99, S. 187–202, S. 325 f. u. S. 339–352; Bingen, Polenpolitik, S. 87–89; Bernd Faulenbach, Der Einfluß der kirchlichen Versöhnungsinitiativen auf Gesellschaft und Politik in Deutschland, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006, S. 33–53; Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: VfZ 56 (2008), S. 101–151, hier S. 125–135. Vgl. ferner Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die „Relikte“ der Nachkriegszeit beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den

tige und einsichtige Politiker einschließlich des ehemaligen Bundeskanzlers Kiesinger gab, nach dem „Machtwechsel“ von 1969 darf nur unter Berücksichtigung der Tatsache beurteilt werden, daß sie gerade die Regierungsmacht verloren hatte und nunmehr Obstruktionspolitik um jeden Preis aus Prinzip zu treiben geneigt war; es sagt wenig aus über die mögliche Ostpolitik einer christdemokratischen Regierungsfraktion nach 1969 – im übrigen hat die Union die Ostverträge, als es darauf ankam, im Bundestag nicht verhindert¹³⁴.

Mindestens so wichtig für die Aktivierung der Ostpolitik wie der weitgehende innenpolitische Konsens, der sich im Laufe der sechziger Jahre abzeichnete, war der mehr oder weniger sanfte und wachsende Druck der westlichen Verbündeten, die nicht nur die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie außer Zweifel stellten, sondern im Zuge einer weltweit konzipierten Entspannungspolitik auch die Bundesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den östlichen Nachbarn drängten¹³⁵. Die strukturellen Veränderungen der internationalen Beziehungen forderten und förderten eine Anpassung der Bonner Außenpolitik an die Vorgaben der Westmächte und darüber hinaus eigenständige Initiativen zur Entspannung. Vor diesem Hintergrund gilt es, Brandts Leistung zu historisieren: Vermutlich hätte jede bundesdeutsche Regierung in den frühen siebziger Jahren zu einem ganz ähnlichen *modus vivendi* mit Polen gefunden¹³⁶.

Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415–448, hier S. 424f. mit Anm. 40, und den Forschungsbericht von Bange, Ostpolitik, S. 715–720.

¹³⁴ Vgl. die abgewogene Darstellung bei Wolfrum, Die geglückte Demokratie, S. 305–314, und die differenzierten und materialreichen Studien von Christian Hacke, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975, und Andreas Grau, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf 2005, sowie jüngst Werner Link, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115–139.

¹³⁵ Für die US-amerikanische Haltung zusammenfassend Hanrieder, Deutschland, S. 175–180; Schwabe, Weltmacht und Weltordnung, S. 362–373, mit Literaturhinweisen auf S. 537, Anm. 6. Für de Gaulles Frankreich vgl. Andreas Wilkens, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990, S. 31–39, sowie Siegfried Heimann, Willy Brandt und Frankreich (1947–1966), in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 75–89.

¹³⁶ Vgl. die souveräne Zusammenfassung aller Argumente bei Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: VfZ 49 (2001), S. 295–315, hier S. 296–302. Vgl. auch ders., CDU/CSU-Fraktion, in: Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor, bes. S. 137–139. Nicht zu überzeugen vermögen demgegenüber die Schlußfolgerungen von Oliver Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 455–498, hier S. 484–486.

Die sogenannten „Rückkehrer“ bildeten ein weitgehend unbekanntes, aber nichtsdestotrotz aufschlussreiches Kapitel in den deutsch-deutschen Beziehungen nach 1961. Wie kam es, dass Menschen, die unter hohem persönlichen Risiko aus der DDR geflohen waren, dorthin wieder freiwillig zurückkehrten? Und welche Rückschlüsse ergeben sich daraus für die beiden deutschen Staaten? War die Flucht in den Westen nicht immer eine Verbesserung? Mit Hilfe der Verhörprotokolle des Ministeriums für Staatssicherheit lässt sich nun ein genaueres Bild dieser „Wanderer zwischen den Welten“ zeichnen.

Gerhard Neumeier

„Rückkehrer“ in die DDR

Das Beispiel des Bezirks Suhl 1961 bis 1972

Thema dieser Untersuchung sind die „Rückkehrer“, also jene Personen, die nach dem Mauerbau am 13. August 1961 in die Bundesrepublik gingen, dort lebten und dann wieder in die DDR zurückkehrten. Im Zentrum stehen der Bezirk Suhl und hier vor allem die Zeit bis 1972 und die sogenannten „Sperrbrecher“, also jene Personen, welche die DDR aus der Sicht der SED „illegal verlassen“ haben, indem sie die Grenzsicherungsanlagen mit erheblichen persönlichen Risiken überwandern. Für diesen Personenkreis gebrauchten Partei und Staat in der DDR den Begriff „Rückkehrer“. In der vorliegenden Analyse wird von „Migranten“ bzw. „Migration“ gesprochen. Hierbei handelt es sich um neutrale Begriffe – im Gegensatz zu Bezeichnungen wie „Flüchtlinge“, „Vertriebene“, „illegale Grenzgänger“, „Emigranten“ oder auch „Rückkehrer“¹. Allerdings besteht auch beim Begriff Migration die Gefahr, dass er den repressiven Charakter der SED-Diktatur verwischt. Trotzdem wird er hier benutzt, da so die Methoden, Fragestellungen und Ergebnisse der historischen Migrationsforschung auf diesen Spezialfall angewandt werden können².

¹ Vgl. Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005, S. 48; Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 23–36.

² Vgl. John Brown/Gerhard Neumeier, Working Class-Careers: On-the-Job Experience and Career Formation in Munich, 1895–1910, in: John Brown/David Mitch/Marco van Leeuwen (Hrsg.), Origins of the Modern Career: Career Paths and Job Stability in Europe and North America, 1850–1950, Aldershot 2004, S. 259–278; Leslie Page Moch, Moving Europeans. Migration in Western Europe since 1650, Bloomington 1992; Klaus Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; Mathias Bös, Zu den Grenzen der Politischen Steuerung von Grenzen: Nichtintendierte Folgen von Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung, in: Armin Nassehi/Markus Schroer (Hrsg.), Der Begriff des Politischen, Sonderband Soziale Welt, Baden-Baden 2003, S. 585–604; Petrus Han, Soziologie der

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Bezirk Suhl – in dem knapp 550.000 Menschen (1987), also ca. drei Prozent der DDR-Bürger lebten – lag als Grenzbezirk geographisch, historisch und kulturell sehr „nah“ an der Bundesrepublik, auch war er aufgrund sprachlicher Entwicklungen eng mit Franken verwoben. Welches waren die sozialstrukturellen Merkmale der Migranten, welches ihre Motive? Welche politischen und sozio-ökonomischen Strukturen ermöglichten, erschwerten oder verhinderten die Integration in den jeweils anderen deutschen Teilstaat? Welche Sozialisationserfahrungen in der DDR begünstigten oder erschwerten die Integration? Die Zahl der Migranten in die DDR während der 1950er und 1960er Jahre wird in der Literatur mit ca. einer halben Million, davon zwei Drittel „Rückkehrer“, angegeben. Viel mehr Migranten, die aus der DDR in die Bundesrepublik kamen, blieben dort – ca. 3,5 Millionen Menschen³.

Die zentralen Quellen für diese Analyse sind die „Befragungsprotokolle“ der „Rückkehrer“, welche die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl im Bezirksaufnahmeheim Schmalkalden nach der Ankunft der Migranten anfertigte. Die Fallstudie umfasst 105 Personen⁴. Gesetze und Dienstanweisungen sowie Quellen von Einheiten der Staatssicherheit und schließlich Unterlagen aus dem Notaufnahmелager Gießen ergänzen die dokumentarische Basis. Die Quellen über das Notaufnahmелager Gießen erlauben Einblicke in die Gesamtzahl der Migranten aus der DDR, aus den sogenannten „Gebieten ostwärts der Oder/Neisse“, aus der ČSR sowie dem übrigen Ausland. Auch werden Alters- und Berufsstruktur sowie

Migration, Stuttgart 2005; Ulrike Schuerkens, Transnational Migrations and Social Transformations: A Theoretical Perspective, in: *Current Sociology*, July 2005, Vol. 53 (4), S. 535–553; Barbara Sonnenberger, Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967, Darmstadt 2003; Charles Tilly, Transplanted Networks, in: Virginia Yans-McLaughlin (Hrsg.), *Immigration Reconsidered. History, Sociology, and Politics*, New York/Oxford 1990, S. 79–95; J. S. MacDonald/L. MacDonald, Chain Migration, Ethnic Neighborhood Formation, and Social Networks, in: Charles Tilly (Hrsg.), *An Urban World*, Boston 1974.

³ Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 48; Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002, S. 13. Dabei handelt es sich um ca. 315.000 Rückkehrer.

⁴ Die Befragungsprotokolle befinden sich in: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Außenstelle (Ast.) Suhl; die Signaturen beziehen sich auf die Abteilung VII, so z. B. VII/9, im Folgenden werden nur die Ziffern hinter der „VII“ aufgelistet: 9, 10, 11, 15, 16, 54, 58, 62, 70, 71, 77, 78, 82, 83, 84, 91, 115, 116, 118, 119, 269, 328, 854/2, 855, 856, 857, 858, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 869, 871, 872, 875, 876, 877, 893, 1553, 1554, 1557, 1558, 1559, 1562, 1563, 1566, 1567, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1595, 1596, 1598, 1599, 1639, 1946, 1951, 1952, 1953, 1956, 1964, 1967, 1970, 1973, 1978, 1982, 1983, 1984, 1989, 1990, 1994, 2009, 2013, 2015, 2020, 2025, 2026, 2028, 2042, 2050, 2052. Auf diese Signaturen wird in Zukunft unter der Rubrik „Auswertung“ bei den Tabellen und in den Anmerkungen Bezug genommen. Die Fallzahl von 105 beinhaltet eine Fehlerquote von knapp 10 % und ist damit recht gering. Zur Art der Auswahl: Die in diesem Bestand vorliegenden Einzelfälle wurden nach der Verzeichnungsarbeit bis zu einer Fallzahl von 105 komplett in die Auswertung aufgenommen, es handelt sich also um ein stichprobenähnliches Verfahren, da sich im Bestand noch weitere Fälle befinden.

Geschlechtszugehörigkeit dieser Menschen erkennbar. Der Forschungsstand zu den Migranten aus der DDR in die Bundesrepublik bis zum Mauerbau ist ausgezeichnet, hierbei wurden vor allem die Migrationsgründe, die Rolle und der Ablauf der Notaufnahmeverfahren sowie die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Migranten untersucht⁵. Dem Thema „Rückkehrer“ widmete sich dagegen bisher nur eine Monographie, die sich freilich vor allem auf die 1950er Jahre konzentriert⁶.

Die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten während der 1960er Jahre

1960/61 steckte die DDR in einer Krise: sie hatte wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Kollektivierung der Landwirtschaft war in vollem Gange und das Regime schlug einen härteren politischen Kurs ein, auch aufgrund der Berlin-Drohungen von Chruschtschow. Nach der sogenannten „Zweiten Staatsgründung“ der DDR durch den Mauerbau verkündete das Präsidium des Ministerrats im Juni 1963 das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“, das den Volkseigenen Betrieben größere Spielräume eröffnete. Die zugrundeliegende Idee war, „Plan und Markt so verbinden zu können, dass sie einander ergänzten und korrigierten“⁷. Die Effizienz der Wirtschaft durch „Modernisierung und Rationalisierung“ rückte also in das Zentrum der Überlegungen von Partei und Staat⁸. Obwohl es zwischen 1961 und 1965 Ansätze zu einer ökonomischen Stabilisierung gab, verbunden mit dem Anstieg des Lebensstandards⁹, waren die Lebenshaltungskosten im Jahr 1966 immer noch höher als in der Bundesrepublik, denn „die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre zeigten den Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül“¹⁰. Ein wichtiger politischer Aspekt war auch, dass die SED das Verhältnis zwischen Staat und Jugend verbessern wollte¹¹. Die westliche Musik und das damit transportierte Lebensgefühl sowie der Wunsch nach Freiheit faszinierten viele Jugendliche der DDR¹².

Die Wanderungsströme in die Bundesrepublik seit 1945/1949, bestehend aus der Massenflucht sowie den Vertreibungen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, ferner die Migrationen aus der SBZ/DDR bis zum Mauerbau und

⁵ Vgl. Volker Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling: deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995, v. a. S. 126–145; Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung*, S. 54 ff.

⁶ Vgl. Schmelz, *Migration und Politik im geteilten Deutschland*.

⁷ André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 557.

⁸ Ebenda, S. 223.

⁹ André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 151 ff.

¹⁰ Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1999, S. 240.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 242.

¹² Diese Einschätzung geht auf Rene Hübner zurück, der mich auf diesen zentralen Aspekt für die Jugendlichen in der DDR hinwies, eine Einschätzung, die ich teile und die in der Forschung mittlerweile belegt ist. Vgl. beispielsweise Weber, *Geschichte der DDR*, S. 242.

schließlich die Zuzüge von „Gastarbeitern“ zur Deckung des Arbeitskräftemangels erforderten im Westen vielfache Integrationsleistungen¹³. Diese millionenfachen Migrationen waren auch eine Folge der seit dem Koreakrieg boomenden Wirtschaft. „Die Exportquote der westdeutschen Wirtschaft erhöhte sich von 10,7 % im Jahr 1950 auf 27 % 1970.“¹⁴ Zutreffend konstatiert Axel Schildt, dass sich von 1960 bis 1975 erhebliche wirtschaftliche Strukturveränderungen vollzogen, denn der Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor stieg von ca. 38 im Jahr 1960 auf ca. 47 Prozent im Jahr 1975¹⁵. Zudem wurde die Arbeitswelt „immer stärker von einer Welle der Rationalisierung in einer ‚technologischen Aufholphase‘“ bestimmt¹⁶. Der wirtschaftliche Erfolg in der Bundesrepublik basierte auch auf der Wiederherstellung des Vertrauens von Wirtschaft und Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat¹⁷. Trotz des Mauerbaus vertieften sich in den 1960er Jahren die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, politisch sind die Jahre 1961 bis 1969 als Übergangsperiode zu sehen, in der der Kalte Krieg sukzessive abflaute und die neue Ostpolitik Gestalt annahm¹⁸.

Interessen und Ziele der Staatssicherheit der DDR bei den Vernehmungen

Das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheitsdienst (MfS) verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“¹⁹. Es hatte drei zentrale Aufgaben: Auslandsspionage, Politische Geheimpolizei im Innern und Ermittlungsorgan der Staatsanwaltschaft. Zur Rolle des MfS als Überwachungsorgan gehörte neben der Bekämpfung der Opposition auch die „vorbeugende“ und tatsächliche Verhinderung von „Republikflucht“ sowie der Versuch, „Wissen aus den Rückkehrern zu ziehen“²⁰. Die Angst vor der Arbeit westlicher Geheimdienste, die sich die „Rückkehrer“ und „Zuziehenden“ zunutze machen könnten, war für SED und MfS vor allem nach dem Bau der Mauer ein wichtiges Motiv, die Kontrolle weiter zu verschärfen²¹.

¹³ Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 161.

¹⁴ Wilfried Feldenkirchen, *Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 1998, S. 32.

¹⁵ Vgl. Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 30.

¹⁶ Ebenda, S. 31.

¹⁷ Vgl. Karl Hardach, *Deutschland 1914–1970*, in: Carlo M. Cipolla/Knut Borchardt (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart/New York 1986, S. 76.

¹⁸ Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 534.

¹⁹ Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990*, München 2006, S. 96; eine frühe Abhandlung über das MfS bei Clemens Vollnhals, *Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 498–518.

²⁰ Jens Müller, *Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys*, Magdeburg (o. J.), S. 4.

²¹ So eine Diplomarbeit der Juristischen Hochschule Potsdam, in: BStU, *Archiv der Zentralstelle, MfS/Zentralarchiv*, Datum 15.9.1975, zum Thema „Die strukturelle Zusammensetzung und gesellschaftlichen Verhaltensweisen der in den Kreis Königswusterhausen seit dem 13.8.1961 aus Westdeutschland und Westberlin zurückgekehrten und zugezogenen Personen unter dem Gesichtspunkt der Taktik des ‚verdeckten Kampfes‘ des Gegners zur

In den seit der Mitte der 1950er Jahre errichteten Bezirksaufnahme-Heimen für Rückkehrer oder Zuziehende wurden Personen untergebracht, „deren Überprüfung länger andauerte oder deren wohnraum- und arbeitsmäßige Unterbringung Schwierigkeiten verursachte“²². In diesen Aufnahme-Heimen wollten das MfS und die Kriminalpolizei, Abteilung I, feindliche Agenten und „Kriminelle“ ausfindig machen²³. Die Kriminalisierung der „Rückkehrer“ durch die SED ging einher mit ihrer Stigmatisierung in der gelenkten Presse²⁴ und vor Gericht²⁵. Jede Vernehmung schlug sich im „Befragungsprotokoll“ standardisiert mit einigen Angaben zur Person des „Rückkehrers“ nieder: Name, Vorname, Geburtsort, letzte Tätigkeit in der DDR, letzter Wohnort in der DDR, letzte Tätigkeit in der BRD, letzter Wohnort in der BRD, Tag der Flucht, Tag der Rückkehr und Vorstrafen. Die Vernehmer fragten nach dem Verlauf der persönlichen, beruflichen und „gesellschaftlichen“ Entwicklung, dem Grund des „ungesetzlichen Verlassens“ der DDR, der Kenntnis anderer Personen über die „Republikflucht“, den „Vorbereitungshandlungen“ zum „illegalen Verlassen“ der DDR, der Art der Überwindung der Grenzsicherungsanlagen, dem Weg nach dem erfolgten „Grenzdurchbruch“, den Tätigkeiten und Wohnorten in der BRD sowie dem Grund für die Rückkehr in die DDR. Besonders wichtig waren diejenigen Fragen, die sich mit westlichen Staatsorganen – Zoll, Polizei/Grenzpolizei, Bundesnachrichtendienst (BND), Verfassungsschutz – beschäftigten, weil man so einer möglichen Spionagetätigkeit der „Rückkehrer“ begegnen und in Erfahrung bringen wollte, welche Informationen die Migranten bei ihren Befragungen in der BRD dem „Klassenfeind“ gegeben hatten. Folgende Themen waren für das MfS vor allem von Interesse: Inhalt und Art der Fragen der westlichen Dienststellen, Angaben der Rückkehrer gegenüber den westlichen Dienststellen, Verläufe der Aufenthalte in den Dienststellen von Zoll, Polizei/Grenzpolizei, BND, Verfassungsschutz und CIA (Central Intelligence Agency), Inhalt der Vernehmung im Notaufnahmelager Gießen sowie Inhalt der Antworten, genannte Gründe der Migration in die BRD und Begründung der Aufnahme in der BRD²⁶. Aus der Sicht der „Rückkehrer“ war die Vernehmungssituation sehr schwierig, denn fast alle wurden nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik von westlichen Geheimdienststellen zu unterschied-

Einschleusung von Agenten und der Schaffung von feindlichen Stützpunkten. Schlussfolgerungen für die Leitung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung von Untergrundtätigkeit“, Verfasser: Hauptmann Wählte, Datum des Abschlusses: 25. 11. 1965, S. 3f.

²² Ebenda, S. 4.

²³ BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 050998, Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates am 15. 10. 1960: „Die Erfahrungen der bisherigen Aufnahme von Rückkehrern und Zuziehenden zeigen, dass die politische Betreuung erhebliche Mängel aufweist. Demzufolge ist beispielsweise der Anteil dieser Personen an der Kriminalität verhältnismäßig hoch und sind Schäden in der Volkswirtschaft entstanden. Die Betreuung dieses Personenkreises muss deshalb systematischer erfolgen, und Konzentrationen in Betrieben, Wohngebieten und Kreisen sind zu verhindern [...]“.

²⁴ BStU, Ast. Suhl, AU 685/62, Bd. 3, Zeitungsartikel im „Freien Wort“ mit der Überschrift „Republik-Verräter ohne Chancen“ vom 4. 9. 1961.

²⁵ Ebenda, Bd. 1.

²⁶ Zusammenfassung der Befragungsprotokolle, siehe hierzu Anmerkung 4.

lichsten Sachverhalten befragt²⁷ und antworteten oft sehr ausführlich, so dass ihre Aussagen aus der Sicht der DDR „Verrat“ darstellten. Die meisten „Rückkehrer“ hatten ihre erste Begegnung mit einem Geheimdienst also in der Bundesrepublik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz befragte in westdeutschen Auffanglagern systematisch DDR-Flüchtlinge und erzielte so wichtige Erfolge bei der Spionageabwehr²⁸, wie viele „Rückkehrer“ bei den späteren Vernehmungen durch das MfS zugaben. Möglicherweise hatten sie schon im Notaufnahmелager Gießen Angst, dass dort Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS tätig seien – mit Recht, denn das MfS versuchte seit den 1950er Jahren im Notaufnahmелager Gießen Fuß zu fassen und hatte Erfolg damit²⁹.

Sozialstrukturelle Merkmale der Migranten

Bei denen, die bis zum Mauerbau aus der DDR flohen, wird fast immer der hohe Anteil der Akademiker – oft Ärzte, Lehrer und Ingenieure – sowie der Bauern hervorgehoben³⁰. Zwar wissen wir inzwischen, dass die Arbeiter prozentual am stärksten vertreten waren, doch ihre wirtschaftliche Bedeutung – es handelte sich oft um hochqualifizierte Facharbeiter – für die DDR wurde bis heute nicht angemessen gewürdigt³¹. Die berufliche Zusammensetzung der „Rückkehrer“ ist nur für die 1950er Jahre bekannt, hier spielten die Arbeiter eine ähnlich große Rolle³². In der Mitte der 1960er Jahre belief sich der Anteil der Arbeiter unter den in die DDR zurückgekehrten Migranten sogar auf zwei Drittel³³.

²⁷ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 150–153.

²⁸ Vgl. Patrick Wagner, Ehemalige SS-Männer am „Schilderhäuschen der Demokratie“? Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz 1963/64, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 170.

²⁹ Vgl. Damian van Melis, Republikflucht. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961, München 2006, S. 59; Ingrid Franke, Einmal Gießen – und zurück, in: Jürgen Kleindienst (Hrsg.), Mauer-Passagen. Grenzgänge, Fluchten und Reisen 1961–1989. 46 Erinnerungen aus Ost und West, Berlin 2004, S. 310.

³⁰ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 184; Gerhard A. Ritter, Die menschliche „Sturmflut“ aus der „Ostzone“. Die Flucht aus der DDR und ihre Folgen für Berlin und die Bundesrepublik, in: Bettina Effner/Helge Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005, S. 33; Henrik Bispinck, Motive für Flucht und Ausreise aus der DDR, in: Ebenda, S. 52–61.

³¹ Vgl. van Melis, Republikflucht, S. 9f.; Dierk Hoffmann, Die Lenkung des Arbeitsmarktes in der SBZ/DDR 1945–1961. Phasen, Konzepte und Instrumente, in: Peter Hübner/Klaus Tenzfeld (Hrsg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 73.

³² Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 62. Im Jahr 1954 betrug der Anteil der Arbeiter etwa 40 %.

³³ Vgl. ebenda.

Tabelle 1: Erlerner Beruf bzw. Tätigkeit der „Rückkehrer“ in den Bezirk Suhl zum Zeitpunkt der Migration aus der DDR in die Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

| | |
|---------------------------------|------|
| Schüler: | 6,7 |
| Lehrlinge: | 27,6 |
| Angelernte/Ungelernte Arbeiter: | 26,7 |
| Facharbeiter: | 34,3 |
| Angestellte: | 2,9 |
| Akademiker: | 1,0 |
| Sonstige: | 1,0 |

Quelle: Berechnet aufgrund der empirischen Auswertung der Befragungsprotokolle, in: BStU, Ast. Suhl (dies gilt auch für die folgenden Tabellen).

Unsere Untersuchungsgruppe bestand also zu ca. 93 Prozent aus Erwerbstätigen, ein Vergleich mit den sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im Notaufnahmelager Gießen befindlichen Personen zeigt, dass diese nur zu etwa 50 Prozent erwerbstätig waren³⁴. Die Gruppe der Lehrlinge bestand ausschließlich aus Industrie- und Handwerkslehrlingen. Die untersuchte Personengruppe bestand somit zu fast neun Zehnteln aus Arbeitern, die im Vergleich zum Anteil der Arbeiterschaft in der DDR also weit überrepräsentiert waren. Zudem handelte es sich bei den Migranten zu 95 Prozent um Männer³⁵. Auch bei diesen beiden Befunden sind wesentliche Unterschiede zur Vergleichsgruppe im Aufnahmelager Gießen festzustellen. Ihre berufliche Zusammensetzung ergab einen etwa 40- bis 45-prozentigen Anteil von Arbeitern, einen Akademikeranteil von ca. sieben bis zehn Prozent, einen Anteil von knapp 20 Prozent an Beschäftigten in Handels- und Verkehrsberufen sowie einen Anteil von ca. fünf bis zehn Prozent von Beschäftigten in „Gesundheits-, Körperpflege- und Volkspflegeberufen“³⁶. Auch die Geschlechterproportion wies eine andere Zusammensetzung auf, denn Frauen waren in Gießen zu etwas mehr als 50 Prozent vertreten³⁷. Daraus lassen sich einige vorsichtige Schlussfolgerungen ziehen: Männliche Erwerbstätige, vor allem aus der Arbeiterschaft, kehrten deutlich häufiger in die DDR zurück als Nichterwerbstätige und auch deutlich häufiger als Akademiker, Angestellte sowie andere Berufsgruppen und schließlich auch deutlich häufiger als Frauen. Da die Personen des Notaufnahmelagers Gießen sowohl auf legalem Weg als auch als „Sperrbrecher“ in die Bundesrepublik kamen, ist zu vermerken, dass die „Sperrbrecher“ häufiger in die DDR zurückkehrten als die sogenannten „Legalen“.

³⁴ Berechnet nach Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 106/22334, Fiche 1 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1969), Fiche 6 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1967), Fiche 7 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1966), und B 106/22335, Fiche 1 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1970); Erwerbstätige: Juni 1969: 55,1%, Juni 1967: 49,2%, Juni 1966: 53,1%, Juni 1970: 50,2%.

³⁵ Ergebnis der Auswertung, siehe hierzu Anmerkung 4, der Anteil der Männer an der Arbeiterschaft in der DDR dürfte nur geringfügig über 50% betragen haben.

³⁶ Berechnet nach BA Koblenz, B 106/22334, Fiche 1, 6 und 7, sowie B 106/22335, Fiche 1.

³⁷ Berechnet nach ebenda.

Dass unsere Untersuchungsgruppe vor allem aus dem Arbeitermilieu stammte, zeigt sich auch mit Blick auf die Berufe der Eltern der Migranten. Die Väter kamen zu ca. acht Zehnteln aus der Arbeiterschaft, die Hälfte der Mütter der Migranten waren ebenfalls Arbeiterinnen³⁸. „Arbeitertypisch“ war noch ein dritter Aspekt – die Schulbildung. Knapp die Hälfte der Migranten hatte den Abschluss der 8. Klasse Volksschule, ein Viertel von ihnen erreichte nur die 7. Klasse Volksschule, ca. 15 Prozent beendete die Oberschule oder die 10. Klasse Polytechnische Oberschule, der Rest brach die Polytechnische Oberschule vorzeitig ab³⁹. Die Mehrzahl der untersuchten Migranten gehörte den Geburtsjahrgängen von 1943 bis 1948 an, die Elterngeneration dürfte also vorwiegend den Geburtsjahrgängen von 1920 bis 1925 angehört haben.

Die SED bewertete dieses klare Übergewicht von Arbeitern bei den Migranten vorwiegend als Ergebnis eines zu schwach ausgeprägten politischen Bewusstseins und auch als Folge der Propaganda der Bundesrepublik. In der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR mit ihrer „betriebsgebundenen Erwerbsarbeit“⁴⁰, in der chronischer Arbeitskräftemangel herrschte, hatten vor allem die gut ausgebildeten und hochqualifizierten Facharbeiter eine hohe politisch-ideologische wie auch wirtschaftliche Bedeutung. Diese Arbeitskräfte in der DDR zu halten, war einer der Gründe für den Mauerbau. Viele Arbeiter waren jedoch mit der Versorgung und der politischen Kontrolle in der DDR unzufrieden; die Betriebe waren ja Teil der Erziehungsdiktatur und boten mit ihren hierarchischen Betriebsstrukturen kaum Entfaltungsmöglichkeiten⁴¹. Die boomende Wirtschaft der Bundesrepublik mit einer kaum zufriedenzustellenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften war für diese Arbeiter auch nach dem Mauerbau attraktiv.

Die Mitgliedschaft in der Partei und anderen Organisationen erlaubt kaum Rückschlüsse auf die politischen Einstellungen dieser Migranten in der DDR⁴². Auffällig ist aber, dass knapp sechs Prozent der Migranten vor ihrem Wegzug Mitglied der SED waren, dies bedeutet, dass auch formale Unterstützer der SED-Diktatur die DDR verließen⁴³.

Die Migranten stammten meist aus kleinen ländlich und kleingewerblich geprägten Orten, wie beispielsweise Dorndorf, Heldburg, Vacha, Neuhaus-Schierschnitz, Unterbreizbach, Walldorf, Eisfeld oder Frankenheim⁴⁴, wo der Anteil

³⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

³⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁰ Peter Hübner, Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961), in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 119.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 127 u. S. 130; Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 56; zur Erziehung siehe Verena Zimmermann, Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln/Weimar/Wien 2004.

⁴² Siehe Anmerkung 4, Auswertung: FDJ (Freie Deutsche Jugend) 64%, FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) 62%, die Mitgliedschaften in anderen gesellschaftlichen Organisationen spielten quantitativ nur eine geringe Rolle.

⁴³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

der Landwirtschaft an der Erwerbsstruktur hoch war und sich kaum alternative Beschäftigungsmöglichkeiten boten. Dies führte dazu, dass knapp 70 Prozent der späteren Migranten in einem anderen Ort arbeiteten als in ihrem Wohnort, meist in größeren Orten wie Suhl, Sonneberg und Meiningen⁴⁵. Ca. 75 Prozent arbeiteten in Volkseigenen Betrieben, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Maschinentraktorenstationen oder bei Post und Bahn, ein Viertel verdiente ihren Lebensunterhalt in Privatbetrieben⁴⁶. Die Beschäftigten hatten eine relativ starke Stellung, die Gründe hierfür „lagen einerseits in der Struktur des Arbeitsmarktes, vor allem im chronischen Arbeitskräftemangel, in der faktischen Unmöglichkeit für die Betriebe, Arbeitskräfte zu kündigen, sowie in der geringen Lohndifferenzierung und der geringen Attraktivität eines betrieblichen Aufstieges“⁴⁷. Bei den analysierten Privatbetrieben herrschten die Kleinbetriebe vor, bei den staatlichen Unternehmen dominierten die größeren Betriebe, wie z. B. der VEB Kalikombinat „Werra“, der VEB Simson Suhl oder der VEB Werkzeug- und Besteckfabrik Schmalkalden⁴⁸. Die vorherrschenden Branchen waren der Kalibergbau (10,4 Prozent) und die Baubranche (8,3 Prozent) sowie die Landwirtschaft, die Metallindustrie, die Lebensmittelindustrie und Post und Bahn⁴⁹. Aus einigen größeren Betrieben, wie dem VEB Kalischacht Merkers, kamen mehrere Migranten, wahrscheinlich ein Fall von beruflich-betrieblicher Kettenmigration.

Über die Hälfte unsres Samples hatte vor dem Wegzug in die Bundesrepublik nur eine Arbeitsstelle gehabt, knapp 16 Prozent hatten den Arbeitsplatz einmal gewechselt und ein Drittel ging an insgesamt drei oder mehr Arbeitsstellen ihrer beruflichen Tätigkeit nach⁵⁰. Zwar lag das auch an dem noch jugendlichen Alter der Migranten, doch werden hier auch die politischen und ökonomischen Vorstellungen der SED sichtbar. Diese wollte die Arbeitsplatzfluktuation gering halten und favorisierte den Aufbau von Stammbesetzungen, vor allem aus Kontroll- und Sicherheitsgründen, zu einem geringeren Teil aus Produktivitätsgründen⁵¹.

⁴⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. In Suhl beispielsweise arbeiteten acht Personen vor ihrer Migration in die Bundesrepublik, nicht eine Person hatte ihren Wohnsitz in der Bezirkshauptstadt. Dies unterstreicht die Bedeutung von Suhl im regionalen Arbeitsmarkt des Bezirks Suhl.

⁴⁶ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁷ Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 49.

⁴⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁰ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Berufliche Entwicklung in der DDR: Anzahl der Stellen (n = 77) in Prozent: 1 Stelle 51,9%, 2 Stellen 15,6%, 3 Stellen 10,4%, 4 Stellen 3,9%, 5 Stellen 6,5%, 6 Stellen 7,8%, mehr als 6 Stellen 3,9%.

⁵¹ Zu Gegenbeispielen aus der Chemie mit hohen Fluktuationsraten siehe Francesca Weil, Betriebliches Sozialverhalten in der DDR der 70er und 80er Jahre am Beispiel zweier sächsischer Betriebe, in: Hübner/Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, S. 326, und für die 1950er Jahre Alf Lüdtkke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 196 u. S. 200.

Die Wahl des Arbeitsplatzes war in den 1950er Jahren nicht frei⁵², auch musste ein Teil der Arbeiter unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten⁵³.

Das 5-km-Sperrgebiet

Einen Sonderfall bildete das 5-km-Sperrgebiet; dort lebten ca. 45 Prozent der Migranten vor ihrer Flucht in die Bundesrepublik⁵⁴, ein weiterer großer Anteil⁵⁵ wohnte nicht weit entfernt davon. Sie kannten dieses Gebiet und die Grenzanlagen sehr gut, sie hatten Kenntnisse über die Schwachstellen der Grenzsicherungsanlagen und gingen bei der Flucht ein vergleichsweise geringes Risiko ein. Wirtschaftlich dominierten im 5-km-Sperrgebiet Zweigbetriebe mit hohen Anteilen von weniger qualifizierten Beschäftigten, die beruflichen Möglichkeiten waren hier also noch bescheidener als in der übrigen DDR, während der politische Druck ungleich größer war, weil das Sperrgebiet genauer und flächendeckender überwacht wurde. Andererseits waren im Sperrgebiet die Familienverbindungen in die Bundesrepublik, vor allem in die grenznahen Regionen Bayerns und Hessens, noch sehr dicht. Eine Rolle könnten auch die Zwangsaussiedlungen im Sperrgebiet sowie in den benachbarten Gebieten in den Jahren 1952 und 1961 gespielt haben, von denen vor allem Gegner des SED-Regimes betroffen waren⁵⁶. In einzelnen Orten kam es 1952 zu erheblichen Protesten, die mit Gewalt beendet wurden. Insgesamt flohen aufgrund der Zwangsumsiedlungen des Jahres 1952 ca. 12.000 Menschen in die Bundesrepublik⁵⁷. Weitere folgten 1961. Viele junge Leute könnten von den Enteignungen und von anderen Repressionen, welche die Eltern, Verwandte oder Freunde und Bekannte erdulden mussten, gehört oder sie 1961 als Jugendliche und junge Erwachsene selbst erlebt haben. Die Eltern könnten „gebrandmarkt“ gewesen sein, ein Elternteil war oftmals selbst Flüchtling. Ferner wäre zu prüfen, welche Rolle einzelne Geistliche im 5-km-Sperrgebiet bei den Migrationen in die Bundesrepublik spielten⁵⁸. Das MfS beurteilte die ihm oft nicht geheueren Geistlichen im 5-km-Sperrgebiet so: „Sie üben auf die Bevölkerung bedeutenden Einfluss aus. Ihre staatspolitische Haltung be-

⁵² Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 184.

⁵³ Vgl. Henrik Bispinck, „Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann/Schwartz/Wentker, Vor dem Mauerbau, S. 298.

⁵⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁵ Es handelt sich um weitere knapp 30%; siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁶ Zu den Zwangsaussiedlungen siehe Manfred Wagner, „Beseitigung des Ungeziefers...“. Zwangsaussiedlungen in den thüringischen Landkreisen Saalfeld, Schleiz und Lobenstein 1952 und 1961, Erfurt 2001, und Inge Bennewitz/Rainer Potratz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1997.

⁵⁷ Inge Bennewitz, Zwangsumsiedlungen, Widerstand gegen, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000, S. 381 f.

⁵⁸ BStU, Ast. Suhl, AKG/13, Bl. 58. In Sünna, Pferdsdorf und Geisa waren drei Geistliche von der Bezirksverwaltung für Staatsicherheit Suhl als „negativ“ eingestuft worden; auch für andere Teile des 5-km-Sperrgebietes wird die Tätigkeit „negativer“ Geistlicher hervorgehoben, so in Empfertshausen, Bl. 59, oder in Sonneberg, Bl. 62. Von den 45 Geistlichen der evangelischen Landeskirchen im Sperrgebiet wurden 10 als „negativ“ eingeschätzt, Bl. 88.

stimmt auch die Haltung vieler Gläubigen in den Gemeinden.⁵⁹ Nach Manfred Wagner herrschte im 5-km-Sperrgebiet 37 Jahre eine Art Ausnahmezustand, es bestand de facto nur ein Wohnrecht auf Abruf, es gab die Pflicht zur Denunziation, fremde Personen waren zu melden und viele Einwohner des Gebietes, die Besuch einluden, bekamen Schwierigkeiten mit der Polizei⁶⁰. Diese Zwangsmaßnahmen dürften bei der Migration in die Bundesrepublik eine erheblich größere Rolle gespielt haben als dies später von den Migranten bei den Vernehmungen angegeben wurde.

Das Schicksal der Migranten in der Bundesrepublik

Ein Viertel der Migranten fand in der Bundesrepublik überhaupt keinen Arbeitsplatz, knapp zwei Drittel hatten einen Arbeitsplatz und nur 13 Prozent hatten zwei oder mehr Arbeitsstellen⁶¹. Der hoch erscheinende Anteil an Personen, der in der Bundesrepublik keine Arbeitsstelle hatte, relativiert sich dadurch, dass es sich dabei meist um Fälle handelte, die spätestens nach dem Durchlaufen des Notaufnahmelagers Gießen wieder zurück in die DDR gingen; dieser Personenkreis unternahm keine nennenswerten Versuche, sich in die Bundesrepublik zu integrieren. Diejenigen, die sich indes für einen Verbleib entschieden, konnten sich auf dem neuen Arbeitsmarkt schnell und problemlos zurechtfinden. Qualifizierte Arbeitskräfte waren gefragt. Gleichwohl stellt sich die Frage, von welcher Qualität die Arbeitsplätze dieser Migranten in der Bundesrepublik waren.

Tabelle 2: Letzte Tätigkeit in der DDR – Letzte Tätigkeit in der Bundesrepublik in Prozent (n = 98)

| | |
|---|-------|
| Exakt gleicher Beruf: | 13,3% |
| Berufsniveau gehalten (Beruf/Branche gewechselt): | 29,6% |
| Berufseinstieg gefunden: | 6,1% |
| Berufsniveau gestiegen: | 15,3% |
| Schüler – Keine Arbeit: | 1,0% |
| Berufsniveau gesunken: | 9,2% |
| Arbeit – Arbeitslosigkeit: | 25,5% |

Etwa zwei Drittel der Migranten aus der DDR konnten ihr einstiges Berufsniveau halten oder steigern, knapp zwei Drittel konnten Beschäftigungsverhältnisse eingehen, die ihnen gute Verdienste sicherten. Die Schüler aus der DDR schafften meist fast mühelos den Berufseinstieg, die ehemaligen Lehrlinge aus der DDR konnten ihre Lehre fortsetzen und sich beruflich qualifizieren oder sie konnten

⁵⁹ BStU, Ast. Suhl, AKG/13, Bl. 88. Einige Geistliche waren ebenfalls „Rückkehrer“ oder „Zuziehende“, Bl. 98f.

⁶⁰ Diese Beschreibung des Sperrzonenklimas stammt von Manfred Wagner, Geschichtswerkstatt Jena e.V., auf einem Vortrag am 4.6.2007 in Eisfeld über die Zwangsaussiedlungen; ich bedanke mich bei Herrn Wagner, dass ich diese Sequenz seines Vortrags hier aufnehmen durfte.

⁶¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

als angelernte Arbeiter ihr Geld verdienen. Die Migranten arbeiteten in der Bundesrepublik oft in kleineren und mittleren Unternehmen, sie waren kaum im Bergbau und kaum in der Landwirtschaft tätig, also in Branchen, die sonst für Zuwanderer aufgrund der schwierigen Umstellungsverhältnisse prädestiniert waren. Von einer „Unterschichtung“ konnte in der großen Mehrheit der Fälle keine Rede sein⁶². Nur ein geringer Anteil der Migranten arbeitete in Großunternehmen wie Bayer oder Bosch. Die Migranten aus der DDR arbeiteten beispielsweise als Bürogehilfe, Schlosser, Preisgestalter/Lagerleiter, Fleischer, Entwurfszeichner, Hilfsarbeiter, Mechanikerlehrling, Systembauer, Tischler, Signalarbeiter, Zimmerer, Elektroinstallateurlehrling, Busfahrer, Aufzugsmonteur, Anreißer oder Installateur⁶³. Wie in der DDR waren die meisten Migranten in der Bundesrepublik im Handwerk und in der Industrie beschäftigt. Auch die Palette der Arbeitgeber war breit und umfasste verschiedene Branchen sowie verschiedene Unternehmensgrößen, so beispielsweise die Fa. Zahnrad- und Kompressorbau in Coburg, die Kronacher Porzellanfabrik oder das Bamberger Hofbräu⁶⁴.

Die geringe Arbeitsplatzfluktuation der Migranten⁶⁵ hängt mit ihrer kurzen Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik zusammen, außerdem waren sie bestrebt, zunächst einmal richtige Arbeitspapiere zu bekommen⁶⁶. Zudem könnte es sich um einen Transfer der Gewohnheiten aus der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR handeln. In prosperierenden Volkswirtschaften scheinen hohe Fluktuationsraten von abhängig Beschäftigten die Regel zu sein, dies galt auch für die Bundesrepublik der 1960er Jahre. „Aufgrund der Abwerbung von Arbeitskräften im Zeichen der Hochkonjunktur setzte zugleich eine rege Wanderung zwischen den Betrieben ein. Jährlich wechselten fünf Millionen Arbeitskräfte den Betrieb, eine Fluktuationsrate von zeitweilig 25 Prozent der Beschäftigten.“⁶⁷ Dies lässt die Hypothese zu, dass die Migranten aus der DDR ihre beruflichen Chancen in der Bundesrepublik wenig nutzten.

⁶² Vgl. Han, *Soziologie der Migration*, S. 228.

⁶³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁶⁴ Siehe ebenda.

⁶⁵ Siehe Tabelle 2.

⁶⁶ BA Koblenz, B 106/8512, Enquete des Jugendsozialwerks Tübingen, in der davon ausgegangen wurde, dass die jungen Erwachsenen zunächst den Willen hatten, auf dem ersten Arbeitsplatz in der BRD mindestens sechs Monate zu bleiben, um „ordentliche Arbeitspapiere zu haben“, außerdem wurde behauptet, dass diese Arbeitnehmer ihren ersten Arbeitsplatz zumeist in Klein- und Mittelbetrieben hatten.

⁶⁷ Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 31.

Tabelle 3: Wohnorte der Migranten in den Bundesländern der Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

| | |
|-------------------------------|-------|
| Bayern (Franken – Grenznähe): | 20,0% |
| Bayern (Franken – Rest): | 11,4% |
| Bayern (Altbayern/Schwaben): | 9,5% |
| Hessen: | 23,8% |
| Nordrhein-Westfalen: | 14,3% |
| Baden-Württemberg: | 10,5% |
| Andere Bundesländer: | 10,5% |

Die Migranten bevorzugten ganz offensichtlich Gebiete, die geographisch nahe an der DDR lagen, also Bayern und Hessen, und zu denen vielfältige familiäre Beziehungen existierten. Dies lässt sich am Beispiel kleinerer und mittelgroßer Orte im grenznahen Ober- und Unterfranken zeigen. Die Migranten gingen in Orte wie Neustadt oder Coburg, in denen schon Verwandte lebten, die bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich sein konnten.

Etwa 36 Prozent⁶⁸ der Migranten aus der DDR hatten in der Bundesrepublik Verwandte, die entweder schon lange dort lebten oder in den 1950er Jahren dorthin gezogen waren. Es handelt sich hier zweifelsfrei um verwandtschaftlich bedingte Kettenmigrationen, unsere Migranten waren also Migranten der zweiten, teilweise auch der dritten Generation. Bei der Verwandtschaft in der Bundesrepublik ist auffällig, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle um entferntere Verwandte wie Cousins, Onkel, Tanten oder Schwiegermütter handelte, während in der DDR weiterhin die Kern- bzw. Primärfamilie lebte. Dies würde erklären, warum sich auch jene Migranten, die Verwandte in der Bundesrepublik hatten, nach ihrer Familie in der DDR sehnten und auch aus diesem Grund dorthin zurückkehrten. Allerdings waren knapp zwei Drittel der hier betrachteten Migranten „Pioniermigranten“, d. h., sie hatten keine Verwandte in der Bundesrepublik.

Die Migranten – mit oder ohne Verwandte in der Bundesrepublik – gingen neben den Grenzgebieten in Westdeutschland vor allem in entferntere Großstädte mit expandierenden Arbeitsmärkten und hohen Freizeitwerten, wie etwa Nürnberg, München, Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg, teilweise auch noch nach Schweinfurt, Fürth, Coburg oder Gießen⁶⁹. Dies relativiert die These, die Migranten hätten den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik nicht verstanden und dadurch Chancen verpasst.

⁶⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁶⁹ Ebenda.

Tabelle 4: Wohnortgröße in DDR (n = 105)

Wohnortgröße in Bundesrepublik (n = 100)

| | | |
|---------------------|-------|-------|
| Größer 100 000 Ew.: | 1,9% | 25,0% |
| 20 000–100 000 Ew.: | 14,3% | 27,0% |
| 5 000–20 000 Ew.: | 21,0% | 13,0% |
| 1–5 000 Ew.: | 62,9% | 35,0% |

Quelle: Auswertung und berechnet nach: Ortslexikon der DDR, Berlin 1958.

Die Migranten erlebten also einen „Kulturschock“, denn sie lebten ursprünglich größtenteils in kleineren Orten, auf keinen Fall in Orten, die in der Nähe einer Großstadt lagen. Nun kamen viele in westdeutsche Großstädte⁷⁰, die gute Beschäftigungsmöglichkeiten und Chancen zur beruflichen Qualifizierung boten, ferner vielfältige Konsummöglichkeiten und ein gutes Freizeitangebot. Zwischen den Dörfern und kleinen Städten der DDR und den westdeutschen Mittel- und Großstädten lagen Welten, die den Migranten viel abverlangten; gefragt waren Anpassungsfähigkeit und auch eine Bereitschaft zum kulturellen Wandel. Dies könnte einer von mehreren Gründen für die Rückmigration in die DDR gewesen sein. Viele Migranten scheinen mit den Verhältnissen in den vergleichsweise anonymen westdeutschen Großstädten zumal dann nicht zurechtgekommen zu sein, wenn sie dort keine Verwandten hatten und ihnen durch die Grenzanlagen der DDR und durch die Überwachungsmethoden der SED-Diktatur Kontakte mit ihrer Familie in der DDR so gut wie unmöglich gemacht wurden.

Interessante Einblicke in die Mentalität der „Rückkehrer“ ergeben sich auch bei einem Vergleich ihres Geburtsorts in der DDR mit dem Wohnort, an dem die Migranten vor ihrer Wanderung in die Bundesrepublik lebten. Bei fast der Hälfte waren Geburts- und Wohnort identisch und bei einem Viertel unserer Personen befanden sich Wohnort und Geburtsort in unmittelbarer geographischer Nähe⁷¹. Diese Zahlen sind ein Hinweis auf eine sehr niedrige geographische Mobilität zumindest im Bezirk Suhl. Die Menschen lebten in kleinmaschigen Beziehungsgeflechten familiärer, freundschaftlicher und beruflicher Natur. In den Mittel- und vor allem in den Großstädten der Bundesrepublik herrschten andere Strukturen, die Migranten aus der DDR konnten sich hier nicht auf soziale Beziehungsnetze stützen⁷². Ihre gewohnte Sesshaftigkeit als soziale und kulturelle Praxis, wie sie sie in der DDR erlernt hatten, dürfte ihre berufliche Karriere in der Bundesrepublik nicht gerade gefördert haben. Knapp zwei Drittel der Migranten hatte in der Bundesrepublik nur einen einzigen Wohnort, was darauf hindeutet, dass sich an ihrer geographische Immobilität nur wenig geändert hat. Zu allen Zeiten bildeten junge Menschen die mobilsten Teile einer Gesellschaft.

⁷⁰ Im Bezirk Suhl gab es selbst zu einem späteren Verstärkerzeitpunkt, im Jahre 1981, nur acht Orte, die mehr als 10.000 Einwohner hatten: Suhl 49952, Ilmenau 28809, Sonneberg 28 722, Meiningen 25 423, Bad Salzungen 20919, Schmalkalden 17342, Zella-Mehlis 14 479 und Hildburghausen 11 427, zusammengestellt nach BStU, Ast. Suhl, VII/4852.

⁷¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, n = 105.

⁷² Vgl. Han, Soziologie der Migration, S. 12–15, S. 17–19 u. S. 70 f.

Tabelle 5: Alter: Bei Migration in die Bundesrepublik (n= 105) Bei Migration in die DDR (n = 105)

| | | |
|---------------|-------|-------|
| Bis 15: | 9,5% | 3,8% |
| 16–20: | 44,8% | 45,7% |
| 21–25: | 18,1% | 19,0% |
| 26–30: | 13,3% | 17,1% |
| 31–40: | 8,6% | 8,6% |
| Älter als 40: | 5,7% | 5,7% |

Fast 75 Prozent unserer Personengruppe waren zum Zeitpunkt ihrer Migration in die Bundesrepublik höchstens 25 Jahre alt, es handelte sich zu 95 Prozent um junge Männer⁷³. Sie waren noch jünger als jene Migranten, die in den 1950er Jahren von der DDR in die Bundesrepublik kamen⁷⁴. Auch im Vergleich zur Alterspyramide in der DDR waren unter den Personen, die in die Bundesrepublik gingen, junge Menschen weit überrepräsentiert. Hier schien sich ein Trend fortzusetzen und zu verstärken, denn seit 1953 entwickelte sich die Migration aus der DDR in die Bundesrepublik immer mehr zu einer Art Jugendbewegung, der Anteil der Jugendlichen blieb konstant bei über 40 Prozent, und dies bei einem Bevölkerungsanteil in der DDR von ca. 16 Prozent⁷⁵. Vergleicht man die Alterszusammensetzung unserer „Rückkehrer“ mit der Altersstruktur der Personen im Notaufnahmelaager Gießen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, fallen eklatante Unterschiede auf, denn nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Personen war jünger als 25 Jahre, während hingegen die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen etwas mehr als die Hälfte betrug und der Prozentsatz der über 64-Jährigen bei ca. 20 Prozent lag⁷⁶. Unsere Untersuchungsgruppe war also auch hinsichtlich der Altersstruktur atypisch für die Gesamtzuwanderung in die Bundesrepublik. Junge Menschen unter 25 Jahren gingen häufiger in die DDR zurück als Personen die älter als 25 Jahre waren. Der Faktor „Jugend“ muss also eine erhebliche Rolle bei der Rückwanderung gespielt haben.

Dabei war für die SED die Gewinnung der Jugend von zentraler Bedeutung; bereits bei der Durchsetzung ihres Machtmonopols in den Jahren 1946 bis 1949 spielte dieser Aspekt eine entscheidende Rolle. „Eine angepasste, von den sozialistischen Idealen zutiefst überzeugte, nicht zuletzt auch vom Hass auf den ‚Klassenfeind‘ erfüllte Jugend war das Idealbild der SED-Führung.“⁷⁷ „Nach der Staatsgründung sah es so aus, als ob das SED-Regime zunächst bereit sei, den He-

⁷³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁷⁴ Vgl. Ritter, Die menschliche „Sturmflut“ aus der „Ostzone“, in: Effner/Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland, S. 33; Peter Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 304 u. S. 308; Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 48.

⁷⁵ Vgl. Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 304 u. S. 308.

⁷⁶ Berechnet nach BA Koblenz, B 106/22334, Fiche 1, 6 und 7, sowie B 106/22335, Fiche 1.

⁷⁷ Axel Janowitz, Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Thema im Schulunterricht, in: Christoph Hamann/Axel Jannowitz (Hrsg.), Feindliche Jugend? Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 2006, S. 11.

ranwachsenden entgegenzukommen und den jugendfreundlichen Anspruch der DDR einzulösen.⁷⁸ SED-Führung und FDJ wollten 1949 die Arbeitsbedingungen und Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern sowie das Angebot an Sport- und Freizeiteinrichtungen ausbauen⁷⁹. Tatsächlich litten die Jugendlichen in der DDR in den 1950er Jahren aber häufig darunter, dass sie über längere Zeit keinen Ausbildungsplatz hatten und nach einer Lehre in einem ungeliebten Beruf oft unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten mussten. Auch das Freizeitangebot für die Jugendlichen ließ viele Wünsche offen. Nach dem Mauerbau „leitete die FDJ erneut eine repressive Phase ihrer Entwicklung ein, in der die Belange der Jugend vollständig hinter die Interessen des SED-Staates zurückzutreten hatten“⁸⁰.

Vor dem Mauerbau konnten sich die Menschen aus der DDR und der Bundesrepublik noch relativ problemlos besuchen. Gerade die Jungen in den Grenzbezirken wuchsen mit dieser Möglichkeit und den damit verbundenen Gewohnheiten auf. Für die 1950er Jahre fasst Skyba zusammen: „Eine große Anzahl Heranwachsender wanderte illegal nach dem Westen ab, um ihre Erwerbschancen zu verbessern. [...] In der DDR bereitete die Unterbringung von Jugendlichen in Lehrstellen und der Einsatz der Jungarbeiter an Arbeitsplätzen, die ihrer Ausbildung entsprachen und entsprechend vergütet wurden, Schwierigkeiten [...]“⁸¹ Er konstatiert weiter: „Verschiedene Jugendliche brachten zum Ausdruck, daß sie die Republik nicht verlassen und daß sie alles, was in der Republik geschaffen wird, anerkennen, aber daß sie herübergegangen sind, damit sie sich für ihr Geld etwas kaufen können.“⁸² Diese Faktoren trafen auch für die 1960er Jahre noch zu.

Die Aufenthaltsdauer der Migranten aus der DDR in der Bundesrepublik

Tabelle 6: Aufenthaltsdauer der Migranten aus der DDR in der Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

| | |
|---------------------|-------|
| Bis 30 Tage: | 21,0% |
| 1 Monat – 3 Monate: | 26,7% |
| 3 Monate – 1 Jahr: | 28,6% |
| 1–3 Jahre: | 19,0% |
| 3–5 Jahre: | 3,8% |
| Mehr als 5 Jahre: | 1,0% |

Etwa drei von vier Migranten blieben höchstens ein Jahr in der Bundesrepublik, spätestens dann gingen sie wieder in die DDR zurück. Nach einer UN-Definition gehörten sie damit nicht zu dem Personenkreis, für den der Begriff „Migration“ eigentlich gedacht ist⁸³. Trotzdem scheint diese Bezeichnung angemessen, weil

⁷⁸ Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 62.

⁷⁹ Vgl. ebenda.

⁸⁰ Ebenda, S. 418.

⁸¹ Ebenda, S. 312.

⁸² Ebenda, S. 313.

⁸³ Vgl. Han, Soziologie der Migration, S. 7.

die Überwindung von Mauer und Stacheldraht einen tiefgehenden Einschnitt im Leben bedeutete und weil die historische Migrationsforschung auch kurzfristige Wechsel zwischen Wohnorten in der überwiegenden Mehrheit als „Migrationen“ klassifiziert hat⁸⁴. Die relativ kurze Aufenthaltsdauer der meisten Migranten in der Bundesrepublik zeigt, dass sie sich nur sehr wenig Zeit gaben, sich in die neuen Verhältnisse zu integrieren. Im Gegensatz zu den meisten historischen Migranten – abgesehen von den Überseewanderungen – hatten unsere Migranten aufgrund von Mauer und Stacheldraht keinerlei Möglichkeit, ihre zurückgebliebenen Familien, Verwandten und Freunde zu besuchen. Die damit verbundenen Aspekte der Entwurzelung und der Einsamkeit⁸⁵ waren wahrscheinlich ausgeprägter als bei den meisten anderen transnationalen Migrationsprozessen, und dies, obwohl die Migranten die gleiche Sprache wie die Menschen in der Aufnahmegesellschaft sprachen, sie den Kulturkreis nicht wechseln mussten und sie meistens nach kurzer Zeit die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die Westdeutschen hatten.

Was verbirgt sich hinter dieser kurzen Aufenthaltsdauer? Antworten darauf können Korrelationen der Aufenthaltsdauer mit anderen Variablen geben⁸⁶. Aufschlussreich ist die beruflich-wirtschaftliche und die private Lebenswelt. Bei denjenigen Migranten, deren berufliches Niveau nicht gesunken war und die einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz hatten, ist festzustellen, dass sie länger in der Bundesrepublik blieben, vor allem kamen diese Migranten deutlich öfter über die ersten 30 Tage in der Bundesrepublik hinaus als der Schnitt⁸⁷. Eine leicht positive Korrelation ergab sich auch bei Personen, die – in engen Grenzen – beruflich aufstiegen⁸⁸. Eine nur schwach ausgeprägte Korrelation war hingegen zwischen Facharbeitern und angelernten/ungelernten Arbeitskräften feststellbar, die Aufenthaltsdauer war hier unabhängig von der Qualifikation, die Facharbeiter gingen sogar etwas eher zurück in die DDR⁸⁹. Keine Rolle spielte

⁸⁴ Dies gilt vor allem für Deutschland, vgl. ebenda, S. 8.

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 14 u. S. 17.

⁸⁶ Die Korrelationen zwischen der Aufenthaltsdauer und anderen Variablen werden dadurch hergestellt, dass die in Tabelle 6 genannte Struktur beibehalten und mit den Werten für die einzelnen Variablen verglichen wird, zusätzlich wird zur statistischen Kontrolle noch der Pearsonsche Korrelationskoeffizient berechnet. Die Werte bewegen sich von 0 bis 1, von 0,0 bis ca. 0,25–0,30 wird von keinem Zusammenhang ausgegangen, von 0,31 bis ca. 0,45–0,50 von einem schwachen Zusammenhang, von ca. 0,51–0,65 von einem mittleren Zusammenhang und bei Werten, die über 0,65 liegen, von einem starken Zusammenhang.

⁸⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Die erste Prozentzahl gibt an, wie viel Prozent der in der untersuchten Untergruppe Personen in dem entsprechenden Zeitraum sich in der Bundesrepublik aufhielten, die zweite Prozentzahl bezieht sich auf den Durchschnitt: – 30 Tage: 5,1% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 15,4% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 35,8% (28,6%), 1–3 Jahre: 33,3% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 10,3% (4,8%), Pearson: 0,37.

⁸⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87: – 30 Tage: 11,1% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 33,3% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 33,3% (28,6%), 1–3 Jahre: 0,0% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 22,2% (4,8%), Pearson: 0,35.

⁸⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87: – 30 Tage: 30,0% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 20,0% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 40,0% (28,6%), 1–3 Jahre: 10,0% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 0,0% (4,8%), Pearson: 0,34.

offensichtlich das Alter der Migranten⁹⁰. Gab es Verwandte in der Bundesrepublik, ist ein starker Zusammenhang mit längerem Verbleib nur in der Anfangszeit erkennbar. Jene Personen, die Verwandte in der Bundesrepublik hatten, blieben länger; die anderen kürzer; der Faktor „Verwandte in der Bundesrepublik“ spielte also durchaus eine Rolle⁹¹. Hinsichtlich des Familienstandes können keine empirisch gesicherten Aussagen getroffen werden, die wenigen Einzelfälle, die untersucht werden konnten, lassen nur einen geringen Zusammenhang erkennen. Diejenigen Migranten, die in der DDR verheiratet waren und dort Frau oder Kinder zurückließen, kamen im Durchschnitt kaum früher in die DDR zurück. Auch schien ein Wohnort in Grenznähe eine schnellere Rückkehr in die DDR zu begünstigen⁹². Die Wohnortgröße in der Bundesrepublik hatte keinen Einfluss auf die Aufenthaltsdauer; was den Ergebnissen der Migrationsforschungen eigentlich widerspricht.

Das größte Problem waren offenkundig Schwierigkeiten bei der Integration in die Bundesrepublik, sie bildeten das stärkste Motiv zur Rückkehr in die DDR. Das lag auch in der Verschiedenartigkeit der beiden Systeme begründet, in denen unterschiedliche individuelle Fähigkeiten und Anpassungsleistungen erforderlich waren. Die SED verlangte unbedingte politische Loyalität, eigenständiges und damit potentiell abweichendes Denken und Handeln wurde im besten Fall geduldet, meist bestraft, Eigenverantwortlichkeit wurde nur im Hinblick auf Erfolge der Kollektive erlaubt. In der Bundesrepublik waren die Menschen in viel höherem Maße auf sich selbst gestellt. Die Migranten waren mehrheitlich in den 1950er Jahren von ihrer Familie, Schule, Partei und Staat sozialisiert worden. Obwohl nicht alle Sozialisationsinstanzen in dieselbe Richtung wirkten, wuchsen die späteren Migranten doch oft in einem „heimeligen“ Sozialklima auf – in der Bundesrepublik schien dieses zu fehlen.

Rückkehrgründe

Die in die DDR zurückgekehrten Migranten waren sicherlich bestrebt, ihre Flucht aus der DDR nicht politisch oder wirtschaftlich zu begründen. Insofern sind die Angaben gegenüber der Staatssicherheit mit Vorsicht zu genießen. Knapp zwei Drittel unserer Migranten gaben mehr als einen Grund für ihren Wegzug aus der

⁹⁰ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Alter höchstens 20 und 2. Alter größer als 25: – 30 Tage: (1) 22,9%, (2) 35,3%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 25,7%, (2) 5,9%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 20,0%, (2) 41,2%, 1–3 Jahre: (1) 25,7%, (2) 17,6%, mehr als 3 Jahre: (1) 5,7%, (2) 0,0%, Pearson: 0,27.

⁹¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Verwandte in der BRD und 2. Keine Verwandten in der BRD: – 30 Tage: (1) 13,6%, (2) 30,8%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 13,6%, (2) 17,9%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 36,4%, (2) 25,6%, 1–3 Jahre: (1) 27,3%, (2) 23,1%, mehr als 3 Jahre: (1) 9,1%, (2) 2,6%, Pearson: 0,52.

⁹² Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Grenznähe Orte und 2. Grenzferne Orte: – 30 Tage: (1) 33,3%, (2) 6,7%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 4,8%, (2) 33,3%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 28,6%, (2) 33,3%, 1–3 Jahre: (1) 28,6%, (2) 20,0%, mehr als 3 Jahre: (1) 4,8%, (2) 6,7%, Pearson: 0,31.

DDR an⁹³; meist waren es Familienprobleme (40 Prozent), berufliche Probleme (ca. 28 Prozent), Kritik an den Verhältnissen in der DDR (ca. 17 Prozent), die Attraktivität der Bundesrepublik (22 Prozent) oder einfach „Abenteuerlust“ (11 Prozent)⁹⁴. Zu den „Familienproblemen“ gehörten Schwierigkeiten mit den Eltern oder Differenzen mit der Partnerin. Unter den Punkt „Berufliche Probleme in der DDR“ fielen: Schlechte Kaderpolitik, keine Lehrstelle im gewünschten Beruf, Schwierigkeiten im Betrieb, gewünschter Beruf konnte nicht ausgeübt werden, Spannung mit Brigadier oder Kündigung des Lehrverhältnisses. In der Rubrik „Kritik an den Verhältnissen in der DDR“ wurde angegeben: Kein Vertrauen in die DDR, negative Einstellung zur DDR, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, kein freies Leben oder Verärgerung über die DDR wegen Zwangsumsiedlung der Schwester. Zur „Attraktivität der BRD“ gehörten der erwartete berufliche Erfolg in der Bundesrepublik, grundsätzliche westliche Orientierung, bessere wirtschaftliche Verhältnisse oder die Realisierung des Berufswunsches. Der Begriff „Abenteuerlust“ verweist auf jugendspezifische Wünsche und auf mangelnde Freiheitsrechte hin. Subsummiert man die genannten Migrationsgründe unter die in der Migrationsforschung üblichen Push- und Pull-Faktoren⁹⁵, erweist sich die „Attraktivität der BRD“ als Pull- und die „Kritik an den Verhältnissen in der DDR“ als Push-Faktor. Schwer einzuordnen ist der Punkt „Familienprobleme in der DDR“. Diese wie Streitigkeiten wegen der Erziehung der Kinder oder sexuelle Affären gehören nicht zu den Gründen, die normalerweise eine Migration in einen anderen Staat nach sich zogen. Bei den „beruflichen Problemen in der DDR“ ging es vor allem um sozioökonomische Sachverhalte, die freilich das Ergebnis politischer Entscheidungen waren. So konnte beispielsweise „schlechte Kaderpolitik“ zur Folge haben, dass eine Tätigkeit weiter unter Qualifikationsniveau ausgeübt werden musste. Es gab noch weitere individuelle Gründe für die Migration in die Bundesrepublik: Wohnungsprobleme in der DDR, Sehnsucht nach Verwandten in der Bundesrepublik, Erwartung der Verhaftung wegen Westfernsehen, Empfindung des 5-km-Sperrgebietes als Schikane oder sogar Begeisterung für Münchner Fußballvereine⁹⁶.

Bispinck nennt als Gründe für Flucht oder Ausreise aus der DDR in den 1950er Jahren: politische Verfolgung, allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System, private Motive wie den Wunsch nach Familienzusammenführung. Dabei weist er darauf hin, dass private und wirtschaftliche Gründe nicht von den politischen getrennt werden können⁹⁷. „Oft hatte sich über Jahre eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Situation in der DDR angestaut,

⁹³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Anzahl der angegebenen Gründe für die Migration in die BRD: 1 Grund: 31,1%, 2 Gründe: 45,6%, 3 Gründe: 13,3%, 4 Gründe: 7,8%, 5 Gründe: 2,2% (n=90), arithmetischer Durchschnitt: 2,04 Gründe.

⁹⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, n=90.

⁹⁵ Vgl. Han, *Soziologie der Migration*, S.15; Schmelz, *Migration und Politik im geteilten Deutschland*, S.41.

⁹⁶ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁹⁷ Vgl. Bispinck, *Motive für Flucht und Ausreise aus der DDR*, in: Effner/Heidemeyer (Hrsg.), *Flucht im geteilten Deutschland*, S.50.

und es bedurfte nur eines kleinen Anlasses – Ärger mit dem Vorgesetzten –, um die DDR zu verlassen.⁹⁸ Bispinck sieht hierfür vor allem zwei politische Gründe, die undemokratischen Verhältnisse in der DDR und die wirtschaftliche Überlegenheit der Bundesrepublik. Bei den privaten Gründen war der Wunsch nach der Zusammenführung von Familien am häufigsten⁹⁹. Die DDR-Bürger besaßen mit der Bundesrepublik eine wirtschaftlich prosperierende „alternative Heimat“, die Flucht führte nicht in die kulturelle Fremde, bedeutete nicht den Verlust staatlicher Ordnung und Protektion, und schließlich wurden die Neuankömmlinge in der Bundesrepublik als Staatsbürger betrachtet¹⁰⁰. Volker Ackermann fasst die Ergebnisse einer Analyse des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen aus dem Jahr 1961 über die Fluchtmotive wie folgt zusammen: Gewissensnotstände, Ablehnung von Aufträgen und Anforderungen der SED oder der Massenorganisationen, politische Gründe sonstiger Art wie Widerstand gegen das Regime, wirtschaftliche Gründe wie die Maßnahmen zur Verstaatlichung der privaten Wirtschaft oder Lohn- und Arbeitskonflikte sowie familiäre und persönliche Gründe wie Familienzusammenführung oder Differenzen in der Ehe¹⁰¹. Vergleicht man die Migrationsgründe von der DDR in die Bundesrepublik vor und nach dem Mauerbau, fallen zunächst die Gemeinsamkeiten auf. Die „beruflichen Probleme“ waren oft politischer Natur.

Auch die „Rückkehrer“ von der Bundesrepublik in die DDR nannten oft mehrere Ursachen für ihre Entscheidung, die neue Heimat wieder zu verlassen; genannt wurde die Familie in der DDR oder dass das Leben in der Bundesrepublik nicht den Erwartungen entsprochen habe¹⁰². Die Migranten gaben im Durchschnitt mehr Gründe an als bei der Migration von der DDR in die Bundesrepublik¹⁰³. Konnten diese Menschen abschätzen, was sie in der DDR erwartete, vor allem hinsichtlich einer Strafe wegen „Republikflucht“ und/oder „Spionage“? Das Strafmaß lag bei einer Freiheitsstrafe, in schweren Fällen der Spionage sogar bei einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe, bei Bewährung oder bei einer Geldstrafe. Warum gingen die Menschen dieses Risiko ein? Vereinzelt ist den „Befragungsprotokollen“ der Staatssicherheit zu entnehmen, dass die Befragten von westlichen Stellen auf das Risiko einer Gefängnisstrafe hingewiesen wurden. Vermutlich nahmen die „Rückkehrer“ eine Gefängnisstrafe in Kauf, wobei sie insgeheim wohl hofften, möglichst glimpflich davonzukommen. Dies zeigt, wie massiv ihre Gründe dafür waren, in die DDR zurückzukehren. Der Punkt „Familie in der

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 63.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 65; vgl. van Melis, Republikflucht, S. 7.

¹⁰¹ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 130.

¹⁰² In den 1950er Jahren wurden überwiegend familiäre und wirtschaftliche Gründe für Rückkehr und Zuzug in die DDR angegeben; vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 44. Vorliegende Stichprobe zu den häufigsten Migrationsgründen von der BRD in die DDR: „Familie in der DDR“ 64,5%, „Leben in der BRD entsprach nicht den Erwartungen“ 45,2%, „Aussicht auf ein besseres Leben in der DDR“ 37,1% (n=62), siehe Anmerkung 5, Auswertung.

¹⁰³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

DDR“ umfasste mehrere Aspekte, etwa den Wunsch nach dem Zusammenleben mit Frau und Kind oder die Sehnsucht nach den Eltern oder Großeltern¹⁰⁴. Hier wird deutlich, welche Folgen die meist fehlenden Kontaktmöglichkeiten bei diesem Migrationsgeschehen hatten. In diesem Zusammenhang ist auch der Faktor Heimweh zu sehen. Die Rückkehrmotive, welche die Migranten in den Vernehmungen durch die Staatssicherheit angaben, sind daher nicht immer pauschal als „falsch“ einzustufen, denn „Heimweh“ und „Sehnsucht nach Familie und Freunden“ erschienen als Rückkehrgründe durchaus plausibel. Unter dem Punkt „Leben in der BRD entsprach nicht den Erwartungen“ wurden ebenfalls eine Reihe individueller Gründe aufgezählt: Geringer Verdienst, hohe Mieten, hohe Lebenshaltungskosten, Leben im Jugendwohnheim, unangenehmer Aufenthalt im Notaufnahmehager Gießen, keine Freunde in der Bundesrepublik, kein gutes Verhältnis zu Verwandten oder Einsamkeit¹⁰⁵. Die „Aussicht auf ein besseres Leben in der DDR“ wurde von den Migranten vor allem mit einer gesicherten Existenz und niedrigen Lebenshaltungskosten begründet. Oftmals sagten die Migranten, sie hätten bei der Flucht in die Bundesrepublik einen Fehler gemacht, sie seien betrunken gewesen und würden diesen Fehler bereuen¹⁰⁶. Zu fragen wäre, ob sie sich betranken und dann aufgrund einer „Schnapsidee“ in die Bundesrepublik gingen oder ob sie den Entschluss zum Verlassen der DDR schon vorher getroffen hatten und sich „Mut antrinken“ wollten¹⁰⁷.

Andrea Schmelz untersuchte die West-Ost-Migration vor dem Hintergrund arbeitsmarkt- und sicherheitspolitischer Überlegungen¹⁰⁸. Aus der Sicht der SED gingen viele „kriminelle/asoziale“ Menschen in die DDR, andererseits waren die Migranten als Arbeitskräfte durchaus begehrt¹⁰⁹. Insgesamt wechselten von 1962 bis 1968 knapp 44.000 Menschen von der Bundesrepublik in die DDR¹¹⁰, davon waren zwei Drittel „Rückkehrer“. Den zentralen Grund für die Remigration sieht Schmelz im persönlich-sozialen Bereich: „Ein beträchtlicher Teil der DDR-Zuwanderer/Flüchtlinge fühlte sich sozial isoliert, da es ihnen nicht gelang, Bindungen und Freundschaften in der Bundesrepublik aufzubauen. Häufig kehrten sie dann in die DDR zurück, um ihrer marginalen Situation und der Außenseiterposition

¹⁰⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹⁰⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹⁰⁶ Dies war letztlich Voraussetzung dafür, dass die Migranten wieder in die DDR integriert wurden; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 050536, Dienstanweisung des Ministeriums des Innern vom 22. 10. 1960: „1. Die Aufnahme in die DDR kann gewährt werden: a) Rückkehrern, die das legale oder illegale Verlassen der DDR ehrlich bereuen und die Gewähr geben, dass sie in Zukunft die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Gesetze der DDR achten sowie aktiv am sozialistischen Aufbau teilnehmen werden ...“.

¹⁰⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Für den Hinweis zu dieser Problematik danke ich Thomas Morgenroth (BStU, Ast. Suhl).

¹⁰⁸ Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 24.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 26.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 39f. (DDR-Statistik); dies würde für den Bezirk Suhl bedeuten, dass es sich um ca. 1300 Personen handelte oder – geschätzt – um ca. 2000 Personen 1961 bis 1972.

zu entgehen.“¹¹¹ Diese Gründe spielten auch bei unserer Personengruppe eine zentrale Rolle.

Bei den meisten Mitgliedern unserer Fallanalyse handelte es sich um junge Männer. In dieser Lebensphase „werden die Entscheidungen über Beruf, Eheschließung, Wohnort, Wohnform und Lebensstil getroffen, die den Platz des Mannes in der Erwachsenenwelt umreißen“¹¹². Auch der männliche Habitus dürfte bei der Entscheidung zur Flucht eine Rolle gespielt haben¹¹³. Oftmals wird in Konfliktsituationen schnell und nicht rational entschieden; ebenso ist die Suche nach riskanten Grenzerfahrungen relativ häufig¹¹⁴. Hinzu kamen Ärger am Arbeitsplatz oder Familienstreitigkeiten als Gründe für eine Migration in die Bundesrepublik. Trotzdem hatten ca. 90 Prozent der untersuchten Personen zum Zeitpunkt der Flucht keinerlei Vorstrafen, es handelte sich nicht um „Kriminelle“/„Asoziale“, wie es SED und MfS suggerieren wollten¹¹⁵.

Am wichtigsten aber war vermutlich, dass die Vertreter unseres Fallbeispiels nicht an den vergleichsweise bescheidenen ökonomischen Erfolgen partizipierten, welche damals die wirtschaftliche Entwicklung der DDR kennzeichneten. Eine große Rolle spielte auch, dass Verwandte oder gar Familienangehörige bereits in die Bundesrepublik geflohen waren¹¹⁶. Weiter fällt auf, dass in 50 Prozent der Fälle die Flucht mit einem Freund durchgeführt wurde¹¹⁷. Dies deutet auf die Existenz enger Freundeskreise hin, auf „Jugendpeergruppen“, welche die DDR kritisch betrachteten.

Verurteilungen der Migranten in der DDR und die weiteren Lebenswege in der DDR

Nach ihrer Rückkehr in die DDR und dem Aufenthalt im Bezirksaufnahme-Heim Schmalkalden wurde ein Teil der Migranten wegen „Republikflucht“ und/oder „Spionage“ angeklagt. Die eingesehenen Unterlagen lassen keine exakten Aussa-

¹¹¹ Ebenda, S. 48.

¹¹² Walter R. Heinz, Der Lebenslauf, in: Hans Joas (Hrsg.), Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt a. M. 2001, S. 160.

¹¹³ Vgl. Lothar Bönisch, Männliche Sozialisation. Eine Einführung, Weinheim München 2004, S. 50.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, S. 53, und Lothar Böhnisch, Abweichendes Verhalten. Eine pädagogisch-soziologische Einführung, Weinheim/München 2006, S. 83.

¹¹⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. n = 40, Keine Vorstrafen und laufendes Ermittlungsverfahren wegen Vergehen gegen § 8 des StGB (Passgesetz): 15 %, Vorstrafen: 10 % (Diebstahl, unberechtigtes Benutzen eines Kraftfahrzeuges, Vernachlässigung der Fürsorgepflicht).

¹¹⁶ Dies war in knapp 40% der Personen der Fall (n = 46), meistens waren es Geschwister, zum etwas geringeren Teil ein Elternteil oder sonstige Verwandte; siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹¹⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. n = 46, davon flohen 21 (= 45,7 %) mit einem oder mehreren Freunden in die BRD; vgl. dazu Fritz Sack/Michael Lindenberg, Abweichung und Kriminalität, in: Joas (Hrsg.), Lehrbuch der Soziologie, S. 179, die auf Ronald Akers verweisen, „Der einzige und beste Voraussagefaktor für das Verhalten von Heranwachsenden, sei es nun konform oder abweichend, ist das Verhalten der engen Freunde“.

gen zu, wie groß der Anteil der Verurteilten war. Schätzungsweise die Hälfte der Migranten dürfte zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen zwischen zwei und acht Jahren verurteilt worden sein¹¹⁸. Die Verurteilten blieben bis zum Untergang der SED-Diktatur mehr oder weniger stigmatisiert¹¹⁹. Auch wenn sie wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden, mussten sie oftmals in wenig attraktiven Branchen und unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten¹²⁰. Dies galt auch für diejenigen Migranten, die ohne Gefängnisstrafen davorkamen und frühzeitig wieder arbeiteten¹²¹. Ein Teil der „Rückkehrer im 1. Durchgang“ verließ die DDR nochmals; sie hatten sich definitiv für die Bundesrepublik entschieden¹²². Die „Rückkehrer“ waren für das MfS interessant, denn viele von ihnen versuchte man als Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben¹²³. Aufgrund einer Schätzung kann davon ausgegangen werden, dass ein Fünftel der Migranten als IM für das MfS tätig wurde.

¹¹⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Für Fälle, in denen dies möglich war, lagen oftmals keine Informationen vor.

¹¹⁹ Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 274–276, S. 279 ff. u. S. 290–302.

¹²⁰ Ebenda, S. 273. Die Autorin spricht von einem schweren beruflichen Neuanfang für West-Ost-Migranten in der DDR, beispielsweise von deren Unzufriedenheit mit berufsfremdem Einsatz, einem zu geringen Verdienst und Einweisungen in Landgemeinden, „Den Hintergrund für die vorzugsweise Beschäftigung der West-Ost-Migranten in der Landwirtschaft, im Bergbau und als Bauarbeiter bildete die akute und permanente Nachfrage in diesen Wirtschaftssektoren“.

¹²¹ Hypothetisch kann formuliert werden, dass die Mehrzahl der „Rückkehrer“ keine beruflichen und sozialen Aufstiege erreichten; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 014708, Anordnung des Ministerrates vom 14. 8. 1961: „[...]1c) Konzentrationen von Rückkehrern sind zu vermeiden. Sie dürfen nicht an Schlüsselfunktionen und besonders lebenswichtigen Anlagen in den Betrieben beschäftigt werden [...]“.

¹²² Hierzu wurden die Karteikarten zu den „Rückkehrern“ in der BStU, Ast. Suhl, ausgewertet, die Quote derjenigen, die nochmals in die BRD ging und dort verblieb, lag bei ca. 10–15%.

¹²³ Keine quantitative Auswertung vollzogen. Hinweise aus den Karteien der Ast. Suhl ergaben, dass das MfS eine Werbung in knapp einem Drittel der Fälle versuchte, denn IM-Vorlaufakten resp. IM-Akten hatten ca. ein Drittel der Migranten.

■ Dass es eine der Grundanstrengungen von Hitlers Leben gewesen sei, die eigene Person zu verhüllen wie zu verklären, schrieb schon Joachim Fest. Kaum eine Person der Weltgeschichte habe sich so konsequent stilisiert und im Persönlichen un auffindbar gemacht wie er. Wie aber verlief dieser Prozess, wann begann er? Welche Aspekte seiner Biografie wurden von Hitler in den Vordergrund geschoben, welche abgeschwächt und welche ganz verschwiegen? Und welche Rolle spielte schließlich Hitlers Umgebung bei der Ausbildung von Topoi, die seit 1933 zum Allgemeingut einer ganzen Gesellschaft werden sollten? ■

Othmar Plöckinger

Frühe biografische Texte zu Hitler

Zur Bewertung der autobiografischen Teile in „Mein Kampf“

Mein Kampf als autobiografischer Text

Mit der Veröffentlichung des ersten Bandes von *Mein Kampf* Mitte 1925 legte Hitler Grundlagen für die folgenden Auseinandersetzungen um seine Vita bis 1920. Lücken und Verkürzungen waren dabei durchaus von Hitler gewollt, denn im Wesentlichen hat er sich in *Mein Kampf* darauf beschränkt, bereits Bekanntes nachzu-erzählen. Das Buch gab daher als Autobiografie keine neuen Aspekte preis, vielmehr harmonisierte es zentrale Abschnitte seines Lebens, wie viele Publikationen seit 1925 belegen¹. Mit der Machtübernahme 1933 gewann die Selbstdarstellung des neuen Reichskanzlers noch größere Bedeutung – in Deutschland und in einem nicht geringen Maße auch im Ausland. Die Lebensbeschreibung erstarrte zum Gründungsmythos einer „neuen Zeit“.

Dass *Mein Kampf* biografisch im Jahr 1920 weitgehend abbricht und zu einer „Partei-geschichte“ wird, die selbst wiederum im Jahr 1923 endet, störte dabei kaum. Vielmehr sind es gerade diese Bruchstellen, welche die Abhängigkeit vieler nationalsozialistischer Publikationen von *Mein Kampf* deutlich erkennen lassen,

¹ Dies galt zunächst natürlich vor allem für Arbeiten aus dem Umfeld der NSDAP, zunehmend aber auch für solche, deren Verfasser als „neutrale Beobachter“ gesehen werden wollten. Die gern gegebenen Beschreibungen der „Strenge und Aermlichkeit des Vaterhauses“ oder Hitlers in Wien gefundene „feste[n], unwandelbare[n] Anschauung“ (Hans vom Wannsee, Adolf Hitler, in: Deutsche Handels-Warte 20 (1932), Nr. 3, Februarheft, S. 51) waren kaum je mehr als Paraphrasen der entsprechenden Stellen aus *Mein Kampf*, in extremen Fällen manchmal reine Zitate. Schriften wie jene von Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1932, bildeten Ausnahmen. Einzelne Teilaspekte konnten dabei dennoch durchaus kritisch betrachtet werden. Gerade in den frühen 1930er Jahren wurden beispielsweise über Hitlers Darstellung seines „Weggangs“ aus Wien oder seiner Kriegszeit in *Mein Kampf* heftige Debatten geführt; vgl. Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945, München 2006, S. 208 ff.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn sie die Entwicklung bis 1923, ergänzt durch den Prozess 1924, überbordend schildern, die Jahre bis 1933 aber mit nur wenigen Bemerkungen abhandeln.

So wurde *Mein Kampf* bis 1945 zur Grundlage für die Wahrnehmung der „inneren und äußeren“ Entwicklung Hitlers, ungeachtet der Tatsache, dass das Buch schon 1925 nichts entscheidend Neues mehr zu seiner Biografie bot.

Biografische Darstellungen bis zum November 1923

Bis zum Erscheinen von *Mein Kampf* war das Wissen um Hitlers Biografie sehr unterschiedlich. In der Öffentlichkeit wie in Parteikreisen konnte man zum einen auf erstaunlich gut informierte Texte stoßen, zum anderen allerdings auch auf beinahe völlige Ahnungslosigkeit. Zwischen diesen Extremen bewegten sich schließlich auch jene Darstellungen, die ganz bewusst Überhöhungen oder Verzerrungen verbreiteten.

Eine der frühesten biografischen Darstellungen stammte von Hitler selbst. Sie hat sich jedoch nicht erhalten. Als Voraussetzung für die Aufnahme in die von der Reichswehr ab Sommer 1919 organisierten Propagandakurse mussten die Teilnehmer einen Lebenslauf abliefern: „Es wird gebeten, von den Zuhörern kurze selbstgeschriebene Lebensläufe herstellen zu lassen, in denen der bisherige Bildungsgang und der Umfang der Teilnahme am Krieg ersichtlich ist.“² An einem der ersten Kurse nahm auch Hitler teil, er musste demnach einen solchen Lebenslauf verfasst haben³.

Insgesamt sind biografische Darstellungen zu Hitler vor 1920/21 rar. Das Wissen um seinen Lebensweg war in diesen Jahren selbst bei den feurigsten Anhängern sehr mager. Im April 1921 schrieb Rudolf Heß über Hitler an seine Kusine: „In seiner Jugend hat er neben seinem Studium Straßen in Wien gekehrt, um leben zu können. Stammt aus ganz einfachen Verhältnissen. Hat sich aber ein gewaltiges Wissen angeeignet, das ich immer wieder bestaune. Im Feld hat er zwei Jahre auf Urlaub verzichtet. Als einfacher Soldat erwarb er sich das Eiserne [Kreuz] I. Kl[asse].“⁴ Ähnliches schrieb er auch Mitte Mai 1921 in einem Brief an Gustav Ritter von Kahr: „Im Feld war H[itler] den ganzen Krieg über an der Front, wobei er sich als einfacher Mann das E.K.I. erwarb. Bis 1916 verzichtete er freiwillig auf

² Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Kriegsarchiv, MKr 14537 (undatiert).

³ Bisher wurde davon ausgegangen, dass Hitler am ersten Kurs im Juni 1919 teilgenommen hat; vgl. Othmar Plöckinger, Adolf Hitler als Hörer an der Universität München im Jahr 1919. Zum Verhältnis zwischen Reichswehr und Universität, in: Elisabeth Kraus (Hrsg.), Die Universität München im Dritten Reich. Aufsätze, Teil II, München 2008, S. 30 f.; Anton Joachimsthaler, Hitlers Weg begann in München 1913–1923, München 2000, S. 228 bzw. S. 361, Anm. 763. Tatsächlich jedoch nahm Hitler erst an einem späteren Kurs teil, wie neu aufgefundene Dokumente belegen. Damit wird auch Hitlers „Einstieg in die Politik“ im Sommer 1919 neu zu bewerten sein. Eine entsprechende Publikation des Autors ist in Arbeit.

⁴ Wolf Rüdiger Heß (Hrsg.), Rudolf Heß. Briefe 1908–1933, München 1987, S. 267.

Urlaub.“⁵ Heß behauptete zwar, Hitler persönlich gut zu kennen, doch hinderte ihn das nicht daran, dessen Geburtsort Braunau am Inn mit der gleichnamigen Stadt in Böhmen zu verwechseln. „H[itler] stammt aus dem deutsch-böhmischen Grenzgebiet; sein Nationalempfinden wurde daher früh ausgeprägt.“⁶

Wenig später wurde Hitlers Biografie erstmals öffentlich diskutiert. Anlass waren die parteiinternen Streitigkeiten im Sommer 1921, als Hitler die alleinige Leitung der Partei forderte. Dies war nicht zuletzt gegen Anton Drexler⁷ gerichtet, dessen Anhänger mit einem in München verbreiteten Flugblatt reagierten, das den Titel „Adolf Hitler – Verräter?“ trug. Es wurde zum Anlass eines mehrjährigen Prozessierens mit Klagen und Gegenklagen – Hitler verdächtigte Drexler persönlich, Drahtzieher dieser Aktion gewesen zu sein – und damit zum Auslöser des späteren Bruches zwischen Drexler und Hitler. Nicht zuletzt ging es in dem Flugblatt auch um Hitlers Herkunft und Tätigkeit:

„Tatsache ist nur, dass Hitler, der Oesterreicher ist, mit den dortigen Kaiser-Karl-Kreisen in Verbindung steht. Er wurde bereits vor längerer Zeit einmal öffentlich als ‚Karlist‘ bezeichnet, stellte damals zum Schein Klage und zog diese wieder zurück. Ein weiterer Punkt ist seine Berufs- und Geldfrage. Auf Fragen seitens einzelner Mitglieder, von was er denn eigentlich lebe und welchen Beruf er früher gehabt habe, geriet er jedesmal in Zorn und Erregung. Eine Beantwortung dieser Fragen ist bis heute noch nicht erfolgt. Sein Gewissen kann also nicht rein sein, zumal doch sein übermäßiger Damenverkehr, bei denen er sich des Öfteren schon als ‚König von München‘ bezeichnete, sehr viel Geld kostet.“⁸

Diese Auseinandersetzungen sind vermutlich ein Grund dafür gewesen, dass im Herbst 1921 Hitler selbst seine Biografie schilderte. Über Vermittlung von Dietrich Eckart verfasste er Ende November 1921 einen entsprechenden Text für einen offenbar nicht unwichtigen Anhänger⁹. Er gab darin auch Details an, die er

⁵ Abgedruckt in: Georg Franz-Willing, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923–Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977, S. 330–335, Zitat S. 334.

⁶ Ebenda, S. 330 f. Auf einen ähnlichen Irrtum dürfte Hindenburgs bekannter Ausspruch 1932 über den „böhmischen Gefreiten“ zurückzuführen sein. 1932 beschwerte sich die NSDAP gerade über solche Verwechslungen und beklagte, dass Hitlers Gegner ihm gerne eine tschechische Abstammung unterschieben würden; vgl. Tatsachen und Lügen über Hitler, München 1932, S. 14 f.

⁷ Anton Drexler war 1919 einer der Mitbegründer der Deutschen Arbeiter Partei (DAP), Mitverfasser des Parteiprogramms der NSDAP und bis 1921 ihr Vorsitzender. Danach geriet er zunehmend in Gegensatz zu Hitler.

⁸ Zit. in: Münchener Post vom 3. 8. 1921. Ein Original des Flugblattes hat sich nicht erhalten, doch hat die Münchener Post den Text publik gemacht. Die Zwistigkeiten führten zur ersten Spaltung der NSDAP. Unter Führung ehemaliger Ausschussmitglieder, insbesondere Josef Berchtolds, wurde die „Freie nationalsozialistische Vereinigung“ in München gegründet, wengleich sie sich von Form und Inhalt des Flugblattes distanzierte; vgl. Staatsarchiv München (künftig: StA), Pol. Dir. München 6778.

⁹ Das Schreiben ist nur mit der Anrede „Lieber Herr Doktor!“ versehen; alle Zitate und Verweise daraus, in: Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen. 1905–1924, Stuttgart 1980, S. 525 ff. Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 254 u. S. 257, Anm. 824, vermutet als Adressaten Dr. Emil Gansser, der seit 1921 Parteimitglied war und sich um Spen-

später in *Mein Kampf* nicht mehr erwähnte, etwa eine Auflistung seiner Kriegsauszeichnungen. Auch bezeichnete er sich darin noch als ehemaligen „gewöhnlichen Tagelöhner“ – ein Begriff, den er in *Mein Kampf* dann sehr bewusst vermied¹⁰. Andererseits ließ er in diesem Schreiben etwa sein Scheitern an der Akademie in Wien unerwähnt. Auch von der Wiener „Los-von-Rom“-Bewegung, die später in *Mein Kampf* viel Raum einnehmen sollte, fehlte noch jede Spur. Insgesamt entwarf Hitler bereits in dieser frühen biografischen Skizze das Bild eines aus ärmlichen Verhältnissen stammenden und durch die „Härte des Lebens“ früh gereiften Autodidakten. Wichtig schien ihm allerdings der Hinweis auf seine Aufgaben als „Bildungsoffizier“ im Jahr 1919. Die Geschichte seiner Partei, im November 1921 immerhin bereits etwa zweieinhalb Jahre alt, handelte Hitler nur in zwei Sätzen ab. Umso auffälliger ist daher, dass sich bereits hier der Mythos von der zunächst erst sieben Mitglieder zählenden Partei findet¹¹.

Diese autobiografische Darstellung scheint innerhalb der Partei nicht unbekannt geblieben zu sein. Ende Oktober 1921 war Hitler nach verschiedenen Ausschreitungen erstmals seine Ausweisung aus Bayern angedroht worden¹², im Frühjahr 1922 wurde darüber öffentlich diskutiert, auch im Bayerischen Landtag. Hitler hielt dazu in einer Erklärung im *Völkischen Beobachter* fest, dass „der Ort meiner Geburt bloß 250 m von der bayerischen Grenze entfernt, noch vor 100 Jahren selber bayerisches Staatsgebiet war [...]. Ich könnte auch einwenden, dass ich einen Teil meiner Kindheit bereits in Bayern verbrachte, zu Passau, und dass ich mich nunmehr seit geschlagenen 10 Jahren in München befinde.“¹³ Schon im März 1922 protestierten daher etliche Ortsgruppen der NSDAP schriftlich gegen Hitlers mögliche Ausweisung beim Bayerischen Innenministerium. Die Ortsgruppe Burghausen meinte dabei über die Kriegsverdienste ihres Parteiführers: „Hitler hat als einfacher Soldat 4½ Jahre an deutschen Fronten gekämpft und wurde für seine Tapferkeit mit dem Regimentsdiplom, den Eisernen Kreuzen I. u[nd] II. Klasse und dem bayerischen Militärverdienstkreuz mit Schwertern ausgezeichnet.“¹⁴ Dies entsprach im Wesentlichen den Angaben, die Hitler selbst

den für die NSDAP bemühte. Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926–Mai 1928, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Bärbel Dusik, München 1992, S. 27, Anm. 14.

¹⁰ Diese Stillisierung dehnte er auch auf seine Familie aus, wie die Streichung dieser Bezeichnung für seinen Großvater aus frühen Textentwürfen zu *Mein Kampf* zeigt; vgl. Florian Beierl/Othmar Plöckinger, Neue Dokumente zu Hitlers Buch *Mein Kampf*, in: VfZ 57 (2009), S. 276.

¹¹ Erstaunlich auch, dass Hitler hier angibt, bereits im Juni 1919 der DAP beigetreten zu sein und bereits sieben Mitglieder in der DAP vorgefunden zu haben. Er wäre demnach das achte Mitglied gewesen, und nicht – wie später zum Parteimythos geworden – das siebte.

¹² Vgl. Dossier der Polizeidirektion München vom 8.5.1924, in: BayHStA München, MInn 81597. In Parteikreisen herrschte immer wieder eine gewisse Unklarheit über Hitlers diesbezügliche Lage; vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), MA 734/98.

¹³ *Völkischer Beobachter* vom 12.4.1922.

¹⁴ BayHStA München, MInn 81573.

in seiner Darstellung vom November 1921 über seine Kriegsauszeichnungen gemacht hat.

Waren damit wesentliche Daten zu Hitlers Kriegszeit schon im Frühjahr 1922 bekannt, so blieb seine berufliche Laufbahn weiterhin im Dunkeln. Im Bayerischen Innenministerium hielt man 1922 lapidar fest: „Was Hitler von Beruf ist, was er je gearbeitet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.“¹⁵ Man war damit kaum besser informiert als ausländische Diplomaten. In einem Memorandum vom 13. November 1922 räumte der britische Botschafter in Berlin ein: „We know very little of Herr Hitler's past except that he is said originally to have been a designer of posters.“¹⁶ In anderen Berichten an das britische Foreign Office wurde Hitler gelegentlich gar mit einem Dokortitel versehen¹⁷. Das am 28. Mai 1923 fertig gestellte erste umfassende „Memorandum on the Hitler Movement in Bavaria“ wusste kaum mehr zu berichten: „The son of a petty Austrian Government employee living near the Bavarian border, he fought in the Bavarian army during the war, is a self-educated man, lives solely for his cause and in private conversation expresses himself with sobriety and modesty. He declares that his anti-Semitic ravings are solely for advertising purpose.“¹⁸ In der ersten ausführlicheren Beschäftigung mit Hitler und dem Nationalsozialismus durch amerikanische Diplomaten vom 5. Dezember 1922 hieß es: „Hitler, the young Austrian Sergeant, who fought in the German Army during the war, and who is now leading a Fascisti movement, known as the ‚Grey Shirts‘, is working very slowly and I should say efficiently along the same lines as Mussolini.“¹⁹

Die englischsprachige Öffentlichkeit, die sich ab 1923 für Hitler und seine Anhänger zu interessieren begann, besaß ebenfalls kaum verlässliche Informationen: „Was den Führer der deutschen Faschisten betraf, so waren Fehlinformationen über seine Herkunft, seinen Beruf und seine Fähigkeiten weit verbreitet. Während einige schrieben, er sei Tscheche, schrieben andere, er sei Österreicher. War er Künstler, Anstreicher, Tapezierer? War er ein Achteil Jude, ein Viertel Jude, Halbjude oder rein deutsch? Niemand wusste Genaues.“²⁰ Im März 1923 sieht man in England und den USA Hitler als gebürtigen Wiener und von Beruf Dekorationsmaler²¹. Freilich konnten zu dieser Zeit sogar noch Beiträge über den

¹⁵ Ebenda. Der Bericht ist undatiert, doch kann das Jahr 1922 aus dem Inhalt erschlossen werden.

¹⁶ Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Series I, Ia u. II, London 1960 ff., I, XX, 305 (S. 586). Dieser Text über Hitler und den Nationalsozialismus, basierend auf einer Analyse vom 2. 11. 1922, zirkulierte beim König, den Vertretern der Dominions und im Kabinett. Vgl. Detlev Clemens, Herr Hitler in Germany. Wahrnehmung und Deutungen des Nationalsozialismus in Großbritannien 1920 bis 1939, Göttingen/Zürich 1996, S. 54 ff.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 46.

¹⁸ Public Record Office London, F.O. 371/8754.

¹⁹ National Archives Washington, M 336/20/792 ff.

²⁰ Sander A. Diamond, Herr Hitler. Amerikas Diplomaten, Washington und der Untergang Weimars, Düsseldorf 1985, S. 54.

²¹ Vgl. Literary Digest, Bd. 76, Nr. 23, 17. 3. 1923.

Faschismus in Deutschland erscheinen, in denen die NSDAP nur am Rande und Hitler überhaupt nicht erwähnt wurden, wie etwa der Artikel „The Fascisti Movement in Germany“²².

Noch ahnungsloser war man in der Sowjetunion; in der ersten russischen Kurzbiografie über Hitler hieß es:

„An der Spitze der nationalsozialistischen Partei steht, wie allgemein bekannt ist, ihr Führer Hitler. Seine Herkunft ist äußerst schleierhaft: nach einer Version ist er Arzt, nach einer anderen Tischler. Auf seine Persönlichkeit gehen wir jedenfalls notwendigerweise ein. Sein Tun zeichnet sich durch große Marktschreierei aus, er hat kein logisches, durchdachtes Programm. Sein Auftreten hat den Charakter außerordentlicher Taktlosigkeit und Grobheit [...]. Seine Autorität wird in den Augen der Massen besonders gehoben durch seine Bescheidenheit und Enthaltensamkeit im persönlichen Leben. Hitler bezeichnet sich selbst als ‚wahren Sozialisten‘.“²³

In Frankreich hingegen, wo aufgrund der Rheinlandbesetzung seit Januar 1923 den deutschen rechten Verbänden verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wurde, war man im Februar 1923 etwas besser über Hitlers Biografie informiert. In einem umfangreichen Artikel mit dem Titel „Der Bayerische Faschismus. Adolf Hitler“, den die bayerischen Behörden wichtig genug fanden, um ihn übersetzen zu lassen, hielt das französische Journal *L'Eclair* fest:

„Adolf Hitler ist im Jahre 1889 in Oberösterreich geboren und stammt aus einer sehr einfachen Familie. Er verdiente seinen Lebensunterhalt als Dekorationsmaler, als der Krieg ausbrach. Er hat tapfer seine Pflicht getan, wurde schwer verwundet und lag lange Zeit im Lazarett. Er war damals fast blind geworden, aber wie man das öfters bei Blinden beobachten kann, dass sie sich ganz mystischen Ideen hingeben, erhellten glänzende Visionen, von denen er ganz mitgenommen wurde, das Dunkel seiner Augen. [...] Geheilt und befreit warf sich Adolf Hitler auf die Politik. Im Jahre 1919 hatten ihn sein Glaube, seine Wirksamkeit, die einzigartige Achtung vor ihm und die Autorität, welche von ihm ausging, zum unbestrittenen Führer der bayerischen Arbeiterpartei gemacht.“²⁴

²² Vgl. Labour Monthly, January 1923. Der Artikel erschien wenig später als einer der ersten über die deutschen Faschisten auch in den USA, in: Living Age, Bd. 316, 3. 3. 1923; vgl. Diamond, Herr Hitler, S. 54.

²³ Евсеев [Jewsejew] (Pseud.): Фашизм и его Организации [Der Faschismus und seine Organisation]. Moskau 1924, S. 60f. Hinter dem Pseudonym dürfte sich vermutlich Karl Radek verborgen haben, möglicherweise aber auch Grigori Sinowjew; vgl. Галиктионов, Юри В. [Galiaktionow, Juri W.]: Германский Фашизм в Зеркале Историографии 20–40-х Годов [Der deutsche Faschismus im Spiegel der Geschichtsschreibung der 20er bis 40er Jahre], Kemerowo 1996, S. 30. Das Buch interessiert sich vor allem für den italienischen Faschismus, beim deutschen stehen die Freikorps und die „Orgesch“ im Mittelpunkt. Dem Nationalsozialismus werden immerhin sieben Seiten zugewidmet. Das Wissen über ihn ist jedoch – wie schon die zitierten Ausführungen über Hitler zeigen – sehr beschränkt. Der Text ist noch vor dem November 1923 fertiggestellt worden, da Hitlers Putschversuch nicht erwähnt wird.

²⁴ Übersetzung des Artikels vom 27. 2. 1923, in: BayHStA München, MA 100425.

In Bayern selbst entdeckte man Hitlers dubiose Vergangenheit zunehmend als Einfallspforte, um Angriffe gegen ihn zu starten. So entfachte im März 1923 die sozialdemokratische *Münchener Post* erneut eine Diskussion um seine Kriegszeit und sein Verhalten während der Revolution, indem sie ihm vorwarf, sich im Krieg der „Gefahrenzone jedenfalls erheblich entrückt“ und sich nach der Revolution durchaus für die Republik eingesetzt zu haben; er solle deshalb mit der Bezeichnung „Novemberverbrecher“ vorsichtiger umgehen. Die *Münchener Post* veröffentlichte dabei den bis dahin detailliertesten biografischen Abriss:

„Adolf Hitler ist am 20. April 1889 in Braunau in Oberösterreich geboren und rückte am zwölften Mobilmachungstage des Jahres 1914, also in einem Alter von 25 Jahren, beim Rekrutendepot des 1. Reserve-Regiments, das im Franziskanerkeller lag, ein. Nach etwa vier Wochen kam er zum Bataillon Kirchenschule, von da in die Guldeinschule und dann zum 16. Regiment List. Hier war er drei Wochen im Schützengraben und wurde dann Stabsordonnanz. Nach einer Erkrankung wurde er zum Regimentsstab des 16. Reserve-Infanterie-Regiments, 3. Kompanie, als Hilfsschreiber kommandiert und war vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1916 in dieser seiner Tätigkeit der Gefahrenzone jedenfalls erheblich entrückt. Eine leichte Verwundung trug er am 5. Oktober 1916 bei Le Barque davon, einen leichten Granatsplitter im linken Bein. Im November 1918, nach dem Zusammenbruch, sehen wir Hitler beim Ersatzbataillon des 2. Regiments in der Luisenschule.“²⁵

Hitlers Erwiderung brauchte nur wenige Tage. Darin enthüllte er weitere Aspekte seiner Biografie:

„Ich rückte zum 2. Infanterieregiment Ersatzbataillon München ein, und zwar Elisabethenschule, kam sofort zum Regiment List, 1. Kompanie, rückte mit dem Regiment ins Feld, meldete mich freiwillig zum Gefechtsmeldegänger und erhielt als solcher schon im Jahr 1914 das Eiserne Kreuz 2. Klasse. [...] [Ich] erhielt in der Sommeschlacht eine dreifache Granatsplitterverwundung am linken Bein. Ich meldete mich nach meiner Heilung sofort wieder freiwillig ins Feld, war wieder dauernd in [!] der Front und erhielt endlich 1918 eine schwere Gelbkreuzvergiftung, die mich zum blinden Krüppel machte. Ich war während der Revolution im Lazarett. Ich war niemals in einer Propagandaabteilung des revolutionären Soldatenrates. [...] Ich habe niemals einen Vortrag für diese sogenannte ‚daitische‘ Republik gehalten, sondern als Bildungsoffizier des Schützenregiments 41 immer für die nationale Erhebung des deutschen Volkes gepredigt.“²⁶

²⁵ Münchener Post vom 24./25.3.1923. Als Quelle für diese überaus präzisen Angaben darf Hauptmann Karl Mayr gelten, der 1919/20 die Propagandaabteilung des Reichswehrgruppenkommandos in München leitete und dabei in engen Kontakt zu Hitler kam. 1923 stand Mayr bereits in Kontakt zur SPD, später arbeitete er im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mit; vgl. Mayrs Beitrag in der *Münchener Post* vom 2.7.1923; Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 360, FN 744.

²⁶ Völkischer Beobachter vom 27.3.1923. Tatsächlich kam Hitler erst Ende Oktober 1919 zum Schützenregiment 41; vgl. Regimentsbefehl vom 24.10.1919, in: BayHStA München, Kriegsarchiv, Schützenregiment 41, Bund 5 (229).

Der Schwerpunkt des Interesses lag unverkennbar auf Hitlers Kriegs- und Revolutionszeit. Daneben wird auch deutlich, dass der „Bildungsoffizier“ inzwischen ein fester Bestandteil der Selbstdarstellung Hitlers geworden war²⁷.

Der öffentlichen Diskussion um Hitler wie auch seiner inzwischen unumstrittenen Position in der NSDAP trugen die Darstellungen zu seinem Geburtstag am 20. April 1923 im *Völkischen Beobachter* Rechnung. Fand in den Jahren zuvor dieses Datum noch keine besondere Erwähnung, so tat sich nun Alfred Rosenberg mit einem euphorischen Leitartikel hervor, während Dietrich Eckart ihm ein Gedicht widmete: „Adolf Hitler zu seinem heutigen Geburtstage“²⁸. Beide vermieden jegliche biografischen Hinweise. Nur Anton Drexler hielt in einer Hitler-Versammlung in München einen Rückblick auf die Frühgeschichte der Partei, wie aus einem Artikel im *Völkischen Beobachter* hervorgeht:

„Gegründet wurde dann die N.S.D.A.P. am 5. Januar 1919 im Fürstenfelder Hof, ohne dass ihr auch nur die bescheidensten Geldmittel zur Verfügung gestanden wären. Aber erst nach dem Zusammenbruch der Räterepublik konnte sie ihre Tätigkeit in aller Öffentlichkeit aufnehmen, getragen zunächst von Dietrich Eckart und Gottfried Feder, bis im Herbst 1919 sich Drexlers Aufmerksamkeit auf Adolf Hitler richtete. Was dieser geleistet hat, das sehen wir heute in unserer Bewegung, wie sie sich entwickelt hat, weil uns der Himmel einen Adolf Hitler schenkte.“²⁹

Dies war nur der Anfang. Die Verehrung Hitlers sollte in der kommenden Zeit mehr und mehr mystische Züge annehmen. Im Laufe des Jahres 1923 sollte sich ein „ganzer Legendenkranz“ um Hitler bilden, wie im September 1923 der Nürnberger *Fridericus* konstatierte. Demgegenüber stellte der Herausgeber, Friedrich Karl Holz, die Frage:

„Wer ist Adolf Hitler? Ein etwa 30jähriger Handwerker, der im deutsch-österreichischen Städtchen Braunau am Inn (dicht an der bayerischen Grenze) geboren wurde und in Passau in Bayern aufwuchs. In Bayern erlernte er das Malerhandwerk, in Bayern wanderte und arbeitete er. Da kam der Krieg. Adolf Hitler machte ihn als einfacher Mann (nicht als Offizier, wie immer behauptet wird) beim 16. Bayer. Res.-Regiment (List) mit und erwarb sich neben anderen Auszeichnungen das Eiserne Kreuz I. Kl[asse]. Nach dem Krieg kam Hitler in sein Adoptiv-Vaterland zurück und gesellte sich den wenigen Männern zu, die unter Anton Drexlers, eines einfachen Werkzeugschlossers, Führung am 5. Januar 1919 zu München die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gründeten.“³⁰

²⁷ Dieser falsche Begriff findet sich auch in den Prozessakten von 1924; vgl. Lothar Gruchmann u. a. (Hrsg.), *Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I*, Bd. 1, München 1997, S. 19; Joachimsthaler, *Hitlers Weg*, S. 245; Plöckinger, *Adolf Hitler als Hörer*, in: Kraus (Hrsg.), *Die Universität München im Dritten Reich*, Teil II, S. 41.

²⁸ Vgl. *Völkischer Beobachter* vom 20. 4. 1923.

²⁹ *Völkischer Beobachter* vom 22./23. 4. 1923.

³⁰ *Fridericus* 2 (1923), Nr. 37, 3. Ausgabe September. Holz war ein völkischer Konkurrent Streichers in Nürnberg. Trotz der Sympathien von Holz für die NSDAP stand Hitler dem Fride-

Aufgegriffen und weiter gewoben wurden die entstehenden Legenden von der ersten umfangreicheren biografischen Arbeit, die im Oktober 1923³¹ von Adolf-Viktor von Koerber unter dem Titel *Adolf Hitler. Sein Leben und seine Reden* veröffentlicht wurde³². Den darin wiedergegebenen Reden Hitlers ging eine Lebensbeschreibung voraus. Koerber zeichnete zunächst das Bild des Wiener Bauarbeiters, der sich dem „Wortschwall“ der Linken widersetzte, und des unermüdlich lesenden Autodidakten. Und er stellte ganz in Hitlers Sinn fest: „Mit dem zwanzigsten Lebensjahr schon war die Elementarbildung dieses aufstrebenden jungen Denkers abgeschlossen.“ Kernstück der Erkenntnisse Hitlers zu dieser Zeit sei die Einsicht gewesen, das „völkerbezwingende Weltbörsenjudentum“ sei der „Spaltpilz des Germanentums“³³. Danach sah er Hitler im Weltkrieg als Meldegänger wahre Wundertaten vollbringen: „Dieser Meldegänger ist die Kaltblütig-

ricus ablehnend gegenüber; Schriftwechsel zwischen Hitler und Holz im Oktober 1923, in: IfZ-Archiv, MA 731/2.

³¹ Im Buch selbst findet sich keine Jahresangabe. Die Aussage von Ernst Boepple vom 14. 5. 1924, in dessen „Deutschem Volksverlag“ das Buch erschienen ist, es sei seit Oktober 1923 in Umlauf gewesen, ist wohl zutreffend, da der Putschversuch vom November 1923 darin noch nicht erwähnt wird. IfZ-Archiv, Fb 106/6 I.

³² Koerber, am 27. 2. 1891 in Bergen auf Rügen geboren und 1921 nach München übersiedelt, schrieb seit 1923 im *Völkischen Beobachter*. Nach dem Putschversuch 1923 war Koerber maßgeblich an der Aufrechterhaltung einer nationalsozialistischen Presse beteiligt; er fungierte als Bote zwischen den nach Salzburg geflohenen und den in München verbliebenen Nationalsozialisten und sorgte für den Vertrieb der verschiedenen ins Leben gerufenen Tarnzeitungen. Am 10. 1. 1924 wurde er wegen Landesverrats verhaftet, da er als Verfasser des aufsehenerregenden Artikels „Herbstübung 1923“ im Tarnblatt *Mainzer Volksbote* gehalten wurde, dessen tatsächlicher Autor aber vermutlich Joseph Stolzinger-Cerny war. Koerber setzte sich nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft vorsorglich nach Italien ab. Die Verfahren gegen ihn wurden zwar bereits am 17. 1. 1924 (Landesverrat) bzw. am 14. 5. 1924 (verbotene Weiterführung der NSDAP) eingestellt, weiterhin anhängig war jedoch ein Verfahren beim Staatsgerichtshof Leipzig wegen seiner Hitler-Schrift. StA München, Pol. Dir. Mü 15535. Am 18. 3. 1924 war das Verfahren eingeleitet worden, insbesondere wegen „Beschimpfung der republikanischen Staatsform des Reiches“. Das Buch wurde deshalb in verschiedenen Städten (etwa in Kassel und Dresden) beschlagnahmt. Ende Dezember 1924 folgte eine Verurteilung in Berlin und am 30. 3. 1925 in München. Am 6. 6. 1925 erging vom Landgericht I in München der Beschluss, alle Exemplare von Koerbers Hitler-Buch einzuziehen. Die „Unbrauchbarmachung“ der eingezogenen Bücher wurde am 1. 9. 1925 angeordnet und anschließend reichsweit durchgeführt. Vgl. IfZ-Archiv, Fb 106/6 I/II; StA München, Pol. Dir. Mü 15535. Nach Hitlers Freilassung schloss sich Koerber den *Völkischen* in Norddeutschland um Albrecht von Graefe und Reinhold Wulle an (er arbeitete in ihrer Mecklenburger Warte mit), die sich weitgehend von Hitler abwandten und von ihm entsprechend bekämpft wurden. Der endgültige Bruch erfolgte spätestens im Juni 1926, als Koerber Funktionär in Artur Mahrauns „Jungdeutschem Orden“ wurde und für eine Verständigung mit Frankreich eintrat; vgl. *Völkischer Beobachter* vom 4. 9. 1926. Ab 1927 war Koerber Berliner Korrespondent des *Neuen Wiener Journals*.

³³ Adolf-Viktor von Koerber, *Adolf Hitler. Sein Leben und seine Reden*, München 1923, S. 4.

keit, die Gewandtheit, die Tapferkeit selbst.³⁴ Im Lazarett in Pasewalk erschien Hitler im November 1918 gar Jesus gleich: „Dieser der ewigen Nacht Geweihte [Hitler], der sein Golgatha durchlitten in dieser Stunde, seelische und körperliche Kreuzigung, erbarmungslosen Kreuzestod bei wachen Sinnen, der Ärmsten einer aus der gewaltigen Schar zerbrochener Helden – dieser wird sehend.“³⁵ Die religiöse Überhöhung Hitlers hatte damit ihren ersten Höhepunkt erreicht. Interessanterweise entsprechen die nachfolgenden Teile in Koerbers Schrift inhaltlich fast zur Gänze Hitlers späteren Darstellungen in *Mein Kampf*: Der angebliche Versuch seiner Verhaftung am 27. April 1919, seine Arbeit für die Untersuchungskommission nach Niederschlagung der Räterepublik und seine Tätigkeit als „Bildungsoffizier“³⁶. Auch der Mythos vom siebten Mitglied der Partei darf nicht fehlen³⁷. Die Kundgebung am 24. Februar 1920, die Hitler zum Dreh- und Angelpunkt seiner „Parteigeschichte“ macht (sie verbindet den ersten und den zweiten Band von *Mein Kampf*), ist Koerber zwar nur eine kurze Erwähnung wert³⁸, hingegen trifft er sich mit Hitler wieder in der Hervorhebung der ersten Kundgebung im Zirkus Krone im Februar 1921, der weiteren „stürmischen Entwicklung“ bis hin zum Ausbau des *Völkischen Beobachters* und zum Parteitag Anfang 1923³⁹.

In Koerbers Schrift, die in völkischen Kreisen große Beachtung fand⁴⁰, waren alle wesentlichen Stationen aus Hitlers militärisch-politischer Biografie erstmals einem größeren Publikum präsentiert worden. Sie wurden gewissermaßen kano-

³⁴ Ebenda, S. 5.

³⁵ Ebenda, S. 7. Hitlers eigene Beschreibung seines „politischen Erwachens“ liest sich im Vergleich dazu geradezu nüchtern; vgl. Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, 464.–468. Aufl., München 1939, S. 221 ff. Freilich war der Golgatha-Vergleich auch in anderen Zusammenhängen in völkischen Kreisen nicht unüblich; vgl. Der Stürmer, im April 1924, Nr. 4.

³⁶ Vgl. Koerber, Adolf Hitler, S. 7 f., bzw. Hitler, *Mein Kampf*, S. 226 f. u. S. 234 f. Allerdings unterscheiden sich Koerbers Darstellungen und *Mein Kampf* in Details: Koerber lässt Hitler am 1. 5. 1919 „feldmarschmäßig in die Reihen des Schützenregiments 41 der Befreiungsarmee“ eintreten, was falsch ist und sich daher in Hitlers *Mein Kampf* nicht mehr findet; vgl. Koerber, Adolf Hitler, S. 7, bzw. Hitler, *Mein Kampf*, S. 226 f. Bei Koerber wiederum fehlt die Gründung der SA, die Hitler im zweiten Band ausführlich beschreibt; vgl. ebenda, S. 600 ff.

³⁷ Vgl. Koerber, Adolf Hitler, S. 8 f., bzw. Hitler, *Mein Kampf*, S. 237 ff. Hitler ist zwar wesentlich präziser und differenzierter als Koerber, insgesamt sind die Darstellungen jedoch durchaus ähnlich.

³⁸ Vgl. Koerber, Adolf Hitler, S. 9.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 9 f., bzw. Hitler, *Mein Kampf*, S. 558 ff., S. 664 u. S. 618.

⁴⁰ Sie wurde im antisemitischen Leuchtturm als Begleitlektüre zum Prozess gegen Hitler empfohlen; vgl. Der Leuchtturm 18 (1924), Hartung/Januar, Bl. 11 (IfZ-Archiv, MA 741). Darauf bezog sich auch Houston Stewart Chamberlain, in: Deutsche Presse vom 20./21. 4. 1924. Arthur Dinter meinte gar, dass dieses Buch „seit dem Hitler-Prozess in ungeheuren Mengen gekauft wurde“ (Deutscher Aar vom 29. 3. 1924). In den noch vor 1945 aufgeschriebenen Erinnerungen von Franz Hermann Woweries, Herausgeber der Reichsschulungshefte der Reichspropagandaleitung, hieß es: „Uns Jungen gefiel dabei der den Führer so treffend charakterisierende Einleitungsteil dieser ersten Sammlung von Führer-Reden ganz besonders. Die Schrift ging von Hand zu Hand.“ (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Nachlass Woweries, Abt. 1129, Nr. 4a). Trotz der relativen Kürze von Koerbers Text prägte er in seiner romanhaf-

nisiert und hielten Einzug in alle folgenden Darstellungen, bis sie dann Hitler selbst wieder in *Mein Kampf* aufgriff. Allerdings fehlten bei Koerber, wie in den meisten anderen Texten dieser Zeit auch, noch weitgehend Hitlers Kindheit und Jugend.

Biografische Darstellungen nach dem November 1923

Mit dem Putschversuch im November 1923 erhielt das Interesse an der Biografie des gescheiterten Revolutionärs einen zusätzlichen Schub. Meist waren es wohlwollende Zeitungen und Publikationen, die sich für Hitlers Vergangenheit interessierten. Verwies die *Deutsche Zeitung* unmittelbar nach dem Scheitern des Putsches zunächst nur kurz darauf, Hitler sei aus der Arbeiterklasse gekommen⁴¹, so erschien in verschiedenen anderen rechtsgerichteten Zeitungen ein biografischer Abriss unter dem Titel „Aus Hitler's Leben“, in dem es hieß:

„Adolf Hitler hat erst im Mai d. J. die bayerische Staatsangehörigkeit erworben. Er wurde 1889 in Braunau (Oberösterreich) als Sohn eines österreichischen Zollbeamten geboren. Frühzeitig verlor er seine Eltern. Nachdem er vier Jahre die Unterrealschule in Linz besucht hatte, kam er nach Wien zur Erlernung der Dekorationsmalerei und zur weiteren Ausbildung im gleichen Gewerbe 1913 nach München. Bei Ausbruch des Krieges trat er als Freiwilliger in ein Münchener Infanterie-Regiment ein, mit dem er den ganzen Feldzug mitmachte und zweimal verwundet wurde. Namentlich als Meldegänger zeichnete er sich, wie ihm sein Oberst bezeugte, durch Mut und Selbstverleugnung aus. Er erhielt das Eisernes Kreuz 1. Klasse. Nach der Auflösung des alten Heeres trat er in die Reichswehr ein, schied jedoch im Spätherbst 1919 wieder aus. Mitbegründer der Nationalsozialistischen Partei [!], gelangte er bald an ihre Spitze. Im Herbst 1920 war er zum ersten Male als Redner aufgetreten.“⁴²

Der Text ist vor allem aufgrund der darin angesprochenen Kindheit und Jugend Hitlers von Interesse. Denn seine Herkunft, seine Zeit in Oberösterreich und in Wien erhielten nun zunehmend Aufmerksamkeit. Insbesondere sein Verhältnis zur katholischen Kirche und zur Wiener „Los-von-Rom“-Bewegung um Georg von Schönerer wurde Gegenstand der Diskussion. Der *Bayerische Kurier* meinte, Hitler habe es am Beginn seiner Karriere ehrlich gemeint: „Er war selbst einfacher Arbeiter, im Kriege gemeiner Soldat gewesen; er verstand das Volk.“⁴³ Er sei dann allerdings verführt und missbraucht worden⁴⁴ und unter anderem in das „Fahrwasser der Los-von-Rom-Bewegung“ geraten. So veröffentlichte die *Münchener Post* am 27. November 1923 einen entsprechenden Beitrag: „Seine Anhänglichkeit zur

ten Gestaltung nachhaltiger Form und Stil zahlreicher „biografischer“ Schriften über Hitler, die in Deutschland vor allem ab 1930/31 erschienen.

⁴¹ Vgl. *Deutsche Zeitung* vom 10. 11. 1923.

⁴² *Der Oberbayer* vom 19./20. 11. 1923; vgl. *Miesbacher Anzeiger* vom 17. 11. 1923.

⁴³ *Bayerischer Kurier* vom 24./25. 11. 1923.

⁴⁴ Dies ein gängiger Topos nach dem gescheiterten Putsch; vgl. *Veni Vidi* (Pseud.), Ludendorff in Bayern, oder: Der Novemberputsch, Dillingen 1924, S. 8 f.

„Los-von-Rom“-Bewegung glaubte er am wirkungsvollsten als Hostienschänder dokumentieren zu sollen. So musste er im Jahre 1904 von der Realschule in Linz (Oberösterreich) ausgestossen werden, weil er bei der Kommunion die Hostie ausspuckte und in die Tasche steckte.“⁴⁵ Hitler sah sich Anfang Dezember 1923 aus der Haft heraus genötigt, darauf zu erwidern, dass „er sich nie an der Los-von-Rom-Bewegung beteiligt habe, dass er heute noch überzeugter Katholik sei, dass er nie eine Hostie ausgespuckt und nie in die Tasche gesteckt habe, und dass er niemals aus der Realschule in Linz oder einer anderen Schule ausgeschlossen worden sei“⁴⁶. Diese Auseinandersetzung sollte Hitler noch mehrmals einholen; noch im Frühjahr 1925 verfasste er dazu für sein Buch eine ungewöhnlich umfangreiche Passage über die „Los-von-Rom“-Bewegung⁴⁷.

Ob solche Diskussionen auch Anstoß dazu waren, dass sich Hitler neben seiner zunächst geplanten „Abrechnung“ mit den vermeintlichen Verrätern vom 8./9. November 1923 frühzeitig auch mit dem Gedanken an eine Darstellung seiner Herkunft befasste, lässt sich nur vermuten. Für jemanden, für den die Frage der Abstammung große weltanschauliche Bedeutung besaß, musste so etwas nahe liegen. Dementsprechend berichtete Rudolf Heß, Hitler habe in Landsberg ein eigenes Heft angelegt, in das er sich Notizen für seine Jugenderinnerungen gemacht habe⁴⁸. Wie sich an der Entstehungsgeschichte von *Mein Kampf* nachweisen lässt, gehörten jedenfalls Abschnitte über seine Herkunft, Kindheit und Jugend von Beginn an zum Bestand der geplanten Publikation⁴⁹.

Der Prozess gegen Hitler musste das Interesse an seiner Biografie noch mehr steigern. Am 26. Februar 1924, dem ersten Prozesstag, kam es zu einem „Aktenvortrag“ über seinen Werdegang. Der Inhalt des Vortrages ist leider nicht überliefert. Hitler fand es allerdings notwendig, den Vortrag mit einigen Hinweisen zu ergänzen, die zeigen, welche Punkte ihm wesentlich erschienen. So bestritt er, 1912 zu seiner Ausbildung nach München gekommen zu sein, vielmehr sei er schon als Architekturzeichner selbstständig gewesen. Er habe aber vorgehabt, sich zum Baumeister weiter auszubilden – ein Motiv, auf das er in *Mein Kampf* immer wieder zurückkommen sollte. Darüber hinaus ging er auf seine beiden Verletzungen im Krieg – einen Granatsplitter im linken Oberschenkel und eine Gelbkreuzvergiftung – ein, deren Verlauf er wesentlich ausführlicher, aber auch nüchterner schilderte als später in *Mein Kampf*. Und schließlich verwies er darauf, dass sein Krankenblatt in Pasewalk bereits während der Revolution erstellt worden sei, daher „habe ich mein Soldbuch nicht mehr bekommen, die Dokumente wurden zum größten Teil verschlampt“⁵⁰.

⁴⁵ Münchener Post vom 27. 11. 1923.

⁴⁶ Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Aufzeichnungen, S. 1059. Die Münchener Post beharrte freilich auf ihrer Darstellung: „Ueber Hostienausspucken und Schulausschluss erklärt unser Gewährmann, er verbürge sich für die Wahrheit des Gesagten.“ (Münchener Post vom 6. 12. 1923).

⁴⁷ Vgl. Plöckinger, Geschichte, S. 84 f.

⁴⁸ Vgl. Heß (Hrsg.), Rudolf Heß. Briefe, S. 373.

⁴⁹ Vgl. Plöckinger, Geschichte, S. 41 f.; Beierl/Plöckinger, Neue Dokumente, S. 272 ff.

⁵⁰ Gruchmann u. a. (Hrsg.), Hitler-Prozess, Bd. 1, S. 19.

In seiner ersten Rede vor Gericht am selben Tag (nachmittags) kam Hitler noch einmal auf seine Biografie zu sprechen. Er merkte an, er müsse zunächst auf seine Jugend zurückgreifen, die ihm offenbar nun bereits wichtig erschien, und erwähnte, dass er mit 16½ Jahren sich „sein eigenes Brot“ verdienen musste und er mit 17 Jahren nach Wien kam. Dem folgten etliche politische Betrachtungen, die er aus seiner Jugendschilderung heraus entwickelte. Das war auch so bei seinen Schilderungen über seine Kriegserfahrungen, seinen Aufenthalt im Pasewalker Lazarett oder seine erste Zeit in München nach der Revolution⁵¹. Er nahm damit einen Stil und ein Argumentationsmuster vorweg, die er später in *Mein Kampf* ausbauen sollte.

Hielten sich die großen Münchener Zeitungen wie die *Münchener Neuesten Nachrichten* oder die *Münchener Post* während des Prozesses mit Darstellungen zur Person Hitler zurück, so griffen andere seine biografischen Ausführungen gerne auf. Der *Oberbayerische Gebirgs-Bote* etwa schrieb:

„Der Vorsitzende stellt fest, dass der Angeklagte in Braunau geboren, nach Linz zuständig ist und die bayerische Staatsangehörigkeit nicht erworben hat. Im Jahre 1912 ist der Angeklagte als Architekturzeichner und -maler nach München gekommen. Der Angeklagte erklärt in Parenthesen hierzu, er habe sich seinerzeit sein Brot verdienen müssen, außerdem habe er beabsichtigt, sich zum Baumeister auszubilden. Nach dem [!] Feststellungen des Vorsitzenden hat der Angeklagte daneben Studien betrieben, so über die Rassenfrage, die Weltgeschichte und Militärwissenschaften. Bei Kriegsausbruch 1914 meldete er sich als Freiwilliger, ließ sich in die bayerische Armee aufnehmen und hat dann beim Reserveregiment Nr. 16, dem bekannten Listregiment, den ganzen Feldzug mitgemacht. Hitler hat eine Reihe von Auszeichnungen erworben, das E.K. I und II, das Militärverdienstkreuz, ein Regimentsdiplom für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde und auch noch andere Auszeichnungen. Seine Führung wird als sehr gut bezeichnet. Hitler wurde zweimal verwundet, darunter durch einen Granatsplitter am linken Oberschenkel, einmal erlitt er eine schwere Gasvergiftung, an deren Folgen er lange zu leiden hatte. Er befand sich vom 21. Oktober bis 13. November 1918 hierwegen im Reservelazarett Pasewalk.“⁵²

Damit waren die wesentlichen Stationen aus Hitlers Werdegang auch außerhalb parteinaher Kreise bekannt. Im völkischen Umfeld hingegen erfuhren sie im Zuge des Prozesses und der Verurteilung Hitlers zu fünf Jahren Festungshaft eine zunehmende Verklärung. Einen Höhepunkt erreichte sie zu seinem Geburtstag am 20. April 1924. Als prototypisch mag der Artikel „Adolf Hitler“ gelten, den Houston Stewart Chamberlain aus diesem Anlass veröffentlichte. Die bei Drexlers Rede ein Jahr zuvor bereits angedeutete Mythisierung steigerte sich darin ins Ekstatische, wenn es am Schluss über Hitler hieß: „Aber wir haben ihn noch bitter

⁵¹ Vgl. ebenda, S. 20f. Auch formuliert er bei dieser Gelegenheit erneut den Mythos vom siebten Parteimitglied, der sich schon in seinem biografischen Abriss vom November 1921 und dann auch bei Koerber gefunden hat; vgl. ebenda, S. 21.

⁵² Der *Oberbayerische Gebirgs-Bote* vom 27. 2. 1924; vgl. auch *Tegernseer Zeitung* vom 28. 2. 1924 u. *Miesbacher Anzeiger* vom 28. 2. 1924.

notwendig: Gott, der ihn uns geschenkt hat, möge ihn uns noch viele Jahre bewahren, zum Segen für das deutsche Vaterland.“⁵³ Biografische Details erschienen in solchen Elogen überflüssig, wie auch der *Kurier für Niederbayern* demonstrierte: „Da kam Adolf Hitler – aus dem Volke heraus – und schuf aus erbärmlich kleinen Anfängen die deutsche Freiheitsbewegung. Selbst Arbeiter, hat er den Betrug der marxistischen Lehre, die feige ‚führende‘ Schicht erkannt.“ Dafür erhielt seine politische Tätigkeit nun religiösen Anstrich: „Christusgeist, alles Gute um seiner selbst willen zu tun, seinen Nächsten, sein Vaterland auch in der tiefsten Not zu lieben, für seine Ueberzeugung sein Leben einzusetzen, dieser Geist beseelt Adolf Hitler und seine Getreuen.“⁵⁴ Es überrascht daher nicht, wenn Hitlers Lebensweg den Charakter von Heiligenlegenden annahm, wie in dem Beitrag „Adolf Hitler in Kolbermoor“, in dem die Bekehrung einer Gruppe von Arbeitern zum Nationalsozialismus geschildert wurde. Der Text begann mit folgenden Worten:

„Es war im Herbst 1919. Über das oberbayerische Hochland wanderte ein einsamer Wanderer. Und der war müde und hungrig. Der war abgehetzt und fast verzweifelt. Über die österreichische Grenze war er ohne Pass glücklich hereingekommen, obwohl weit im Umkreis alle Behörden ihn suchten, alle Grenzer und Polizisten ihn suchten. Er war ein Wanderprediger und lehrte das Volk seine Not begreifen und sein Heil hoffen.“⁵⁵

Dass die Bekehrung eines widerspenstigen Haufens in einem Wirtshaus durch den einsamen Wanderer Hitler dann fulminant glückte, war selbstverständlich.

Dagegen nahmen sich die Darstellungen im *Völkischen Kurier* beinahe harmlos aus, wenn darin zu Hitlers Geburtstag 1924 der Mythos von den ersten sieben Parteimitgliedern beschworen wurde: „Adolf Hitler hat im Bunde mit nur sechs Freunden den Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters aufgenommen, in einer Zeit, in der ein solches Unternehmen aussichtsloser denn je aussah.“⁵⁶ Ähnlich auch die Schilderung des Nürnberger Pfarrers Gebhardt, der Hitler am 19. April 1924 anlässlich seines Geburtstages in Landsberg besucht hatte:

„Mit höchster Anerkennung muss es erfüllen, wenn man bedenkt, wie dieser Mann, ein einfacher Arbeiter, durch Selbststudium in seinen freien Stunden zu Erkenntnissen kam, die vielen seiner Zeitgenossen verborgen blieben. Die Ursache dafür liegt in seiner glühenden Liebe zum deutschen Vaterland, die ihn auch zu der Zeit, wo er krank und blind im Lazarett lag, mehr beschäftigte als der Gedanke an sein eigenes Unglück.“⁵⁷

⁵³ Deutsche Presse vom 20./21. 4. 1924.

⁵⁴ *Kurier für Niederbayern* vom 20./21. 4. 1924.

⁵⁵ Aus dem Pommerschen Beobachter, abgedruckt in: Deutsche Presse vom 20./21. 4. 1924. Wie weit diese „Ankunft“ Hitlers in Kolbermoor realen Hintergrund hat, ist unklar. Immerhin wurde die Ortsgruppe Kolbermoor neben Rosenheim, Landshut und Traunstein zu den ersten außerhalb Münchens gerechnet (vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, S. 74 f.). Eine polizeiliche Suche nach Hitler in dieser Zeit ist freilich unsinnig, Hitler stand nach wie vor in Diensten der Reichswehr.

⁵⁶ *Völkischer Kurier* vom 19. 4. 1924.

⁵⁷ *Fränkischer Kurier* vom 24. 4. 1924.

Deutlich wird dabei, dass bereits zu dieser Zeit einzelne Elemente der „Hitler-Vita“ wie das siebente Parteimitglied, seine Studien als „einfacher Arbeiter“ und der Erweckungs-Mythos im Lazarett fest verankert waren. Blass hingegen blieben selbst einem Rudolf Heß nach wie vor Details aus Hitlers Jugend. In einem Schreiben vom 18. Mai 1924 aus Landsberg meinte er über Hitlers Wiener Zeit: „Er war ja allerdings lange an der Akademie in Wien und hat dort Akte gezeichnet, neben der Beschäftigung mit der reinen Architektur.“⁵⁸ Aufgrund solcher Unschärfen mussten die interessierten völkischen Kreise bei ihrer Schilderung Hitlers immer wieder aus der Not eine Tugend machen. Der *Hessische Beobachter* schrieb im Mai 1924: „Für uns Völkische ist es ein erhebendes und begeisterndes Schauspiel, zu sehen, wie der größte Feldherr des Weltkrieges, General Ludendorff, einen Treubund auf Leben und Tod mit dem ‚Tapezierer‘ Hitler geschlossen hat.“⁵⁹

Ganz anders war es um den Wissensstand der bayerischen Behörden bestellt. Die Überlegungen zu einer möglichen Ausweisung Hitlers aus Bayern veranlasste die Münchener Polizeidirektion, einen Bericht über Hitler zu erstellen, den sie am 8. Mai 1924 an das Bayerische Staatsministerium des Inneren weiterleitete. Der Bericht stellt die detaillierteste Biografie Hitlers bis dahin dar. Darin hieß es etwa:

„Hitler ist der Sohn eines österr[eichischen] Zollbeamten, der im Jahre 1889 in Braunau stationiert war. Im Jahre 1891 zogen die Eltern infolge Versetzung des Vaters nach Passau und von dort im Jahre 1895 nach Hafeld-Lambach bei Linz. In Hafeld-Lambach besass sein Vater das sogenannte Rauscher-Gut. 1899 übersiedelte sein Vater mit der Familie nach Leonding, wo er 1903 verstarb. 1905 übersiedelte die Mutter nach Linz bez. Urfahr bei Linz. Hitler besuchte ab 1. Mai 1895 die Volksschule in Finkelsham bei Wels und vom 27. 2. 1899 bis 16. 9. 1901 in Leonding und ist durchwegs mit I benotet worden. Vom September 1901 bis Juli 1904 ging er in die Realschule in Linz mit mittelmäßigem Erfolg. [...] Von Linz ging Hitler zunächst nach Steyr und in seinem 17. Lebensjahr nach Wien, wo er durch Holzmachen und Bauarbeiten u. dgl. sein Brot verdiente. Seine freie Zeit verwendete er zum Selbststudium mit dem Ziel Baumeister zu werden. Nach Ablauf von 3 Jahren hatte er sich bereits soweit gebildet, dass er als Maler und Zeichner arbeiten konnte. Nebenbei studierte Hitler als eifriger Anhänger der Politik auch auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, sowie weltgeschichtliche und militärgeschichtliche Fragen⁶⁰. Durch den Besuch politischer Versammlungen lernte er die Parteien sämtlicher Richtungen kennen, ohne sich jedoch einer bestimmten Richtung anzuschließen. Zum österr[eichischen] Heere wurde Hitler als Überzähliger nach den damaligen Begriffen nicht eingestellt. In der Absicht, sich als Dekorationsmaler und Zeichner weiter auszubilden, wandte er sich im Jahre 1912 nach München. In München betrieb er Studium [!] der Rassenfragen,

⁵⁸ Schweizerisches Bundesarchiv, NL Hess, J 1.211–1989/148, 33.

⁵⁹ Hessischer Beobachter vom 17. 5. 1924.

⁶⁰ Möglicherweise war der Polizeidirektion Hitlers autobiografische Darstellung vom 29. 11. 1921 bekannt, da vor allem diese Aufzählung stark an Hitlers eigene Formulierungen erinnert; vgl. Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Aufzeichnungen, S. 526.

der Kultur- und Weltgeschichte. [...] Bei Ausbruch der Revolution im November 1918 befand er sich im Lazarett zu Pasewalk bei Stettin fast vollständig erblindet. Schon im Lazarett ist Hitler infolge der revolutionären Ereignisse auf das Tiefste ergriffen worden. Er will damals schon den Entschluss gefasst haben, nach seiner Genesung sich durch Gründung einer sozialistischen Partei auf völkischer Grundlage der Politik zu widmen mit dem Hauptziel, die sozial[istische] Internationale als Ursache des nationalen Unglücks Deutschlands zu zertrümmern. Ende Dezember 1918 zum Ersatz-Bataillon, 2. bayer. Inf. Reg., 4. Komp. und nach dem Zusammenbruch der Räteregierung zur Abwicklung des genannten Regiments versetzt, betätigte sich Hitler zuerst als Mitglied der Untersuchungskommission zur Untersuchung der im Regiment während der Rätezeit erfolgten Vorfälle. Ab September 1920 [1919], inzwischen zum Schützenregiment No. 41 versetzt, hielt er als Bildungsoffizier von Truppenteil zu Truppenteil reisend, Vorträge bis zu seiner Entlassung aus dem Militärdienst am 1. April 1920.⁶¹

Wenngleich diese Darstellung in einigen Punkten nicht zutreffend ist, beeindruckt sie doch durch ihre große Detailkenntnis. Selbst Kindheit und Jugend Hitlers wurden ausführlich angesprochen, offenbar waren sogar Erkundigungen in Linz eingezogen worden.

Zur selben Zeit ging auch Georg Schott⁶² daran, sein *Volksbuch vom Hitler* auszuarbeiten. Nach seinen eigenen Angaben hatte er vom Wiechmann-Verlag in München im März 1924 den Auftrag dazu bekommen⁶³. Er berief sich einleitend auf Koerber: „Was sich auf den äußeren Werdegang Adolf Hitlers bezieht, ist zum Teil an anderer Stelle, u. a. in dem Buche von Adolf Viktor v. Koerber ‚Adolf Hitler, sein Leben, seine Reden‘, zusammengestellt. Worauf es hier ankam, das war nicht so sehr die Betonung der historischen Persönlichkeit, sondern des Ideenhaften daran.“⁶⁴ Entsprechend enthält Schotts Schrift so gut wie keine Angaben zu Hitlers Biografie, ja Hitler selbst tritt nicht selten gänzlich hinter den „ideenhaften“ Ausführungen Schotts zurück. Zu Recherchen war ohnehin keine Zeit geblieben, denn bereits im Juni 1924 wurde das *Volksbuch* veröffentlicht⁶⁵. Die auch darin Hitler verliehenen messianischen Züge waren nicht zu übersehen, obendrein schien Schott sein Buch Hitler persönlich in Landsberg verehrt zu haben: Am 26. Juni 1924 stattete er ihm dort einen Besuch ab⁶⁶. War Schotts Buch zunächst alles an-

⁶¹ BayHStA München, MInn 81597.

⁶² Schott stammte aus christlich-völkischer Tradition, war von 1904 bis 1911 Pastor der evangelischen Landeskirche Bayerns und zählte zu den Verehrern H. St. Chamberlains. Erstmals sprach er am 21. 6. 1923 in einer Versammlung der NSDAP zu dem Thema „Nationalsozialismus und Christentum“; vgl. StA München, Pol. Dir. München 6721.

⁶³ Vgl. Georg Schott, *Das Volksbuch vom Hitler*, München 1924, S. 9.

⁶⁴ Ebenda, S. 10f.

⁶⁵ Das ungefähre Erscheinungsdatum kann aus der Buch-Besprechung geschlossen werden; vgl. *Völkischer Kurier* vom 7. 7. 1924.

⁶⁶ Besucherliste in: StA München, StAW 14344. – Als kritische Mahnung an Hitler kann der Text nicht interpretiert werden, wie Schott 1946 behauptete: „Dieses Buch war, wie ich darin ausdrücklich bemerkt habe, nicht als Verherrlichung der Person Hitlers gedacht. Ein

dere als ein Verkaufserfolg⁶⁷, gewann es Anfang der 1930er Jahre zusehends an Leser. Nicht zuletzt trug dazu Anfang 1931 die heftige Auseinandersetzung um Hitlers angebliche kirchenfeindliche Äußerung über den „Teufel in der Monstranz“ bei, eine Wendung, die gelegentlich *Mein Kampf* zugeschrieben wurde, die jedoch aus Schotts Buch stammte⁶⁸.

Mit einiger Verzögerung formten sich in dieser Zeit nun auch die wesentlichen Erzählungen zur Parteigeschichte, insbesondere zur Gründungszeit, sieht man vom Topos des siebten Parteimitglieds ab, der bereits wesentlich früher entstanden ist⁶⁹. Max Sesselmann beschrieb 1924 in der von ihm und Heinrich Hoffmann herausgegebenen „Bildokumentation“ *Deutschlands Erwachen* Hitlers Eintritt in die Politik:

„Im September [1919] hielt im kleinen Nebenzimmer vom Sterneckerbräu im Tal Ing. Feder ein Referat über die Zinsfrage. Mit diesem Tag begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Bewegung. Ein Professor hatte gegen Deutschösterreich irgendeine abfällige Bemerkung in der Diskussion angebracht. Da stand ein Mann im schlichten Gewande auf, und legte mit Leidenschaftlichkeit dagegen Verwahrung ein, dass man von Österreich wie von einem Fremdkörper spreche. Gewaltige Willenskraft und Entschiedenheit klang aus seinen Worten und er stellte die Frage, ob die neue Partei nicht den großdeutschen Gedanken verfechte. Mit dem Bescheid zufrieden, erklärte er durch Unterschrift seinen Beitritt: Adolf Hitler. [...] Die Gemeinde wächst, allein noch sind die Mittel so beschränkt, dass nicht einmal das Programm in Druck gegeben werden kann. Am 24. Februar 1920 rufen große rote Plakate zur ersten Massen-Versammlung im Hofbräuhaus auf. Brechend voll ist der Saal. Nach dem Referat

Hauptzweck des Buches war vielmehr, Adolf Hitler eine Art ‚Spiegel‘ vor Augen zu halten, wie ein Führer des Volkes seine Aufgabe verstehen müsse, um seines Amtes zu Nutz und Frommen des Volkes zu walten.“ In: IfZ-Archiv, NL Schott, ED 199/1. Er meinte, seine Weigerung nach 1933, Zitate aus und Anspielungen auf die Bibel daraus zu streichen, hätte dazu geführt, dass das Buch schließlich nicht mehr gedruckt worden sei (ebenda). Freilich beschönigte Schott hier noch dreister. Seine Schrift erschien 1934 in vierter Auflage (vgl. Völkischer Beobachter vom 13. 4. 1934) und wurde noch 1939 empfohlen; vgl. Institut für Leser- und Schrifttumskunde (Hrsg.), *Der Führer in hundert Büchern*, Leipzig 1939, S. 6.

⁶⁷ Die Erstauflage war erst 1931 vollständig verkauft worden; vgl. Reginald H. Phelps, *Die Autoren des Eher-Verlages*, in: *Deutsche Rundschau* 81 (1955), S. 30.

⁶⁸ Vgl. Schott, *Volksbuch*, S. 165. Die Angriffe waren heftig genug, um Schott öffentlich erklären zu lassen, dass diese Formulierung von ihm stamme und nicht von Hitler selbst; vgl. Völkischer Beobachter vom 27. 2. 1931; Geheimes Staatsarchiv – Preußisches Kulturgut, Berlin, Zentrales StA, Hist. Abt. II, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 293; Plöckinger, *Geschichte*, S. 364.

⁶⁹ Parteigründer Anton Drexler hatte hier eine schwierige Position. In dieser Zeit stellte er diesen Topos nicht in Frage, erst später trat er massiv dagegen auf. Ende Januar 1940 schrieb er an Hitler: „Niemand weiß besser als Sie selbst, mein Führer, dass Sie niemals das 7. Mitglied der Partei, sondern höchstens das 7. Mitglied des Ausschusses waren, in den ich Sie bat, als Werbeobmann einzutreten.“ BayHStA München, Slg. P. 3071.

Dr. Dingfelders verliert Hitler die 25 Punkte des Programmes über jeden einzelnen sofort abstimmd. Mit Begeisterung werden sie angenommen.⁴⁷⁰

Im Vorwort zu einer von Ernst Boepples „Deutschem Volksverlag“ herausgegebenen Schrift zum Prozess gegen Hitler skizzierte Alfred Rosenberg⁷¹ in etwas verschwommeneren Ausführungen die Anfänge der NSDAP, die bereits ganz im Zeichen Hitlers gestanden hätten⁷². Ähnlich auch in der Flugschrift, welche die „Völkische Bewegung“ zum Prozess veröffentlichte: „Wie Adolf Hitler im Felde sich meldete, wenn es am gefährlichsten war; wie er vor fünf Jahren den scheinbar aussichtslosen Kampf gegen den verübten Verrat an unserer Volke aufnahm; wie er am 9. November an der Spitze unbewaffnet vor seinen Truppen ging, so stand er auch vor Gericht vor seiner Tat als ein Ganzer, ein Mann!“⁷³ Die Mythisierung Hitlers als alleiniger Motor und Inspirator der Partei, als „Führer“, wie er bereits bezeichnet wird⁷⁴, ist klar erkennbar. Wie später in *Mein Kampf* wird bereits hier deutlich, dass der Fokus zunehmend auf eine einzige Person gerichtet wurde, deren Wirken allein über Wohl und Wehe der Partei entschied.

Etwa zu dieser Zeit begann Hitler in der Landsberger Haft an seiner politischen Autobiografie zu arbeiten, nachdem er vom Konzept einer reinen „Abrechnung“ abgegangen war. Die damit einsetzende Kanonisierung seines Lebensweges begann jedoch lange vor Erscheinen des ersten Bandes von *Mein Kampf*. Dies belegt der Entwurf einer Rede von Hermann Fobke, die er am 21. November 1924, kurz nach seiner Freilassung, in Göttingen hielt. Über den „äußeren Lebensgang“ Hitlers hielt der ehemalige Mitgefangene fest:

„Er ist ein Kind des österreichischen Gebietes, das noch vor hundert Jahren zu Bayern gehörte, sein Heimatort ist Braunau. [...] Vater österreichischer Beamter. Mit Dankbarkeit denkt er an sein Elternhaus, obwohl er hart kämpfen musste, ehe er seinen Wunsch Maler und Kunstgewerbler werden zu dürfen, durchsetzte. Seine Lehr- und Wanderjahre Wien, wurde die Schule für ihn. Parlament. alldeutsche Partei Werdegang im Parlament. Oesterreichisches Staatschaos. Als er aus Wien fortging wurde er fanatischer Alldeutscher. Selbstbildung. Gelesen viel. Krieg: Kriegsfreiwilliger 6. Res. Inf. Rgt. 216 von List. Meldegänger, Gefr. E K I Gasvergiftung; Lazarett in Pommern Pasewalk, Augenlicht verloren. Revolution: Kapitel im Buch, erschütternd der Schmerz um Deutschland. Entschluss sich politisch zu betätigen. Befreiung Münchens von der Räteherrschaft. Bildungs-offizier NSDAP, Hitler 7. Mitglied, bald Führer. Emsiges Arbeiten, selbst geklebt nachts, bald Massenversammlungen, Sturmabteilungen.“⁴⁷⁵

⁷⁰ Heinrich Hoffmann/Marc[Max]Sesselmann, Deutschlands Erwachen in Wort und Bild, München 1924 [S. 12].

⁷¹ Der Text ist nur mit „A. R.“ unterzeichnet, doch arbeitete Rosenberg mit diesem Verlag eng zusammen – sein *Weltkämpfer* erschien in diesem Verlag.

⁷² Vgl. Der Hitler-Prozess, Auszüge aus den Verhandlungsberichten, München 1924, S. 3.

⁷³ Die Beweggründe zur Tat Adolf Hitlers. Flugschriften der völkischen Bewegung, Folge 1. München 1924, S. 3.

⁷⁴ Vgl. ebenda.

⁷⁵ IfZ-Archiv, MA 742/901.

Das *Göttinger Tageblatt* berichtete ausführlich über Fobkes Vortrag und brachte damit erstmals eine im Wesentlichen von Hitler selbst strukturierte biografische Skizze in Umlauf⁷⁶.

Mit der Freilassung Hitlers am 20. Dezember 1924 wurden in völkischen Kreisen kurzfristig große Hoffnungen verbunden, denen auch publizistisch Ausdruck verliehen wurde. Adolf-Viktor von Koerber schrieb im Januar 1925 über Hitler: „Er ist zum ‚Verbrecher‘ geworden in jener Stunde im Lazarett des pommerschen Städtchens Pasewalk, wo er, körperlich fast erblindet durch Gelbkreuzvergiftung, seelisch sehend wurde! Wo er, der feldgraue Frontgefreite, jenen Schwur tat, mit dem er seine Verantwortung vor dem Volksgericht in München beschloss: ‚Die Abrechnung mit den Novemberverbrechern übernehme ich!‘“⁷⁷

Waren die zentralen Legenden um Hitlers Biografie im völkischen Umfeld also lange vor dem Erscheinen des ersten Bandes von *Mein Kampf* weitgehend ausgebildet, blieben in Publikationen, die aus einiger Distanz berichteten, die meist kurzen biografischen Skizzen widersprüchlich. Der sozialdemokratische Berliner *Vorwärts* schrieb anlässlich seiner Haftentlassung: „Wer war Hitler? Eine Vorgeschichte, die nichts Ungewöhnliches hat. Architekturzeichner, geboren in Linz in Oberösterreich, in München an seiner Ausbildung gearbeitet, im Krieg in einem bayerischen Regiment an der Westfront gedient, schwer verwundet.“⁷⁸ Leo Lania merkte in seiner Schrift über den Prozess nur knapp zu Hitlers Biografie an: „1889 in Braunau (Österreich) geboren, ‚Architekturzeichner und Schriftsteller‘.“⁷⁹ Ähnlich spärlich, doch wesentlich weniger nüchtern beschrieb Heinz Eisgruber in seiner Sammlung *Völkische und Deutschnationale Führer* den Werdegang Hitlers. Als Zivilberuf nannte er Tapezierer und wies darauf hin an, dass Hitler nicht deutscher Staatsangehöriger sei⁸⁰. Ansonsten führte er über Hitler aus: „Er ist, gleich Hölz, Ehrhardt usw., der geborene Bandenführer, der keine Geschichte hat, eines Tages aus dem Dunkel auftaucht, und sich durch eine Art kecken Selbstbewußtseins, das von der Volksmenge und den Frauenzimmern als ‚magnetische Gabe‘ angestaunt wird, durchsetzt.“⁸¹

Allerdings galt Hitlers Biografie außerhalb der völkischen Szene seit 1925 bestenfalls nur noch als Kuriosum. Im Frühjahr 1925 bemerkte Franz Schwyer, zwei Jahre zuvor bayerischer Innenminister, in seinem einflussreichen Buch *Politische Geheimverbände* nur lapidar: „Adolf Hitler, der Gründer der ‚Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei‘, ist selbst Österreicher und stammte aus einer der Los-von-Rom-Bewegung nahestehenden Umgebung.“⁸²

⁷⁶ Vgl. *Göttinger Tageblatt* vom 25. 11. 1924.

⁷⁷ *Mecklenburger Warte* vom 3. 1. 1925.

⁷⁸ *Vorwärts* vom 20. 12. 1924.

⁷⁹ Leo Lania, *Der Hitler-Ludendorff-Prozess*, Berlin 1925, S. 78.

⁸⁰ Vgl. Heinz Eisgruber, *Völkische und Deutschnationale Führer*. 100 Heldenbilder, Leipzig 1925, S. 34. Die Sammlung erschien noch vor *Mein Kampf*.

⁸¹ Eisgruber, *Führer*, S. 34.

⁸² Franz Schwyer, *Politische Geheimverbände*. Blicke in die Vergangenheit und die Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg 1925, S. 107. Das Buch, das die Nationalsozialisten nur in

Gerade solche „Unterstellungen“, die bereits Ende 1923 aufgetaucht waren⁸³ und nach Hitlers Freilassung vor allem von Ernst Reventlow verbreitet wurden, waren es, die Hitler dazu nötigten, sich in *Mein Kampf* mit seinen frühen politischen „Einsichten“ intensiv auseinanderzusetzen⁸⁴. Damit wird noch einmal greifbar, in welchem Spannungsfeld Hitlers Buch entstanden ist und wie sehr es von den Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei geprägt war. In einem beträchtlichen Umfang gilt dies auch für seine biografischen Teile.

Ergebnisse

Bis 1925 war Hitler kein Unbekannter mehr. Das Wissen wie auch die Legenden um seine Biografie wuchsen kontinuierlich. Gerade der Staat war seit dem Prozess 1924 gut informiert. Gegner der Nationalsozialisten schienen sich besonders für Aspekte interessiert zu haben, die Möglichkeiten für Angriffe boten, wenngleich einzelne andere Versatzstücke und falsche oder karikierende Darstellungen durchaus vorgekommen sind.

Anders sah es in völkischen Zeitungen und Schriften aus. Immer wieder wurde detailliert über einzelne Abschnitte aus Hitlers Biografie berichtet, wobei man kaum einen Unterschied zwischen Fakten und Erfindungen machte und oft offenbar auch nicht machen wollte.

Als am 18. Juli 1925 der erste Band von *Mein Kampf* veröffentlicht wurde, bot Hitler seinen Anhängern biografisch kaum noch etwas Neues. Er behandelte vor allem jene Stationen aus seinem Leben, die einem mehr oder weniger großen Kreis an Interessenten bereits bekannt oder sogar Gegenstand öffentlicher Diskussionen gewesen waren. Alle gängigen Mythen waren bereits vor *Mein Kampf* etabliert: die kleinbürgerliche Braunauer Herkunft, die Wiener „Lehr- und Leidensjahre“, der Autodidakt, der Freiwillige im bayerischen Regiment, das „Erweckungserlebnis“ in Pasewalk, das siebte Parteimitglied, der nimmermüde Führer der Partei.

Hitler wollte also nicht neue Aspekte seiner Biografie präsentieren. Vielmehr ging es ihm darum, das Bekannte zu strukturieren, zu gewichten und nicht zuletzt falsche oder gelegentlich ins Groteske gesteigerte Darstellungen zu widerlegen. Auch das war ein wesentliches Motiv seiner schriftstellerischen Tätigkeit; er wollte ganz einfach seinen politischen Gegnern weniger Angriffsflächen bieten.

Noch wichtiger für dieses autobiografische Projekt waren freilich ideologische Überlegungen. Im Vorwort zu *Mein Kampf* schrieb er, die Darstellung seines „Werdens“ diene vor allem dem Verständnis der beiden Bände – und nicht umgekehrt⁸⁵. Dies schlägt sich auch im Stil und Inhalt seiner biografischen Ausführ-

einem kurzen Kapitel behandelt, spielte eine nicht unwesentliche Rolle im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags 1926/27 und im Meineidverfahren gegen Hitler 1926; vgl. BayHStA München, MA 103476, Bd. 1, S. 63 ff; StA München, StAnW 3073.

⁸³ Vgl. Jäckel/Kuhn (Hrsg.), *Aufzeichnungen*, S. 1059.

⁸⁴ Vgl. Plöckinger, *Geschichte*, S. 82 ff.

⁸⁵ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. XXVII.

rungen nieder. Wie schon während der Gerichtsverhandlung nutzte Hitler auch in seinem Buch biografische Hinweise meist nur als Ausgangspunkt für fast schon wuchernde politische und ideologische Betrachtungen. Als prototypisch darf hier die Eröffnung von *Mein Kampf* gelten:

„Als glückliche Bestimmung gilt es mir heute, dass das Schicksal mir zum Geburtsort gerade Braunau am Inn zuwies. Liegt doch dieses Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns Jüngeren als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint! Deutschösterreich muss wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlicher Erwägungen heraus.“⁸⁶

Immer wieder überfrachtete Hitler die biografischen Anmerkungen in *Mein Kampf* mit weitschweifigen ideologischen Auslassungen, schon weil es ihm nicht um das Bekannte ging, sondern um dessen gezielte Einbettung in seine ideologische Entwicklung⁸⁷. Er entwarf damit ein Bild von sich, das ihn als einen früh gereiften, antisemitischen, antidemokratischen und großdeutschen Ideologen zeigte, der nicht bereit war, auch nur den kleinsten Kompromiss einzugehen. Gerne verzichtete er dafür auf Details, selbst wenn er damit in manchen Teilen hinter das zurückging, was bereits bekannt war⁸⁸. Verallgemeinerungen und ebenso pauschale wie pathetische Schilderungen wie etwa seiner Kriegserlebnisse ergaben sich damit zwangsläufig.

Biografische Darstellungen waren daher für Hitler nie Selbstzweck. Sie waren stets seinem Anspruch untergeordnet, sich als Ideologen sui generis, als Schöpfer des Nationalsozialismus zu präsentieren. Die Verklärung Hitlers und die Zuspitzung der Parteigeschichte auf seine Person, wie sie sich seit 1923 abzeichneten, mussten diese Entwicklung nur fördern, da sie einerseits kritische Fragen unmöglich machten, andererseits Hitler zu einer Selbststilisierung trieben, wie sie sich etwa in seiner biografischen Skizze aus dem Jahr 1921 noch kaum zeigte.

Damit erklären sich manche Merkwürdigkeiten in *Mein Kampf* wie das weitgehende Fehlen von konkreten Angaben zu seinen Studien und seiner Lektüre. Es wird hier stets so vage wie möglich formuliert und lediglich darauf verwiesen, er habe „unendlich viel“ gelesen. Namen oder Werke werden kaum genannt, ganz im Gegensatz etwa zu Alfred Rosenberg, der sich nicht genug in Details über seine Belesenheit ergehen konnte⁸⁹. Dies macht letztlich auch quellengeschichtliche Darstellungen zu *Mein Kampf* zu einem aufwändigen Unternehmen, will man sich nicht in allzu spekulativen Überlegungen verlieren.

⁸⁶ Ebenda, S. 1. Wie intensiv Hitler an dieser Stelle gearbeitet hat, belegen auch die neu aufgefundenen Manuskriptblätter; vgl. Florian/Plöckinger, Neue Dokumente, S. 274f.

⁸⁷ Vgl. dazu die ideologische Deutung durch Josef Stolzinger-Cerny, der zu den am engsten mit *Mein Kampf* vertrauten Personen zählte, in: *Völkischer Beobachter* vom 3. 7. 1926.

⁸⁸ Dies gilt etwa für die Kriegsauszeichnungen, die er in seiner biografischen Skizze vom November 1921 noch penibel auflistet; vgl. Jäckel/Kuhn (Hrsg.), *Aufzeichnungen*, S. 526.

⁸⁹ Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen*. Nürnberg 1945/46, Uelzen 1996, S. 70; Manuskript von Alfred Rosenberg, *Wie der ‚Mythus‘ entstand*, in: Bundesarchiv Berlin, NS 8/22.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Hitler in den biografischen Teilen von *Mein Kampf* im Wesentlichen auf Entwicklungen und Tendenzen zurückgriff, die bereits in den Jahren zuvor entstanden waren. Er übernahm und verstärkte sie (oder bremste sie im Einzelfall auch), um sie seinem übergeordneten Ziel einer ideologischen Grundlegung des Nationalsozialismus dienstbar zu machen, die aus seiner Sicht nur er allein bewerkstelligen konnte. Die Grundzüge seiner Selbstdarstellung entstanden nicht erst während der Niederschrift von *Mein Kampf*, sie waren bereits von verschiedenen Seiten vorgezeichnet worden, als er mit der Abfassung begann. Sehr bewusst ging Hitler dabei nicht nur weit über das Maß an Selbstinszenierung hinaus, mit dem in einer Autobiografie zu rechnen ist, sondern er benutzte seine Vita wo immer möglich als Exempel für eine gelebte nationalsozialistische Ideologie, die auch beinhaltete, ihr Entgegenstehendes entweder auf Linie zu bringen oder schlichtweg zu eliminieren. Unter dieser Perspektive, aber nur unter dieser, war Hitlers Umgang mit seiner eigenen Biografie in *Mein Kampf* nur konsequent.

Die Vereinigten Staaten taten sich lange schwer mit Europa. Wie sollten sich ihre Beziehungen zum Alten Kontinent gestalten, und wie konnte man Europa nach dem Zweiten Weltkrieg so organisieren, dass von dort nicht bald wieder eine Gefahr für die Welt ausging? Über diese Fragen berieten im Auftrag von Präsident Roosevelt schon während des Krieges die klügsten Köpfe. Veronika Heyde, eine Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, zeichnet diese Beratungen nach und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass man in Amerika der Idee eines geeinten Europa zunächst voller Skepsis begegnete; erst der Marshallplan brachte die Wende.

Veronika Heyde

Amerika und die Neuordnung Europas vor dem Marshallplan (1940–1944)

Einführung und Forschungsstand

Der erfolgreiche Prozess der europäischen Einigung hätte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ohne amerikanische Hilfe nicht so schnell beginnen können. Dank der großzügigen Dollarspritzen im Rahmen des Marshallplans 1947/48 konnten die zerstörten europäischen Länder ihren Wiederaufbau relativ rasch vorantreiben und so den Grundstein für die Einigung legen. Der Ruf nach einem engen Zusammenschluss der europäischen Länder ebenso wie nach einer supranationalen Kontrollorganisation für Europa war schon Anfang der zwanziger Jahre aufgekommen. Nicht nur Graf Coudenhove-Kalergi und sein Buch „Paneuropa“, sondern auch die Schriften der englischen Föderalisten der Gruppe „Federal Union“ sowie die Italiener Giovanni Amendola und Luigi Einaudi hatten das Thema der europäischen Einigung in den Mittelpunkt einer zwar elitären, aber doch öffentlichen Debatte gestellt. Die Idee fand allerdings keine Mehrheit und blieb der Traum einer kleinen Gruppe von Visionären. Erst das offensichtliche Scheitern des Völkerbundes und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges machten die Vorteile einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit und die Notwendigkeit einer Organisation mit einem weiteren Kompetenzrahmen, als der Völkerbund ihn bot, einem breiteren Publikum und den europäischen Staatsmännern vertraut. Recht schnell wurde es nun zur allgemeinen Überzeugung, dass der Frieden auf dem europäischen Kontinent auf Dauer am besten durch die solidarische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und die Vereinbarung gemeinsamer Normen für verschiedene Wirtschafts- und Verwaltungsbereiche zu sichern sei.

Daher konnte auch die Bedingung, die die Amerikaner an die Bereitstellung ihrer von den europäischen Staaten dringend benötigten finanziellen Mittel knüpften, ohne weiteres akzeptiert werden: Die europäischen Länder sollten bei der Verteilung der Mittel supranational zusammenarbeiten. So war der Marshallplan nicht nur der Auslöser für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft,

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch der erste Schritt auf dem Weg zu engerer Zusammenarbeit und am Ende zur europäischen Einigung.

In den Vereinigten Staaten war die Überzeugung, den europäischen Kontinent bei seiner Einigung unterstützen zu müssen, jedoch lange nicht mehrheitsfähig. Während des Krieges stand der Großteil der amerikanischen Regierung der Idee eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses im Gegenteil recht ablehnend gegenüber. Insbesondere Außenminister Cordell Hull war kein Anhänger der Vision eines geeinten Europas mit eigener politischer Entscheidungskraft. Er träumte vielmehr von der baldigen Schaffung einer starken Weltorganisation, in der auch kleine Länder eine gleichberechtigte Stimme haben sollten. Hulls Meinung nach konnte der Frieden in der Welt nur auf diese Weise garantiert werden, wohingegen die Schaffung von mehreren konkurrierenden multinationalen Bündnissen von Neuem ein prekäres System des Machtgleichgewichts und der Einflussphären hervorbringen musste, das die Konflikte zwischen den Staaten nur noch mehr verschärfen würde. In seinen Memoiren vermerkte er, dass er und die meisten seiner Kollegen innerhalb und außerhalb des State Departments, außer dem Stellvertretenden Außenminister Sumner Welles, eine starke Weltorganisation wünschten, die über jeder regionalen Organisation stünde¹.

Dennoch waren sich der amerikanische Präsident und sein Außenminister der Wichtigkeit der „europäischen Idee“ durchaus bewusst. Nicht umsonst betrauten sie die klügsten Köpfe ihrer Regierung mit der Aufgabe, sich intensiv mit den verschiedenen Möglichkeiten einer Neuorganisation Europas nach dem Krieg auseinanderzusetzen.

Die Konzepte der amerikanischen Regierung zur Organisation der Welt nach dem Krieg und zur Rolle, die die USA darin spielen sollten, wurden von Historikern bereits eingehend untersucht. Die amerikanische Europapolitik wird dabei allerdings erst ab 1945 und insbesondere ab 1947 analysiert, als die amerikanische Regierung bereits zu einer positiven Haltung zur europäischen Einigung gefunden hatte. In der Forschung zu den Jahren davor stehen hauptsächlich Aspekte der strategischen Kriegführung, der späteren Behandlung Deutschlands und nicht europapolitische Überlegungen im Vordergrund. Zu nennen sind hier vor allem die „Dokumente zur Deutschlandpolitik“², deren wissenschaftliche Leitung Hans-Peter Schwarz und Hans-Adolf Jacobsen innehatten. Zahlreiche Quellen zur Nachkriegsplanung aus dem amerikanischen Außenministerium, von denen einige auch für den vorliegenden Aufsatz relevant sind, finden sich dort abgedruckt und kommentiert. Auch die komplizierte Organisationsstruktur der miteinander verwobenen und hochkarätig besetzten Beratungsgremien wird genauestens aufgeschlüsselt. Das Hauptaugenmerk des einschlägigen Bandes ist dabei, wie der Titel ankündigt, auf die amerikanischen Überlegungen bezüglich der künftigen Behandlung Deutschlands gerichtet. Zwar werden diese auch zur Sowjetunion oder zum Wiederaufbau Europas in Bezug gesetzt, auf die ameri-

¹ Vgl. Cordell Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. II, New York 1948, S. 1640.

² Vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, 1. Reihe/Bd. 4: 1. Januar bis 31. Dezember 1943. Amerikanische Deutschlandpolitik, bearb. von Marie-Luise Goldbach, Frankfurt a. M. 1991.

kanischen Debatten über eine mögliche Vereinigung Europas wird jedoch nicht eingegangen. Walter Lipgens weist in seinen „Documents on the history of European integration“³ ebenfalls auf die Existenz der beratenden Gremien im Außenministerium hin, er analysiert jedoch nicht deren Diskussionen und Ergebnisse. Auch in Hans-Peter Schwarz' Werk „Vom Reich zur Bundesrepublik“⁴, das nicht nur den amerikanischen, sondern auch den britischen, sowjetischen und französischen Standpunkt zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg darstellt, werden die amerikanischen Europadiskussionen vor Kriegsende nicht behandelt. Klaus Schwabes Studien zur Europapolitik der USA setzen überhaupt erst ein, als in Amerika die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Einigung im Rahmen des Marshall-Plans zu keimen begann⁵. John Gillingham analysiert zwar die allgemeine Entwicklung der amerikanischen Europakonzeption vom Morgenthau-Plan zum Schuman-Plan, geht aber nicht auf die Debatten ein, die bereits zu Kriegzeiten im State Department geführt wurden⁶.

Die 2002 erschienene Textsammlung „American Debates on Central European Union. 1942–1944“⁷ präsentiert erstmals die Protokolle der Beratungen, die im State Department über eine zentral- und osteuropäische Union angestellt wurden. Die Tatsache, dass ähnliche Debatten über eine eventuelle Einigung Westeuropas oder des europäischen Kontinents als Ganzem geführt wurden, wird jedoch nicht erwähnt. Da dieser wichtige Teilaspekt bis heute auch sonst noch nicht zusammenfassend dargestellt worden ist, setzt es sich der vorliegende Aufsatz zum Ziel, diese Lücke füllen.

Was Amerikas tatsächliche Rolle bei der Gestaltung der europäischen Einigung in den Jahren nach dem Krieg angeht, so wurde auch diese bereits des Öfteren behandelt. Dabei gehen die Meinungen darüber auseinander, welche Bedeutung man den USA beimessen soll. Während die Mehrheit betont, die USA hätten hauptsächlich aufgrund ihres Hegemoniestrebens und ihrer kommerziellen Interessen gehandelt, vertritt die Minderheit die Meinung, die amerikanische Hilfe für Europa sei altruistischen Ursprungs gewesen. Einige kritisieren, die USA hätten sich nicht genug für die Schaffung eines föderalen Europas eingesetzt, andere hingegen sehen in der anti-föderalen Haltung der Amerikaner den eigentlichen Beginn des Einigungsprozesses: die heutige europäische Union habe nur deshalb

³ Vgl. Walter Lipgens, Documents on the history of European integration, 4 Bde, Berlin 1985–1991.

⁴ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1947, Berlin 1966.

⁵ Vgl. Klaus Schwabe, Die Vereinigten Staaten und die Einigung Europas 1945–1952, in: Otmar Franz, Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 166; Klaus Schwabe, The United States, Western Security and European Integration (1945–1963), in: Michel Dumoulin/Geneviève Duchène (Hrsg.), L'Union européenne et les Etats-Unis, Brüssel 2003, S. 27–64.

⁶ Vgl. John Gillingham, From Morgenthau Plan to Schuman Plan: America and the Organization of Europe, in: Jeffrey M. Diefendorf u. a. (Hrsg.), American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955, Washington 1993, S. 111–133.

⁷ Vgl. József Laptó/Mariusz Misztal, American Debates on Central European Union 1942–1944: Documents of the American State Department, Brüssel 2002.

entstehen können, weil man entschieden habe, in kleinen Schritten voranzugehen und die nationalen Besonderheiten zu respektieren, anstatt sofort ein föderales Ganzes zu formen.

Die Frage des Einflusses der Vereinigten Staaten auf die europäische Integration erscheint also komplex genug, um verschiedene Interpretationen zuzulassen. Einer der Gründe dafür liegt auch in den methodischen Schwierigkeiten, denn es müssen eine Vielzahl von Akteuren und Dimensionen miteinbezogen werden: die USA, die europäischen Staaten, die neuen supranationalen und intergouvernementalen Institutionen, die multinationalen transatlantischen Organisationen wie die NATO sowie externe Akteure wie die Sowjetunion. Geir Lundestad erklärt beispielsweise in seiner Studie „Empire‘ by integration“⁸, die USA hätten ihre Machtstellung genutzt, um aus Westeuropa einen Teil ihrer Einflusszone, ihres „Empire“, zu machen. „Empire“ bedeutet in diesem Zusammenhang ein politisch hierarchisches System mit einem Zentrum und nicht „Empire“ im Sinn einer formellen Kontrolle der USA über Europa. Lundestad spricht auch von „Empire by invitation“ in dem Sinn, dass die Europäer es nach dem Krieg nicht nur nicht abgelehnt hätten, sich dem amerikanischen Einfluss zu beugen, sondern dass sie die Vereinigten Staaten im Gegenteil dazu eingeladen hätten, sich in die europäischen Fragen einzumischen.

In der Tat waren die europäischen Staaten nach dem Krieg so geschwächt, dass sie die amerikanische Hilfe vor allem in drei Bereichen benötigten: im ökonomischen Bereich, um die verwüstete Wirtschaft wieder aufzubauen, im politischen Bereich, um den kommunistischen Einfluss zu bannen, und im militärischen Bereich, um sich gegenüber der Sowjetunion zur Wehr setzen zu können. Lundestad vertritt die Meinung der Mehrheit der Historiker, wenn er betont, dass die USA durch die Lancierung des Marshallplans in dem Moment, als die Hoffnung auf eine friedliche Nachkriegszeit verebbte, Europa nicht aufgrund eines selbstlosen Altruismus zur Hilfe geeilt seien. Sie wollten im Gegenteil fünf Ziele erreichen: den kommunistischen Einfluss eindämmen, Westeuropa in das westliche Bündnis integrieren, ein System atlantischer Sicherheit unter ihrer Kontrolle etablieren, die rechts- und linksextremen Parteien von den Regierungen fernhalten und Europa für die amerikanische Massenkultur öffnen. Angesichts der expansionistischen Politik der Sowjetunion wurden sich die USA schließlich auch der Tatsache bewusst, dass sie Europa als Partner brauchten.

Im Folgenden soll nun Amerikas Haltung zu europäischen Einigungsplänen in den Kriegsjahren und damit zu einem Zeitpunkt dargestellt werden, als noch keine Dringlichkeit für einen engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten bestand. Die Diskussionen innerhalb des State Department zeigen dabei recht deutlich, dass die europäische Einigung nicht zu den vordringlichen Projekten der damaligen Beamten und ihres Präsidenten gehörte. Wie bislang zum größten Teil noch unveröffentlichte Dokumente aus amerikanischen Archiven in Washington, Princeton und den Presidential Libraries von Franklin Delano Roosevelt und

⁸ Vgl. Geir Lundestad, „Empire“ by integration. The United States and European integration, 1945–1997, New York 1998.

Harry S. Truman belegen, gründete das State Department schon im Jahre 1939 in enger Zusammenarbeit mit dem „Council on Foreign Relations“ spezielle Studienkomitees, um die Frage des europäischen Neuaufbaus nach dem Krieg zu untersuchen. Bis zum Jahr 1944 prüfte das State Department verschiedene Alternativlösungen, wie nach dem Krieg die Stabilität in Europa garantiert werden könne, und analysierte dabei auch die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Einigung.

Die Tatsache, dass die Debatten dieser Studienkomitees noch nicht Gegenstand einer umfassenden Darstellung waren, ist vielleicht damit zu erklären, dass das State Department während der Präsidentschaft Roosevelts lediglich eine untergeordnete Rolle spielte und kein sehr enger Austausch zwischen den Mitgliedern der Studienkomitees und den Politikern des Weißen Hauses bestand. Trotzdem lohnt sich die genaue Analyse der Protokolle, da sie auf sehr authentische Weise die unterschiedlichen Überlegungen der amerikanischen Politiker, Wirtschaftsexperten und Intellektuellen in Bezug auf die Organisation Europas nach dem Krieg widerspiegeln. Sie zeigen, dass in amerikanischen Regierungskreisen über Europa weit intensiver diskutiert wurde, als man prima vista annehmen könnte. Allein die Tatsache, dass sich nicht nur das State Department, sondern auch einige Gruppen außerhalb der Regierung mit der Frage der europäischen Einigung auseinandersetzten, demonstriert, wie sehr das Thema bereits in den Kriegsjahren Gegenstand der Überlegungen des politischen Amerikas war. Sie zeugt auch von dem Wandel, dem die Politik der amerikanischen Regierung damals unterlag. Selbst wenn die USA sich noch nicht für die Idee der Einheit Europas erwärmen konnten, hatten sie sich doch von der Politik des Isolationismus der zwanziger und dreißiger Jahre verabschiedet. Die Amerikaner hatten die Interdependenz ihrer Politik mit dem Rest der Welt erkannt und ihre Politik danach ausgerichtet. Von dort bis zur aktiven Unterstützung Europas war es nur noch ein kleiner Schritt.

Die vom State Department einberufenen Experten-Runden analysierten die Fragen nach den aus amerikanischer Sicht günstigsten Grenzen Europas, der zweckmäßigsten politischen Organisation sowie der Beziehung Europas zu Russland, den USA und zur künftigen Weltorganisation (von deren Gründung ausgegangen wurde). Im Vordergrund stand dabei stets die Sorge, wie die amerikanischen handels- und sicherheitspolitischen Interessen gewahrt und einem erneuten amerikanischen Eingreifen auf dem europäischen Kontinent vorgebeugt werden sollte. Präsident Roosevelt erwartete von den Studienkomitees eine genaue Analyse der weltpolitischen Situation und die Erarbeitung verschiedener Lösungsalternativen für die Zeit nach dem Krieg: „Ich möchte sicher sein, in meinen Korb greifen zu können und dort zu finden, was ich brauche. In der Zwischenzeit werde ich Scheuklappen auf den Augen tragen und mich auf die Mittel und Wege konzentrieren, mit denen der Krieg zu gewinnen ist.“⁹

⁹ National Archives and Record Administration Washington (künftig: NARA), RG 59, Harley Notter Papers (HN), box 54, S. 5, Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, 12. 2. 1942.

Roosevelt interessierte sich in den Kriegsjahren nicht sonderlich für das Problem der Neugestaltung Europas; vorerst genügte es ihm zu wissen, dass ein ausgewähltes Expertengremium diese Fragen erörterte. Für alles Weitere bevorzugte er den Rat seines Kriegsministers Henry Stimson oder seines Finanzministers Henry Morgenthau¹⁰. Das schwach ausgeprägte Interesse Roosevelts an der Organisation Europas lässt vermuten, dass er keine weiteren Gremien mit der Untersuchung dieses Problems beauftragte. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass bis jetzt keine Archivbestände aus anderen amerikanischen Ministerien bekannt sind, die intensive Europaüberlegungen dokumentieren würden. Wenn also in anderen Zweigen der amerikanischen Regierung die Zukunft Europas erörtert wurde, so dürfte das auf informelle oder weniger intensive Art und Weise geschehen sein. Umfassende Überlegungen zu Europa als Ganzem und zur Frage der Neuordnung des europäischen Kontinents nach dem Krieg scheinen ausschließlich im State Department und von drei hochrangig besetzten Studienkomitees angestellt worden zu sein.

Die ersten beiden Komitees widmeten sich dem Problem noch aus recht allgemeiner Perspektive und kamen zu wenig konkreten Ergebnissen. Erst das 1943 gegründete Studienkomitee, das „Subcommittee on problems of European organization“, untersuchte alle Facetten der Frage einer europäischen Einigung. Nachdem es die Variante einer „gesamteuropäischen Organisation“ geprüft hatte, diskutierte es die Möglichkeit einer europäischen Zollunion und studierte auch partielle Lösungen wie zum Beispiel die Integration nur des europäischen Transportwesens. Wertet man die Diskussionen des Komitees aus, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Erwartungshaltung des Präsidenten die späteren Entscheidungen des Komitees stark beeinflusst hat.

Das „Advisory Committee on Problems of Foreign Relations“

Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg begann, standen die Vereinigten Staaten vor einer der schwierigsten Aufgaben ihrer Geschichte. Es war ganz offensichtlich, dass die Interessen des Landes selbst dann von den Folgen des Krieges beeinträchtigt würden, wenn die amerikanische Regierung nicht in den Krieg eintreten sollte. In dieser Situation mussten die USA auch Antworten auf die Fragen finden, die sich nach dem Ende des Krieges und der wahrscheinlichen Veränderung der machtpolitischen Konstellationen in der Welt stellen würden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ernannte Außenminister Cordell Hull am 16. September 1939 den Wirtschaftsexperten Leo Pasvolski¹¹ zu seinem persönlichen Assistenten und betraute ihn mit der Aufgabe, sich mit den zu erwartenden Nachkriegsproblemen auseinanderzusetzen und Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dies war der Beginn einer intensiven Studienphase und einer sehr engen

¹⁰ Vgl. Felicitas Hentschke, *Demokratisierung als Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und Japan, 1943–1947*, Münster 2001, S. 69–71.

¹¹ Leo Pasvolski, 1893–1953, jüdischer Wirtschaftsexperte, als Sohn revolutionärer Kommunisten in Russland geboren, immigrierte 1905 in die USA.

Zusammenarbeit der beiden Männer. Cordell Hull erinnerte sich an Leo Pasvolksi mit den Worten: „seine Leistungen waren glänzend, sein Dienst außergewöhnlich nützlich“¹². In der Tat scheint Pasvolskis Einfluss auf Hull recht groß gewesen zu sein: „Leo Pasvolksi war der spezielle Assistent von Außenminister Cordell Hull und er stand ihm sehr nahe. Er hatte das Büro nebenan und er ging ein und aus, wie er wollte. Man sagte, dass Cordell Hull nicht den kleinen Finger rühren würde, ohne vorher mit Leo gesprochen zu haben. Mit anderen Worten, Leo war eine sehr einflussreiche Person im State Department.“¹³ Pasvolski war die graue Eminenz im amerikanischen Außenministerium und hinterließ auch in der Nachkriegsgeschichte Spuren. Er war nicht nur einer der Gründer der Weltbank, sondern auch maßgeblich an der Ausarbeitung der UN-Charta beteiligt.

Pasvolski führte Cordell Hulls Auftrag gewissenhaft aus. Im Januar 1940 gründete er das erste Expertenkomitee, das „Advisory Committee on Problems of Foreign Relations“. Vorrangiges Ziel dieses Komitees war es zu analysieren, wie die Welt in Zukunft geordnet werden sollte, selbstverständlich unter Berücksichtigung der amerikanischen Interessen. Außerdem sollte es die amerikanische Politik, die beim Aufbau einer solchen Ordnung am zweckmäßigsten war, definieren und die bereits existierenden offiziellen und inoffiziellen Vorschläge bezüglich der „Probleme des Friedens und des Wiederaufbaus“ untersuchen. In das Komitee wurden 15 Persönlichkeiten berufen, die zur intellektuellen Elite Amerikas gehörten. Neben Hull und seinem Stellvertreter Sumner Welles nahm der berühmte Anwalt und Wirtschaftsexperte Adolf A. Berle an den Diskussionen teil, der sich bereits zu Beginn des „New Deal“ mit seinem Buch „The Modern Corporation and Private Property“¹⁴ in Wirtschaftskreisen einen Namen gemacht hatte. George S. Messersmith war ebenfalls mit von der Partie. In den dreißiger Jahren an der amerikanischen Botschaft in Österreich und Deutschland stationiert, brachte er seine Kenntnis der Strukturen der Nazi Herrschaft in das Komitee ein. Er hatte die amerikanische Regierung bereits 1933 vor den Intentionen Hitlers gewarnt und ihr geraten, dem NS-Regime energisch entgegenzutreten, bevor die Folgen eines erneuten Machtzuwachses Hitlers unbeherrschbar würden. Als Wirtschaftsexperte wurde Henry F. Grady berufen, dessen Karriere unter dem Präsidenten Herbert Hoover im amerikanischen Handels- und Wirtschaftsministerium begonnen hatte. Er war bis 1937 Leiter der Wirtschaftsschule der Universität Berkeley gewesen. Hinzu kamen der Fernostexperte Stanley K. Hornbeck, der von 1928 bis 1937 die Abteilung für fernöstliche Angelegenheiten im State Department geleitet hatte und während des Krieges politischer Berater im State Department war, und der Diplomat Jay Pierrepont Moffat, der seit 1917 mehrere Stationen im Dienst der amerikanischen Regierung durchlaufen hatte. Er war Gesandter in Polen, Japan, in der Türkei und in der Schweiz gewesen, wo er zum Experten für

¹² Hull, *Memoirs*, Bd. II, S. 1625.

¹³ Harry S. Truman Presidential Library, Oral History, Interview mit Dr. John Parke Young, 21. 2. 1973.

¹⁴ Vgl. Adolf A. Berle/Gardiner C. Means, *The Modern Corporation and Private Property*, Edison 1932.

Abrüstungsfragen wurde. Eine seiner wichtigsten Funktionen war die des Leiters der Abteilung für westeuropäische Fragen, die er von 1932 bis 1935 sowie von 1937 bis 1940 innehatte und die ihm aufgrund seiner guten Kenntnisse der europäischen Politik anvertraut wurde. Zu nennen sind außerdem der Experte für Wirtschaftsfragen Herbert Feis, der sowohl unter Präsident Hoover wie auch unter Präsident Roosevelt Berater für internationale und wirtschaftliche Fragen im State Department war und nach dem Krieg durch seine Bücher über die internationalen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg bekannt wurde, und Green H. Hackworth, lange Jahre juristischer Berater im State Department und ab 1937 Mitglied der amerikanischen Vertretung am Ständigen Schiedshof in Den Haag, nach dem Krieg als erster Amerikaner zum Richter am Internationalen Gerichtshof gewählt, an dessen Gründung er selbst maßgeblich beteiligt gewesen war.

Eines der bedeutendsten Mitglieder des Komitees war wohl Norman H. Davis. Er war nicht nur ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann und Diplomat (er hatte als amerikanischer Gesandter 1927 an der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf und von 1932 bis 1934 an der Genfer Abrüstungskonferenz teilgenommen), sondern hatte auch von 1936 bis 1944 die Präsidentschaft des 1921 gegründeten „Council on Foreign Relations“ (CFR) inne. Der CFR war eine Privatorganisation, die sich der Analyse der wirtschaftlichen, politischen und strategischen Probleme der Weltpolitik widmete, aber keine Regierungspolitik formulierte. Sein Ziel war es, den Kurs Washingtons indirekt zu beeinflussen. Bereits 1940 rief der CFR das „War and Peace Studies Project“ ins Leben, das Empfehlungen zur Kriegssituation und zur Organisation des Friedens nach dem Ende des Konfliktes formulieren sollte. Das Projekt, das zum größten Teil von der Rockefeller Stiftung finanziert wurde, war in fünf Gruppen unterteilt (Friedensziele, Politik, Rüstung, Territorien, Wirtschaft und Finanzen). Diese Struktur sollte eine möglichst breite Analyse der Nachkriegsprobleme gewährleisten. Insgesamt wurden in sechs Jahren 362 Sitzungen abgehalten und 682 Memoranda an das State Department geschickt¹⁵.

Breckinridge Long, ein weiteres einflussreiches Mitglied, stand Davis in puncto Prominenz keineswegs nach, war allerdings nicht unumstritten. Seine Karriere hatte bereits während des Ersten Weltkriegs als stellvertretender Außenminister unter Woodrow Wilson begonnen. Präsident Roosevelt sandte ihn 1933 für drei Jahre als Botschafter nach Italien, wo ihm amerikanische Beobachter allerdings bald seine mussolinifreundliche Haltung vorwarfen. Ab 1940 war er für die Visa-Bewilligung für Flüchtlinge zuständig, wobei seine Verzögerungstaktik bei der Behandlung emigrationswilliger deutscher Juden traurige Berühmtheit erlangte. Mit dem Argument, dass sich unter den asylsuchenden Flüchtlingen Nazispione versteckten, erschwerte er deren Einreise in die USA so sehr, dass fast 90 Prozent abgewiesen wurden¹⁶. Erst 1944 gründete Roosevelt das „War Refugee Board“, das

¹⁵ Princeton Seeley Mudd Manuscript Library (künftig: PSML), Hamilton Fish Armstrong Papers (HFA Papers), box 76, The War and Peace Studies of the CFR, ca. 1946.

¹⁶ Vgl. Robert Dallek, Franklin Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945, New York 1980, S. 446.

die Verantwortung für die Rettung europäischer Juden übernahm und Long von seinen Pflichten entband.

Die Mitglieder des Komitees wurden vor allem aufgrund ihrer Erfahrung und Urteilsfähigkeit ausgewählt. Die Struktur der Runde war an die der bereits existierenden Studiengruppen des „War and Peace Studies Project“ im „Council on Foreign Relations“ angelehnt. Das State Department stand stets in diskretem, aber doch regem Austausch mit dem CFR, was etwas später auch dazu führte, dass mehr und mehr Experten des CFR an den Diskussionen im State Department teilnahmen.

Das Studienkomitee war in drei Gruppen unterteilt: eine politische, eine wirtschaftliche und eine, die sich mit den Problemen der Abrüstung beschäftigte. Mit der Organisation Europas setzte sich vor allem die politische Gruppe auseinander, kam aber aufgrund der kurzen Lebensdauer des Komitees von nur drei Monaten nicht zu einem konkreten Ergebnis. Aus den Protokollen der Besprechungen lässt sich vor allem ablesen, dass sie Europa nach dem Krieg in verschiedene Blöcke aufteilen und dabei sicher gehen wollte, dass die wahre Entscheidungsgewalt über das Schicksal Europas in den Händen der Großmächte blieb¹⁷. Ohne wirklich fassbare Ergebnisse geliefert zu haben, wurde das Komitee aufgelöst, als das Vordringen der deutschen Armee nach Westen die Möglichkeit eines von Deutschland beherrschten Europas eröffnete und sofortige Überlegungen bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Folgen eines deutschen Sieges verlangte.

Das „Advisory Committee on Postwar Foreign Policy“

Das nächste Komitee wurde ins Leben gerufen, als der Kriegseintritt Amerikas die Motivation der amerikanischen Regierung stark erhöht hatte, die Herausforderungen der Nachkriegssituation eingehend zu analysieren. Die politischen Rahmenbedingungen waren nun vollkommen anders als zu Zeiten des ersten Komitees, denn nach ihrem Kriegseintritt wussten die USA, dass sie bei der Definition der Nachkriegsordnung maßgeblich beteiligt sein würden. Dies färbte natürlich auch auf die Atmosphäre ab, in der die Diskussionen stattfanden. Die Mitglieder des neuen, im Sommer 1941 berufenen „Advisory Committee on Postwar Foreign Policy“ waren zum Teil identisch mit denen des ersten Komitees, hatten aber Verstärkung erhalten von einigen politischen Beratern aus dem Außenministerium, wie zum Beispiel dem späteren Außenminister Dean Acheson. Sie waren sich der Verantwortung, aber auch der Bedeutung ihres Landes und seiner neuen Macht vollkommen bewusst. Illustriert wird dies beispielsweise durch eine kurze Konversation zwischen dem neu hinzugekommenen Komiteemitglied Anne O’Hare McCormick¹⁸ und dem stellvertretenden Außenminister und damaligen Vorsit-

¹⁷ NARA, RG 59, HN, box 108, Advisory Committee on Problems of Foreign Relations, Januar-Mai 1940.

¹⁸ Anne O’Hare McCormick (1882–1957) war die erste Frau, die sich offiziell als Auslandskorrespondentin der New York Times bezeichnen durfte. Bereits 1921 lieferte sie ihrer Zeitung einen Bericht über den Aufstieg Mussolinis und warnte bereits damals vor dessen Machthun-

zenden des Komitees, Sumner Welles. Als die Auslandskorrespondentin der New York Times Sumner Welles fragte, ob es denn bei den Studien des Komitees darum gehe, die Probleme nach dem Grundsatz zu analysieren, dass „die Welt, die wir wollen“, zu schaffen sei, antwortete Welles ohne Zögern: „Genau“¹⁹.

Auch das neue Komitee war der bereits erwähnten Struktur des „Council on Foreign Relations“ nachempfunden und in eine Gruppe für politische Fragen, eine für wirtschaftliche Fragen, eine Gruppe für sicherheitspolitische und eine für territoriale Fragen unterteilt. Der Einfluss des CFR wurde überdeutlich, als kurz nach der Gründung auch ein großer Teil der Mannschaft des CFR als Experten zu den Sitzungen des Komitees gebeten wurde. Zu nennen ist hier vor allem Hamilton Fish Armstrong, der Chefredakteur der Zeitschrift „Foreign Affairs“ und Vorsitzende der wahrscheinlich wichtigsten Studiengruppe im CFR zu Kriegszeiten, dem „War and Peace Studies Project“. Seine Meinung wurde im State Department sehr geschätzt, und bald übernahm er auch den Vorsitz bei Besprechungen im „Advisory Committee“, wenn Sumner Welles oder später Cordell Hull verhindert waren.

Die erste Sitzung des „Advisory Committee“ fand am 12. Februar 1942 statt. Sumner Welles betonte ausdrücklich, dass das Komitee eng mit dem CFR zusammenarbeiten und auch Studien von ausländischen Experten zur Kenntnis nehmen werde, um so einen genauen Überblick über alle vorhandenen Pläne zu gewinnen. Das Ziel des Komitees sollte es sein, alle möglichen Varianten einer Nachkriegsorganisation zu analysieren, die für die USA günstigsten Szenarien herauszufinden und dem Präsidenten daraufhin präzise Empfehlungen vorzulegen.

Die verschiedenen Varianten einer politischen Neugestaltung Europas nach dem Krieg wurden, wie bereits im ersten Komitee, vor allem von der politischen und der wirtschaftlichen Gruppe untersucht. Letztere stellte dabei immer wieder fest, dass eine Wiederherstellung der auf nationalstaatlicher Souveränität und Autarkie basierenden Wirtschaftsstrukturen der Vorkriegszeit aufgrund ihres Konfliktpotenzials nicht wünschenswert sei. Sie hielt es vielmehr für erstrebenswert, in Europa eine Wirtschaftsorganisation der bilateralen Kooperation zu schaffen, ohne freilich engere Beziehungen erzwingen zu wollen, als die Mitgliedsländer es von sich aus wünschten. Diese Organisation sollte so einfach wie möglich gestaltet werden, und ihre Institutionen müssten für künftige Veränderungen offen sein²⁰. Gleich zu Beginn stellte die Gruppe fest, dass die Europäer nur sehr ungern ihre staatlichen Hoheitsrechte im Bereich der Wirtschaft aufgeben würden, weil sie fürchteten, Deutschland könnte sofort wieder versuchen, eine hegemoniale Position zu erlangen. Die Experten kamen deshalb zu dem Schluss, es solle keine gesamteuropäische Wirtschaftsunion geschaffen werden; die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte sich auf einige wirtschaftliche Basisbereiche beschränken, wie zum Beispiel das Bankwesen, die Wechselkurse, das Transportwesen, die

ger. Noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sie Interviews mit Mussolini, Hitler, Stalin, Churchill, Roosevelt sowie den Päpsten Pius XI. und XII. geführt. 1936 wurde sie als erste Frau in den Redaktionsausschuss der New York Times gewählt.

¹⁹ NARA, RG 59, HN, box 54, S.5, Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, 12.2.1942.

²⁰ Ebenda, box 84, Protokoll der Sitzung vom 7.1.1943.

Schwerindustrie, die Landwirtschaft und das Sozialwesen, wobei es in allen diesen Bereichen eher um Absprachen und nicht um wirkliche Kooperation oder gar Fusion ging.

Die politische Gruppe widmete sich sehr intensiv der Frage, ob es besser sei, zur Vorkriegssituation und somit zur absoluten Souveränität der einzelnen Staaten zurückzukehren oder ob Europa nach dem Vorbild der USA oder der Schweiz als Föderation oder lockerer Staatenbund aufgebaut werden sollte. Ein Vorteil der ersten Lösung war nach Meinung mancher Gruppenmitglieder, dass die früheren Regierungsbeamten auch weiter tätig bleiben und so die strukturellen Anpassungsprobleme einer neu zu errichtenden Ordnung nach dem Krieg vermieden werden könnten. Eine Mehrheit aber tendierte zu einer Unionslösung, die jedoch nicht näher präzisiert wurde.

Die Mitglieder waren der Ansicht, dass die USA bei einer politischen Einigung Europas über längere Zeit die Schirmherrschaft übernehmen müssten. Anstatt, wie vorgesehen, Deutschland zu kontrollieren, müssten die Vereinten Nationen es möglicherweise sogar gegen Angriffe anderer Mitglieder der neuen Union schützen und für einen Zeitraum von zehn oder mehr Jahren in den Organen der UNO repräsentieren. Für möglich gehalten wurde aber auch, dass andere Länder der europäischen Union die deutsche Wirtschaft unter Aufsicht stellen und so das Wiederaufflammen von deutschen Großmachtansprüchen verhindern wollten. Zudem müssten die Vereinten Nationen, und vor allem die USA, durch ihre finanzielle Unterstützung großen indirekten und permanenten Einfluss auf die Union ausüben²¹.

Während der Besatzungszeit sollte zuerst ein wirtschaftlicher Zusammenschluss erfolgen, bevor die Union dann mit politischen Hoheitsrechten ausgestattet würde. Diese Union sollte nach Ansicht des Komitees Europa westlich von Russland, allerdings ohne Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Spanien und Portugal, umfassen. Insgesamt meinte das Komitee, je größer die Union sei, desto schwieriger würde es sein, sich abzustimmen und die Wirtschaft zu integrieren. Wenn gar ganz Europa in der Union vereint sei, müsste man sich auf einige Bereiche wie zum Beispiel die Harmonisierung der Wechselkurse, des Transportwesens, der Zölle und vielleicht der Landwirtschaft und der Schwerindustrie beschränken. Die von der politischen Gruppe projektierte Einheit Europas war, wie sich leicht feststellen lässt, ein sehr ehrgeiziges Vorhaben, denn sie bezog sich auf all die Wirtschaftsbereiche, für deren Vereinheitlichung die heutige Europäische Union lange Jahre gebraucht hat oder sogar noch immer benötigt. Nach der tatsächlichen Gründung der Union sollte sie, nach Ansicht des Komitees, so flexibel bleiben, dass auch weitere europäische Länder beitreten könnten. Dabei wies das Komitee jedoch auf das Risiko hin, dass sich die Union zu einer militärischen oder wirtschaftlichen Gefahr für die USA entwickeln könnte²².

Als das Komitee sich mit der Frage der Eingliederung Deutschlands in diese Union zu beschäftigen begann, wurde sofort festgestellt, dass jede Möglichkeit

²¹ Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 19. 11. 1942.

²² Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 20. 11. 1942.

der politischen oder wirtschaftlichen Beherrschung anderer europäischer Länder durch Deutschland ausgeschlossen werden müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, analysierte das Komitee zuerst die Option einer Aufteilung Deutschlands und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Es erwog dabei auch die Idee, nach dem Krieg die von Hitler erzwungene wirtschaftliche Einheit zu nutzen, um eine europäische Zoll- und Währungsunion zu bilden, die auch die Länder des Ostens mit einschließen würde. Aufgrund der Instabilität der nationalen Wirtschaftsstrukturen in den Staaten westlich von Russland sei eine Teilung Deutschlands nicht die beste Lösung, da sie eine zu große Schädigung der Gesamtwirtschaft Europas nach sich ziehen würde. Zudem würden bei einer Spaltung Deutschlands die einzelnen Teile voraussichtlich versuchen, sich in einer Art Zollunion zusammenzuschließen; der Effekt der Teilung würde dadurch aufgehoben. Wenn die deutschen Teilstaaten allerdings in eine größere Zoll- und Währungsunion eingegliedert wären, sei der Impuls, sich wieder zu vereinen, weniger stark.

Diese Zollunion hätte Frankreich, Italien, die Niederlande, die Schweiz, eventuell auch Spanien und Portugal und vielleicht sogar eine osteuropäische Union, deren Grenzen noch zu bestimmen seien, umfassen können. Die Bedingungen für die Gründung einer solchen Zollunion waren nach Ansicht des Komitees recht günstig, da es nach dem Krieg in den Gebieten, die unter deutscher Besatzung gestanden hatten, keine Zollschränken geben würde und alle europäischen Währungen – außer der schweizerischen, portugiesischen und der schwedischen – durch die Inflation so gelitten hätten, dass eine Neuorganisation ohnehin nötig sei. Ähnliches gelte nach dem Sturz des Nazi-Regimes für die Reichsmark, sodass eine Harmonisierung aller verschiedenen Währungen sowie – zum ersten Mal in der modernen Geschichte – die Bildung einer gemeinsamen Währung möglich wäre.

Das Komitee kam also zu der Meinung, dass die Schaffung einer europäischen Zollunion und eines einheitlichen Währungssystems für ganz Europa oder zumindest einen großen Teil davon nötig sei, wenn vermieden werden sollte, dass ein geteiltes Deutschland eine lange Phase wirtschaftlicher und damit auch politischer Instabilität durchschreiten müsste²³. Insgesamt sprach sich das „Advisory Committee“ allerdings nicht eindeutig für die Gründung eines geeinten und unabhängigen Europas, sondern eher für die Errichtung eines Europa der Nationalstaaten aus, von denen jeder einzelne den Vereinten Nationen angehören sollte. Europa wäre so auch mit einigen integrierten Wirtschaftsbereichen nicht wirklich politisch handlungsfähig und folglich keine Gefahr für die amerikanischen Interessen gewesen²⁴.

²³ Franklin Delano Roosevelt Presidential Library (künftig: FDRL), Adolf A. Berle Papers, box 214, Diary, Kopie eines Berichts des Komitees, 5. 11. 1942.

²⁴ FDRL, Sumner Welles Papers, box 193, folder 9, Possible advantages and disadvantages of regional organization, 3. 6. 1943.

Das „Subcommittee on problems of European organization“

Nachdem Winston Churchill im März 1943 die Gründung eines Europarats vorgeschlagen hatte, dessen Grundzüge er Roosevelt bereits einen Monat zuvor erläutert hatte²⁵, begannen sich in Europa die Aufrufe für eine europäische Einigung zu häufen. Das „Advisory Committee“ sah sich schnell außerstande, alle Vorschläge mit der gleichen Sorgfalt zu prüfen wie zuvor, und gründete deshalb ein spezielles Unterkomitee, das sich ausschließlich mit Fragen der Nachkriegsordnung Europas beschäftigen sollte. In einem Brief an Sumner Welles beschrieb Hamilton Fish Armstrong, der zum Vorsitzenden des „Advisory Committee“ bestimmt worden war, die Ziele des neuen Komitees. Es sollte untersuchen, wie die Einigung aussehen und wie sie zustande kommen sollte, wie Einigungen dieser Art in der Vergangenheit funktioniert hatten, welche Lektionen aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zu ziehen seien, welche Ergebnisse mit der Bildung von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen erzielt werden konnten und welche Interessen Amerika bei solchen Bündnissen verfolgen sollte²⁶.

Die Mitglieder des Subkomitees waren zum großen Teil identisch mit denen der beiden vorangegangenen Studiengruppen, wurden jedoch um einige Experten aus dem „Council on Foreign Relations“ sowie aus Wissenschafts- und Regierungskreisen erweitert. Vom CFR kamen zum Beispiel der Wirtschaftsexperte und langjährige Studiendirektor Percy Bidwell sowie Philip Mosely, der viele seiner Analysen auch der Forschungsabteilung des „Office of Strategic Services“ (OSS) zur Verfügung stellte und als ausgewiesener Osteuropaexperte galt. Er sollte nach dem Krieg erst das Zentrum für Russlandstudien der Universität Columbia und dann den CFR leiten. Insgesamt waren die Mitglieder so gewählt, dass ihre Spezialgebiete sich gegenseitig ergänzten. Isaiah Bowman zum Beispiel war zuständig für territoriale Fragen. Er hatte zuvor als Geographieprofessor an den Universitäten Harvard und Yale gelehrt und ungefähr zwanzig Jahre lang die amerikanische Gesellschaft für Geographie geleitet. Cavendish Cannon war stellvertretender Direktor des Büros für südeuropäische Fragen im State Department. Der Ökonom Jacob Viner, der bereits in den dreißiger Jahren eine Reihe wichtiger Bücher veröffentlicht hatte, war Berater im Finanzministerium unter Henry Morgenthau und lehrte gleichzeitig an der Universität Chicago. 1950 veröffentlichte er das Buch „The customs union“, in dem er den Aufbau sowie die Vor- und Nachteile einer Zollunion erklärt. Harry Hawkins leitete das Büro für Handelsverträge im State Department. Der spätere Direktor der Columbia University Grayson L. Kirk war Berater in der Abteilung für Sicherheitsfragen des Büros für politische Fragen im State Department. Als bedeutendes neu hinzugekommenes Mitglied ist auch der amerikanische Botschafter im Vatikan, Myron C. Taylor, zu nennen.

Nach einigen informellen Treffen beriet das Unterkomitee vom 4. Juni 1943 bis 31. März 1944 über eine Neuordnung Europas nach dem Krieg. Die Beratungen

²⁵ Vgl. Hull, *Memoirs*, Bd. II, S.1640.

²⁶ PSML, HFA Papers, box 64, Brief von H. F. Armstrong an Sumner Welles, 7.5. 1943, und Anhang: Problems of European regionalism.

sollten ohne jegliche Voreingenommenheit für oder gegen die Idee von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen *sine ira et studio* stattfinden²⁷. Aufgrund der zahlreichen Vorschläge für eine wie auch immer geartete europäische Einigung war der Hauptteil der Diskussionen der Frage der Schaffung einer „gesamteuropäischen Organisation“ gewidmet, die weder die Sowjetunion noch Großbritannien umfassen sollte. Übrigens schien das Komitee trotz der bereits erkennbaren sowjetischen Opposition gegen die Schaffung regionaler Blöcke in Europa eine Expansion der Sowjetunion in Richtung Westen nicht zu befürchten. Es betonte vielmehr, dass „die aktuelle Haltung der russischen Führer anzudeuten scheint, dass sie etwas viel weniger Extremes im Sinn haben“²⁸. Die vertrauensselige Haltung Roosevelts gegenüber Moskau wurde anscheinend auch von den meisten Experten des Studienkomitees geteilt. Zwar tauchten in den Diskussionen immer wieder kritische Äußerungen über die Intentionen der Sowjetunion auf, doch wurden sie nie ausführlicher diskutiert.

Anfangs war das Komitee der Idee der Einigung Europas keineswegs abgeneigt. Im Gegenteil. Allerdings setzte es voraus, dass eine Weltorganisation die neuerliche Herrschaft Deutschlands über Europa verhindern und sicherstellen könne, dass vor allem die handels- und sicherheitspolitischen Interessen Amerikas gewahrt blieben. Je intensiver das Komitee dann allerdings die Details einer „gesamteuropäischen Organisation“ untersuchte, desto mehr wuchs auch seine Skepsis gegenüber den damit verbundenen Schwierigkeiten und den konkreten Vorteilen für Europa und die Welt.

Zuerst widmete sich das Komitee den bereits vorliegenden Vorschlägen für eine Neuordnung Europas und prüfte, wie sich die Europäer selbst die Einigung ihres Kontinents vorstellten. Dabei kam es recht schnell zu dem Schluss, dass die Schaffung einer Einheit aus eigenem europäischem Antrieb eher unwahrscheinlich sei, obwohl es durchaus gewisse Kreise gäbe, die sich nachdrücklich für eine Neuordnung Europas einsetzten und deren Ideen nach dem Krieg nicht ignoriert werden könnten. Die Initiative musste also von außen kommen²⁹.

Davon ausgehend wandte sich das Komitee bereits in seiner ersten Sitzung der Analyse der Vor- und Nachteile einer Einigung für Europa und seine Völker einerseits und ihrer Auswirkungen auf die amerikanischen Interessen andererseits zu. Anhand von detaillierten Studien, die jeweils von einem Mitglied ausgearbeitet und während einer Sitzung vorgetragen wurden, diskutierte man die Fragen, ob dieses geeinte Europa eine unabhängige politische Kraft oder einen Teil einer größeren Weltorganisation bilden, wie man mit der deutschen Frage umgehen

²⁷ PSML, HFA Papers, box 79, folder: State Department-joint meetings, Notiz von H. F. Armstrong, 2. 6. 1943.

²⁸ NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, 23. 7. 1943, Bemerkung von Adolf Berle. Gleichzeitig analysierte jedoch das Advisory Committee die Möglichkeit der Schaffung einer osteuropäischen Union, die einen eventuellen Expansionswillen Russlands blockieren könnte. Bereits 1940 hatte auch das politische Unterkomitee des Advisory Committee die Möglichkeit eines sowjetischen Übergriffs auf Osteuropa in Betracht gezogen.

²⁹ NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, First Meeting of the subcommittee on problems of European organization, 4. 6. 1943.

sollte und auf welche Weise der Friede am besten gewahrt werden konnte. Die letzte Frage wurde nicht nur deshalb eingehend untersucht, um den europäischen Völkern Leid und Krieg zu ersparen, sondern auch, um künftig den Einsatz amerikanischer Soldaten in Europa zu vermeiden und einen sicheren Absatzmarkt für amerikanische Produkte zu garantieren.

Churchills Vorschlag eines Europarates wurde dabei ebenso erörtert wie die Schaffung eines europäischen Verbundes, der dem Modell ähnelte, das sich unter deutscher Zwangsherrschaft herausgebildet hatte, weil sich die amerikanischen Experten immer wieder recht beeindruckt zeigten von der straffen Organisation der wirtschaftlichen Einheit in den Ländern unter deutscher Besatzung. Zwar blieb die Frage offen, wie groß die wirtschaftliche Produktivität eines solchen Zusammenschlusses langfristig sein könnte, doch wurde die Harmonisierung eines Großteils der nationalen Volkswirtschaften von allen Mitgliedern des Komitees als Basis für eine funktionierende Organisation Europas angesehen. Das Projekt, nach dem Krieg die nationalsozialistischen Strukturen gleichsam in entnazifizierter Form beizubehalten und eine Wirtschaftsorganisation für ganz Europa darauf aufzubauen, wurde nach langen und heftigen Diskussionen über die damit verbundene große Gefahr einer neuerlichen deutschen Hegemonie letztlich aber doch verworfen. Man verständigte sich darauf, dass Europa nur dann geeint und wirtschaftlich zusammengeschlossen werden könne, wenn eine Dominanz Deutschlands ausgeschlossen sei. Percy Bidwell fasste die Haltung des Komitees mit dem Satz zusammen, dass es eine Einigung Europas ablehnte, „wenn nicht Deutschland die Zähne gezogen würden“³⁰.

Sehr eingehend diskutierte das Komitee darüber hinaus die Möglichkeit einer europäischen Zollunion und griff dabei auch auf die bereits von der zweiten Studiengruppe erarbeiteten Ansätze zurück. Die Komiteemitglieder hatten eine recht umfassende Vorstellung von der Tragweite einer solchen Union: Sie sollte alles einschließen, was zur Liberalisierung des Handels beitrug, also nicht nur die Abschaffung der inneren Handelsschranken und die Liberalisierung des Waren- und Personenverkehrs, sondern auch eine Währungsunion³¹. Obwohl der Begriff „Zollunion“ verwendet wurde, drehten sich die Diskussionen eigentlich um die Gründung einer „Wirtschaftsunion“, die im Komitee allerdings nur geringe Resonanz fand, weil sie die gesamte europäische Wirtschaftsorganisation verändern und sowohl den Binnen- wie auch den Außenhandel beeinträchtigen würde. Zwar waren sich die Komiteemitglieder der Tatsache bewusst, dass vor dem Krieg fast alle europäischen Länder hohe Handelsschranken errichtet hatten und dass eine europäische Zollunion wahrscheinlich zu einer besseren Nutzung der europäischen Ressourcen, zu höheren Löhnen und zu einer Steigerung des Handels mit

³⁰ NARA, RG 59, HN box 84, Protokoll der Sitzung vom 9. 7. 1943 und Protokoll der Sitzung vom 12. 7. 1943. Anwesende Mitglieder: Adolfe A. Berle, Percy Bidwell, Isaiah Bowman, Cavendish W. Cannon (stellvertretender Direktor des Büros für südeuropäische Fragen im State Department), Harry Hawkins, Leo Pasvolski, Myron C. Taylor, Jacob Viner, Richard Eldridge, Grayson L. Kirk, Amry Vandenbusch, Melvin Knight, Philip Mosely, Leroy Stinebower, Julian Wadleigh, Ralph Bowen.

³¹ Ebenda, S. 25, Protokoll der Sitzung vom 23. 7. 1943.

nicht-europäischen Ländern führen würde. Zugleich fürchtete es aber, dass sich die Union sehr bald hinter hohen Zollschranken verbarrikadieren würde, was amerikanische Produkte diskriminieren könnte. Falls sich ein so geeinter europäischer Markt dann auch noch erweitern würde, liefe die amerikanische Industrie höchstwahrscheinlich Gefahr, ihre Chancen auf dem europäischen Kontinent ganz zu verlieren³². Schließlich fürchteten die Experten, dass eine europäische Zollunion von Deutschland dominiert werden könnte³³.

Das Komitee war der festen Überzeugung, dass eine wirtschaftliche Einigung niemals vor, sondern erst nach der Schaffung einer politischen Einheit entstehen konnte. Grund dafür war die Annahme, dass bei einer bloß wirtschaftlichen Union Deutschland mit seinen großen ökonomischen Ressourcen schnell zu mächtig werden und dass eine solche Union hohe Zollschranken entwickeln könnte, die den amerikanischen Interessen massiv schaden würden. Andererseits blieb dem Komitee aber auch nicht verborgen, dass ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa einen zu mächtigen Block bilden und so Amerikas Sicherheitsinteressen tangieren konnte. Das Komitee stand so vor einem nicht zu lösenden Dilemma: ein politisch geeintes Europa würde zwar einem deutschen Hegemonialstreben enge Grenzen setzen, aber mit Sicherheit auch zu einer Wirtschaftsunion führen, die amerikanischen Interessen zuwider liefe. Das Komitee sprach sich deshalb gegen die Schaffung einer politischen Föderation aus, weil sie unweigerlich zu einer Zoll-/Wirtschaftsunion führen würde.

Die möglichen Auswirkungen einer europäischen Zollunion auf die amerikanischen Interessen wurden am 15. Oktober 1943 noch einmal sehr eingehend untersucht. Dabei hielt das Komitee fest, dass die Nachfrage nach amerikanischen Produkten sowohl durch die Auswirkungen einer Zollunion auf die europäische Kaufkraft und die Steigerung der innereuropäischen Produktion als auch durch die Handelspolitik der Zollunion erheblich beeinträchtigt werden könnte. Sehr wahrscheinlich würde die Schaffung einer europäischen Zollunion sogar eine bedeutende Veränderung des Welthandels hervorrufen. Europa wäre dann imstande, mehr und zu günstigeren Kosten zu produzieren, und müsste somit weniger ausländische und in diesem Fall amerikanische Güter importieren. Zudem könnte Europa Produkte billiger auf dem amerikanischen Markt absetzen.

Klar war aber auch: Falls Europa in 40 bis 50 Jahren ein eigenes Nationalbewusstsein entwickeln würde, könnte die Handelspolitik für die europäischen Regierungschefs ein sehr wirksames Instrument sein, um ein solches Europegefühl zu stärken und Europa endgültig zu einem eigenständigen und – in Amerikas Augen – viel zu mächtigen Block zu machen. Diese möglichen Konsequenzen abwägend, wäre es folglich für Amerika nur angemessen, der Schaffung einer europäischen Zollunion eher skeptisch gegenüberzustehen³⁴.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, und Stinebower, Economic unification of all of continental Europe west of Russia, in: Ebenda, R-60, 23. 7. 1943.

³⁴ NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943.

Gemäß seinem Vorsatz, alle Einigungsoptionen für Europa zu untersuchen, studierte das Komitee auch das Szenario einer politischen Föderation. Leider ist genau dieses Protokoll in den amerikanischen Archiven unauffindbar, und es muss genügen, das Ergebnis der Diskussion festzuhalten. Es war, wie unschwer zu erraten, negativ³⁵. Nachdem das Komitee zu dem Schluss gekommen war, dass sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine politische Union eine für Amerika ungünstige Lage schaffen könnte, widmete es sich auf Vorschlag des jungen Beamten im Außenministerium Benjamin Gerig der Idee einer „losen Organisation“ Europas. Dabei ging es zum Beispiel um die Harmonisierung oder Vereinheitlichung der europäischen Transportsysteme oder der europäischen Elektrizitätswirtschaft. Überraschenderweise machte es sich aber kaum Gedanken darüber, was diese Integrationsbemühungen für politische Konsequenzen haben würden.

Auch die Möglichkeit einer „losen Organisation“ Europas wurde zuerst in Bezug auf ihre Konsequenzen für die USA analysiert, wobei man eine von Gerig erarbeitete Studie zur Grundlage der Diskussion machte. In dieser Studie wurde wiederholt, dass eine starke politische Organisation für Amerika nicht wünschenswert sei und dass deshalb eine weniger integrative Organisation des Kontinents angestrebt werden sollte; und dies auch nur, wenn sichergestellt werden könnte, dass sich daraus nicht in 25 oder 50 Jahren ein aggressiver Machtblock entwickelte. Eine sichere Möglichkeit, dies zu verhindern, war nach Meinung des Komitees die Schaffung einer Weltorganisation, in der jedes europäische Land Mitglied sein sollte und der das neu geordnete Europa in allen Bereichen unterzuordnen sei, die die Sicherheit, die Rüstung oder die wichtigen politischen Entscheidungen betrafen. Sei dies gewährleistet, könne Europa verschiedene Formen annehmen, allerdings ohne Großbritannien und die Sowjetunion, weil sich die Interessen dieser Länder zu sehr von denen der anderen europäischen Länder unterschieden³⁶. So könne eine Wiederbelebung des wirtschaftlichen Lebens in Europa gefördert und folglich ein Absatzmarkt für amerikanische Produkte garantiert werden.

Wenn allerdings keine Weltorganisation geschaffen werden könnte, müssten die USA umdenken und andere Alternativen prüfen. Eine bestand in der Gründung eines Sicherheitspaktes zwischen den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und China. Ein solcher Pakt würde zwar höchstwahrscheinlich die Schaffung einer europäischen Organisation nicht verhindern können, die von ihm garantierte Sicherheit würde jedoch zumindest für eine gewisse Zeit den Wunsch nach einer stärkeren Europa-Union zügeln³⁷. Eine zweite bezog sich auf die Verhinderung einer starken europäischen Föderation durch andere (von den Experten nicht genauer definierte) Mittel, und eine dritte hatte die Schaffung einer europäischen Einheit zum Ziel, welche die Macht der Sowjetunion neutralisieren könnte. Hier muss erwähnt werden, dass der Hinweis auf eine europäische Föderation noch

³⁵ Ebenda.

³⁶ Diese Einschätzung stimmte mit der der europäischen Föderalisten überein, die England ebenfalls nicht als Teil einer europäischen Union sahen.

³⁷ NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943.

lange nicht hieß, dass das Komitee diese befürwortete. Die Komiteemitglieder erfüllten vielmehr ihre Aufgabe der genauen Untersuchung aller Möglichkeiten für die Organisation Europas nach dem Krieg und griffen hierfür auch Lösungen wieder auf, deren Verwirklichung sie eigentlich nicht fördern wollten. Auffällig ist jedoch, dass hier, im Oktober 1943, in den Diskussionen des Komitees zum ersten Mal explizit eine Idee auftauchte, die 1947 eine ungeahnte Renaissance erlebte: die Einigung Europas, um den Einfluss der Sowjetunion zu blockieren. Es ist wohl nicht vollkommen zufällig, dass dieses Argument zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, als die Sowjetunion vehement gegen die Schaffung einer europäischen Föderation votierte. Angesichts der tendenziell russlandfreundlichen Politik Amerikas ist dieser Gedanke aber doch bemerkenswert.

Wie schon erwähnt, wurde das Thema des sowjetischen Einflusses in Europa im Komitee ansonsten nicht sehr eingehend erörtert. Das Komitee hatte noch keine klare Vorstellung von der Rolle der UdSSR in Europa nach dem Krieg. Einige Mitglieder waren sogar der Meinung, dass die Sowjetunion sich zu einer Schutzmacht gegen deutsches Hegemoniestreben in Europa entwickeln könnte. Andere äußerten, dass russischer Einfluss eine europäische Organisation eventuell daran hindern könnte, eine anti-amerikanische Grundhaltung zu entfalten³⁸. Dieses Argument zog wiederum die Frage nach sich, ob Europa durch eine einzige Macht – etwa die Sowjetunion – zu kontrollieren sei. Der Wirtschafts- und Finanzexperte Jacob Viner beispielsweise war der Ansicht, die Gefahr einer russischen Dominanz in Europa wäre geringer, wenn Europa geeint sei. Seiner Meinung nach widersetzte sich Russland genau aus diesem Grund allen Vorschlägen für eine europäische Einigung. Viner erklärte, dass ein geeintes Europa eher von einer europäischen Macht als von einer außereuropäischen beherrscht werden könnte und dass demzufolge die Gefahr einer deutschen Hegemonie größer sei als die einer russischen³⁹.

Schließlich verständigte sich das Komitee auf eine Variante, die der Mehrheit der Mitglieder am wenigsten gefährlich für die Interessen Amerikas erschien: die Schaffung einer starken Weltorganisation, der eine „lose“ politische Organisation Europas in allen wichtigen Bereichen untergeordnet sein sollte. Die Entwicklung von großen Machtblöcken wurde generell als negativ angesehen, weil sie die auf multilaterale Kooperation der Mitglieder gegründete Weltorganisation beeinträchtigen könnten. Die Gefahr, dass Europa zu einem mächtigen politischen Block werden könnte, sollte auf jeden Fall gebannt werden, da die amerikanischen Sicherheitsinteressen davon zu stark berührt würden. Eine politische Union in Europa sollte von den USA nur dann begünstigt werden, wenn sie durch eine Weltorganisation, in der die USA übrigens eine herausragende Rolle spielen sollten, streng kontrolliert werden könnte⁴⁰.

³⁸ Ebenda, S. 4, Protokoll der Sitzung vom 29. 10. 1943.

³⁹ NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 10. 12. 1943.

⁴⁰ Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943; Gerig, How would political unification of Europe affect the interests of the United States?, in: Ebenda, R-63a, 27. 10. 1943.

Redaktion des Abschlusskommuniqués

Im Juni 1944 hatte das Komitee verschiedene Organisationsszenarien für Europa geprüft. Bei der Redaktion des Abschlussberichtes für den Präsidenten diskutierten die Experten vor allem darüber, wie Amerikas Haltung gegenüber einer Einigung Europas genau formuliert werden sollte. Dem Großteil des Komitees erschien schließlich die Formel „mit Wohlwollen betrachten“ am sinnvollsten, da sie keine konkrete Handlungsaufforderung beinhaltete. Die Vereinigten Staaten sollten also „mit Wohlwollen“ alle Initiativen für die Schaffung eines integrierten Europa prüfen, sofern diese Vorschläge nicht auf den Ausschluss eines Staates abzielten und jeder europäische Staat in der Weltorganisation repräsentiert sei, damit diese gegen die Entwicklung von Machtblöcken in ihrer Mitte geschützt sei. Der Vorzug wurde denjenigen Vorschlägen gegeben, die sich mit der partiellen Einigung der europäischen Volkswirtschaften befassten, allerdings unter der Bedingung, dass diese Pläne die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion sowie die Verbesserung des Lebensniveaus im Auge hätten und die Interessen der USA nicht gefährdeten.

Um von vorneherein auszuschließen, dass eine europäische Union – welcher Art auch immer – die amerikanischen Interessen und das Weltgleichgewicht störte, griff das Komitee dieses Thema noch aus einem anderen Winkel auf. Anstatt zu definieren, in welchen unterschiedlichen weltpolitischen Situationen eine europäische Union geschaffen werden könnte, befasste es sich nun mit dem Charakter der Union. So würde die amerikanische Haltung nicht so sehr von der Existenz oder Nicht-Existenz einer Weltorganisation abhängen, sondern vielmehr von der demokratischen und freihandelsorientierten Grundausrichtung der Union. Die Aufmerksamkeit wurde nicht mehr darauf gerichtet, wann die USA gewisse Risiken auf sich nehmen würden, sondern darauf, wie diese Risiken minimiert werden könnten⁴¹.

Nach recht heftigen Diskussionen wurden einige Prinzipien festgehalten, die eine Union – sei sie nun politisch oder wirtschaftlich – unbedingt erfüllen musste. Die Struktur der Organisation sollte demokratisch und regelmäßigen Kontrollen durch die Weltorganisation unterworfen sein; kein Staat durfte gegen den Willen seines Volkes ausgeschlossen werden, und jedes europäische Land musste in der Weltorganisation repräsentiert sein.

Jacob Viner schlug eine interessante Formulierung der Empfehlung vor. Er glaubte nicht daran, dass in den nächsten 30 bis 40 Jahren eine europäische Union geschaffen werden würde. Daher plädierte er dafür, dass die USA eine „verständnisvolle Haltung“ gegenüber der Europaidee annähmen, da dies von den an dieser Idee hängenden Europäern sehr positiv aufgenommen werden würde. Da die Empfehlungen des Komitees wahrscheinlich veröffentlicht würden, schlug er vor, eine „machiavellistische Strategie“ anzuwenden und in die Empfehlung hineinzuschreiben, dass die USA die Idee der europäischen Einigung „mit Sympathie“ betrachteten. Diese „Lüge“ würde die USA nichts kosten, denn „wir

⁴¹ NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, 26.11.1943.

können einigermaßen sicher sein, dass die Europäer selbst die Vorschläge nicht annehmen“⁴².

Am 7. Januar 1944 nahm das Komitee letzte Änderungen an seiner Empfehlung vor. Dabei wurde das Wort „Einigung“ vollkommen aus dem Text gestrichen und durch die Formel „engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit“ ersetzt. Die Haltung des Komitees ist allein durch diese Tatsache mehr als deutlich ausgedrückt. Zudem entschied sich das Komitee dafür, den Bezug auf die Sowjetunion fallen zu lassen, als von der Gefahr der Einflussnahme einer außer-europäischen Macht auf den Kontinent die Rede war. Es hielt auch fest, dass die USA eine Union nur dann „mit Wohlwollen betrachten“ sollten, wenn sie von den europäischen Ländern selbst geschaffen würde⁴³. Die einzig mögliche Organisationsform für Europa, die sich die Nachkriegsberater vorstellen konnten, war also die einer „losen Union“ bei gleichzeitiger Existenz einer Weltorganisation, die alle großen politischen Fragen regeln und verhindern sollte, dass die USA erneut in europäische Kriege hineingezogen würden. Das Schlussmemorandum wurde am 21. Januar 1944 verabschiedet⁴⁴.

Nach der intensiven Analyse der Vor- und Nachteile der verschiedenen Einigungsszenarios in Europa und der Schlussfolgerung, dass eine zu große Einheit Europas den amerikanischen Interessen schaden würde, widmete sich das Komitee der Frage der Unterteilung Europas in verschiedene regionale Organisationen, wie zum Beispiel einer kleinen westeuropäischen Union, einer osteuropäischen Gruppe, den Niederlanden und einer Gruppe der Donaustaaten⁴⁵. Die Haltung des Komitees ist allein an der Reihenfolge der Untersuchung ganz eindeutig abzulesen und lässt sich gut in einem Satz zusammenfassen: „um akzeptierbar zu sein, durfte die Einheit nicht existieren“⁴⁶.

Proeuropäische Tendenzen und die Haltung Roosevelts

Allerdings standen nicht alle politischen Köpfe in Amerika dem europäischen Einheitsgedanken negativ gegenüber. Zum Beispiel setzte sich der „Federal Council of Churches“ und sein Präsident John Foster Dulles intensiv mit der Frage einer europäischen Einheit auseinander und kam dabei im Unterschied zum „Council on Foreign Relations“ zu einem positiven Votum, was vielleicht an der Überzeugungskraft seines Direktors gelegen haben mag. John Foster Dulles war in der Tat wohl schon ab 1940 der Meinung, dass nur ein geeintes Europa auch wirtschaftlich florieren könne. Ähnlich dachten William Bullitt und George Kennan; sie sprachen sich explizit für die Gründung einer europäischen Föderation aus, hatten aber nicht das Ohr des amerikanischen Präsidenten. Bullitt verlangte be-

⁴² Ebenda, S. 8, Minutes chronological, 10. 12. 1943.

⁴³ NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 7. 1. 1944.

⁴⁴ Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 21. 1. 1944; Gerig, How would closer economic and political collaboration affect American interests?, in: Ebenda, R-63d, 21. 1. 1944.

⁴⁵ Library of Congress, N. Davis Papers, box 54, Protokoll der Sitzung vom 17. 3. 1944; NARA, RG 59, HN, box 84, Outline on Address on our foreign policy and the war in Europe, 1939.

⁴⁶ Pierre Melandri, Les Etats-Unis face à l'unification de l'Europe 1945–1954, Paris 1980, S. 26.

reits im August 1943 eine öffentliche Stellungnahme von Roosevelt, in der er den europäischen Völkern deutlich machen sollte, dass nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Amerika ein Programm für Europa habe. Bullitt wollte, dass die europäischen Völker sich der Tatsache bewusst waren, dass die USA sich in Europa weder Territorien oder wirtschaftliche Vorteile sichern wollten, noch dass sie die Unterteilung Europas in Einflussphären im Sinn hatten. Seiner Meinung nach sollte der Präsident den Europäern erklären, dass Amerika für Europa das wünschte, was es selber bereits hatte: Freiheit, Demokratie und eine Gemeinschaft souveräner Staaten, in der die Konflikte von einem gemeinsamen Gerichtshof und nicht durch das Militär geregelt würden⁴⁷. Der amerikanische Präsident sollte sogar ankündigen, dass die Amerikaner bei der Bildung einer europäischen Staatengemeinschaft mit einem gemeinsamen Gerichtshof helfen würden.

Sein Appell und die Warnung George Kennans vor der Gefahr einer sowjetischen Expansion verhallten ungehört. Roosevelt hielt nicht viel von der Gründung einer „gesamteuropäischen Organisation“⁴⁸. Sein Interesse galt dem siegreichen Ende des Krieges und dann der Gründung einer Weltorganisation. Cordell Hull dachte ähnlich, er war höchstwahrscheinlich mitverantwortlich für die Prioritätensetzung seines Präsidenten. Der Außenminister fürchtete, dass die Schaffung eines wirtschaftlichen oder politischen Blocks in Europa ein Hindernis auf dem Weg zu seinem Traum von einer Welt mit immer weniger Zollschränken sein könnte⁴⁹. Als einer der engsten Berater Roosevelts versäumte er es nicht, dem Präsidenten seine Argumente genauestens zu erklären. Roosevelt ließ sich nicht ungern von der Notwendigkeit einer Weltorganisation überzeugen und stand der Idee der Schaffung von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen immer ablehnender gegenüber. Seine Bedenken, die alliierte Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen, waren es vor allem, die der Diskussion über einen europäischen Zusammenschluss den Boden entzogen. Es war sicher nicht vollkommen zufällig, dass Roosevelts Ablehnung einer europäischen Einigung mit dem sowjetischen Veto gegen diese Idee zusammenfiel⁵⁰.

⁴⁷ Brief von Bullitt an Roosevelt vom 10. 8. 1943, in: FDRL. William Bullitt, Correspondence FDR.

⁴⁸ In den Dokumenten zur Deutschlandpolitik wird allerdings darauf hingewiesen, dass Roosevelt durch die Aufrufe Bullitts für eine Organisation ganz Europas westlich von Russland in einen einzigen Staat zur Eindämmung des russischen Imperialismus verunsichert wurde; vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, 1. Reihe, Band 4, S. XXIX.

⁴⁹ Vgl. Hull, Memoirs, Bd. II, S. 1211.

⁵⁰ Das Unterkomitee für die internationale Organisation informierte den Präsidenten, dass, gemäß einer „zuverlässigen Quelle“, die Sowjetunion sich jeglicher Schaffung einer regionalen Organisation mit politischem Charakter in Osteuropa widersetzt, außer vielleicht einer Organisation, in der der sowjetische Einfluss vorherrschend wäre. Laut „Quelle“ sei die Sowjetunion sehr beunruhigt bezüglich der Diskussionen über die Schaffung von europäischen Gruppen, in denen sie nicht Mitglied wäre, da sie befürchtete, diese Gruppen könnten sich eines Tages gegen Russland richten. NARA, RG 59, HN, box 57, Official commitments pertaining to permanent international organization, 1. 5. 1943.

Zusammenfassung

Angesichts der vorherrschenden Meinung im Weißen Haus ist es nicht überraschend, dass die Mehrheit der amerikanischen Regierung der Grundhaltung ihres Präsidenten folgte und dass auch die Experten und Berater ihre Diskussionen danach ausrichteten. Trotzdem kann die Bedeutung der Diskussionen in den Studienkomitees nicht genug unterstrichen werden, auch wenn sich die Schlussfolgerungen letztendlich gegen die Schaffung einer gesamteuropäischen Organisation nach dem Krieg aussprachen. Allein die Intensität, mit der sich die amerikanischen Experten mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, ist bemerkenswert. Aber auch die vorgeschlagenen Lösungsansätze verdienen Beachtung. Zu einer Zeit, in der Henry Morgenthau die Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat verlangte, erörterten die Komiteemitglieder, wie Deutschland am besten in Europa integriert werden könnte und seine Wirtschaftsmacht zu nutzen sei. Viele Fragen bezüglich des Zusammenschlusses der europäischen Staaten, die wenig später die Regierung Truman beschäftigten, waren bereits in den Studienkomitees der Ära Roosevelt ausführlich behandelt worden. Der Bruch mit der isolationistischen Politik Amerikas der zwanziger und dreißiger Jahre ist dabei deutlich erkennbar, die USA befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg, den sie ab 1947 gegangen sind. Auch wenn die Entscheidung, Europa bei seiner Einigung aktiv zu unterstützen, vor allem auf die Furcht vor einer Expansion der Sowjetunion zurückzuführen ist und auch wenn das schließlich gefundene Organisationsmodell für Europa nicht vollkommen mit den in den Komitees diskutierten Plänen übereinstimmte, so hatten diese doch das Verdienst, die amerikanische Regierung auf die Herausforderung der Neuordnung Europas nach dem Krieg vorzubereiten.

Wilhelm-Liebknecht-Preis der Universitätsstadt Gießen



Zum Andenken an Wilhelm Liebkecht, den in Gießen geborenen Reichstagsabgeordneten und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vergibt die Universitätsstadt Gießen den »Wilhelm-Liebkecht-Preis«.

Der Preis wird für hervorragende geschichtliche und sozialwissenschaftliche Publikationen oder Arbeiten verliehen, die sich mit den demokratischen und sozialistischen Strömungen und Bewegungen und deren politische und historische Wirkung im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Schwerpunkt Hessen auseinandersetzen.

Ausgezeichnet werden selbstständige Arbeiten einzelner Wissenschaftler/innen. In Ausnahmefällen kann der Preis an eine Arbeitsgruppe verliehen werden. Der »Wilhelm-Liebkecht-Preis« ist mit 2.500,— (zweitausendfünfhundert) Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben.

Informationen können bei der u. a. Anschrift angefordert werden. Bewerbungen für die im Jahr 2012 vorgesehene Preisverleihung sind bis zum **31.12.2010** schriftlich zu richten an die

Oberbürgermeisterin der
Universitätsstadt Gießen
© Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
München 11 30 20, 35355 Gießen

Dietlind Grabe-Bolz
Oberbürgermeisterin

Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena kann eine kleine Sensation melden: In ihren Beständen fand sich vor kurzem der umfangreiche Nachlass von Clemens von Delbrück, der zu den einflussreichsten Persönlichkeiten des späten Kaiserreichs und der frühen Weimarer Republik zu zählen ist. Die beiden Autoren, Matthias Steinbach und Uwe Dathe, die den Nachlass in einem ambitionierten Projekt erschließen, stellen die schriftliche Hinterlassenschaft Delbrücks vor und weisen dabei auch der künftigen Forschung neue Wege.

Matthias Steinbach/Uwe Dathe

Ein deutscher Tory zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik

Der Nachlass Clemens von Delbrücks (1856–1921)

Für Überraschungen ist die Geschichte immer gut, aber echte Entdeckungen sind selten, zumal, wenn es sich um so gut erforschte Perioden wie das deutsche Kaiserreich und die Weimarer Republik handelt. Angesichts der gerade für das „deutsche Jahrhundert“¹ so grundsätzlichen Frage nach Rolle und Leistung traditioneller politischer Eliten in gesellschaftlichen Umbruchs- und Übergangsphasen ist es als Glücksfall anzusehen, dass der Nachlass Clemens von Delbrücks (1856–1921), einer der zentralen Figuren wilhelminischer und postwilhelminischer Politik, vor einiger Zeit entdeckt wurde und seit Herbst 2009 in einem durch die DFG geförderten Projekt erschlossen wird.

1. „Reaktionärer Staatsmann“

Der Nachlass kam um 1960 in die Jenaer Universitätsbibliothek (seit 1991 Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena). Eine Aktennotiz von 1964 spricht Bände und lässt ahnen, welche Schätze aus „bürgerlichen Zeiten“ noch in ostdeutschen Archiven schlummern könnten. Im Falle Delbrücks handele es sich, so der lapidare Vermerk im damaligen Bibliotheksbericht, nur um den Nachlass des „reaktionären Staatsmannes und Politikers Clemens von Delbrück“², um etwas politisch Inkorrektes und somit Verzichtbares also. Die Zuschreibung „reaktionär“ verwies im DDR-Jargon auf ein unzumutbares antidemokratisches, ja präfaschistisches Identitätsangebot, das weder erbe- noch traditionstauglich war. Im Nationalsozialismus dagegen hatte man damit jene nationalkonservativen und partiell altliberalen Kreise diffamiert, deren Verhältnis zur „Bewegung“ bereits in den 1920er Jahren nur als elitär distanziert wahrgenommen werden

¹ Vgl. Eberhard Jäckel, Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Stuttgart 1996.

² Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (künftig: ThULB) Jena, Bibliotheksarchiv BA 53, Rechenschaftsbericht der Handschriften- und Inkunabel-Abteilung für das Jahr 1963 vom 27. 1. 1964.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte und deren Haltung auch später kaum zustimmender wurde. Im Zeitalter wissenschaftspolitischer Entscheidungen als Exekutionen ideologischer Vorurteile konnte Delbrück so weder im Dritten Reich noch in der DDR ein Thema werden. Der Nachlass (15 große Umzugskisten mit ca. 50.000 Blatt) verschwand in einem Bibliotheksmagazin. Glücklicherweise landeten die Papiere nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte, was auch leicht hätte geschehen können. Bei Räumungsarbeiten im Vorfeld des Jenaer Bibliotheksneubaus tauchte der für die deutsche Politikgeschichte im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts sensationelle Fund dann Ende der 1990er Jahre wieder auf. Wie Bücher haben auch Nachlässe ihre Schicksale.

Clemens von Delbrück ist zweifellos ein zu Unrecht vergessener deutscher Staatsmann der Epoche zwischen Bismarck und Hitler. Der studierte Jurist, ein preußischer Tory, konservativ und modern zugleich, machte eine Vorzeigerwaltungskarriere: Nach dem Staatsexamen 1877 trat er Anfang der achtziger Jahre in den höheren Verwaltungsdienst ein, wurde 1885 Landrat des Kreises Tuchel (Westpreußen), 1892 Ressortleiter im Oberpräsidium der Provinz Westpreußen und 1896 Oberbürgermeister von Danzig. Bereits hier erwies sich Delbrück als ein eifriger Reformier, der die Stadterweiterung und den Ausbau des Hafens vorantrieb sowie maßgeblich an der Gründung der Technischen Hochschule beteiligt war. 1902 brachte er es zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, und ab 1905 war er preußischer Minister für Handel und Gewerbe.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sammelten sich die Talente konservativer Politik in Berlin. Als rechte Hand von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg stieg Delbrück 1909 zum Staatssekretär im Reichsamt des Inneren auf, von 1914 an fungierte er zudem als Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. Delbrück erarbeitete die Verfassung für das Reichsland Elsass-Lothringen (1911), arbeitete ein Programm zur wirtschaftlichen Mobilmachung Deutschlands aus (1913/14)³ und war seit Kriegsbeginn der eigentliche Lenker der deutschen Innenpolitik. Der Politiker gehörte, um mit Max Weber zu sprechen, zu den eher nüchternen Pragmatikern und Verantwortungsethikern innerhalb der Reichsleitung, die auf eine gemäßigte Kriegszielpolitik setzten. Zum Abschied für seine Leistungen in der preußischen Verwaltung und in der Reichspolitik noch nobilitiert, trat Delbrück im Mai 1916 von seinen Ämtern zurück und zog nach Jena, wo sein Cousin Bertold Delbrück, ein Sprachwissenschaftler, lehrte⁴. In der von Extrablättern nicht wirklich informierten akademischen Provinz erhoffte man sich vom Mann der großen Politik staatswissenschaftliche Unterweisung. Ein Vorlesungsentwurf zum „Wesen der Politik“ befindet sich noch im Nachlass. Im Saalestädtchen übernahm der Staatsminister a. D. dann aber lediglich den Vorstandsvorsitz des Kriegsarchivs.

³ Dazu ist das politische Selbstzeugnis überliefert: Clemens von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, hrsg. von Joachim von Delbrück, München 1924.

⁴ Zu den biografischen Angaben vgl. Joachim von Delbrück, Clemens von Delbrück. Ein Charakterbild, Berlin 1922.

2. Systemimmanenter Konservatismus

Im Herbst 1918 kehrte Delbrück als letzter Chef des geheimen Zivilkabinetts des Kaisers⁵ noch einmal in die Reichshauptstadt und die große Politik zurück. Hier erlebte er den Zusammenbruch des Reiches und die Abdankung Wilhelms II. – den wohl schwärzesten Tag seiner politischen Karriere: In der Nacht vom 8. zum 9. November 1918 fuhr er nach Spa, dem belgischen Badeort und Sitz der Obersten Heeresleitung, wo sich auch der Kaiser als höchster Kriegsherr aufhielt. Delbrück, inzwischen 62 Jahre alt, war zwar kriegsmüde, aber immer noch vital und voller Hoffnungen für die deutsche Sache. Im Hauptquartier wollte er seinem wankelmütigen Herrn ins Gewissen reden. Nur nicht zurücktreten sollte dieser in der größten Not, nur nicht abdanken in der ohnehin schon revolutionär aufgeheizten Lage. Delbrücks Ziel war eine Parlamentarisierung des Reiches von oben, nach englischen Mustern mit zwei großen Parteien und einer zumindest noch repräsentativen Krongewalt. Zuletzt wollte er Wilhelm dazu bewegen, in die Hauptstadt zurückzukehren, um sich dort „mannhaft“ aber friedlich als Reformkaiser gegen die drohende Revolution zu behaupten – eine freilich illusionäre Idee. Der Kaiser selbst hatte bekanntlich erwogen, an der Spitze seiner Truppen nach Berlin zu ziehen und die Hauptstadt „notfalls zusammenschießen“ zu lassen. Später wurde auch die Legende verbreitet, Delbrück habe mit seinem Kaiser gemeinsam an der Front sterben wollen, was Unsinn ist, da er selbst nie gedient hatte und jener körperlich behindert war.

Indes, und das war die moderne, wenn man will, die liberale Seite des preußischen Konservativen, hatte Delbrück seit Jahren auf die Abschaffung des ungerechten preußischen Dreiklassenwahlrechts hingearbeitet und die deutsche Innenpolitik sozialer, arbeiterfreundlicher gestalten wollen⁶. Allein: Es fehlte ihm die Zeit. Auch an jenem 9. November 1918 kam er vier Stunden zu spät in Spa an. Noch im Zug war ihm und seinem Begleiter General Magnus von Eberhardt ein Telegramm mit der durch die Revolution erzwungenen Abdankung des Kaisers zugegangen, woraufhin Delbrück alle vorbereiteten Papiere im kleinen Ofen des Schlafwagens verbrannte. Im Hauptquartier wartete nur noch Hindenburg, der in aller Seelenruhe zum Frühstück lud. Delbrücks Appetit hielt sich in Grenzen, da er den Thronverzicht des Kaisers als gegen alle Abmachungen empfand⁷. Die Erschütterung ging nicht nur bei ihm bis ins Mark. Albert Ballin, der mit Wil-

⁵ Zu Wesen und Funktion der geheimen Zivilkabinette als Immediatgewalten zwischen Parlament und Krone vgl. Friedrich von Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, bearb. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971.

⁶ Hinweis darauf bereits bei Gerhard A. Ritter, Clemens von Delbrück, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, Berlin 1957, S. 575 f.

⁷ Delbrück und Eberhardt schilderten ihre Reise nach Spa dem Jenaer Historiker Alexander Cartellieri, der dann die wesentlichen Begebenheiten am 24. 11. 1918 und 11. 6. 1922 in seinem Tagebuch festhält. ThULB Jena, Nachlass Cartellieri 1, Nr. 23 und 27. Aus der Perspektive des Kaisers vgl. John C. G. Röhl, Wilhelm II., Bd. 3: Der Weg in den Abgrund 1900–1941, München 2008, S. 1239–1245.

helm II. befreundete Hamburger Reeder und Briefpartner Delbrücks, erschoss sich, als er von der Abdankung erfuhr.

Delbrücks Beruf und Berufung blieb auch nach der Revolution die Politik. Zweifellos verfügte er über jene Qualitäten, die Max Weber Politikern ins Stammbuch geschrieben hatte: „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß.“⁸ 1918 gehörte er zu den Mitbegründern der Deutschnationalen Volkspartei, als deren Repräsentant er im Verfassungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung und bis zu seinem plötzlichen Tode Ende 1921 im Reichstag saß. Delbrück mag hier noch etwas von der fundamentalen Bedeutung politischer Kompromissbereitschaft und sozialer Homogenität für die Krisenfestigkeit von Demokratien, zugleich aber auch von den Grenzen parlamentarischer Leistungsfähigkeit erfahren haben.

Die Forschung ist sich inzwischen darüber einig, dass die beachtlichen Leistungen der Nationalversammlung und insbesondere des Verfassungsausschusses noch längst nicht ausreichend untersucht und gewürdigt sind⁹. Auch Delbrücks Rolle ist hier noch kaum näher beleuchtet. Seine politische Vision beruhte auf der Idee zweier großer Parteien, einer linken und einer rechten, letztere als Sammelbecken aller konservativ-christlichen Kreise, offen auch für rechts stehende Mehrheitssozialdemokraten. Ungeachtet seiner Kritik am Artikel 1 der Weimarer Verfassung von einflussreichen Parteifreunden bereits 1919 als verfassungsloyaler „Vierteljude“ diffamiert¹⁰, repräsentierte der Herzensmonarchist Delbrück den linken Flügel der Deutschnationalen und mithin einen „systemimmanenten Konservatismus“¹¹. Gegen zähen Widerstand in den eigenen Reihen trieb er als „stiller Vernunftrepublikaner“ mit monarchischem Stolz Realpolitik, um die Interessen konservativer Gruppen unter den neuen politischen Bedingungen zur Geltung zu bringen. Als Delbrück im Dezember 1921 in Halle sang- und klanglos zu Grabe getragen wurde (gestorben war er an den Folgen einer Blinddarmoperation), zierten seinen Sarg Tschako und Degen der Jäger, und mancher Beobachter empfand, dass mit ihm auch die kaiserliche Uniform und das alte preußische Beamtentum samt allen guten Traditionen der Monarchie gestorben waren.

3. Nachlasssubstanz

Das Herzstück des Nachlasses ist Delbrücks politische Korrespondenz. In ca. 3.300 Schreiben und 310 Briefbeilagen entfalten sich die Netzwerke konservativer Politik und Ideologie des späten Kaiserreichs und der Übergangphase zur Wei-

⁸ Max Weber, *Politik als Beruf*. Mit einem Nachwort von Ralf Dahrendorf, Stuttgart 1992, S. 62.

⁹ Vgl. Wilhelm Ribhegge, *Die Weimarer Nationalversammlung 1919 als Ort der Erinnerung*, in: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik* 35 (2007), S. 237–246.

¹⁰ Zum Nachlass gehören zahlreiche Dokumente zum politischen Richtungsstreit in der frühen DNVP, einschließlich intensiver Korrespondenzen zwischen Delbrück und anderen führenden DNVP-Politikern auf Reichs- und Landesebene.

¹¹ Thomas Mergel, *Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei*, in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323–368, hier S. 323.

marer Republik in ihrer ganzen Bandbreite. Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie verfassungsrechtliche Fragen sind die wichtigsten Themen. Vor allem die Briefe aus den Jahren 1914 bis 1918 haben oft den Umfang mittlerer Abhandlungen und umfassen nicht selten acht bis 15 Seiten. Zu den überlieferten Schreiben gehören Briefe, Karten und Telegramme der Politiker und hohen Verwaltungsbeamten Hans Hermann Freiherr von Berlepsch, Theobald von Bethmann Hollweg, Heinrich Braun, Magnus Freiherr von Braun, Bernhard von Bülow, August Graf zu Eulenburg, Konstantin Fehrenbach, Anna von Gierke, Albrecht von Graefe, Karl Helfferich, Oskar Hergt, Georg Graf von Hertling, Richard von Kühlmann, August Lentze, Friedrich Wilhelm von Loebell, Georg Michaelis, Hermann Müller, Hermann Pachnicke, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner, Hugo Preuss, Siegfried von Roedern, Wilhelm Heinrich Solf, Rudolf von Valentini, Arnold Wahnschaffe, Kuno Graf Westarp und Wilhelm II., der Militärs August von Mackensen und Hans von Seeckt, des Reeders Albert Ballin, des Unternehmers Emil Rathenau, der Bankiers Franz von Mendelssohn und Max Warburg, der Juristen Heinrich Gerland, Erich Kaufmann, Eduard Rosenthal und Rudolf Smend, der Nationalökonom Ludwlg Elster, Karl Rathgen, Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff sowie der Historiker Alexander Cartellieri, Hans Delbrück, Fritz Kern, Hermann Oncken und Friedrich Thimme.

Von historischer Bedeutung ist auch ein Konvolut von Briefen im Umfang mittlerer Abhandlungen, in denen ein Informant Delbrücks 1917/18 aus St. Petersburg über Lenin und den Fortgang der russischen Revolution berichtet¹². Aus der Sammlung persönlicher Lebensdokumente ragen Delbrücks Taschenkalender der Jahre 1917 und 1918 mit tagebuchartigen Notizen heraus. Unter den 150 überlieferten Manuskripten finden sich neben denen zur Elsass-Lothringen-Frage auch brisante Texte aus der Zeit des Weltkrieges: so eine Stellungnahme zu Karl Liebknecht, diverse geheime Kriegszielpapiere, Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage 1914–1916 und eine Abhandlung zum „U-Boot-Krieg vom wirtschaftlichen Standpunkte aus“. Aus späterer Zeit stammen handschriftliche Aufzeichnungen und Redeentwürfe zum Kapp-Putsch, den Delbrück in seiner universitätsstädtischen Spielart am Rande der Jenaer Hochschule unmittelbar miterlebte¹³, zu den politischen Debatten innerhalb der DNVP sowie zur politischen Entwicklung seit der Novemberrevolution.

Aufschlussreich sind zudem die zahlreichen politischen Drucksachen mit handschriftlichen Bemerkungen Delbrücks. So liegen alle persönlichen Handakten Delbrücks aus seiner Zeit als Staatssekretär, ca. 4.500 Blatt, vor. Hierbei handelt es sich um handschriftliche und maschinenschriftliche Vorarbeiten für den Reichskanzler, von Delbrück und anderen Mitgliedern der Reichsleitung mit

¹² Hier ist zu prüfen, inwiefern die zum Delbrück-Nachlass gehörenden Petersburger Berichte die bereits bekannten ergänzen. Vgl. Die militärpolitischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk aus Petersburg Januar-Februar 1918, hrsg. von Winfried Baumgart, in: VfZ 15 (1967), S. 87–104.

¹³ Vgl. Matthias Steinbach, Des Königs Biograph. Alexander Cartellieri (1867–1955) – Historiker zwischen Frankreich und Deutschland, Frankfurt a. M. 2001, S. 102.

handschriftlichen Bemerkungen kommentierte Gesetzesentwürfe und amtliche Drucksachen sowie Aufzeichnungen zu Debatten innerhalb der Reichsleitung. Neue Einblicke zur Genese des Weimarer Verfassungswerkes erlauben die mit vielen handschriftlichen Marginalien kommentierten Entwürfe zur Reichsverfassung von Kurt Löwenstein, Hugo Preuss, Wilhelm Arnold Drews, Erich Kaufmann und Johann Viktor Bredt sowie Delbrücks private Aufzeichnungen zu den Verfassungsberatungen in Weimar. Die von Delbrück ohne Kommentar abgelegten, weil nicht realisierbaren und eher kuriosen Vorschläge für ein Wahlgesetz des berühmten Jenaer Logikers Gottlob Frege vom Herbst 1918 wurden bereits kurz nach der ersten Sichtung des Nachlasses veröffentlicht¹⁴.

Der Nachlass Delbrück erweitert die Quellenbasis für die Bearbeitung zentraler Forschungsfragen beträchtlich und ist sowohl für die Politik- als auch die Verfassungsgeschichte einschlägig. So werden die Parlamentarisierungschancen im späten Kaiserreich und die Machtrelation zwischen Reichsleitung und Reichstag ebenso berührt wie das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen, die Genese der Weimarer Verfassung oder das weite Feld konservativer Innenpolitik in der frühen Weimarer Republik. Angesichts der offenen Fragen halten alle an den Debatten Beteiligten Ausschau nach neuen Quellen, die vor allem den informellen Hintergrund der formalen politischen Prozesse mit seinen dichten persönlichen Netzwerken ausleuchten. Wenn man berücksichtigt, dass die Nachlässe wichtiger Innenpolitiker des Zeitraums 1900 bis 1920 nicht mehr vorhanden sind (v. Braun – nur der Nachlass 1945–1972 ist überliefert –, v. Dryander, v. Goßler, v. Graevenitz, Lentze, Wermuth), bzw. nur noch Restnachlässe (Berlepsch, Drews – Briefnachlass verschollen –, Loebell, Michaelis – fast nichts aus seiner Zeit als Beamter in Delbrücks Staatssekretariat) oder Nachlasssplitter (Bethmann Hollweg, Posadowsky-Wehner) existieren, wird deutlich, dass der Nachlass Delbrück zu den wichtigsten personenbezogenen Quellen zur deutschen Innenpolitik Anfang des 20. Jahrhunderts gehört.

Clemens von Delbrücks Nachlass in einem gemeinsamen Projekt der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena und des Lehrstuhls für Geschichte und Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Technischen Universität Braunschweig zu erschließen, zu digitalisieren, als wissenschaftliche Plattform zu präsentieren und in einem zweiten Schritt als „Dokumente zur politischen Biographie eines deutschen Tory“¹⁴ kritisch zu edieren, ist also angezeigt und dürfte in vielerlei Hinsicht anregend sein. So könnte die Perspektive Delbrück nicht nur die ältere Forschung zur deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Umfeld des Ersten Weltkrieges um eine bedeutende Stimme erweitern, sie schließt darüber hinaus eine empfindliche Forschungslücke zur konservativen Parteienentwicklung und zum Parlamentarismus in Deutschland in der Übergangsphase vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Und schließlich wäre dann auch an eine Biografie Delbrücks zu denken, die einem hervorragenden Vertreter des wilhelminischen

¹⁴ Vgl. Uwe Dathe/Wolfgang Kienzler, Vorschläge für ein Wahlgesetz von Gottlob Frege, in: Gottfried Gabriel/Uwe Dathe (Hrsg.), Gottlob Frege. Werk und Wirkung, Paderborn 2000, S. 283–313.

Fachbeamtentums als deutschem Politikertypus gerecht zu werden hätte, der im Dienst an der Weimarer Republik seine Trauer um die verlorene Monarchie zu verarbeiten suchte und darüber, leider zu früh¹⁵, verstarb.

¹⁵ Man denke hier noch an zahlreiche einflussreiche Vertreter dieser, wie wir sie nennen würden, systemüberbrückenden Generation. Zumindest für kurze Zeit vermochten sie der Republik Halt zu geben, fielen dann aber, durch die Weltkriegsstrapazen früh verschlissen, aus, als es galt, Weimar zu retten. Neben Delbrück seien nur Friedrich Naumann (gest. 1919), Max Weber (gest. 1920), Adelbert Düringer (gest. 1924), Conrad Haussmann (gest. 1924), Karl Helfferich (gest. 1924), Friedrich Ebert (gest. 1925) oder Gustav Stresemann (gest. 1929) genannt.

Schreib-Praxis

Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg-Verlag veranstalten zum vierten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (6.–10. September 2010)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und deshalb von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungscompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 6. September 2010 und dauert bis zum 10. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interes-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen, Thema von Magister- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 1. Juni 2010 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschlossenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller